

Nordost- Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

**Die Deutschen in der Geschichte
des nördlichen Ostmitteleuropa
Bestandsaufnahmen**

Neue Folge Band I/1992 Heft 1

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk Lüneburg

Herausgeber:

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk
Conventstr. 1, Postfach 2323
D-2120 Lüneburg
Telefon (041 31) 3 7097
Telefax (041 31) 39 11 43

Redaktionskollegium:

Dr. Eckhard Matthes (verantwortlich)
Sabine Bamberger M. A. (Redaktion)
Dr. Eckhard Jäger (Redaktion)
Dr. des. Konrad Maier
Dr. habil. Rex Rexheuser
Dipl.-Bibl. Ulrich Ribbert
Prof. Dr. Karl-Heinz Ruffmann
Dr. Joachim Tauber

Verantwortlich für dieses Heft:

Dr. Eckhard Matthes und Prof. Dr. Karl-Heinz Ruffmann

Bezugsbedingungen:

Nordost-Archiv erscheint halbjährlich jeweils im Juni und Dezember.
Preis pro Heft 35 DM, Jahresabonnement 60 DM zuzüglich Versandkosten.
Ein Abonnement gilt zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.

Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk,
Postfach 2323, D-2120 Lüneburg, Tel. (041 31) 3 70 97

ISSN 0029-1595

Das Thema des nächsten Heftes (Dezember 1992):

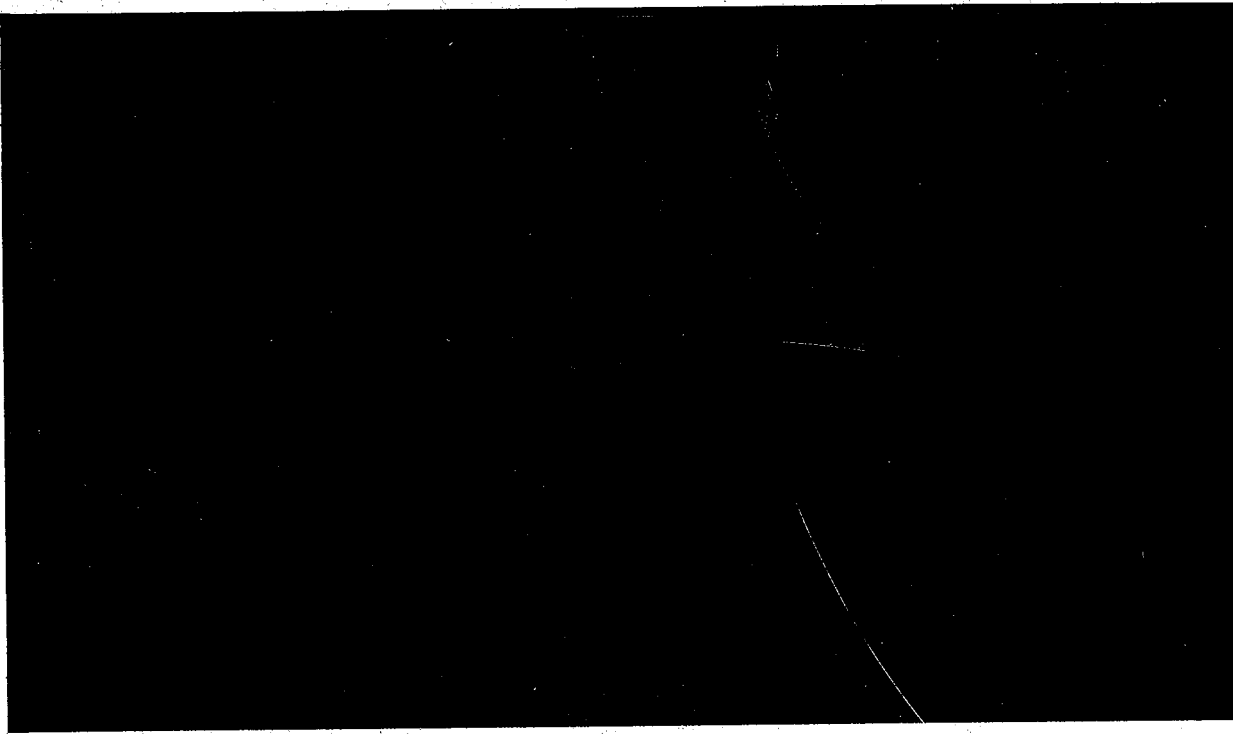
Bildung und Nationalismus — die Schule in ethnischen Mischgebieten (19.-20. Jahrhundert)

mit Beiträgen u. a. von:

- W. Molik (Poznań): Das nationale Problem in Posener Gymnasien 1871-1914
G. Schreiber (Hamburg): Die katholisch-protestantische Simultanschule in der Provinz Posen 1815-1969
E. Krafczyk (Hannover): Polnische Schule und deutsche Besatzung: Posen 1939-1945
K. Makowski (Poznań): Jüdische Schulen in Posen im 19. Jahrhundert
H. v. Enzberg (Lüneburg): Die Goetheschule Graudenz 1920-1945
W. Jacobmeyer (Münster): Schulprobleme der polnischen Minderheit in Preußen (1815-1918) und der deutschen Minderheit in Polen (1919-1939). Ein Forschungsbericht
A. Hermann (Heidelberg): Litauer und Litauisch in der preußischen Schule (bis 1918)
H. Stossun (Ratzeburg): Die litauische Minderheitenschulpolitik zwischen den Kriegen in der westsprachigen Literatur
S. Kivimäe (Tallinn): Estnische Frauenbildung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts
V. Daukšte (Riga): Probleme des lettischen Schulwesens im 19. Jahrhundert (bis 1918). Ein Forschungsbericht.

Schwerpunkte der Folgehefte:

- Deutsch-litauische Beziehungen im 20. Jahrhundert (Juni 1993)
Wendepunkte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert (Dezember 1993)
Deutsche in St. Petersburg und Moskau (Juni 1994)
Völker im Nordosten - Das Bild vom Anderen in Geschichte und Gegenwart
Kartographieggeschichte Ostdeutschlands und Ostmitteleuropas 1750-1850
Die Ansichtspostkarte als historische Quelle
Denkmalpflege in den Baltischen Staaten.



Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte
Neue Folge

Das Nordost-Archiv beschäftigt sich mit der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa. Geographisch wird dieser Raum annähernd begrenzt von der Ostsee und den Karpaten im Norden und Süden, von der Oder und Nawa im Westen und Osten. Ethnisch umschließt er die Hauptsiedlungsgebiete der Polen, Litauer, Letten und Esten und beträchtliche Teile des Siedlungsgebietes der (Groß-, Weiß- und Klein-)Russen, über Jahrhunderte auch der Juden und Deutschen.

Im Vordergrund der Aufmerksamkeit werden die Deutschen stehen, die einst, wie sonst nur noch die Juden, in nahezu dem ganzen Raum ansässig gewesen sind und ihn zu Zeiten in erheblichem Maße geprägt haben. Allerdings können die Deutschen nicht isoliert gesehen werden. Als Nachbarn, als Eroberer oder Kolonisten, Herren oder Untertanen, Mehrheit oder Minderheit haben sie immer und überall in so enger Berührung mit den anderen ethnischen Gruppen gestanden, daß die deutsche so wenig wie die polnische oder estnische Geschichte Ostmitteleuropas zu verstehen und zu beurteilen ist, wenn man sie ausschließlich vom Blickpunkt eines einzelnen Volkes betrachtet.

Das Nordost-Archiv will:

- die Deutschen stets als Element des Raumes sehen, den sie mit anderen geteilt haben. Den grundlegenden Bezugsrahmen wird deshalb auf unterer Ebene die Landesgeschichte, auf höherer Ebene die Geschichte der Gesamtregion bieten;
- dem Verhältnis zwischen den ethnischen Gruppen besondere Beachtung zuwenden. Neben den „objektiven“ Beziehungen, z. B. in Handel und Kultur, werden auch „subjektive“ Aspekte zu behandeln sein, insbesondere „das Bild vom Anderen“, die Vorstellungen, die die Gruppen wechselseitig voneinander ausgebildet, tradiert und verändert haben;
- die weite und anhaltende Verbreitung der Deutschen im nördlichen Ostmitteleuropa zu historischen Vergleichen nutzen;
- Autoren aus allen Ländern des nördlichen Ostmitteleuropa zusammenführen und dazu beitragen, daß überkommene nationalhistorische Sehweisen untereinander konfrontiert, aneinander abgearbeitet und womöglich miteinander ausgeglichen werden.

Aus der Zielsetzung der Zeitschrift ergibt sich, daß ihre Schwerpunkte in Zeiten liegen, in denen der deutsche Anteil an der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa besonders hoch gewesen ist: im späteren Mittelalter, der frühen Neuzeit und den späteren Jahrhunderten bis zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges. Das Nordost-Archiv hält sich aber auch offen für Fragen der Zeitgeschichte und der Gegenwart, wenn sie die Deutschen und deren Verhältnis zu ihren Nachbarn berühren.

Die halbjährlich erscheinenden Hefte werden sich jeweils um einen gemeinsamen Gegenstand gruppieren. Die Themen können sich beziehen auf einzelne Orte, eine Landschaft oder Sachfragen, die die Gesamtregion betreffen, und schließen grundsätzlich alle Bereiche der historischen Wirklichkeit ein.

Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Die Deutschen in der Geschichte
des nördlichen Ostmitteleuropa

Bestandsaufnahmen

Neue Folge Band I/1992 Heft 1

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk Lüneburg

Die Deutschen in der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropas

Bestandsaufnahmen

| | |
|---|---|
| Eckhard Matthes / Karl-Heinz Ruffmann: Editorial | 5 |
|---|---|

Abhandlungen

| | |
|--|-----|
| Hartmut Boockmann (Göttingen): Wo liegt Ostdeutschland? Die Deutschen und ihre Geschichte im östlichen Mitteleuropa | 7 |
| Alfonas Eidintas (Wilna): Deutschland und die Staatlichkeit Litauens im 20. Jahrhundert | 21 |
| Rein Helme (Reval): Die Deutschen in der Geschichte Estlands | 41 |
| Henryk Olszewski (Posen): Die Deutschen in der Geschichte Ostmitteleuropas als Gegenstand der polnischen Geschichtsforschung | 59 |
| Gert v. Pistohlkors (Göttingen): Die Stellung der Deutschen in der Geschichte der Esten, Letten und Litauer | 89 |
| Jānis Stradiņš (Riga): Die Deutschen in der Kulturgeschichte Lettlands unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaftsgeschichte | 123 |
| Klaus Zernack (Berlin): Der historische Begriff „Ostdeutschland“ und die deutsche Landes- geschichte | 157 |

Mitteilungen

| | |
|---|-----|
| Ostpreußen — Erbe und neue Identität: eine Konferenz in Allenstein, 7. bis 9. November 1991 (Rex Rexheuser) | 175 |
| Zur Errichtung des Forschungszentrums für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der Universität Klaipeda/Memel (Eckhard Matthes) | 181 |
| Zweite Deutsch-Litauische Historikerkonferenz in Lübeck-Travemünde, 23. bis 25. März 1992 (Joachim Tauber) | 187 |
| Baltische Bibliotheksgeschichte. Ein internationales Symposium in Riga, 29. April bis 2. Mai 1992 (Ulrich Ribbert) | 193 |

Rezensionen

| | |
|--|-----|
| Manfred Alexander/Frank Kämpfer/Andreas Kappeler (Hrsg.): Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas. Festschrift für Günther Stökl. (Erwin Oberländer) | 197 |
| Mads Ole Balling: Von Reval bis Bukarest. Statistisch-Biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1945. (Sabine Bamberger) | 200 |
| Władysław Bartoszewski: Tradition und Zukunft im Denken von Polen und Deutschen. Einige Bemerkungen zur Lage. Hrsg. v. Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. (Rudolf Jaworski) | 206 |
| Marian Biskup / Gerard Labuda: Dzieje zakonu krzyżackiego w Prusach. Gospodarka — społeczeństwo — państwo — ideologia (Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen. Wirtschaft — Gesellschaft — Staat — Ideologie). (Udo Arnold) | 208 |
| Lothar Dralle: Die Deutschen in Ostmitteleuropa. Ein Jahrtausend europäischer Geschichte. (Dittmar Dahmann) | 215 |
| Hans Hecker / Silke Spieler (Hrsg.): Deutsche, Slawen und Balten. Aspekte des Zusammenlebens im Osten des Deutschen Reiches und in Ostmitteleuropa. (Michael Garleff) | 218 |
| Andreas Lawaty: Das Ende Preußens in polnischer Sicht. Zur Kontinuität negativer Wirkungen der preußischen Geschichte auf die deutsch-polnischen Beziehungen. (Wolfgang Jacobmeyer) | 221 |
| Peter Nitsche (Hrsg.): Preußen in der Provinz. Beiträge zum 1. deutsch-polnischen Historikerkolloquium im Rahmen des Kooperationsvertrages zwischen der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; unter Mitarbeit von Ekkehard Klug. (Jerzy Topolski) | 223 |
| Gert v. Pistohlkors / Toivo U. Raun / Paul Kaegbein (Hrsg.): Die Universitäten Dorpat/Tartu, Riga und Wilna/Vilnius 1579-1979. Beiträge zu ihrer Geschichte und ihrer Wirkung im Grenzbereich zwischen West und Ost. (Norbert Angermann) | 226 |
| Hans Rothe (Hrsg.): Deutsche im Nordosten Europas. (Hans-W. Rautenberg) | 229 |
| Andrzej Sakson: Mazury — społeczność pogranicza (Die Masuren — Gemeinschaft eines Grenzlandes). (Grzegorz Jasiński) | 236 |
| Karl Schlögel: Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa. 2. Aufl. (Helmut Altrichter) | 239 |
| Jerzy Krasuski / Gerard Labuda / Antoni Walczak (Hrsg.): Stosunki polsko-niemieckie w historiografii. Studia z dziejów historiografii polskiej i niemieckiej (Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Historiographie. Studien zur Geschichte der polnischen und der deutschen Historiographie). (Hans Henning Hahn) | 243 |
| Eckhard Thurich: Schwierige Nachbarschaften. Deutsche und Polen — Deutsche und Tschechen im 20. Jahrhundert. (Hans Lemberg) | 253 |
| Wojciech Wrzesiński: Warmia i Mazury w polskiej myśli politycznej 1864-1945 (Ermland und Masuren im polnischen politischen Denken). (Grzegorz Jasiński) | 255 |
| Klaus Zernack: Preußen — Deutschland — Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen. (Dieter Bingen) | 257 |
| Klaus Zernack: Preußens Ende und die ostdeutsche Geschichte. (Gottfried Schramm) | 262 |
| Klaus Zernack (Hrsg.): Zum Verständnis der polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772-1871. Referate einer deutsch-polnischen Historiker-Tagung vom 14. bis 16. Januar 1986 in Berlin-Nikolassee. (Rex Rexheuser) | 264 |
| Ziemie zachodnie i północne Polski 992-1945. Katalog wystawy archiwalnej (Die West- und Nordgebiete Polens 992-1945. Katalog einer archivalischen Ausstellung). (Sven Ekdahl) | 268 |
| Die Autoren der Abhandlungen | 272 |

Editorial

Die vorliegende Ausgabe des ersten Heftes und die damit beginnende Neue Folge der Zeitschrift Nordost-Archiv sind angeregt und in ihrer Entstehung gefördert worden durch die aktuellen Ereignisse, welche Deutschland und den europäischen Osten während der letzten Jahre in eine neue politische Wirklichkeit hineingeführt haben. Kein Lebensbereich blieb unberührt von diesem Umbruch. Überall steht Gegenwart im Spannungsverhältnis zwischen vorgefundener Vergangenheit und bewußt gesuchter Zukunft. Das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk in Lüneburg wird von dieser Entwicklung in mehrfacher Hinsicht berührt: es ist konfrontiert mit der Tatsache, daß in der Region seines Forschungsinteresses thematische Akzentuierung, methodischer Ansatz und institutioneller Rahmen historischer Wissenschaft grundlegenden Veränderungen unterworfen sind. Es wird durch diese Tatsache vor die Notwendigkeit gestellt, die Voraussetzungen, Formen und Ziele der eigenen wissenschaftlichen Tätigkeit neu zu durchdenken. Hinzu kommt, daß das Institut durch seine institutionelle Erweiterung im Jahr 1991 einen Rahmen erhalten hat, der, im Vergleich zur bisherigen Tätigkeit, neue Arbeitsformen zuläßt. Mit der Zugänglichkeit der Länder im östlichen Europa und ihrer Archive, mit der uneingeschränkten Möglichkeit, in der wissenschaftlichen Kommunikation die verbindenden oder unterschiedlichen Interessen aufsuchen zu können, schließlich mit der elementaren Gegebenheit, Forschungstätigkeit zu verbinden mit menschlicher Begegnung und daraus erwachsender gemeinsamer internationaler Erfahrung, werden wesentliche Aspekte angesprochen, die eine Neuorientierung wissenschaftlicher Tätigkeit als Antwort auf die Veränderungen im Osten Europas auch in dessen Westen erfordern.

Die Neugestaltung der Zeitschrift Nordost-Archiv, deren allgemeine konzeptionelle Zielsetzung dem Heft vorangestellt ist, wird aus einer solchen Überzeugung heraus begonnen. Dies findet seinen konkreten Niederschlag auch in der Wahl des thematischen Schwerpunktes. Die Frage nach der Stellung der Deutschen in der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa als zentrales Thema aller Forschungen, die das Lüneburger Institut beschäftigen, berührt zugleich neue Forschungsbemühungen in den osteuropäischen Ländern, die die augenblickliche Situation des Umbruchs charakterisieren. Dabei wird die

Bedeutung der Geschichte als vergangenheitsbezogene Wissenschaft erkennbar in ihrer zukunftsprägenden Wirkung.

Die allen Beiträgen des Heftes gemeinsamen Grundfragen — von den Autoren unterschiedlich akzentuiert — führen auf die tiefgreifenden Einschnitte zurück, die mit den Jahren 1945 und 1990 verbunden sind. Der etwa tausend Jahre währende Weg der Deutschen in den Osten fand mit dem Zweiten Weltkrieg und seinem Ende einen Abschluß, der den deutschen Nachbarn katastrophale Verluste zugefügt und in ihnen existentielle Angst vor den Deutschen hinterlassen hat. Dieses Ergebnis als das Ende einer Jahrhunderte währenden gemeinsamen Geschichte wurde überlagert durch die neuen politischen Realitäten, die nach 1945 das Bild Europas im Osten prägten. Die Geschichtswissenschaft in den Ländern Ostmitteleuropas nahm seither durch ideologische Vorgaben Positionen ein, die auch die Fragen der Beziehungen zu den Deutschen beeinflussten und häufig außerwissenschaftlichen Rücksichten unterordneten.

Mit der politischen Zäsur um das Jahr 1990 eröffnen sich neue Möglichkeiten, ohne solche Restriktionen den langen gemeinsamen Weg zu prüfen, der 1945 sein katastrophales Ende gefunden hat. Wenn sich die Geschichtswissenschaft ihrer Verpflichtung zur selbstkritischen Reflexion bewußt bleibt, werden in diese Betrachtung auch jene Erfahrungen eingehen müssen, die Polen und Esten, Letten und Litauer in der Ferne zu Deutschland seit 1945 und die Deutschen in der Ferne zu ihren östlichen Nachbarn gemacht haben.

Herausgeber und Autoren sind sich darüber im klaren, daß die im Heft vereinigten Beiträge unter dem gemeinsamen Titel „Bestandsaufnahmen“ nur den Anfang eines Weges markieren, der zunächst mehr durch Fragen denn durch Antworten charakterisiert ist. Entscheidend für die Zielsetzung des Heftes war die gemeinsame Überzeugung von Autoren und Herausgebern, daß die aufgeworfenen oder noch zu stellenden Fragen nicht nur für die jeweilige eigene Situation, sondern gerade auch als Beitrag für die wissenschaftliche Diskussion aller Partner, der Polen und Letten, der Litauer, Esten und Deutschen von Bedeutung sind.

Darum war die spontane Bereitschaft der in diesem Heft vertretenen Autoren, sich durch einen Beitrag zu beteiligen, eine schöne Bestätigung für die Intention, mit der die Herausgeber die Neue Folge der Zeitschrift begonnen haben.

Eckhard Matthes
Karl-Heinz Ruffmann

ABHANDLUNGEN

Wo liegt Ostdeutschland? Die Deutschen und ihre Geschichte im östlichen Mitteleuropa

von Hartmut Boockmann

Eine Antwort auf die Frage, wo Ostdeutschland liege, kann man täglich Zeitungen entnehmen oder anderen Medien, zumal den Nachrichtensendungen. Da wird von ostdeutscher Wirtschaft gesprochen, wenn von Eisenach die Rede ist, von der Spielzeugherstellung im Thüringer Wald oder der Werftindustrie in Rostock.

Daß man es hier nicht mit einer bloß geographischen Terminologie zu tun hat, liegt auf der Hand. Die geographische Mitte der Bundesrepublik Deutschland in ihrem heutigen Umfang liegt in der Nähe von Mühlhausen in Thüringen, also in „Ostdeutschland“. Das vermeintlich ostdeutsche Eisenach liegt einige Kilometer westlich von dieser Mitte und etwa zwanzig Kilometer südlich. Es müßte also in Mitteldeutschland liegen, oder, wenn man diese Bestimmung nicht treffen will, in Süddeutschland, Westdeutschland oder auch im Südwesten.

Das Wort Ostdeutschland im heutigen Sinne meint also offensichtlich nicht nur geographische, sondern auch politische und bis zu einem gewissen Grade historische Sachverhalte, wobei es allerdings nur um die Geschichte der letzten vier Jahrzehnte geht. „Ostdeutschland“: Das meint jenes Gebiet, auf dem sich bis 1990 die DDR befand, es meint also die einstige DDR.

Doch warum sagt man das nicht? Dafür könnte es einen achtbaren Grund geben, denselben, der auch gegen die „fünf neuen Bundesländer“, die FNL, wie man schon ironisch abkürzend gesagt hat, spricht. Beide Bezeichnungen sind lang, sie sprechen sich schlecht, und sie wirken gekünstelt. Ostdeutschland dagegen ist eine einfache Bezeichnung — so einfach wie auch Deutschland. Doch findet man manchen, der hier einen Unterschied macht und gern Ostdeutschland sagt, vor Deutschland aber zugunsten von Bundesrepublik (gesprochen bekanntlich: Bunzreplik) zurückscheut. Nach den Gründen dieser Scheu wird noch zu fragen sein. Allein oder auch nur vorrangig um sprachästhetische Gründe geht es bei Ostdeutschland also offensichtlich nicht.

Daß man einstweilen eine Benennung braucht, welche die Gebiete der früheren DDR zusammenfaßt, läßt sich nicht bestreiten. Doch warum bedient man sich dann, wenn sprachästhetische Gründe den Ausschlag nicht geben, nicht der beiden genannten Bezeichnungen? Gegen „ehemalige DDR“ spricht offensichtlich eine gewisse Wortmagie. Nachdem zu Zeiten des öffentlichen Streits um die Anerkennung dieses Staates das Wort DDR geradezu zum Schibboleth derer geworden war, die sich gegen die bisher üblichen Bezeichnungen (Zone, sog. DDR, Mitteldeutschland) zur Wehr setzten, beobachtet man heute, daß DDR möglichst vermieden und allenfalls mit dem Zusatz „früher“ oder einer ähnlichen Einschränkung versehen benutzt wird, und zwar auch zur Bezeichnung von Sachverhalten, die vor dem Jahre 1990 liegen. Schon an dieser Stelle bemerkt man, daß es hier letztlich um unser Verhältnis zur Vergangenheit geht, um die Frage, ob diese der Gegenwart angepaßt wird, oder ob man ihr zu ihrem Recht verhilft. „Frühere DDR“ schon vor 1990: das ist ebenso widersinnig wie es der Gebrauch des Begriffs „Heiliges Römisches Reich“ mit dem Zusatz „ehemalig“ wäre. Alles, was abgeschlossen ist, ist ehemalig. Doch wie steht es mit den „neuen Ländern“? So verkürzt spricht sich diese Bezeichnung ebenso gut wie „Ostdeutschland“. Dennoch hat sich diese Benennung nicht durchgesetzt. Es gibt offensichtlich positive Gründe dafür, Eisenach oder Rostock in Ostdeutschland anzusiedeln.

Der Blick auf Rostock zeigt, daß „Mitteldeutschland“ keine Lösung wäre. Zum einen war diese Bezeichnung lange das Trotzwort gegen die DDR und als solches ebenso fragwürdig wie Ostdeutschland im Sinne des heute grassierenden Sprachgebrauchs. Rostock lag weder nach 1945 in Mitteldeutschland noch davor, und zu Mitteldeutschland rechnete man bis 1945 nicht nur Gebiete, die danach östlich der innerdeutschen Grenze lagen. Das Wort Mitteldeutschland war ebenso irreführend wie die damals gängige Rede von Westdeutschland, die zum Beispiel Passau einschloß, eine Stadt, die beträchtlich weiter im Osten liegt als der größere Teil des damaligen „Mitteldeutschland“ — vom vermeintlichen Ostdeutschland im heutigen Sinne gar nicht zu reden. Westdeutschland/Mitteldeutschland: das war letztlich die Terminologie des Kalten Krieges. Westdeutschland/Ostdeutschland heute gibt sich dagegen als die Sprache des Friedens.

Als sich im Jahre 1990 zeigte, daß die deutsche Einheit nicht zu verhindern sein würde, wollten viele, die sich in der deutschen Teilung

so behaglich eingerichtet hatten, dieser zur Erhöhung ihrer eingefahrenen Bequemlichkeit einen höheren Sinn etwa durch die Behauptung geben, daß die Deutschen durch Auschwitz das Recht auf die politische Einheit verwirkt hätten. „Nie wieder Deutschland“ wurde nun an die Wände gesprüht, oder auch „Deutschland verrecke“, also eine Variation des früheren „Juda verrecke“, und damit eine Marginalie zum Thema: ganz links = ganz rechts. Als das alles nicht zum Erfolg führte, wurde ersatzweise die Sorge entfacht, die Deutschen würden nach Beseitigung der einen Kriegsfolge auch die andere beseitigen und zu den Grenzen von Versailles (genannt die „Grenzen von 1937“) zurückkehren wollen.

Daß der Vertrag mit Polen nicht sofort nach dem Einigungsvertrag geschlossen wurde, gab dieser Befürchtung zeitweilig eine scheinbare Berechtigung. Wer vor Abschluß dieses Vertrages und danach Eisenach demonstrativ als ostdeutsch bezeichnete und bezeichnet, will, soweit seine Sprechweise politisch begründet ist, offensichtlich erreichen, daß das Wort Ostdeutschland nicht für die Gebiete jenseits von Oder und Neiße zur Verfügung steht. Das ostdeutsche Eisenach rechtfertigt sich dann als ein Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker in einem Europa, in dem es keine Grenzstreitigkeiten mehr gibt. Was könnte dagegen sprechen?

Einmal selbstverständlich die Geographie. Eisenach im Osten und Passau im Westen empfehlen den neuen Begriff Ostdeutschland offensichtlich nicht. Doch handelt es sich bei solchen Bezeichnungen für Landesteile nicht um rein geographische Begriffe und schon gar nicht um Worte, deren Geltungsbereich auf der Landkarte mit Zirkel und Lineal zu bestimmen wäre. Ostdeutschland ist in jedem Falle ein Begriff, in den politische Sachverhalte einfließen, aber gewiß auch historische. Sobald man das zur Kenntnis nimmt, stellt sich jedoch die Frage, ob es bei der historischen Komponente eines derartigen Begriffs nur um die Geschichte der letzten vier Jahrzehnte gehen kann, oder ob nicht vielmehr die Jahrhunderte davor zu berücksichtigen sind. Sobald sie in den Blick geraten, hat man es mit einem anderen Ostdeutschland zu tun.

Die Schwierigkeiten, die sich hier auftun, haben ihre Ursache nicht erst in unserem Jahrhundert. Man sieht das an der Gliederung von Georg Dehios Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler, das in den Jahren 1905 bis 1912 in fünf Bänden erschien. Diese gliederten Deutschland in: Mitteldeutschland, Norddeutschland, Süddeutschland, Südwestdeutschland und Nordwestdeutschland. Diese Gliede-

rung ergab sich aus kulturgeschichtlichen Überlegungen, aber sie nahm auch auf die politischen Grenzen Rücksicht, auf die Grenzen des Reichs nach außen, die das Handbuch nicht überschritt, und auf seine Binnengrenzen.

So umfaßte Mitteldeutschland hier das Königreich Sachsen, die thüringischen Fürstentümer, die preußischen Regierungsbezirke Merseburg, Erfurt und Kassel sowie die bayerischen Regierungsbezirke Oberfranken und Unterfranken. Mitteldeutschland reichte demnach von Dresden bis kurz vor Frankfurt am Main, von Wittenberg bis Bamberg. Um diese Mitte Deutschlands wurden vier Großgebiete geordnet, von denen drei nicht mit einfachen, sondern mit zusammengesetzten Himmelsrichtungen in dem Sinne benannt wurden, daß zum Beispiel Nordostdeutschland nicht eine Region zwischen dem Norden und dem Osten war, sondern ein Gebiet, das sowohl als nördlich wie als östlich bezeichnet werden konnte. Nordostdeutschland umfaßte hier die preußischen Provinzen Ostpreußen und Westpreußen, Posen, Schlesien, Brandenburg und Pommern, ferner die beiden mecklenburgischen Großherzogtümer, das oldenburgische Fürstentum Lübeck, die Freien und Hansestädte Lübeck und Hamburg, sowie die preußische Provinz Schleswig-Holstein. Ähnlich waren Nordwestdeutschland und Südwestdeutschland begrenzt.

Doch warum fiel der dritte Band aus dieser offensichtlich brauchbaren Systematik heraus, war er mit dem Wort Süddeutschland überschrieben und nicht mit Südostdeutschland? Offensichtlich deshalb, weil man meinte, zu einem Südostdeutschland würden auch jene Gebiete gehören, die bei der Begründung des kleindeutschen Reichs 1871 außerhalb von dessen Grenzen geblieben waren. Ein Südostdeutschland hätte auch Wien oder Graz einschließen müssen.

Das heißt, man fühlte sich nicht gezwungen, das damalige Reich als ein vollständiges Deutschland aufzufassen und es entsprechend zu gliedern. Man meinte vielmehr, nicht durch eine den aktuellen Grenzen angepaßte Terminologie verdecken zu müssen, daß Deutschland seinen Südosten verloren hatte. Die heutige Rede von Ostdeutschland dagegen tut das Gegenteil. Sie verdeckt, daß es Ostdeutschland nicht mehr gibt, indem sie ein neues Ostdeutschland erfindet — gegen die Geographie und gegen die Geschichte. Auch wenn das Wort Ostdeutschland ohne historischen Bezug gemeint ist, umschließt es doch unvermeidlich einen historischen Sinn, macht es eine historische Aussage, und diese Aussage harmonisiert. Sie verdeckt die Katastrophen der jüngeren deutschen Vergangenheit.

Gerade diejenigen, die mit politischer Absicht Eisenach oder Rostock nach Ostdeutschland verlegen, meinen, auf diese Weise angemessen mit der Vergangenheit umzugehen. Doch das ist eine Täuschung. Das Zudecken von Vergangenheit läßt sich weder intellektuell noch pädagogisch rechtfertigen. Allerdings hat man es dabei mit einem gleichsam natürlichen Verhältnis zur Geschichte zu tun. Beim Umgang mit der eigenen und mit der Vergangenheit derer, auf die sich die eigene Identität gründet, werden das Zudecken und das Herausheben von Vergangenen höchst tendenziös eingesetzt. Wissenschaft und Didaktik aber dürfen solche Selektionsvorgänge nicht verstärken. Sie müssen vielmehr versuchen, sich von solchen Vorgegebenheiten frei zu halten. Andernfalls kommt es in Zeiten raschen Wandels zu einem peinlichen Umschreiben der Geschichte — wie man das gegenwärtig bei Lehrplänen und Schulbüchern zur Nachkriegsgeschichte sehen kann, die sich ganz auf die Spaltung Deutschlands eingestellt hatten und nun in aller Eile bemüht sind, der deutschen Einigung die passende Vorgeschichte zu geben.

Im Hinblick auf Ostdeutschland — nicht das vermeintliche, sondern das wirkliche — hat man den Eindruck, daß die Tendenz dominiert, die deutsche Geschichte als Vorgeschichte der Grenze an Oder und Neiße zu begreifen.

Eine Ausnahme beobachtet man in Vorpommern. Dort hatte die in der Sowjetunion und in deren Satellitenstaaten erzwungene Vergangenheitssicht, derzufolge die gegenwärtigen Grenzen schon für alle Vergangenheit gelten mußten und kein Deutscher über Danzig und Königsberg arbeiten durfte und kein Pole über Lemberg, besonders groteske Konsequenzen zur Folge gehabt. Nachdem 1952 die Länder zugunsten der Bezirke des zentralistischen Staates beseitigt worden waren, wurde über deren Geschichte ein Vergessensbefehl verhängt. Landesgeschichte wurde durch Regionalgeschichte in der Hoffnung ersetzt, auf diese Weise kleinräumige Identität zu erzeugen, ohne doch den Blick auf eine Vergangenheit freizugeben, welche die gegenwärtige Ordnung als ahistorisch erkennbar gemacht hätte. Dennoch war der Gebrauch der alten Ländernamen nicht geradezu verboten; Thüringen oder Sachsen durfte man sagen und schreiben. Der Name Pommern dagegen war in Vorpommern mit Rücksicht darauf, daß die andere Hälfte des Landes nun zu Polen gehörte, untersagt. Die pommersche Kirche mußte nun evangelische Landeskirche Greifswald heißen, als habe im Osten an Mecklenburg ein Stadtstaat dieses Namens grenzt. Als 1978 das 850jährige Jubiläum der Pommern-

Mission des Bischofs Otto von Bamberg gefeiert wurde, war im Titel der Jubiläumsschrift statt von Pommern vom Peene-Gebiet die Rede. Die DDR hätte sich bei einer solchen Nomenklatur auf Vorbilder berufen können: auf das nachrevolutionäre zentralistische Frankreich, auf Bayern, das seinen im Zeitalter Napoleons gemachten Landgewinn durch auf Flußnamen bezogene Kreisbezeichnungen — Rezatkreis zum Beispiel — zu integrieren suchte, oder auch auf die gleichzeitigen Gebietsreformen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Beseitigung Wetzlars und Gießens zugunsten von „Lahn“ stellte damals die Peripetie dar. In Vorpommern deutete sich eine solche schon vor 1989 an: Die Erinnerung an die Reformation des Herzogtums vor 450 Jahren wurde im Jahre 1985 mit der Nennung dessen, was man feierte, begangen — wenn auch beschränkt auf den kirchlichen Bereich. Nun hat die pommersche Kirche wieder ihren alten Namen, und auch die außerkirchliche Geschichte des Landes — über vier Jahrzehnte lang fast nur in der Bundesrepublik gepflegt — meldet sich im Lande selbst zu Wort. Es geht dabei um Themen der Geschichte Vorpommerns, aber auch des ganzen Landes, also der seit 1945 polnischen Gebiete.

Muß das nicht Befürchtungen wecken, daß aus der Entdeckung einer so lange verschütteten Vergangenheit der Wunsch folgen werde, die politischen Grenzen abermals zu ändern? Man hat Grund zu der Hoffnung, daß solche Befürchtungen nicht überwiegen werden. Im heutigen Polen werden solche Sorgen wohl nur dort geschürt, wo daraus innenpolitische Vorteile erhofft werden. Die Zahl derjenigen, die in der Rede vom deutschen Revanchismus ein kommunistisches Herrschaftsinstrument erkennen, dürfte überwiegen. Polnische und deutsche Historiker stehen schon seit langem bei der Erforschung der Vergangenheit der Länder östlich von Oder und Neiße in produktivem Kontakt miteinander. Ähnliche Kontakte zwischen deutschen und tschechischen Historikern waren nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 fast nur unter der Hand möglich. Wo sie gelangen, waren sie um so herzlicher.

Dieses Wort Herzlichkeit bietet sich auch für die Gespräche zwischen estnischen, lettischen, litauischen und deutschen Historikern an, die sich jetzt anbahnen. Mehr oder weniger verdeckt waren Kontakte auch hier schon seit längerem möglich, und im Lande selbst vermochte die Sowjetisierung die Erinnerung an die eigene Vergangenheit nicht gänzlich auszutrocknen. Auch die Erinnerung an die durch das Bündnis von Hitler und Stalin vertriebenen Deutschen hatte nicht nur die Gestalt, welche die offizielle Doktrin vorschrieb.

Die Erinnerung an Paul Johansen, einen Deutschen dänischer Herkunft, der bis 1939 das Stadtarchiv Reval leitete und einer der besten Kenner der Landesgeschichte war, wurde in Ehren gehalten. 1985 hat man sich an seinen 20. Todestag an seinem Geburts- und einstigen Wirkungsort öffentlich erinnert.

Aber ganz frei wird die Sicht auf die Vergangenheit erst jetzt, und zu der neuen Freiheit gehört auch eine Distanz gegenüber dem Nationalismus der eigenen Väter und Großväter. Die nach dem Ersten Weltkrieg begründeten baltischen Staaten Estland und Lettland profilierten sich nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit den deutschen Minderheiten. Gewiß wäre die Sowjetisierung dieser Länder nicht verhindert worden, wenn die deutschen Minderheiten nicht vorher aus ihnen hinausgedrängt worden wären. Aber erleichtert wurde die Sowjetisierung nach dem Urteil heutiger lettischer und estnischer Historiker nach der Verdrängung der Deutschen wohl doch. Jedenfalls weiß man heute in Estland und Lettland, daß zur Geschichte dieser Länder auch die der Deutschen gehört, die dort lange Jahrhunderte hindurch lebten.

Moderne erkenntniskritische und methodologische Einsichten verbieten es, einfach zwischen Wahrheit und ideologischer Verunstaltung zu unterscheiden. Doch war die Verunstaltung der Vergangenheit durch die sowjetischen Geschichtskommissare so brutal, daß sich die einfache, hinter moderne methodologische Forderungen scheinbar zurückgehende Rede von der historischen Wahrheit oder davon, wie es „eigentlich gewesen“ (Ranke) sein könnte, aufdrängt. Am eindrucksvollsten wird das wohl im Oblast' Kaliningrad sichtbar, also im einstigen Nord-Ostpreußen.

In dieser militarisierten, vielfach geschundenen und verunstalteten Region wurde ein Experiment gemacht, das den Historiker interessieren muß und dessen Scheitern ihn befriedigen darf. Anders als in den einst deutschen und nun polnischen Gebieten wurde die Geschichte dieser Region nicht umgedeutet und auf ein anderes Zentrum hin orientiert. Hier wurde die Vergangenheit vielmehr mit Panzerketten zugewalzt. Anders als in Masuren oder Pommerellen gab es im nördlichen Ostpreußen keine einheimische Bevölkerung, die von der Vertreibung verschont worden wäre. Nur das — zufällig — erhaltene Grabmal Kants am Königsberger Dom stellte fortan eine schmale Brücke zur Vergangenheit dar, weil der Philosoph — mit Rücksicht auf Hegel — als Großvater von Karl Marx oder als Urgroßvater Lenins galt. Im übrigen aber hatte Kaliningrad mit Königsberg nichts

zu tun. Die Bewohner der russischen Stadt hatten keine Vorstellung von dem, was dort, wo sie lebten, vor 1945 gewesen sein mochte.

Die Zukunft des Oblast' Kaliningrad steht dahin. Für das neue Rußland könnte das Gebiet eine Last sein. Ob es für Litauen oder Polen ein Gewinn wäre, läßt sich nicht sagen. Und was daraus folgen könnte, daß vertriebene Wolgadeutsche hier eine Hoffnung sehen, ist vollends ungewiß. Diese Ungewißheiten haben ihren Grund nicht zuletzt darin, daß hier das Experiment scheiterte, ein Land von seiner Vergangenheit abzusprennen. Die Nachrichten aus dem gegenwärtigen Kaliningrad, die davon berichten, daß sich Intellektuelle dort von der ihnen aufgezwungenen Geschichtslosigkeit zu befreien, daß sie sich die Vergangenheit des von ihnen bewohnten Landes anzueignen versuchen, sind eindrucksvoll. Es geht dabei einerseits einfach um Wahrheit oder Unwahrheit. Aber man hat es offensichtlich auch damit zu tun, daß das geistige Bedürfnis, die eigene Vergangenheit zu kennen, elementar ist und nur mit Mühe und nicht auf Dauer unterdrückt werden kann.

Doch was wäre in diesem Falle eigene Vergangenheit? Die da in Kaliningrad nach der Vergangenheit suchen, tun das offensichtlich weder mit der Absicht, zu verdrängen, daß sie oder ihre Eltern aus anderen Ländern in dieses Gebiet gekommen sind, noch zielen sie darauf ab, zu verleugnen, daß Königsberg bis 1945 eine preußische und eine deutsche Stadt gewesen ist. Dennoch wird hier nach der eigenen Vergangenheit gesucht — nicht nach der der eigenen Vorfahren, wohl aber des eigenen Lebensortes. Anders gesagt: der Aneignungsprozeß, der hier beginnt, zielt augenscheinlich nicht auf ein exklusives Eigentum. Er akzeptiert vielmehr, daß noch andere in Königsberg ihre eigene Geschichte haben — die vertriebenen Deutschen und deren Nachfahren, aber nicht nur sie, sondern auch vertriebene Juden sowie Polen und Litauer, in deren Familiengeschichte Königsberg — zum Beispiel als Universität — einen Platz hat.

Es ist zu hoffen, daß im Falle des heute russischen Ostpreußen schneller und leichter gelingen wird, was im Hinblick auf das jetzt polnische Ostdeutschland, aber auch auf die ehemals deutsch besiedelten Gebiete der Tschechoslowakei erst nach Jahrzehnten der nationalpolitischen Polemik zu gelingen beginnt. Dort hat die Aneignung der Geschichte längere Zeit tatsächlich auf ein exklusives Eigentum gezielt, und so wurde nicht so sehr in der Forschung, aber um so mehr bei der Popularisierung der Geschichte in Schulbüchern, in der Literatur für das Publikum, in Museen und an den sichtbaren Zeugen

der Vergangenheit soweit wie möglich verdeckt, daß man es hier mit einer überwiegend deutschen Geschichte zu tun hatte, daß zum Beispiel in Breslau, Danzig oder Posen fast ganz oder zu einem beträchtlichen Teil deutsch gesprochen worden war. Noch vor wenigen Jahren mußte man beim Besuch des stadtgeschichtlichen Museums in Posen den Eindruck haben, daß die deutsche Sprache diese Stadt erst 1939 mit der deutschen Armee und mit der SS erreicht habe, und das vermittelte ein Zerrbild nicht nur im Hinblick auf die Bewohner und die Kultur dieser Stadt, sondern auch auf ihre Verfassung. Die autonome Bürgerstadt nach westlichem Muster erschien hier als eine Kommune, die der polnische König so unmittelbar regierte wie polnische Magnaten ihre Städte. Ähnlich erschien die Marienburg als polnisches Königsschloß mit einer Deutschordensvorgeschichte.

Die nicht selten bezeugte Empörung, mit der deutsche Besucher auf eine Marienburg solcher Art reagierten, nahm nicht zur Kenntnis, daß die Aufwendung großer Mittel zur Restaurierung der Hinterlassenschaften der deutschen Zeit im damaligen Polen nicht unumstritten war. Diejenigen, die sich darum bemühten, sahen sich zuweilen zu Argumenten genötigt, deren sie sich unter besseren Umständen wohl nicht bedient hätten — ganz ähnlich, wie in Potsdam der Widerspruch zwischen der leidlichen Pflege, welche dem Sanssouci Friedrichs des Großen zuteil wurde, und der Polemik gegen den König durch die emphatische Versicherung überbrückt wurde, daß man ja nur die Hervorbringungen der im Feudalabsolutismus unterdrückten Vorfahren späterer Proletarier schütze.

Im Falle der Marienburg kam aber hinzu, daß diese tatsächlich lange Zeit ein Schloß des polnischen Königs gewesen war, und zwar länger (1456 bis 1772), als sie den Hochmeistern zur Residenz gedient hatte (1309–1456). Auch sonst neigte die deutsche Erinnerung dazu, die Nationalitätenverhältnisse, wie sie unmittelbar vor der Vertreibung geherrscht hatten, auch für die ältere Vergangenheit anzunehmen und damit zu verkennen, daß sie zum Beispiel noch im frühen 19. Jahrhundert eine ganz andere Gestalt gehabt hatten, daß es damals in Westpreußen, aber auch in Teilen Schlesiens polnischsprachige Bewohner an Orten gab, die eineinhalb Jahrhunderte später nur von Deutschen bewohnt wurden. Auf polnischer Seite hat man sich zur Legitimation der Grenze von 1945 darum bemüht, allen Nachdruck auf jene Zeit zu legen, wo der Anteil der polnischsprachigen Bevölkerung in den Gebieten östlich von Oder und Neiße am größten war, um auf diese Weise einen Normalzustand zu konstruieren, von dem

man behaupten konnte, er sei 1945 wiederhergestellt worden. Es war nicht nur die Ratio des sowjetischen Imperiums, die hier wirksam wurde, sondern auch die Tradition historischer Begründungen von Okkupationen oder gewünschten Grenzveränderungen, wie sie selbst im Zeitalter der Kabinettskriege praktiziert worden war, und im Zeitalter des Nationalismus, vor allem aber nach dem Frieden von Versailles, zu einer zerstörerischen Kraft geworden waren.

Hinzu kommt die trivialste — und das heißt zugleich wirkungsmächtigste — Art mit der Vergangenheit umzugehen: der Wunsch, diese als Vorgeschichte der Gegenwart zu verstehen und abzuschneiden, was sich dem entgegenstellt. Die auf diese Weise wirksam werdende Hoffnung, Harmonie zwischen Gegenwart und Vergangenheit herzustellen und die Vergangenheit zur Legitimierung der Gegenwart zu nutzen, wird nicht nur an einer so dramatischen Grenze wie der von 1945 wirksam, und auch nicht nur an anderen Grenzen zwischen Nationen, sondern schon an Binnengrenzen. Wenn heute landesgeschichtliche Handbücher erarbeitet werden, orientieren sie sich fast immer an den gegenwärtigen Grenzen der Bundesländer, und so entsteht der Eindruck, Bayern habe seine derzeitige Gestalt nicht im Zeitalter Napoleons erhalten und Niedersachsen sei nicht erst ein Produkt des Jahres 1946.

Da Forschung Geld kostet und Kultur Ländersache ist, erklärt sich bis zu einem gewissen Grade, warum landeshistorische Forschung in der Bundesrepublik Deutschland so häufig an heutigen Grenzen Halt zu machen genötigt ist, warum es, umgekehrt gesagt, die Geschichte der Pfalz so schwer hat, eines Landes, das heute teils zu Rheinland-Pfalz gehört, teils zu Baden-Württemberg, warum es keine Geschichte Frankens gibt. Doch erklärt das Geld auch in diesem Falle nicht alles. Die Landesregierungen arbeiten — im Prinzip nicht anders als bis 1989 die SED-Führungen in den Bezirken der DDR — an der Schaffung von Landesbewußtsein, und das um so energischer, je jünger die Länder in ihrer jetzigen Gestalt sind.

Auch aus diesem Grund ist die Geschichte Ostdeutschlands im heutigen Deutschland gefährdet. Wenn Kultur nur innerhalb der Landesgrenzen gefördert wird, hat es die Geschichte Ostdeutschlands, seit man auf die Vertriebenen als Wähler nicht mehr viel Rücksicht zu nehmen braucht, schwer. Zwar ist die Bundesregierung zur Förderung der Kultur der Vertreibungsgebiete gesetzlich verpflichtet, und einstweilen kommt sie dieser Verpflichtung — in welcher Gestalt immer — nach, aber ein tragfähiges Fundament für

die Zukunft hat man mit dieser Konstruktion allein gewiß nicht.

Je dominanter jene neuere politisch-historische Geographie sein wird, die ein ostdeutsches Eisenach fingiert, desto ungewisser werden die Chancen der Geschichte Ostdeutschlands in Deutschland sein. Als vor einigen Jahren ein schlesisches Museum in Hildesheim eingerichtet werden sollte, hatte man den Eindruck, die jetzige Landesregierung hätte es notfalls mit Polizeigewalt verhindern wollen. Daß die Landsmannschaften — „Schlesien ist unser“ — nicht unwesentlich zu dieser Geschichtsblindheit beigetragen haben, darf dabei nicht verschwiegen werden, zumal sich das verallgemeinern läßt. Die Organisationen der Vertriebenen sind in ihrem vielfach unsicheren Verhältnis zu den beteiligten Wissenschaften nicht unschuldig daran, daß in den Augen jüngerer Forscher die Beschäftigung mit Themen, die jenseits von Oder und Neiße angesiedelt sind, eine Art von Hautgout anhaftet. Immer wieder konnte man eine unfreiwillige Koalition beobachten, die erstens aus denjenigen bestand, die heute in Polen und in der Tschechoslowakei die gegenwärtigen Grenzen für alle Vergangenheit gültig machen wollten, zweitens aus denen, die an der Beseitigung dieser Grenzen interessiert waren und zu diesem Zweck — aber eben nur zu diesem Zweck — auch Historiker in ihren Dienst zu nehmen bereit waren, und drittens denen, die meinten, etwas für den Frieden zu tun, indem sie die Geschichte Ostdeutschlands leugneten.

Man darf hoffen, daß die Zeit dieser Koalition vorbei ist. In Estland, Lettland, Litauen, im nördlichen Ostpreußen, in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn ist man heute am Gespräch mit deutschen Historikern interessiert, weil man weiß, daß die Geschichte Ostdeutschlands und jener Gebiete des östlichen Mitteleuropa, in denen viele Deutsche lebten, angemessen nur zu verstehen ist, wenn sie in Zusammenarbeit mit deutschen Historikern erforscht wird. Es ist die Frage, ob in Deutschland diese Einladungen zur Zusammenarbeit wahrgenommen werden können, ob die Möglichkeiten, die in Deutschland bestehen, nicht bei unseren östlichen Nachbarn vielfach überschätzt werden. Der Kunstwissenschaft Deutschlands sind die Gebiete jenseits von Oder und Neiße fast ganz verlorengegangen. Die Geschichtswissenschaft hat sich darum bemüht, diese Forschungsfelder nicht aufzugeben, und so steht sie den Diskussionsangeboten, die heute jenseits der Grenze von 1945 laut werden, nicht gänzlich unvorbereitet gegenüber. Aber besonders leistungsfähig ist sie nicht, und es läßt sich nicht erkennen, ob sie Chancen für die Zukunft hat. Jener erwähnte triviale Umgang mit Geschichte, der auf eine Harmonisie-

rung von Vergangenheit und Gegenwart aus ist, sowie der Förderalismus — um nicht zu sagen: Provinzialismus — heutiger Kulturförderung wirken in die gleiche Richtung.

Dem sollte widerstanden werden. Ostdeutschland zwischen Rostock, Eisenach und Frankfurt an der Oder wäre ahistorisch. Man hätte hier ein groteskes Beispiel für die Unterwerfung der Geschichte unter die Gegenwart. Am wenigsten aber hätte man darin einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker in Europa. Dieses Zusammenleben wird nur möglich sein, wenn man in Deutschland die Erinnerung daran bewahrt, was nicht nur im Namen Deutschlands, sondern vielmehr von Deutschen in der nationalsozialistischen Zeit geschehen ist. Die Grenzen von 1945 waren die Folge davon. Seitdem gibt es Ostdeutschland nicht mehr. Seitdem ist die Geschichte Ostdeutschlands eine Sache derer, die nun westlich von Oder und Neiße leben. Doch kann die Geschichte Ostdeutschlands allein deren Sache nicht sein. Die Geschichte Schlesiens oder Ostpreußens ist auch und muß auch die Geschichte derer sein, die dort leben — schon länger oder erst nach 1945 — sowie ihrer Nachkommen. Das Experiment Geschichtslosigkeit in Kaliningrad ist gescheitert. Deutsche Exklusivitätsansprüche auf die Geschichte Schlesiens oder Ostpreußens würden die Wiederholung eines solchen Experiments fordern. Die Geschichte dieser Länder muß die Geschichte derer sein, die dort leben. Aber sie darf nicht nur das sein, sondern muß Rücksicht darauf nehmen, daß auch viele in Deutschland lebende Deutsche ihre Heimat in heute polnischen oder tschechischen Gebieten haben, sie muß offen dafür sein, daß auch sie die Geschichte dieser Länder für die ihre ansehen.

Das aber sollte nicht nur mit Rücksicht auf die Nachfahren der Vertriebenen so sein, sondern vor allem im Sinne eines angemessenen Verständnisses der Geschichte dieser Länder und der deutschen Geschichte im Ganzen. Was zwischen 1939 und 1945 durch Umsiedlungen, Vertreibungen und neue Grenzziehungen von Deutschland abgetrennt bzw. seiner deutschen Bevölkerung entledigt wurde, war ja kein geschlossenes Sondergebiet. Es handelte sich vielmehr um Länder, Provinzen und Regionen, die mit den Gebieten westlich von Oder und Neiße vielfältig und je auf eigene Art verknüpft waren. Wollte man diese Verbindungen nun zerschneiden, so hätte das zur Folge, daß die deutsche Geschichte verunstaltet würde.

Verunstaltet würde aber auch die Geschichte Schlesiens oder Ostpreußens, wenn sie nur von denen studiert würde, die heute dort

leben. Ohne die vielfältigen Verbindungen zur deutschen Geschichte insgesamt ließe sich die Geschichte dieser Länder nicht verstehen. Und so muß dort, wo über deutsche Geschichte nachgedacht wird, auch über die Geschichte Ostpreußens und Schlesiens gearbeitet werden. Und dort, wo man sich mit der Geschichte Ostpreußens und Schlesiens beschäftigt, bedarf es des Blicks auf die deutsche Geschichte im Ganzen. Man hat den Eindruck, daß das heute in Prag, Breslau, Thorn, Kaliningrad oder Reval bewußt ist. Ob man es auch in Hannover oder in Düsseldorf weiß, steht dahin. Es ist zu hoffen, daß sich am Ende die Einsicht durchsetzt, daß das Zusammenleben der Völker durch die Ausblendung einer scheinbar zur Gegenwart nicht passenden Vergangenheit nicht gefördert wird.

Deutschland und die Staatlichkeit Litauens im 20. Jahrhundert

von Alfonsas Eidintas

Da der Großteil der litauischen Bevölkerung mit der dritten Teilung des litauisch-polnischen Staates im Jahre 1795 zum Russischen Reich gekommen war, hatte die litauische Nationalbewegung Ende des 19. Jahrhunderts einen sehr klaren Feind in ihrem Aufbauprogramm für einen eigenen Staat. Deutschland, das bis 1904 den Druck litauischer Bücher und Zeitschriften in Tilsit und an anderen Orten sowie deren heimliche Beförderung nach Litauen durchaus tolerierte, sympathisierte jedoch mit dieser Nationalbewegung nicht sonderlich. Die Ursache waren 200 000 Litauer in Ostpreußen. Sofern engere Kontakte zwischen ihnen und Großlitauern entstanden, wurden sie gleich auf irgendwelche Weise geschwächt, z. B. durch Einschränkung der Möglichkeiten des Grenzüberganges oder durch polizeiliche Überwachung bestimmter Persönlichkeiten. Es war vielleicht für Deutschland vom militärischen Standpunkt aus nützlich, daß zwischen 1868 und 1914 fast 250 000 junge Litauer im dienstpflchtigen Alter die Grenze nach Deutschland überschritten und über deutsche Städte nach Amerika auf Arbeitssuche gingen.

Für die Deutschen dürfte trotzdem klar gewesen sein, daß Großlitauen kulturell die litauischsprachige Bevölkerung Kleinlitauens nicht anzog und wahrscheinlich auch künftig nicht anziehen würde, zumal das Verhältnis durch Unterschiede im kulturellen Milieu, in der kirchlichen Zugehörigkeit, im ökonomischen Niveau und in der Infrastruktur gestört war.

Obwohl Deutschland die Aktivisten der litauischen Nationalbewegung nicht unterstützte, waren bis zur Aufhebung des Verbots der litauischen Presse im Russischen Imperium 1904 die USA und Ostpreußen die wichtigsten und größten ökonomischen und kulturellen Basen dieser Bewegung.

Folgt man Professor A. Voldemaras, wurde die litauische Frage während des gesamten 19. Jahrhunderts entweder als untrennbarer Bestandteil der polnischen Frage oder als rein innerrussisches Problem behandelt — und das sogar unter dem Aspekt, daß Rußland unbestrittene Rechte auf Litauen habe.¹

¹ A. Voldemaras, *Lithuanie et Pologne*. Berlin 1920, S. 38.

Inzwischen war die Wiederherstellung eines eigenen Staates das endgültige Ziel der litauischen nationalen Bewegung. Während des Aufstandes von 1863 forderten die Litauer die Wiedererrichtung des litauisch-polnischen Gemeinwesens, im Dezember 1905 auf dem großen Sejm von Vilnius hingegen die ethnographische Autonomie Litauens. Hierzu ist anzumerken, daß lange genug diskutiert wurde, welcher Staat wiederhergestellt werden soll: ein Vielvölkerstaat nach der Tradition des Großfürstentums Litauen, oder ein monoethnischer Staat im ethnographischen Rahmen. Da die Führer der nationalen Bewegung für ihr Volk eine politische Organisation wünschten, die ihm die Dominanz im eigenen ethnographischen Gebiet und nicht bloß die Stellung einer nationalen Minderheit gewährleistete, lehnten sie die Idee der Wiederherstellung des Großfürstentums Litauen ganz einfach ab.

Vor diesem Hintergrund soll nun die deutsche Rolle beim litauischen Ringen um staatliche Unabhängigkeit im 20. Jahrhundert an drei Hauptknotenpunkten verdeutlicht und kritisch gewürdigt werden.

1. 1917–1919: Wechselseitige Interessen

Am Anfang des 20. Jahrhunderts schienen die Litauer, was den Gewinn ihrer politischen Freiheit anbelangt, in einer hoffnungslosen Lage zu sein. Der Großteil des litauischen Territoriums wurde vom gewaltigen Russischen Reich verwaltet, und „Kleinlitauen“, wie es von den Litauern genannt wurde, gehörte zum Deutschen Reich. Erst der Ausbruch des Weltkrieges veranlaßte die litauischen Führer zu neuen Aktivitäten. Zunächst erklärten sie dem Zaren ihre Treue in der Hoffnung, für ihr Land die Autonomie zu erhalten und, nach dem Sieg über Deutschland, auch Memel und andere Gebiete Kleinlitauens hinzuzugewinnen.

Doch die Wirklichkeit erschien komplizierter. Während die russische Regierung auf diese „Bernsteindeklaration“ überhaupt nicht reagierte, bestimmten erfolgreiche Kampfhandlungen der Deutschen die weitere Entwicklung. Mitte 1915 stand in Litauen schon nicht mehr die russische, sondern die deutsche Armee.

Die Pläne der Deutschen sollten jetzt auch für die Litauer klarer hervortreten, obwohl manche ihre recht deutlichen Ansichten nicht öffentlich kundtun wollten. So schrieb Reichskanzler Bethmann Holl-

weg schon am 11. August 1914 dem deutschen Botschafter in Wien, daß es im Falle eines siegreichen Krieges erforderlich sei, einige Pufferstaaten zwischen Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn zu errichten und dadurch Rußland möglichst weit nach Osten zurückzudrängen.²

Nach Meinung der meisten Litauer besaß Deutschland, als es Litauen besetzte, kein spezielles Programm für dessen Zukunft, zumal auch Bethmann-Hollweg im Reichstag erklärte, daß Deutschland an die nationalen Fragen nicht gedacht habe. Gegenüber Polen verhielt man sich nach einer entsprechenden positiven Deklaration der russischen Regierung vorsichtig und abwartend. (Als Deutschland den Krieg zu verlieren begann, bemühte man sich polnischerseits, die öffentliche Meinung der Entente davon zu überzeugen, daß Litauen ein Hät-schelkind Deutschlands sei.³

Tatsächlich waren die Deutschen angenehm überrascht, als sie feststellten, daß die Litauer keine Union mit Polen wünschten. Sie sahen darin eine Erleichterung ihrer Lage, begannen, die litauische Frage etwas genauer zu untersuchen und gelangten dabei zu der Auffassung, daß jetzt Polen — angesichts ihrer Forderungen nach Vilnius und Litauen — und Litauer gegeneinander ausgespielt werden könnten.

Allerdings läßt sich auch gegenteilig argumentieren, daß die Deutschen, als sie 1915 das litauische Territorium besetzten, sehr wohl wußten, wo sie sich befanden. Eine „seltsame“ Übereinstimmung des deutsch-russischen Frontverlaufs mit den Aufteilungsgrenzen des alten polnisch-litauischen Staatswesens sowie dem späteren „Großlitauen“, das in den deutschen politischen Perspektiven in Erscheinung trat, andererseits die ersten 1914/15 von den Truppen des Deutschen Reiches verbreiteten Aufrufe über die siegreichen Kämpfe auf dem Schamaitengebiet, und später die Projekte „Kleinlitauens“ zeugen davon, daß die Deutschen schon am Anfang des Krieges eine ganz klare Vorstellung vom historisch-geographischen, d. h. großfürstlichen und vom ethnopolitischen Litauen hatten. Das Problem auf deutscher Seite bestand anscheinend darin, wie man diese Vorstellung benutzen und ob man sie überhaupt benutzen sollte (genau das illustriert die Uneinigkeit zwischen der Reichsleitung und der Heereslei-

² F. Klein, W. Gutsche, J. Petzold (Hrsg.), Deutschland im Ersten Weltkrieg. Bd. 1, Berlin 1968, S. 353.

³ A. Voldemaras, Lithuanie et Pologne, S. 38; Professorius Augustinas Voldemaras. Raštai (Werke). Chicago 1973, S. 214.

tung, ob es zweckmäßig sei, die Litauer zum Aufstand anzustacheln. Das Deutsche Außenamt befürwortete schon 1914 eine solche Politik, doch ihr widersetzten sich die Militärs).

Die internationale Konstellation bedingte, daß der schon am Anfang des Krieges entstandenen Idee der „Randstaaten“-Politik im Osten der Vorrang gegeben wurde. Ihr sollten schließlich auch die Militärs zustimmen, die Litauen grundsätzlich nur als militärischen und ökonomischen, zu Deutschland gehörenden Aufmarschraum oder aber als Objekt von separaten Friedensvertragsverhandlungen mit Rußland ansahen. „Randstaaten“-Idee hieß Einrichtung von durch Deutschland überwachten Strukturen im künftigen Osteuropa.

Daß die Litauer in den Realisierungsbereich dieser Idee gerieten, wurde hauptsächlich durch den polnischen Faktor oder, um noch genauer zu sein, durch die allmähliche Verwandlung Polens aus einem „Faktor“ zum konkreten strategischen Objekt der deutschen Ostpolitik bewirkt. Eine positive Lösung der litauisch-polnischen Beziehungen untereinander oder die gelungene Einverleibung Litauens durch die Polen (wonach diese auf jeden Fall strebten) riefen für Deutschland die Gefahr einer Isolierung von Rußland ohne das Vorhandensein direkter gemeinsamer Grenzen hervor. Deshalb sollte mit der litauischen Frage (Vilnius!) manipuliert werden. Nach E. Zimmerles „Memorandum“⁴ vom Juni 1919 wurde aber die „litauische Politik“ übertrieben, weil man nicht voraussah, daß sich die litauische politische Bewegung zum Streben nach Unabhängigkeit entwickelte. Angesichts der von der Russischen Revolution 1917 verkündeten Prinzipien glaubte man in Berlin, nicht mehr die offene Annexion Litauens anstreben zu sollen. Statt dessen wollte man völlig von Deutschland abhängige Staaten errichten. Als die polnischen Pläne scheiterten und erst recht, als es den Deutschen nicht gelang, eine polnische Armee aufzustellen, begannen sie, sich erneut für Litauen zu interessieren. Schon Baron Friedrich von der Ropps Memorandum vom 10. Juli 1917 an den Kaiser sprach nicht nur von der Gefahr, die die Polen für Deutschland darstellen, sondern auch und gerade von der Notwendigkeit, die Litauer bei der Bildung eines nationalen „Landesrats“ (Taryba) zu unterstützen, der umgehend antirussisch

⁴ E. Zimmerle war der Generalbevollmächtigte Deutschlands für Litauen in den Jahren 1918-1919, später Gesandter Deutschlands in Litauen. Die Publikation dieses Dokuments liegt in deutscher Sprache vor, siehe: Lietuvos istorijos metraštis. 1974 metai (Jahrbuch der Geschichte Litauens, Jahrgang 1974.). Vilnius 1976, S. 121-125.

und antipolnisch agieren sollte.⁵ Diesen Vorschlag machte sich auch die Oberste Heeresleitung sofort zu eigen.

Litauische Politiker sollten auf Repressalien, Zensur und darauf reagieren, daß ihre nationalen Aspirationen nicht berücksichtigt wurden. Dabei dürften verschiedene, von ihrem Zentrum in Vilnius verfaßte Denkschriften sie selbst stärker beeinflußt haben als die deutschen Stellen vor Ort oder in Berlin. Paradoxerweise zogen die Besatzungsmacht und der deutsche Faktor ganz allgemein die Litauer regelrecht in die Politik hinein, mußte man jetzt doch an den Diskussionen nicht nur mit den Polen, sondern auch mit den zivilen und militärischen Stellen der Besatzungsmacht, dem katholischen Zentrum im Reichstag sowie Vertretern des Außenamtes teilnehmen. So schrieb P. Klimas, einer der litauischen Führer, im Juni 1917 in sein Tagebuch: „Wir bemerken das selbst, wie wir durch diese Anwesenheit der Deutschen politisch reifer werden. Unsere Ansichten werden immer klarer. Die Lösung in Gestalt der Unabhängigkeit, ihre Verwirklichung, ‚Orientierung‘ nach Westen kristallisieren sich heraus.“⁶ Freilich folgt hier auch eine weitere Bemerkung bzw. Idee, die die Deutschen kaum entwickelt sehen wollten: „Beim Aufbau Litauens sollen die Litauer entscheiden.“

Dem politischen Zentrum in Vilnius wurde klar, daß auf internationaler Ebene die litauische Frage mehr oder weniger nur Deutschland voranbringen konnte, denn Rußland versprach auch weiterhin nichts, und die zur Entente gehörenden Länder waren Verbündete Rußlands. Die Litauer nahmen das deutsche Versprechen an, die Einberufung des Vertrauensrates zu erlauben, aber sie erzwangen das Recht, vorher eine Tagung einzuberufen, die die Taryba des Landes (Landesrat) zu wählen hatte. Man wußte, daß Deutschland dafür Zusagen und Konventionen fordern würde, aber, wie A. Smetona am 2. August 1917 in einer Sitzung des Organisationskomitees zur Einberufung der Konferenz argumentierte, sollte man zunächst einmal das Ende des Krieges abwarten und bis dahin „spekulieren“. Die litauische Position sei stärker als die der Letten oder Esten, die keine staatliche Tradition haben. Die Kultur befinde sich in Deutschland, ökonomische Beziehungen — so Smetona weiter — richten sich nach Westen, wissenschaftliche und technische Gedanken kommen ebenfalls aus

⁵ E. Demm, Friedrich von der Ropp und die litauische Frage (1916–1919), in: Zeitschrift für Ostforschung 33 (1984), 1, S. 16–56.

⁶ P. Klimas, Dienoraštis (Tagebuch), 1915. XII.1 — 1919.I.19. Chicago 1988, S. 176.

Deutschland. Deshalb sei es notwendig, mit den Deutschen einen Kompromiß zu schließen; „eine Hälfte ist besser als nichts“, erklärte Smetona und meinte damit die Unabhängigkeit Litauens.⁷

Diese Gedanken waren nicht nur konjunkturbedingt, durch die politische Lage hervorgerufen. An der schwierigen Annäherung schienen beide Seiten interessiert zu sein: Die Litauer hatten gar keine andere Wahl, und die Deutschen brauchten Zusagen der litauischen Taryba zu vier Konventionen. Sie übten deshalb Druck aus, um die Annahme einer entsprechenden Deklaration herbeizuführen, und die litauische Taryba, die am 11. Dezember 1917 im ersten und entscheidenden Punkt die Unabhängigkeit Litauens mit Vilnius als Hauptstadt erklärte, ging mit dem zweiten Punkt den zwangsläufigen Kompromiß ein: „Bei der Aufrichtung dieses Staates und zur Wahrnehmung seiner Interessen bei den Friedensverhandlungen erbittet der Landesrat den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches. In Anbetracht der Lebensinteressen Litauens, welche die alsbaldige Herstellung dauernder und enger Beziehungen zum Deutschen Reich verlangen, tritt der Landesrat ein für ein ewiges, festes Bundesverhältnis des litauischen Staates mit dem Deutschen Reich, das seine Verwirklichung vornehmlich in einer militärischen, einer Verkehrs-Konvention, Zoll- und Währungsgemeinschaft finden soll“.⁸

Diese Bedingungen ergaben sich aus dem vorläufigen Vertrag vom 11. Dezember zwischen der Taryba und dem deutschen Außenamt. Litauen erklärte seine Unabhängigkeit, den Abbruch aller staatlichen Beziehungen zu anderen Ländern und mußte zugleich ein ewiges Bundesverhältnis nicht nur mit der Obersten Heeresleitung, sondern auch mit der Reichsregierung sowie mit den Parteien im Reichstag eingehen.

Der Beschluß vom 11. Dezember wurde hart kritisiert. Das Verwaltungssystem in Litauen blieb unverändert, obwohl sein eigensinniger Leiter F. Isenburg-Birstein abgelöst wurde. Trotz aller Zusagen und Versprechungen war Deutschland immer noch nicht bereit, die Unabhängigkeit Litauens anzuerkennen. Dementsprechend war Litauen auch nicht bei den Friedensverhandlungen von Brest vertreten.

⁷ Protokoll des Organisationskomitees zur Einberufung der litauischen Konferenz am 1.-4. VIII. 1917. Original in der Manuskriptabteilung der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften Litauens, Sign. F. 165. B. 156. L. 17-18.

⁸ P. Klimas, Der Werdegang des Litauischen Staates von 1915 bis zur Bildung der provisorischen Regierung im November 1918. Berlin 1919, S. 107.

Die dadurch bewirkte allgemeine Unzufriedenheit im Lande und heftige Tarybadebatten führten schließlich zu einer neuen Einigungsformel, die in der Unabhängigkeitsakte Litauens vom 16. Februar 1918 so ihren Niederschlag fand: „Die litauische Taryba (Landesrat) hat in ihrer Sitzung vom 16. Februar 1918 einstimmig beschlossen, folgende Adresse an die Regierungen Rußlands, Deutschlands und anderer Staaten zu richten:

Die litauische Taryba als einzige Vertretung des litauischen Volkes proklamiert auf Grund des anerkannten Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Beschlusses der in Wilna vom 18. bis 23. September 1917 abgehaltenen litauischen Konferenz die Wiederherstellung eines auf demokratischer Grundlage aufgebauten unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna und seine Abtretung von allen staatlichen Verbindungen, die mit anderen Völkern bestanden haben. Gleichzeitig erklärt die litauische Taryba, daß die Grundlagen dieses Staates und seine Beziehungen zu den anderen Staaten durch eine möglichst bald einzuberufende konstituierende Versammlung, die von allen Einwohnern auf demokratischer Basis zu wählen ist, endgültig festgelegt werden sollen“.⁹

Schon am 30. November 1917 war in Berlin im Reichstagsgebäude die Deutsch-Litauische Gesellschaft gegründet worden. Zu ihren prominenten Mitgliedern zählten unter anderem Matthias Erzberger, Professor Dr. Alfred Weber, Baron Keyserlingk, Dr. Ludwig Haas, Dr. Paul Nathan, Gustav Noske, Baron Friedrich von der Ropp. Im Januar 1918 schlossen sich weitere Persönlichkeiten aus dem Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturleben an, darunter der Publizist Dr. Paul Rohrbach, der Bankier Dr. Hjalmar Schacht, der Schriftsteller Hermann Sudermann und Dr. Erich Zechlin. Das Ziel der Gesellschaft war, Beziehungen zwischen beiden Ländern auf allen Gebieten zu unterhalten und damit die weitere Entwicklung gegenseitiger Interessen zu vergrößern. Aber die Zusammensetzung der Gesellschaft wie ihre Zeitschrift mit dem Titel „Das neue Litauen“ offenbarten, daß es sich nur formal um eine deutsch-litauische Gesellschaft handelte, und ihr Aktionsplan vom 18. Januar zeigt, daß sie nur den Transport überflüssiger deutscher technischer und intellektueller Kräfte nach Litauen bewerkstelligen wollte.¹⁰ Im übrigen belegen Pressebeiträge von

⁹ Ebenda S. 114.

¹⁰ M. Urbšienė, Vokiečių karo metų spauda ir Lietuva (Die deutsche Presse der Kriegszeit über Litauen.), in: Karo archyvas (Kriegsarchiv) T. 7. Kaunas 1936, S. 189–191.

Rohrbach, Weber und Sehring höchst eindeutig die Absicht, Litauen als Teil eines deutschen Mitteleuropa so eng wie nur möglich an das Deutsche Reich anzulehnen.¹¹

Zugleich durfte — auf Anordnung der Besatzungsverwaltung — die Unabhängigkeitsakte vom 16. Februar weder in Litauen noch in Deutschland veröffentlicht werden. Während die Taryba nun erst recht die Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens verlangte, verweigerte Reichskanzler Hertling erneut diesen Schritt. Erst am 23. März 1918 unterzeichnete der Kaiser die Anerkennungsakte, in der betont wurde, daß „wir auf der Grundlage der vorstehend genannten Erklärung des litauischen Landesrats vom 11. Dezember 1917 im Namen des Deutschen Reiches Litauen als einen freien und unabhängigen Staat anerkennen und bereit sind, dem litauischen Staate den erbetenen Schutz und Beistand bei seiner Wiederaufrichtung zu gewähren. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß die abzuschließenden Konventionen den Interessen des Deutschen Reiches ebenso Rechnung tragen werden wie den litauischen, und daß Litauen an den Kriegslasten Deutschlands, die auch seiner Befreiung dienen, teilnehmen wird“.¹²

Auf solche Weise wurde die Unabhängigkeit Litauens notifiziert. Die anderen angekündigten vertraglichen Schritte vollzog Deutschland später nicht. Zur Kompliziertheit trug ferner bei, daß die Deutschen auch sonst nichts in Litauen veränderten; das Besatzungsregime blieb erhalten, wurde sogar noch strenger. So ist die Bildung der litauischen Regierung zum Gegenstand des Spottes geworden, während Annexions-, Kolonisierungs- und Germanisierungspläne zur Realität zu werden drohten.

Im Sommer 1918 verstärkte sich der Einfluß der litauischen Monarchisten, die dachten, daß die Zentrumspartei im Deutschen Reichstag eine Monarchie des katholischen Litauen unterstützen werde. Außerdem wollte man eine Verwirklichung von Plänen verhindern, Litauen mit Sachsen oder Preußen zu vereinigen. Deshalb wählte die Taryba

¹¹ Über die Orientierung der litauischen Taryba eingehender: A. Eidintas, Views on Foreign Policy within the Lithuanian State Council 1917–1919, in: *Acta Universitatis Stockholmiensis. Studia Baltica Stockholmiensis* 8 (1991), S. 373–380.

¹² Klimas, *Der Werdegang ...* S. 119.

am 13. Juli den Württemberger Herzog von Urach als Mindaugas II. zum König Litauens.¹³

Eine Krise in Deutschland beendete die Auseinandersetzung. Obwohl in Litauen das Besatzungsregime weiter hart geblieben war, erklärte der neue Kanzler Max von Baden am 5. Oktober 1918 im Reichstag, daß Deutschland das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkenne und ihnen erlaube, darauf fußend Staaten und Regierungen zu bilden. Dementsprechend erhielt am 20. Oktober das Präsidium der Taryba die Erlaubnis, die litauische Regierung zu bilden. Sie kam, nach Auflösung der Monarchie, am 11. November 1918 unter der Leitung von A. Voldemaras zustande. Es begann das Aufbauwerk des Staates. Auf diese Weise hob Deutschland, wenn auch nicht absichtlich, die litauische Frage auf die Ebene der internationalen Politik.

Als dann (im Dezember 1918/Januar 1919 und später) bolschewistische Truppen in Litauen eindringen, spielte die verstreute, nach Hause strebende deutsche Armee noch einmal eine wichtige Rolle: Dank der Verteidigungsanlage, die sächsische Freiwillige auf der Linie Grodno-Alytus-Kaunas errichteten, konnte in aller Eile eine litauische Armee aufgestellt werden, die sich in den Kämpfen gegen die Bolschewiki behauptete. Insoweit spielte Deutschland eine höchst positive Rolle, obwohl die Litauer sich ständig über schlechte Waffenlieferungen, den Verlust der von Polen besetzten Stadt Vilnius und, nach Vertreibung der Bolschewiki, auch über den zu langsamen Abzug der deutschen Truppen beklagten.

Im Sommer 1919 hörte Deutschland auf, als ein Schutzschild in der Frage der Unabhängigkeit Litauens zu fungieren. Diese Rolle übernahm jetzt Großbritannien. Die Beziehungen zu Deutschland sind durch R. von der Goltz und nachfolgende Abenteuer der Bermond-Awalow-Truppen eine Zeitlang noch komplizierter geworden.

¹³ Die Verhältnisse der Taryba zu den politischen Schichten Deutschlands in dieser Periode sind von M. Bienhold ausführlich dargelegt: Die Entstehung des litauischen Staates in den Jahren 1918-1919 im Spiegel deutscher Akten. 2. Auflage, Bochum 1978, S. 408. Die Positionen und die Diskussionen der Litauer sind in den Protokollen der Sitzungen der Litauischen Taryba in den Jahren 1917-1918 dokumentiert. Sie wurden publiziert unter dem Titel: A. Eidintas, R. Lopata (Hrsg.), Lietuvos Valstybės Tarybos protokolai 1917-1918 (Protokolle des Litauischen Staatsrates), Vilnius 1991.

2. 1940–1941: Gefangen in Illusionen

In einem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 einigten sich die beiden Vertragspartner über ihre Interessensphären in Osteuropa. Litauen lehnte den geheimen Vorschlag Deutschlands ab, gemeinsam Polen anzugreifen und dafür die besetzte Stadt Vilnius zurückzuerhalten, obgleich ein Teil der Litauer wohl damit einverstanden gewesen wäre. Nach der Abtretung des Memelgebietes hatte die litauische Regierung, auch wenn sie es gewünscht hätte, kein moralisches Recht mehr, sich der nationalsozialistischen Außenpolitik anzuschließen. Zwar erklärte sie am 1. September 1939 ihre Neutralität im Krieg um Polen. Damit konnte indessen nicht verhindert werden, daß durch das deutsch-sowjetische Abkommen vom 28. September das Land mit Ausnahme einiger Gebiete um Suwalki und Marijampole dem Einflußbereich der Sowjetunion überantwortet wurde.

Der eigentliche Sinn der Vereinbarungen zwischen Moskau und Berlin trat besonders klar zutage, als die Repatriierung der Deutschen aus Lettland und Estland begann. In Litauen wurde die Aktion etwas später durchgeführt. Zusammen mit 35 000 Deutschen wurden auch 21 000 Litauer, die ihre deutsche Herkunft nachgewiesen hatten, repatriiert. Doch die Abgrenzung der Interessensphären interpretierten die beiden Staaten unterschiedlich. Die UdSSR sah darin die Möglichkeit, die in ihren Einflußbereich geratenen Staaten gleich zu annektieren, während Deutschland, jedenfalls in bezug auf die baltischen Länder, eine etwas andere Haltung einnahm. Gegen deren Annexion durch die Sowjetunion hat es jedoch keine Einwände erhoben, zumal der Schritt im Rahmen der genannten Verträge über die beiderseitigen Interessensphären erfolgte. So wurden mit einer Note der Reichsregierung vom 11. August 1940 die Botschaften und Konsulate der baltischen Länder in Deutschland geschlossen und zum Teil der Sowjetunion übergeben.

Inzwischen hatte in Litauen die Bildung einer Widerstands- und Untergrundbewegung gegen das Stalinregime begonnen. Nach dem Verlust der Unabhängigkeit erschien die Abtretung des Memelgebiets als nicht mehr so schmerzhaft. Ein Teil der litauischen Politiker hegte Illusionen, mit Hilfe Deutschlands die Staatlichkeit Litauens wiederherstellen zu können.

Am 17. August 1940 besprach der ehemalige litauische Botschafter in Berlin K. Škirpa mit dem gerade in Berlin weilenden Präsidenten A.

Smetona diese Idee und dessen nicht sehr klare Haltung zur Bildung einer litauischen provisorischen (Exil-)Regierung. Als dann die litauischen Auslandsdiplomaten vom 19. bis 25. August in Rom tagten und die Einverleibung Litauens in die UdSSR scharf verurteilten, untersagten sie K. Škirpa nicht, sich in Deutschland zu engagieren, um das mögliche Zunichtewerden des deutsch-sowjetischen Paktes zugunsten Litauens auszunutzen.¹⁴

Am 17. November 1940 gründeten 28 politische Flüchtlinge aus Litauen in Berlin die litauische Aktivistenfrente LAF. Ihr führender Kopf K. Škirpa stand, als er Ziele und Strukturen der LAF festlegte, (durch den Oberstleutnant Dr. Gräbe) in Kontakt mit der deutschen Wehrmachtsführung, die an der Vorbereitung von Militär- und Diversionsoperationen bei einem eventuellen Konflikt mit der UdSSR interessiert war. Auch zu Funktionären der NSDAP und zum Auswärtigen Amt gab es Verbindungen. Die Hauptaufmerksamkeit der LAF galt natürlich dem Verlauf eines zukünftigen Aufstandes in Litauen, falls die Wehrmacht die UdSSR angreifen sollte.¹⁵

Der Aufstellung von Streitkräften und der Wiederherstellung des litauischen Staates widersetzte sich auf deutscher Seite am stärksten die Gestapo; sie ließ durch ihre Beamten Dr. Greffe und Dr. Girgen-son K. Škirpa im voraus davon unterrichten, daß Deutschland Akte des Wiederaufbaus des litauischen Staates nicht dulden werde.

Andererseits wuchs in Litauen nach einer bolschewistischen Verhaftungswelle und am 14. Juni begonnenen Deportationen nach Sibirien die Bereitschaft zu einem Aufstand. Unter dem Eindruck der Deportationen bewaffneten sich viele Einwohner und zogen in die Wälder. Am 21. Juni 1941 meldete der Kommissar des Staatssicherheitsdienstes der Litauischen SSR P. Gladkow in seinem Dienstbericht, daß bewaffnete Gruppen in Rokiškis, Prienai (20 Männer), Šiauliai und Utena festgestellt wurden.¹⁶ Sie formierten sich offenkundig neben passiver Resistenz.

In Deutschland traten nur 60 bis 70 Organisatoren und etwa 500 Mitglieder der LAF in Aktion. Schon am 24. März 1941 bereitete die

¹⁴ K. Škirpa, *Sukilimas Lietuvos suverenumui atstatyti. Dokumentinė medžiaga* (Aufstand zur Wiederherstellung der Souveränität Litauens. Dokumentarisches Material.). Washington, DC 1973, S. 43 u. 48.

¹⁵ Ebenda S. 180-197.

¹⁶ Selected Documentary Material on the Lithuanian Resistance Movement against Totalitarianism 1940-1960, in: *Lituanus* (Chicago) 1-2 (1962), S. 44.

LAF „Richtlinien für die Befreiung Litauens“ vor, die dazu aufforderten, nach dem Kriegsausbruch den Aufstand zu beginnen und Gefängnisse, Brücken, Fabriken, Eisenbahnknotenpunkte, Polizeireviere und andere wichtige Objekte zu besetzen. In Vilnius und Kaunas wurden Stabsstellen der Untergrundbewegung eingerichtet, ab Anfang Juni die Vorbereitung auf den Aufstand stark intensiviert.¹⁷

Am 22. Juni 1941 um 10 Uhr entschloß sich der Stab der LAF mit den Kampfgruppen des nationalen Großarbeiterschutzes (NASCH), deren Kern in Berlin aufgestellt worden war, den Aufstand zu beginnen. Am selben Tag besetzten NASCH-Gruppen die Post und den Rundfunksender in Kaunas. Insgesamt handelten hier 26 Partisanenabteilungen; das waren 3396 Männer, die bald, während des hastigen Rückzugs der Roten Armee, die Stadt unter ihre Kontrolle brachten. Die Wehrmacht marschierte in Kaunas, begrüßt von den Einwohnern, fast in Paradeordnung ein.

Am 23. Juni um 9.30 Uhr gab der Bevollmächtigte der LAF L. Prapuolenis über Radio Kaunas die Bildung der provisorischen litauischen Regierung bekannt. Ihre Zusammensetzung war im voraus mit dem Führer der LAF K. Škirpa vereinbart worden. Anstelle der von der Sowjetmacht verhafteten Minister wurden neue Männer kooptiert. Dem Generalfeldmarschall Keitel teilte Škirpa schriftlich mit, daß in den gemeinsam mit deutschen Truppen durchgeführten Kämpfen gegen die Rote Armee mehr als 4000 der besten Söhne Litauens gefallen seien.¹⁸ Das ist deutlich mehr als die Zahl der damals auf litauischem Territorium gefallenen Wehrmachtssoldaten. Tatsächlich wurden in Vilnius und Kaunas, den zwei Aufstandszentren, nur insgesamt etwa 140 getötete Partisanen feierlich begraben.¹⁹ Insgesamt dürften während des Aufstandes in Litauen ungefähr 500 Partisanen gefallen sein.

Die Zahl der Aktivistenopfer wurde aus zwei politischen Gründen absichtlich so stark überhöht. Einmal sollten dem Deutschen Reich die litauischen Verdienste und das auch dadurch erworbene Anrecht auf Wiederherstellung eines eigenen Staates vor Augen geführt werden. Zum anderen wollte man aber auch anzeigen, daß Litauen, sofern man ihm die Staatlichkeit verweigere, sehr wohl auch den Deutschen Widerstand leisten könne. Nach den vorliegenden Archivangaben

¹⁷ L. Prapuolenis, Tautos istorinio laimėjimo sukaktis (Jahrestag eines historischen Sieges des Volkes, in: *Į Laisvę* (Chicago) 25 (1961), S. 8.

¹⁸ LVA (Staatsarchiv Litauens). F. R. — 635. Ap. 1. B. 3. L. 250.

¹⁹ *Naujoji Lietuva* (Das neue Litauen) 17 (1941); *Į Laisvę* 7 (1941).

bestand eine Partisanenabteilung durchschnittlich aus 17 Männern, gab es in ganz Litauen ungefähr 10 000 Partisanen!²⁰

Die Aufständischen gaben sich der Illusion hin, daß das nationalsozialistische Deutschland helfen werde, wenigstens eine halbe Souveränität Litauens wiederherzustellen. Das ist nicht erstaunlich, erschien es doch, nach der Ansicht von Zeitgenossen, „schwieriger... den Aufstand abzuwenden, als ihn vorzubereiten, besonders wenn das mächtige Reich hier gleich hinter der Grenze steht“.²¹ Es ist auch verständlich, daß die Aktivisten der LAF Einflüssen von nationalsozialistisch orientierten, antisemitischen Auffassungen unterlagen. Schon in der ersten Nummer (vom 24. Juni) ihrer Zeitung „Į Laisvę“ („In Freiheit“) wurde ausdrücklich betont, daß „der Bolschewismus und die Juden die gleichen und untrennbaren Dinge sind“.²² Bolschewistischer Terror, Verhaftungen und Deportationen nach Sibirien, an denen jüdische Kommunisten aktiv teilgenommen hatten, riefen an manchen Orten Litauens gegen die Juden gerichtete Bluttaten hervor; freilich gibt es auch Hinweise, wonach diese scheinbar spontanen Aktionen hiesiger Einwohner gegen die Juden von speziellen Nazigruppen inspiriert und organisiert wurden.²³ Verhaftungen und Erschießungen fanden ebenfalls aus Rach- und Eigensucht statt: „Es gibt keine Stadt, kein Städtchen und keinen Bezirk, wo Litauer selbst Litauer nicht verhaftet haben“, schrieb damals der Staatsanwalt des Bezirks Šiauliai nieder.²⁴

Die provisorische Regierung erließ unter der Leitung von J. Ambrazevičius (weil die Nazis Škirpa nicht erlaubt hatten, nach Kaunas zu reisen) am 25. Juni einen Aufruf „An das Volk“. Darin wurden die bolschewistische Okkupation und das kommunistische System verurteilt, in der Hoffnung auf eine staatliche Kontinuität Litauens dem Deutschen Reich Dankbarkeit für die Befreiung bekundet, die gefallenen Kämpfer geehrt und erklärt, daß „wir unabhängig sein wollen und entschlossen sind, uns aufzuopfern und Litauen alles hinzugeben“.

²⁰ V. Brandišauskas, Der Aufstand in Fakten. (Unveröffentlichtes Manuskript).

²¹ V. K. Trumpa, Škirpa „Sukilimą“ perskaičius (Skirpas „Aufstand“ lesend), in: Akiračiai (Chicago) 4 (1976), S. 5.

²² K. P. Priespaudą numetant (Bedrückung abwerfend), in: Į Laisvę (Kaunas) Nr. 1 vom 24. Juni 1941.

²³ E. Klee, W. Dressen, V. Riess (Hrsg.), Schöne Zeiten. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer. Frankfurt a. M. 1988, S. 32 u. 35.

²⁴ LVA (Staatsarchiv Litauens) R — 1476. Ap. 1. B. 3. L. 110.

Zugleich beeilte sich die provisorische Regierung, einen Verwaltungsapparat aufzubauen, den der neue Besatzer schon vorfinden sollte: Im ganzen Land wurden das bis zum Krieg gültige Verwaltungssystem mit Beamtenschaft und das Bildungssystem wiederhergestellt, das Privateigentum zurückgegeben, Grund und Boden sowie Häuser mit Steuern belegt.

Die Wehrmachtsführung, die in den ersten Tagen des Marsches durch Litauen dessen Aktivisten und Verwaltung respektiert hatte, führte bald eine Rundfunk- und Pressezensur ein und verbot, über die litauische Regierung zu sprechen. Alle Beschlußrechte und -befugnisse gingen in die Hände des Reichsinnenministeriums, der SS und der Gestapo über. Der Gestapobeamte Dr. Greffe, der am 27. Juni den ehemaligen Chef der litauischen Armee General S. Raštikis aus Berlin nach Kaunas geleitete, erklärte zwar, daß die Deutschen ihre Beziehungen zu den Litauern nicht zuspitzen wollten, „aber die von K. Škirpa geleitete Regierung könne nicht von den Deutschen anerkannt werden ...“.²⁵ Den Vorschlag, sich fortan nur Vertrauensrat zu nennen, lehnte die Regierung ab. Daraufhin begann die Gestapo mit Provokationen gegenüber der litauischen Regierung und bemühte sich, sie zu spalten. Entschieden war alles mit Hitlers Anordnung über die Verwaltung neuer Gebiete vom 17. Juli: Litauen geriet in das Ostlandkommissariat. Als Generalkommissar für Litauen wurde am 25. Juli Adrian von Renteln eingesetzt und am selben Tag die provisorische Regierung aus ihren Diensträumen in Kaunas entfernt.

In einer Erklärung vom 5. August, mit der er die ganze Macht übernahm, legte von Renteln seine Funktionen dar. Die für die Nazis vorteilhafte bolschewistische Nationalisierung wurde wiederaufgenommen. Angelegenheiten der Deutschen und der Juden blieben außerhalb der Gerichtskompetenz. Deutsch wurde zur Amtssprache erklärt, obwohl Litauisch noch erlaubt blieb. Vollzogen wurde die Macht durch litauische Räte in der Spitze des Verwaltungsapparates. Die höchste Staatsgewalt ging ebenfalls in die Hände der Deutschen über, während die breiten Massen des Volkes litauischer Verwaltung unterstellt wurden.

So löste ein Besatzer den anderen ab. Nach einem Augenzeugenbericht „eroberten die Russen Litauen gründlich und sauber, die Deutschen eroberten es auch nackt, aber sie baten nicht, ihnen dafür die

²⁵ S. Raštikis, *Kovose dėl Lietuvos (Im Kampf für Litauen)*. T. 2, Los Angeles 1957, S. 167.

Hand zu küssen“. Von litauischen Staatsattributen konnte überhaupt keine Rede sein. Im Unterschied zu Rußland wandten die Okkupanten die „Taktik der verbrannten Erde“ auf die baltischen Länder, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht an. Deshalb galt als Feind Nummer eins in Litauen weiterhin die jetzt mit Wiederbesetzung drohende Sowjetunion; Deutschland wurde als Feind Nummer zwei betrachtet. Als die Litauer die Einberufung zum Militärdienst in die Wehrmacht und in SS-Divisionen boykottierten und so auch diese Sache verdarben, wurden ihre Universitäten geschlossen, bekannte Intellektuelle verhaftet und in KZ eingeliefert. Der Widerstand wuchs.

Obwohl die Litauer zwei deutsche Okkupationen erleben mußten, verminderten sich ihr Ärger und ihre Abscheu dadurch, daß das Stalinregime immer neue Leiden verursachte. Etwa 60 000 Litauer, die nach Deutschland verbannt worden oder 1944 emigriert waren, blieben dort und gingen später, nachdem sie den DP-Status erhalten hatten, weiter in die USA, nach Kanada und Australien. Bis Ende 1944 verließen deutsche Truppen endgültig Litauen. Wegen des verlorenen Krieges und wegen des Stalinschen Eisernen Vorhanges waren beide Länder keine Nachbarn mehr, hatten keine gemeinsame Grenze. Möglich blieben nur beschränkte, von Moskau kontrollierte Beziehungen zur DDR.

3. 1990–1991: Vorsichtige Kaufmannspolitik?

Der Regierungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den baltischen Ländern ist eine bestimmte Beständigkeit eigen: Sie ist eindeutig, stabil und sehr vorsichtig. Deutschland negierte seine Verantwortung für das Schicksal der baltischen Länder nicht, aber trat auch nicht als fleißiger Beschützer der Interessen dieser Länder hervor. Weder das Deutsche Reich noch die Bundesrepublik Deutschland haben die Annexion Litauens de jure anerkannt, und die Bundesrepublik Deutschland erkannte Pässe und Staatsangehörigkeit der baltischen Länder an, sofern sie von deren noch erhalten gebliebenen Vertretungen (im Westen) stammten. Mit einem Gesetz vom 25. April 1951 über heimatlose Ausländer wurde die Rechtsstellung der in Deutschland gebliebenen Kriegsflüchtlinge und Deportierten geregelt.²⁶

²⁶ V. Bartusevičius, *Vokietijos politika Lietuvos atžvilgiu* (Deutschlands Politik gegenüber Litauen), in: *Atgimimas* (Vilnius) 40/1991, S. 8.

Die Bundesrepublik Deutschland weigerte sich, die Einverleibung der baltischen Staaten in die Sowjetunion anzuerkennen. Sie äußerte dies erstmalig 1953 in einer Lettland betreffenden Erklärung. Der deutsche Kanzler K. Adenauer betonte in seinem Schreiben vom 14. September 1953 an die sowjetische Regierung, die vorhandenen Beziehungen zwischen beiden Ländern bedeuteten nicht, daß die Bundesrepublik die Grenzen der UdSSR de jure anerkannt habe. Auch ein Kommuniqué des Auswärtigen Amtes vom 27. August 1970 nahm diese Haltung ein²⁷ und 1983 wiederholte der Staatsminister im Auswärtigen Amt A. Mertes in einem Schreiben an Baron H. Huyn: „Was die Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion anbelangt, so erkennt die Bundesregierung diese Annexion bekanntlich nicht an.“²⁸

Anläßlich des 50. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges verurteilte Bundeskanzler Kohl vor dem Deutschen Bundestag die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939 als schamlose Mißachtung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Polens, der baltischen Länder, Finnlands und Rumäniens.

Als Litauen am 11. März 1990 die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit proklamierte, erhielt es keinen bedeutenden politischen Beistand von Deutschland, obwohl die Einwohner Litauens und die Litauer im Ausland sowie selbst die öffentliche Meinung in Deutschland darum ersuchten. Die sowjetische Litauenpolitik mit Verhängung einer Wirtschaftsblockade und der Verweigerung von Verhandlungen zur einvernehmlichen Regelung der beiderseitigen Beziehungen veranlaßte vielmehr den deutschen Bundeskanzler, gemeinsam mit dem französischen Präsidenten F. Mitterrand am 16. April 1990 einen Brief an den litauischen Parlamentspräsidenten V. Landsbergis zu richten, in dem sie vorschlugen, den Beschluß über die Unabhängigkeit Litauens vom 11. März vorläufig zu suspendieren. Viele waren darüber enttäuscht. Am 4. Mai erklärte H. Kohl, daß man sich von den Folgen der jahrzehntelangen Hegemonie der UdSSR nicht mit einer einseitigen Erklärung, sondern nur durch wechselseitige Verhandlungen befreien könne.²⁹ Er forderte Vilnius auf, in diesem Sinne einen konstruktiven Dialog zu beginnen.

²⁷ J. H. Hough William, *The Annexation of the Baltic States and its Effect on the Development of Law Prohibiting Forcible Seizure of Territory*, in: *Journal of International and Comparative Law* 6 (1985), 2, S. 425 f.

²⁸ Ebenda S. 426.

²⁹ Bartusevičius, *Vokietijos politika ... (Deutschlands Politik ...)*, Nr. 41.

Ebenfalls im Mai 1990 erklärte der deutsche Bundeskanzler in Bonn der litauischen Ministerpräsidentin K. Prunskiene, Litauen möge nicht hundert Prozent auf einmal den Abzug der russischen Armee verlangen; auf diese Weise werde man, wie er behauptete, neunzig Prozent gewinnen.³⁰ Zugleich mahnte Außenminister H. D. Genscher immer wieder, das Verhalten Litauens solle keine peinliche Situation für die Großmächte schaffen.³¹

Ungeachtet dessen, daß an der Spitze der UdSSR Männer wie Jasow, Krjutschkow, Janaew, Pugo und andere standen, glaubte Frau Prunskiene damals, daß der Juli 1990 der günstigste Augenblick für Verhandlungen über die Unabhängigkeit Litauens war und daß man diese Unabhängigkeit nur gleichzeitig mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten erreichen konnte. Sie hat diese Frage mit Kanzler H. Kohl und anderen deutschen Politikern erörtert. Kohl teilte Frau Prunskiene mit, daß er mit M. Gorbatschow tatsächlich über Litauen gesprochen habe und „Gorbatschow einverstanden ist, die Frage der Unabhängigkeit Litauens wohlwollend zu lösen“!³²

Die Notwendigkeit, sich deutlich mit Bezug auf die baltischen Länder zu äußern, entstand nach der Vereinigung Deutschlands und der Unterzeichnung jenes Vertrages mit der UdSSR über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit, der auch und gerade von der Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen handelt. Die Regierung erhielt Anfragen der Abgeordneten H. Huyn (CSU) und Dr. Czaja (CDU/CSU) über ihre diesbezügliche Haltung, was das Baltikum anbelangt. Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt I. Adam-Schwätzer antwortete darauf am 16. und am 23. Oktober 1990, daß Deutschland die Annexion der baltischen Staaten niemals anerkannt habe und sich daran auch in Zukunft nichts ändern werde.

Nach der sowjetischen Aggression und den blutigen Ereignissen vom 13. Januar 1991 in Vilnius zeigte sich der Bundeskanzler besorgt wegen der Gewaltanwendung in Litauen und teilte mit, daß er in einem Brief an M. Gorbatschow, unter Berufung auf die Pariser KSZE-Charta, für Litauen die Einhaltung des Prinzips der freien Selbstbestimmung angemahnt habe. Gorbatschow versprach ihm, keine Gewalt mehr in Litauen anzuwenden,³³ worauf H. Kohl am

³⁰ K. Prunskienė, Gintarinės ledi išpažintis (Beichte der „Bernsteindame“). Vilnius 1991, S. 77.

³¹ Ebenda S. 62.

³² Ebenda S. 72–77.

³³ Bartusevičius, Vokietijos politika ... (Deutschlands Politik ...), Nr. 41.

folgenden Tag bemerkte, daß „es für das Baltikum besser wäre, wenn es in seiner Politik hundert kleine Schritte machte und nicht mit zehntausend alles erlangen wollte“.

Trotz formeller Nichtanerkennung übte Deutschland die Rolle eines bestimmten Schutzschildes für Litauen aus und erkannte dabei dessen Höchsten Rat als freigewählten Willensvertreter des litauischen Volkes an. Litauische Politiker wurden in Bonn vom Kanzler persönlich und vom Außenminister empfangen, darüber hinaus Parlamentsdelegationen ausgetauscht. Der Freundeskreis Litauens im Bundestag vergrößerte sich bis auf einhundert Mitglieder.

Ursache der vorsichtigen Litauenpolitik Deutschlands war, daß M. Gorbatschow und die sowjetische Regierung mit einem Demokratisierungsprozeß innerhalb ihres Landes begonnen, immer neue Abrüstungsverträge unterzeichnet, den Ostblockländern die Freiheit gegeben, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ermöglicht und die sowjetischen Truppen aus dem Territorium der ehemaligen DDR abzuziehen versprochen hatten. All das wurde als Gorbatschows Verdienst betrachtet. Außerdem verfügte er über die Macht. Mit V. Bartusevičius könnte die deutsche Politik dieser Zeit als Kaufmannspolitik bezeichnet werden.³⁴ Für einen Kaufmann ist es sehr wichtig, äußere Sicherheit, Bedingungen des Wohlstandes zu erhalten. Das bedeutet, einen mächtigen Partner politisch nicht zu verärgern. Eine solche Einstellung konnte ich während einer Reise durch das Land Hessen beobachten. Die Politiker äußerten sich damals sehr vorsichtig, obwohl Zeitungen (z. B. die „Frankfurter Allgemeine“) den baltischen Ländern starken Beistand versprochen. Bald danach hatte ich in Vilnius Gelegenheit mit Egon Bahr zu diskutieren. Er riet uns, vorläufig unrealistische Formulierungen möglichst zu vermeiden, wie es die Bundesrepublik Deutschland während der Berlin-Verhandlungen gemacht habe.

Indessen wurde diese gezwungene Vorsicht nach dem mißlungenen Moskauer Putsch im August 1991 wie vom Winde verweht. Deutschland war der erste große Staat, der am 27. August 1991 nicht nur die Republik Litauen anerkannte, sondern zu ihr auch diplomatische Beziehungen wieder aufnahm. Mit unerwarteter Entschlossenheit erschien in Vilnius der bevollmächtigte Botschafter Deutschlands.

³⁴ Ebenda Nr. 43.

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern gewannen, ungeachtet aller objektiven Schwierigkeiten, zwischenstaatlichen Charakter.

Insgesamt kann man behaupten, daß der deutsche Faktor im Laufe des ganzen 20. Jahrhunderts eine der wichtigsten Voraussetzungen bei der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Litauens und seiner Existenz als Staat war. Bis 1940 stellte diese Unabhängigkeit einen Bestandteil der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR und der Politik dieser beiden Länder dar. Wegen des polnischen Faktors besaß Litauen die Möglichkeit, dazwischen zu balancieren und zu existieren. Bei den vorhandenen Expansionsplänen und -ideen bestand für Litauen die größte Gefahr darin, daß sich in Deutschland ebenso wie in der UdSSR der Plan der „Notwendigkeit der direkten Grenze“³⁵ ohne Zwischenstaaten fest einwurzeln konnte. Und das ist leider geschehen. Trotz der daraus resultierenden schmerzhaften und großen Verluste hat man in Litauen Deutschland nicht als ständigen Staat-Besitzer eingestuft. Psychologisch wurde der Begriff des Feindes vermieden.

Die Geschichte der internationalen Beziehungen während der letzten Jahre und Jahrzehnte zeigt: Je demokratischer der Staatsaufbau in Deutschland war, umso stabiler und sicherer war die Lage Litauens. Selbst nach Kriegsniederlagen und im inneren Krisenzustand blieb Deutschland eine Großmacht, die auf die Unabhängigkeit ihrer kleineren Nachbarn Einfluß hatte.

In Litauen weiß man sehr wohl, daß Deutschland und Rußland auch weiter als riesige Berge am internationalen Horizont Litauens emporragen werden; nur durch sie wird Litauen Beziehungen zu den USA und Japan anknüpfen können. Weniger Probleme dürften Polen und Mitteleuropa und wahrscheinlich gar keine Skandinavien bereiten. Gerade die skandinavischen Länder entfalteten die größten diplomatischen Aktivitäten hinsichtlich der baltischen Staaten, was Deutschland nicht erwartet hatte.

Der Großteil der litauischen Politiker zweifelt nicht an einer künftigen aktiven Politik Deutschlands gegenüber den baltischen Ländern; sein gegenwärtiges Verhalten wird als „ruhige Vorbereitung auf Expansion“ bezeichnet; man versteht darunter — natürlich — die künftige Vorwärtsbewegung deutschen Kapitals und ökonomischen Einflusses in östlicher Richtung.

³⁵ R. Ozolas, Aiškėjimas (Erklärung), in: Atgimimas. 12.-19. Dezember 1991, Nr. 51.

Indessen ist höchstwahrscheinlich schon der Zeitpunkt gekommen, daß, wenn ein Ausländer auf der Landkarte Deutschland zeigt und fragt: „Litauer, was für ein Land ist das?“, wir außer allem Zweifel antworten: „Das ist das Land unserer Freunde“.

Die Deutschen in der Geschichte Estlands

von Rein Helme

Das Thema erfordert einen Rückblick auf eine sieben Jahrhunderte lange Periode der Geschichte Estlands. Da nicht alles behandelt werden kann, was die gegenseitigen Beziehungen zwischen Esten und Deutschen auf estnischem Territorium bestimmte, erfolgt eine Beschränkung auf den Aspekt, wie die Rolle der Deutschen in der Geschichte Estlands von estnischen Historikern dargestellt und beurteilt worden ist. Einleitend folgen einige chronologische Randbemerkungen, mit denen der geschichtliche Rahmen abgesteckt und einige umwälzende Momente dargelegt werden, in denen Esten und Deutsche gemeinsam Geschichte gestaltet haben.

Durch Handelsreisen und die Seeräuberfahrten der Esten waren Deutsche mit Esten schon im 11.-12. Jahrhundert in Berührung getreten. Durch Begegnung mit Missionaren war auch der christliche Glaube damals ebenfalls schon bekannt. Gegen Ende des 12. Jahrhunderts begann eine Expansion der Deutschen — in der Form der Christianisierung. Zuerst erfolgte diese bei den Liven, einem den Esten verwandten Volk, auf ihrem Siedlungsgebiet an der Düna. Im Jahre 1201 kam das erste schlagkräftige Heer der Kreuzfahrer unter Führung des Bischofs Albert. Nun wurden die Stadt Riga gegründet und eine militärische Organisation — der Schwertbrüderorden — gebildet. Die systematische Eroberung Liv- und Lettlands, etwas später auch Estlands, hatte begonnen.

Nach einer langen und verlustreichen Kriegführung wurde das Land der Esten erobert. Bis zum Jahre 1918 bildeten die Deutschen hier die herrschende Oberschicht sowie auch eine zahlenmäßig starke Mittelschicht in den Städten.

Das 16. Jahrhundert brachte für die estnische Geschichte große Veränderungen: Es war die Zeit, als Rußland, Polen, Dänemark und Schweden sowohl mit dem Orden als auch untereinander Krieg führten. Der Ordensstaat und die Bischofsgewalten, schon durch die lutherische Reformation geschwächt, wurden zerstört. Das Territorium Estlands geriet teils unter polnische, teils unter dänisch-schwedische Fremdherrschaft. Bedeutsam aber war dabei, daß die deutschen Gutsbesitzer, d. h. die Grundbesitzer, ihre Privilegien beibehielten; auch die führende Rolle der Deutschen in den Städten blieb erhalten.

Die privilegierte Lage der deutschbaltischen Landwirte wurde in der Zeit der schwedischen Herrschaft gefährdet, insbesondere in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, als der Schwedenkönig Karl XI. die Reduktionspolitik des Gutsbesitzes durchführte. Dadurch verbesserte sich die rechtliche Lage der Bauern: 1681 wurde die Leibeigenschaft auf den Staatsgütern Livlands, 1687 auch in Estland aufgehoben.¹

Im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts fand der große Nordische Krieg statt. Als der russische Zar Peter I. die Truppen des Schwedenkönigs Karl XII. schlug, kamen Estland und Lettland unter die Herrschaft Rußlands. Aber der baltische Adel (die Ritterschaften) schloß mit dem Zaren besondere Kapitulationsverträge ab, in denen die alten Privilegien sämtlich anerkannt wurden. Mehr noch: Im Bestand des russischen Imperiums hatten die deutschen Gutsbesitzer eine besonders gute Möglichkeit, die Leibeigenschaft zu verstärken — und das in einer Zeit, in der die Aufklärungsideen in Europa triumphierten und die Leibeigenschaft in manchen Staaten bereits abgeschafft wurde. Deshalb bildeten das 18. Jahrhundert und die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Beziehungen zwischen den estnischen Bauern und den deutschen Gutsherren eine angespannte und schwierige Periode.

Mit dem Zusammenbruch des russischen Imperiums 1917/18 sowie mit der Geburt der estnischen staatlichen Unabhängigkeit mußten die Deutschen auf ihre Privilegien verzichten und ihre führende Rolle als Oberschicht aufgeben. Die schwierige Integration in den neuen Staat begann. Diesem Vorgang haben die politischen Ereignisse des Jahres 1939, die Aufteilung der Einflußsphären zwischen Hitler und Stalin mit der folgenden Umsiedlung der Deutschbalten aus Est- und Lettland ein gewaltsames Ende gesetzt. Somit beendete der Zweite Weltkrieg eine mehr als 700jährige Koexistenz, und auf eine Wiedererhebung ist nicht zu hoffen.

Diese Randbemerkungen über die lange Geschichtsperiode sollten zu einer besseren Orientierung beitragen, wenn im folgenden die historische Rolle der Deutschen in der Geschichte Estlands einer gründlicheren Analyse unterzogen wird. Als Schlüsselfragen sollen drei wichtige historische Probleme hervorgehoben werden:

¹ A. Loit, Structural Changes in the Baltic Provinces during the End of the Period of Swedish Rule (1680-1710), in: *The Role of Feudal Peasantry in History*. Tallinn 1991, S. 133, 142.

- 1) Die Eroberung im 13. Jahrhundert, ihre Folgen und ihre Bewertung.
- 2) Der estnische Bauer und der deutsche Gutsbesitzer im Spiegel der Zeit, insbesondere im 18. und 19. Jahrhundert.
- 3) Die Deutschbalten in der Republik Estland und ihre Umsiedlung.

Bis zum 17. Jahrhundert wird dabei hauptsächlich von Deutschen gesprochen, für die späteren Perioden jedoch die Bezeichnung Deutschbalten gebraucht. Es handelte sich bis zum Ende der Ordenszeit (1560) um eine ständische Autonomie, deren politische Beziehungen zu Europa in einem lockeren Vasallenverhältnis zum Ausdruck kamen. Denn eben im 17. und 18. Jahrhundert, als direkte politische Beziehungen zu Deutschland nicht mehr existierten, hat sich die sprachliche, kulturelle und politische Identität der örtlichen Deutschen herausgebildet, die sich hinsichtlich der beiden ersten Merkmale bis zum heutigen Tag beibehalten hat. Was die politische Identität der Deutschbalten (bzw. auch der Balten) anbelangt, so wird darauf noch zurückzukommen sein.

Leider fehlte in der estnischen Geschichtswissenschaft eine die historische Rolle der Deutschen (bzw. Deutschbalten) behandelnde Literatur. Die lettischen Historiker dagegen haben sich mit diesem Thema schon jahrzehntelang befaßt.² Natürlich haben J. Zutis, M. Duchanov und P. Krupnikov dieses wichtige Forschungsobjekt in ihren Werken in den engen Rahmen des Marxismus-Leninismus drängen müssen. Etwas weniger ist P. Krupnikov in den ideologischen Schemata gefesselt gewesen.³ Die wissenschaftliche Tätigkeit der lettischen

² Ja. Zutis, Očerki po istoriografii Latvii. Č. I, Pribaltijsko-nemeckaja istoriografija (Skizzen zur Historiographie Lettlands. Teil I, Die deutschbaltische Historiographie). Riga 1949;

M. N. Duchanov, Ostzejcy. Politika ostzejskogo dvorjanstva v 50-60-ch gg. XIX v. i kritika ee apologetičeskoj istoriografii (Die baltischen Barone. Die Politik des Adels in den Ostseeprovinzen in den 50er und 60er Jahren des XIX. Jahrhunderts und die Kritik ihrer apologetischen Historiographie). 2. Aufl., Riga 1978;

P. Ja. Krupnikov, Polveka istorii Latvii glazami nemcev (konec XIX veka - 1945 god) (Ein halbes Jahrhundert Geschichte Lettlands mit den Augen der Deutschen vom Ende des XIX. Jahrhunderts bis 1945). Riga 1989;

P. Krupnikov, Lettland und die Letten im Spiegel deutscher und deutschbaltischer Publizistik 1895-1950 (Beiträge zur baltischen Geschichte, Bd. 12. Hannover-Döhren 1989.

³ Siehe P. Krupnikov, Pribaltijsko-nemeckij poët Viktor fon Andrejanov: v oppozicii k ostzejskomu „obščestvu“. In: Germanija i Pribaltika: problemy političeskich i kul'turnych svjazej (Der deutschbaltische Lyriker Viktor von Andrejanov in Opposition zur „Gesellschaft“ der Ostseeprovinzen, in: Deutschland und das Baltikum: Probleme der politischen und kulturellen Beziehungen). Riga 1985, S. 107-114.

Kollegen in diesem Bereich kann nur begrüßt werden. Schon seit Jahren veranstaltet man in Riga internationale Tagungen „Lettland und Westeuropa“, wo als Kernfragen die Probleme der Deutschbalten, des Baltikums und Deutschlands behandelt werden. Vom 18.-19. September 1991 fand in Riga eine Konferenz zu einem sehr konkreten Themenkreis „Der deutsche Faktor in der Geschichte Lettlands um 1850 und um 1930“ statt.⁴

Der historischen Rolle der Deutschbalten hat man in Estland unmittelbar nur ein einziges russischsprachiges Buch gewidmet: „Die Deutschbalten im bürgerlichen Estland (1920–1940)“ von J. Raid. Leider gründet sich dieses Werk auf eine selektive Benutzung von Quellenmaterialien. Den Stil und den Standpunkt des Autors verdeutlichen die folgenden Zitate:

„Auf diese Weise läßt schon eine kurze Übersicht über die jahrhundertelange Geschichte der baltischen Deutschen eine Folgerung zu, daß die politischen Ziele sowie die praktische Tätigkeit der deutschen Feudalherren und der Bourgeoisie während ihrer Anwesenheit im Baltikum den estnischen und lettischen Völkern gegenüber grundfeindlich gewesen sind und einen negativen Einfluß auf ihre Entwicklung ausgeübt haben.“⁵ Und weiter: „Wollen wir die Rolle der Deutschbalten in der Geschichte Est- und Lettlands beurteilen, so können wir nicht von der Bedeutung der Einzelpersonen ausgehen. Die Deutschbalten waren eine Klassenerscheinung, die bezüglich ihrer Einwirkung auf den Prozeß der historischen Entwicklung vom Anfang an reaktionär gewesen ist.“⁶

Zu Anfang muß erwähnt werden, daß mit der Eroberung Estlands und Lettlands durch die Kreuzfahrer diese Länder und Völker in die Kultursphäre Westeuropas geraten sind. Allmählich haben sich hier die westliche Mentalität, deren Grundlage die christliche Kirche bildete, sowie die im Westen verbreiteten Eigentumsformen und das Wirtschaftssystem eingewurzelt. Früher, in der sogenannten Vorzeit, gehörten die Esten in die baltische Region, die durch ein eigenartiges Kulturphänomen gekennzeichnet war und wo sie hinsichtlich der materiellen Kultur mehr gemeinsame Züge mit der lettischen und litauischen (als untereinander baltische stammverwandte Völker) als mit

⁴ Siehe Baltische Briefe 4/5 und 12 (1991).

⁵ Ja. G. Raid: *Pribaltiiskie nemcy v buržuaznoj Estonii (1920–1940)* (Die Deutschbalten im bürgerlichen Estland, 1920–1940). Tallin 1978, S. 10.

⁶ Ebenda, S. 11.

der finnischen (Finnougrier) Sachkultur besessen haben. Für Westeuropa war nur der Umstand wichtig, daß die baltischen Völker heidnisch waren.

Dieses Hineingezogenwerden in die westeuropäische Kultursphäre bildet die Basis für Diskussionen über die Bedeutung der Eroberung in unserer Geschichte. Das hat den Deutschen die Möglichkeit geschaffen, die sogenannte „Kulturträger-Theorie“ auszubilden, der allerdings bei weitem nicht alle deutschen bzw. deutschbaltischen Historiker zugestimmt haben. So unterstreicht z. B. im Jahre 1785 der deutsche Geschichtsschreiber Ludwig Albrecht Gebhardi den großen Unterschied zwischen der geistigen Kultur der Esten und jener der Deutschen. Seiner Behauptung nach lag der Grund dazu, daß die Deutschen gesiegt haben, darin, daß diese von einem Geiste der Kreuzzüge und des Nationalismus getragen wurden, unter den Esten aber hätten solche konsolidierenden Ideen gefehlt.⁷ Wenn die meisten deutschen Historiker die Eroberung letztlich doch als eine notwendige („richtige“) Christianisierungsmission betrachten, wobei der gewaltsame Charakter dieses Prozesses nur etwas kritisiert wird, dann malt ein Zeitgenosse Gebhardis, der bekannte Literat der Aufklärungszeit Garlieb Helwig Merkel (1769–1850), von der Eroberung und ihren Folgen ein entschieden stärker niederdrückendes Bild. Nach seinen Worten ist das Sinnbild der Geschichte Livlands (d. h. Estlands und Lettlands) der nackte Laokoon, um dessen Körper sich widerwärtige Schlangen schlingen und ihn erdrücken. Der livländische Adel sei auf den Schultern der Bauernschaft wie ein Luchs im Genick eines plötzlich ertappten angespannten Ochsen, er unterdrücke diesen wichtigsten Bürgerstand und mäste sich „von dessen Schweiß“.⁸

Alexander von Richter gelangt in seiner in den Jahren 1857–1858 publizierten Arbeit über die livländische Geschichte zu einer grundsätzlich wohlmeinenden Beurteilung, wenn er betont, daß das Ergebnis der Eroberung die Einführung der deutschen Lebensordnung, die Entstehung der Ritter- und Bürgerstände, die Entwicklung des

⁷ L. A. Gebhardi, Geschichte von Liefland, Esthland, Kurland und Semgallen. I. Abschnitt: Geschichte der Länder vor Errichtung des Herzogthums Kurland, in: A. L. Schlözer, A. L. Gebhardi, Geschichte von Littauen, Kurland und Liefland. Halle 1785, S. 357.

⁸ Liivimaa esiaeg Mälestussammas papi- ja rüütlivaimule. 1 vlj. Kirjutanud G. Merkel. Eesti keelde tõlkinud A. F. Tombach (Die Vorzeit Lieflands, ein Denkmal des Pfaffen- und Rittergeistes. 1. Bd. geschrieben von G. Merkel. In die estnische Sprache übersetzt von A. F. Tombach). Peterburi (St. Petersburg) 1909, S. 7, 139.

Handwerks und des Handelswesens sowie die Verbreitung des christlichen Glaubens gewesen seien.⁹

Die estnische Geschichtswissenschaft entstand erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Einen großen Einfluß haben hier die Arbeiten des deutschen Historikers Kurd von Schlözer ausgeübt. Durchaus nicht weniger bedeutend ist aber auch die von den jungen Politikern der estnischen sogenannten nationalen Aufklärung herausgearbeitete Ideologie gewesen. Am 6. Oktober 1863 hat der fortschrittliche estnische Publizist und Landwirt Carl Robert Jakobson die erste von seinen sogenannten drei patriotischen Reden gehalten. Zum ersten Mal wurde dort die (leider jedoch vollkommen pseudowissenschaftliche) nationale Periodisierung der estnischen Geschichte gegeben. Dementsprechend nannte er die Vorzeit (die alte Selbständigkeitszeit) das „goldene Zeitalter“. Jakobson meint, daß das Jahr 1186, als der erste livländische Bischof eingesetzt wurde, ein „unglückliches Jahr“ gewesen sei. Mit der Ankunft des Bischofs Albert und der Kreuzfahrer habe eine „für unser Land recht schreckliche Zeit“ angefangen. Die Eroberung habe eine nächste Periode in der estnischen Geschichte, die „düstere Zeit“, eingeleitet. Eben C. R. Jakobson hat in die estnische Ideologie und Geschichtswissenschaft die Konzeption von den 700 Jahren Sklavenzeit eingeführt, von der nur Negatives überliefert sei.¹⁰

Der Zeitgenosse von C. R. Jakobson und sehr einflußreiche Publizist und Kulturschaffende Jakob Hurt veröffentlichte in den Jahren 1871–1879 eine Reihe von Geschichtspublikationen „Bilder von denen im Vaterland wirklich vorgefallenen Sachen“. Wenn er auf die deutsche Eroberung zu sprechen kommt, gibt er die positive Wirkung der Christianisierung zu, kritisiert aber heftig die Durchsetzungsmethoden dieser und findet, daß der Widerstand der Esten vollkommen richtig am Platz gewesen sei.¹¹

Villem Reiman, der für den ersten estnischen professionellen Historiker gehalten wird und der 1903–1906 erstmalig eine Übersicht der

⁹ S. Vahre, Muinasaja loojang Eestis. Vabadusvõitlus 1208–1227 (Untergang der Frühzeit in Estland. Der Freiheitskampf 1208–1227). Tallinn 1990, S. 27.

¹⁰ C. R. Jakobson, Kolm isamaa kõnet (Drei Vaterlands-Reden). Peterburi (St. Petersburg) 1870.

¹¹ J. Hurt, Pildid isamaa süüdinud asjust (Bilder von dem entstehenden Vaterland). Tartu 1879.

ganzen estnischen Geschichte zusammenstellte, hat die Ergebnisse der Eroberung als gänzlich negativ eingeschätzt.¹²

Interessanterweise haben solchen negativen Beurteilungen längere Zeit sowohl nationalistische als auch kommunistische Historiker angehängen. Einige Beispiele hierzu: Hendrik Sepp, der später ein hervorragender Historiker wurde, hat 1920 zur Neuauflage des Buches von V. Reiman ein Vorwort geschrieben. Während er mit den Standpunkten des Altmeisters vollkommen einverstanden war, wollte er andererseits die deutschbaltische Geschichtswissenschaft auch etwas kritisieren und hat das dann wie folgt ausgedrückt: „Bisher ist die Geschichtsschreibung unserer Heimat fast einzig und allein nur das Privilegium der deutschen Geschichtsforscher gewesen. Das kommt davon, daß sie an der Macht gewesen sind und daß sie, während sie unsere Herren waren, insbesondere im sozial-gesellschaftlichen Sinne, über materielle Werte verfügten, die unsere Väter und Urväter infolge ihrer schweren Arbeit aus der Erde hervorgebracht hatten. Sie wohnten auch unter materiell besseren Verhältnissen, außerdem besaßen sie eine wohl etwas enge, aber mehrere Generationen lange Kulturtradition, eine tiefere wissenschaftliche Vorbereitung und Erziehung sowie eine Möglichkeit, unter Ausnutzung der wirtschaftlich günstigeren Lebensbedingungen ruhig und sorglos in den Archiven Material zu sammeln und ihre wissenschaftliche Arbeit zu tun und mit Hilfe dieser synthetische Forschungen durchzuführen ...

Große leitende Ideen der Geschichtswissenschaft Westeuropas und ihrer deutschen Heimat, geistreiche geniale Synthesen und eine breitere, freiere Betrachtungsweise sind (den deutschbaltischen Geschichtsforschern — R. H.) fast nie in den Kopf gestiegen.“¹³

In den 1950er Jahren haben marxistische Historiker hyperkritische Bemerkungen sowohl über die deutsche Eroberung als auch über das baltische Deutschtum im allgemeinen geäußert. So konstatierte z. B. Artur Vassar 1952:

„Die Unterwerfung des Baltikums durch die fremdländischen Eroberer ist das größte Unglück in der Geschichte der estnischen und letti-

¹² V. Reiman, *Eesti ajalugu. Trükiks korraldanud cand. hist. H. Sepp (Estnische Geschichte. Für den Druck geordnet von cand. hist. H. Sepp)*. Tallinn 1920, S. 24–25. V. Reimann schrieb diese Ergänzungsstücke zu der estnischen Ausgabe von K. O. Lindquists „Allgemeiner Geschichte“. Selbständig erschien V. Reimanns Arbeit im Jahr 1920.

¹³ Ebenda, S. 6.

schen Völker gewesen. Dadurch sind sie für mehrere Jahrhunderte unter das Joch der deutschen Feudalherren gefallen, was eine langzeitige Zurückgebliebenheit hervorgerufen hat.“¹⁴

Um die Lage in Estland nach der Eroberung zu schildern, gibt A. Vassar dieser eine durch und durch negative Beurteilung:

„Die wenigen geistlichen Schulen, die damals in den Städten entstanden, haben für das estnische Volk nichts geboten. Sowohl die Schule als auch die Kirche waren das ideologische Mittel der fremden Macht, das Mittel zur Rechtfertigung der Ausbeutung des Volkes und zur geistigen Verblendung der Menschen. Zur stärkeren geistigen Beeinflussung der Volksmassen fing man im 15. Jahrhundert an zu fordern, daß man in Estnisch predigen soll, die Geistlichen waren aber Deutsche und der Landessprache meist nicht kundig. Lese- und Schreibkundige gab es unter den Feudalherren wenige, den Bauern fehlte aber jegliche Möglichkeit, eine Ausbildung zu bekommen.“¹⁵

Ein gravierender Unterschied zwischen nationalistischen und marxistischen Historikern besteht einzig und allein darin, daß die letzteren besonders bissig die christliche Kirche angreifen, wobei sie sowohl die katholische als auch die lutherische Kirche verachten. Und trotzdem existiert auch eine verhältnismäßig umfangreiche und ihrem Wesen nach nationale Geschichtsliteratur, in der die Eroberung und ihre Folgen vernünftig und nüchtern analysiert werden. In den 1930er Jahren hat einer der angesehensten estnischen Historiker, Harri Moora, geschrieben, daß diese Eroberung als eine „Schicksalsfügung“ in gewisser Hinsicht auch ein glücklicher Vorgang gewesen sei: Die Esten wurden vom Westen aus christianisiert anstatt vom Osten; dadurch seien sie in den Bereich der westlichen Kultur geraten und damit von der gebildeten Welt nicht abgeschnitten worden.¹⁶

Grundsätzlich dasselbe vertritt S. Vahre, der die bisher einzige estnischsprachige Monographie über den frühen Freiheitskampf der Esten geschrieben hat (1990): „Im Vergleich zur westeuropäischen Gesellschaft waren die Esten zurückgeblieben und konnten einem planmäßigen Eroberungskrieg nicht standhalten. Die Zurückgeblie-

¹⁴ Eesti NSV ajalugu (vanemast ajast kuni tänapäevani). Toim. G. Naan (Geschichte der estnischen SSR von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart. Red. G. Naan). Tallinn 1952, S. 50.

¹⁵ Ebenda, S. 70.

¹⁶ H. Moora, Eestlaste vabadusvõitlusest 700-ja aasta eest. Hõningaid jooni (Über den Freiheitskampf der Esten vor 700 Jahren. Mancherlei Skizzen), in: Ajalooline Ajakiri 1 (1922), S. 31.

benheit war aber meist relativ und ist nicht zu überschätzen. Durchaus falsch ist die Vorstellung, daß in Estland vor der Ankunft der Deutschen nur Barbarei, Anarchie und ein Jedermannskrieg gegen Jedermann geherrscht haben. Der christliche Glaube war den Esten ja auch nicht mehr fremd und hätte sich auf einem völlig friedlichen Wege verbreiten können. Im vorzeitlichen Freiheitskampf ging es eigentlich nicht gegen den Christenglauben, sondern gegen dessen gewaltsames Aufdrängen, sowie für die Freiheit und Eigenständigkeit.¹⁷

Äußerst klar und eindeutig haben sich über die Eroberung drei junge Historiker geäußert, die in der Zeit Breschnews sozusagen im Untergrund die estnische Geschichte geschrieben hatten, das Büchlein aber erst 1989 publizieren konnten: „Das Endergebnis des vorzeitlichen Freiheitskampfes — Estland geriet unter die deutsche und dänische Macht sowie unter die Einwirkung der westlichen Kultur — ist vom historischen Blickpunkt aus gesehen keine ungünstige Lösung gewesen. Das bestätigt das Schicksal der stammverwandten Völker östlich vom Peipussee, die sich im Laufe der Zeit unter den andrängenden slawischen Massen aufgelöst haben und heute vom Schauplatz der Geschichte verschwunden sind. Unter schweren Verlusten ist es unseren Vorfahren gelungen, unter der aus Westen kommenden Fremdherrschaft die eigene Sprache und das Wesen aufrechtzuerhalten und trotz aller bevorstehenden harten Proben fortzudauern.“¹⁸

Man kann diesem Standpunkt nur zustimmen, und heute, wo nicht mehr gezwungenermaßen der große östliche Nachbar „Rußland“ als kommunistische Großmacht belobigt werden muß, findet diese Konzeption immer mehr Sympathie. Schließlich hatten die Esten im 13. Jahrhundert eine Zwangslage, ein Entwicklungsdilemma in der Entscheidung zwischen dem zivilisierten Westen oder dem wilden Osten.

Auch die spätere Entwicklung bestätigt, daß die Unterstellung unter die deutsche Herrschaft für die Esten ein glücklicher Zufall gewesen ist. Da es den Deutschen nie gelungen ist, Litauen zu besetzen, konnten diejenigen Deutschen, die in Estland und Lettland Fuß gefaßt hatten, nur auf dem Seewege mit der alten Heimat in Verbindung bleiben. Das hat eine massenhafte Bauernkolonisation völlig ausgeschlossen. Gleichzeitig mußte die deutsche Oberschicht sich an unsere Verhältnisse und teilweise auch an die Mentalität der Einheimischen

¹⁷ S. Vahtre, wie Anm. 9, S. 172.

¹⁸ M. Laar, L. Vahtre, H. Valk, Kodu lugu I. Tallinn (Heimatkunde I: Tallinn), in: „Loomingu Raamatukogu“ 40/41 (1989), S. 42.

anpassen, um die westliche Kultur in einer für die Esten annehmbaren Form weitergeben zu können. Denn wie könnte man sonst die Tatsache erklären, daß schon im 13. Jahrhundert Gutshäuser entstanden sind, wo neue Herren ruhig leben konnten (erst seit 1507 war den Bauern das Waffentragen verboten). Wichtig war auch die Verbreitung der Kultur. Die Erforscherin der Schulgeschichte Liivi Aarma schreibt: „Die Eroberung des estnischen Territoriums hat wohl die Unterdrückung der Esten mit sich gebracht, aber für unsere Kulturgeschichte auch die Lese- und Schriftkundigkeit, die Schulbildung und den Buchdruck. Von den ersten Jahren der Reformation an können wir auch vom Beginn der estnischsprachigen Literatur sprechen (erste Bücher 1525, 1535 — R. H.), die anfangs im wesentlichen Maße mit Deutschland in Verbindung zu bringen war. Auch die schlagartige Ausweitung des estnischsprachigen Schrifttums im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts war mit den aus Deutschland stammenden und seit mehreren Generationen nach Estland übersiedelten Literaten verbunden, ungeachtet der Tatsache, daß diese Tätigkeit seitens der schwedischen Kirche mit den im Baltikum gesammelten Summen finanziert wurde.“¹⁹

Die Entwicklung von der Eroberung bis zur staatlichen Verselbstständigung der Esten ist voller Widersprüche und Leiden gewesen. So hat z. B. 1343–1345 in Estland ein großer Bauernaufstand stattgefunden, der erst mit Hilfe aller Landstreitkräfte des Deutschen Ordens unterdrückt werden konnte. Im Laufe des Livländischen Krieges (1558–1583) gab es Momente, wo es tatsächlich danach aussah, als ob der „Krieg aller gegen alle“ ausgebrochen sei. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts fand die russische Besatzung statt, die eine massenhafte Vernichtung des Bauerntums, eine Ausweisung der Stadtbevölkerung nach Rußland sowie eine verheerende Pestseuche zur Folge hatte, was die Bevölkerung Estlands an die Grenze der physischen Vernichtung brachte. Erst danach konnte das Volk sich etwas erholen und regenerieren. Die verheerenden Kriege auf estnischem Territorium hörten nun für eine lange Zeit auf. Vorläufig, bis 1796, hat sich auch die Militärflicht auf die baltischen Völker nicht ausgeweitet. Dagegen hat sich aber die Leibeigenschaft vertieft und verstärkt. Und dabei handelte es sich ja um das berühmte „Zeitalter der Aufklärung“ oder „das philosophische Jahrhundert“, wie G. Merkel es ausgedrückt hat.

¹⁹ L. Aarma, käsikiri autori valduses, 1991 (Unveröffentlichtes Manuskript beim Autor. 1991).

Die rechtliche Lage, die sich inzwischen herausgebildet hatte, widerspiegelt am besten die Deklaration Rosens, d. h. die Antwort des Landrates Otto Fabian von Rosen aus dem Jahre 1739 auf die Nachfrage der Kaiserin Anna Iwanowna über den Gerichtsprozeß zwischen einem Gutsherrn und einem Bauern.²⁰ Aus diesem Dokument geht hervor, daß seit der russischen Eroberung die estnischen und lettischen Bauern keine freien Menschen mehr waren, sondern Leibeigene, die zum Besitz des Gutsherrn gehörten. Auch die Habe der Bauern gehörte dem Gutsherrn, und dieser konnte damit nach eigenem Ermessen umgehen. Das Rechtsprechen der Gutsherrn war keineswegs beschränkt. In einer solchen Rechtlosigkeit wie damals hat der estnische Bauer sich früher oder später nie mehr befunden. Die Leibeigenschaft nahm im Baltikum die extremste Form an: Der bekannte Literat und Vertreter der Aufklärung August Wilhelm Hupel schrieb damals: „Die Menschen hier sind nicht so teuer wie die Neger in den amerikanischen Kolonien.“²¹ Der Preis eines Leibeigenen schwankte zwischen einem Dutzend und hundert Rubeln. Vielleicht das letzte Mal wurden Menschen öffentlich auf dem Markt verkauft in Valga im Jahre 1782; oft hat man beim Verkaufen die Familienangehörigen voneinander getrennt. Die Volksüberlieferungen übermitteln zu Dutzenden Einzelheiten über die Willkür der Gutsherrn.

Die Unabhängigkeit der Deutschbalten war in mehreren juristischen Dokumenten fixiert. Davon wären hier in erster Linie die Privilegien zu erwähnen, die im Laufe der Jahrhunderte von verschiedenen Herrschern gegeben und bestätigt wurden. Schon im Mittelalter hatte sich eine deutsche ständische Institution — der sogenannte Landtag — herausgebildet. Im 18. Jahrhundert kristallisierte sich das System der Ritterschaften heraus, nach dem nur immatrikulierte Adlige (Indigenat-Adel) als Grundbesitzer auftreten konnten. Immer mehr Gesetze über das Bauerntum wurden erlassen, insbesondere in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Alle diese juristischen Akte zusammen genommen bildeten das sogenannte Baltische Privatrecht. Freilich kann man dieses System nicht mit jener Autonomie vergleichen, die Rußland im besetzten Finnland eingeführt hatte, wo man einen sich

²⁰ Eesti NSV ajaloo lugemik. I kd. Valitud dokumente ja materjale Eesti ajaloost kõige vanemast ajast kuni XIX sajandi keskpaigani (Historisches Lesebuch der Estnischen SSR. Bd. 1. Ausgewählte Dokumente und Materialien aus der ältesten Zeit der estnischen Geschichte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.) Tallinn 1960, S. 260–263.

²¹ H. Laar, L. Vahre, H. Valk, wie Anm. 18, S. 79.

aus vier Ständen zusammensetzenden Landtag hatte, eine eigene Währung und eine Zeitlang sogar eigene Streitkräfte. Trotzdem kann man in Estland von einer recht großen Autonomie reden (Deutsch war sogar die Amtssprache). Das alles führte im 18. Jahrhundert zur Herausbildung einer eigenartigen deutschsprachigen Kultur und einer Volksgruppe, die als Deutschbalten näher gekennzeichnet werden kann. Zweifellos herrschte zwischen den Esten und den Deutschen eine Feindseligkeit, aber es gab kein kulturelles Vakuum.²²

Die Vertiefung der Leibeigenschaft aber hat aus sich selbst heraus auch die Krise dieses Systems hervorgerufen. Viele Gutsbesitzer haben das auch selber empfunden. Man suchte nach Auswegen aus dieser Lage, die unvermeidlich zum Kampf für die Verbesserung der Lage der Bauern führen mußte. Im Jahre 1764 veröffentlichte der Pastor Johann Georg Eisen ein Buch, das gegen die Leibeigenschaft gerichtet war.²³ Die um die gleiche Zeit unternommenen Reformversuche sind aber gescheitert. Die Ausbreitung der Aufklärungsideen ließ keine andere Wahl, als neue Versuche zu unternehmen und die Reformen fortzusetzen. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts erschienen weitere gegen die Leibeigenschaft gerichtete Bücher von Heinrich von Jannau, von G. H. Merkel und von J. C. Petri. Aber erst in den Jahren 1802–1805 konnten erste Schritte, die auf die Verbesserung der rechtlichen Lage und des Eigentumsrechts der Bauern gerichtet waren, unternommen werden. Es ist aber ein Paradox, daß die Bauern den Sinn dieser Reformen nicht begreifen konnten — eben in der Zeitspanne 1805–1807 gab es in Estland eine große Welle von Bauernunruhen. Erst 1816–1819 wurde in Estland und Lettland die Leibeigenschaft aufgehoben, die Bauern wurden befreit, aber sie bekamen kein Land. Trotzdem ist es sehr wichtig, daß die Befreiung doch mehr als 40 Jahre früher stattgefunden hat als in Rußland.

Um 1840–1850 erfolgten neue Reformen, die von einer großen Anzahl von Bauernunruhen begleitet wurden. Diese Reformen führten aber zur Geldrente, und die Bauern erhielten die Möglichkeit, die Bauernhöfe auszukufen. Der Akademiker J. Kahk, der in seinen früheren Werken hauptsächlich den unüberwindlichen Antagonismus zwischen den estnischen Bauern und den deutschen Gutsherren be-

²² Ebenda, S. 71.

²³ Eines liefländischen Patrioten Beschreibung der Leibeigenschaft, wie solche in Lief-land über die Bauern eingeführt ist, in: Müller, Sammlung russischer Geschichte. Bd. 9, Offenbach am Main 1764.

tont hatte, vertritt in der letzten Zeit einen realistischeren Standpunkt, indem er betont, daß der ca. hundert Jahre dauernde Prozeß der Reformen für beide unter der Krise leidenden Seiten eine Zeit des Suchens gewesen sei. Beide Seiten wollten ja die Lage verbessern, wußten aber nicht, wie das zu erreichen war. Das Vorbild der preußischen Reformen hat hier eine nicht unbedeutende Rolle gespielt.²⁴ Das Ergebnis dieses Prozesses war, daß mit dem Übergang zur Geldpacht und zum Auskaufen der Bauernhöfe beide Seiten sich schneller zu bereichern begannen. Die baltischen Provinzen wurden dadurch zu den wirtschaftlich stärker entwickelten Gebieten Rußlands. Die Urbanisierung, die Akkumulation des Kapitals und eine schnelle industrielle Entwicklung begannen sich zu entfalten.

Im 19. Jahrhundert ist eine weitere wesentliche Erscheinung zu beobachten, die nach dem deutschen Vorbild den Entwicklungsgang der Esten beträchtlich beeinflusst hat. Man begann nämlich weitläufig allerlei Vereine und Gesellschaften zu gründen. Die Deutschen hatten schon am Ende des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine Reihe von landwirtschaftlichen, kulturellen und weiteren Vereinen gegründet. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahmen die Esten diese Praxis ebenfalls auf. 1869 beginnt die Tradition der estnischen Sängerkulte, und auch eine estnische Presse wird begründet, deren Initiatoren übrigens wieder einmal fortschrittliche Deutschbalten waren.

Die Tätigkeit der Deutschbalten hat auf die Entwicklung der estnischen Schriftsprache und Literatur einen großen Einfluß ausgeübt. Dennoch wollte die marxistische Geschichtswissenschaft das lange nicht eingestehen. Den auf Initiative der Pastoren (und auch anderer fortschrittlicher Literaten) herausgegebenen Büchern warf man das Vorherrschen geistlicher Ideen und der Kirchenliteratur vor. So findet sich im ersten Band der „Geschichte der estnischen Literatur“ (1965) die Bemerkung, daß im 19. Jahrhundert die geistliche Literatur trotz allem „sowohl an Zahl der Titel, besonders aber an Zahl der Seiten eine dominierende Literaturgattung war, die proportional mit der gesamten Druckproduktion zunahm: immer häufiger wurden Katechismen, kirchliche Handbücher, Predigten, Gesangbücher, Bibelgeschichten, Bibeln und andere derartige Bücher herausgegeben. Gleich-

²⁴ J. Kahk, *Talude pärieksostmise aegu. Käsikiri* (Zur sozialen Lage der Leibeigenen. Manuskript). Tallinn 1991, S. 42-70.

zeitig wuchs auch der schlechte Einfluß dieser Art der Literatur ... Und deshalb brauchen wir in der weiteren Entwicklungsgeschichte der estnischen Literatur der geistlichen Literatur keine Aufmerksamkeit mehr zu schenken.“²⁵ An anderer Stelle wird noch erwähnt, daß die geistliche Literatur auf das Bewußtsein des Lesers einschläfernd gewirkt habe.²⁶

Gegen Ende des 19. Jahrhundert wuchs die Anzahl der estnischen Intelligenz — sie war freilich wieder deutschsprachig. Ein Paradox aus dieser Zeit — der Estnische Studentenverein schloß seine Versammlungen stets mit einem Gefühl der Erleichterung ab, denn danach durfte man sich wieder auf Deutsch unterhalten. Das hatte seinen Grund nicht etwa in einer unzureichenden nationalen Gesinnung, sondern vielmehr in der niedrigen Entwicklungsstufe der estnischen Sprache, die es nicht ermöglichte, über abstrakte, literarische oder wissenschaftliche Themen zu sprechen.

Das Ende des 19. und der Beginn des 20. Jahrhunderts waren durch den politischen Kampf gegen die von Rußland aufgedrängte Russifizierungspolitik gekennzeichnet. Man hat betont, daß die Deutschbalten in dieser Zeit sozusagen zwischen zwei Kampflinien geraten seien. In ähnlicher Lage befanden sich auch die Esten, aber das gab den estnischen nationalen Politikern jetzt immerhin die Möglichkeit, zwischen Deutschen und Russen balancierend eigene Ziele zu verfolgen.

Dieser relativ gleichmäßige Entwicklungsgang wurde durch die Russische Revolution von 1905–1907 unterbrochen. In Estland und Lettland hat es damals große Bauernunruhen und eine Welle von Brandstiftungen gegeben, die hauptsächlich vom Proletariat inspiriert waren. Im Winter 1905 wurden in den baltischen Provinzen mehrere hundert Gutshäuser niedergebrannt. Als Gegenzug hat man Strafexpeditionen aufs Land geschickt, die oft unter Leitung der Gutsbesitzer handelten. Diese tragischen Ereignisse waren noch nicht vergessen, als 1918 in Estland die staatliche Unabhängigkeit proklamiert wurde. Die örtlichen Deutschen haben das nicht hindern können oder auch wollen. Zu einem großen Teil war die Haltung auch von der Tatsache bedingt, daß die Bolschewiki nach ihrer Machtübernahme 1917 alle Gutsbesitzer für vogelfrei erklärt

²⁵ Eesti krikanduse ajalugu viies köites. I kd. Esimestest algetest XIX sajandi 40-ndate aastateni (Estnische Literaturgeschichte in fünf Bänden. Bd. 1: Von den ersten Anfängen bis zu den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts). Tallinn 1965, S. 253.

²⁶ Ebenda, S. 321.

und eine größere Anzahl von ihnen nach Sibirien deportiert hatten.

1918 begann in Estland die Okkupation durch die kaiserlich deutschen Truppen. In diesem Zusammenhang unternahm man Versuche, ein „Baltisches Herzogtum“ zu gründen. Die ansässigen Deutschen wurden (teils ohne ihr Wissen und Wollen) zu „Ausführungsorganen einer Deutschtumspolitik“.²⁷ Zusammen mit der Tatsache, daß viele Deutschbalten gemeinsam mit reichsdeutschen Truppen versucht hatten, Lettland zu erobern, und sich im Frühsommer 1919 an der Offensive gegen Esten beteiligt hatten, machte das alles die Deutschbalten in den Augen der Esten sehr unbeliebt. Trotzdem muß anerkannt werden, daß sich die Mehrzahl der Deutschbalten im estnischen Freiheitskrieg (1918–1920) der Estnischen Republik gegenüber loyal verhalten hat. In Estland wurde sogar aus Freiwilligen das sogen. Baltenregiment gegründet, das sehr tapfer gegen die Russen gekämpft hat.

Die Weiterentwicklung des selbständigen estnischen Staates brachte für die Deutschbalten gravierende Auswirkungen mit sich, die ihrer widerspruchsvollen historischen Rolle entsprachen und diese zugleich verdeutlichen:

1. Die radikale Agrarreform (1919), die dem Grundbesitz der Gutsherren ein Ende machte.
2. Eine umfassende Kulturautonomie (1920, 1925), die den nationalen Minderheiten und damit auch den Deutschbalten die Bewahrung ihrer muttersprachlichen Kultur und einen verhältnismäßig breiten politischen Spielraum garantierte.

Später hat man diese Kulturautonomie im übrigen als „die Visitenkarte des estnischen Volkes zum Eintritt in die Welt der freien Völker“ bezeichnet.²⁸ Der bekannte deutschbaltische Rechtswissenschaftler D. A. Loeber schrieb zu dieser Thematik: „Natürlich kann man auch darüber diskutieren, ob eine solche Koexistenz der Volksminderheit mit einer nationalen Mehrheit, so wie es in Estland geregelt war, unter anderen historischen Konstellationen hätte weiterbestehen können. Es ist außer Zweifel, daß in diesem Fall das estnische Modell sich in dieser Richtung weiterentwickelt hätte, wie wir es heute in Finnland beobachten können, wo direkt ein Musterbeispiel von

²⁷ G. v. Pistohlkors, Die historischen Voraussetzungen für die Entstehung der drei baltischen Staaten. In: Die Baltischen Nationen. Estland, Lettland, Litauen. Hrsg. v. B. Meissner. Köln 1990, S. 38.

²⁸ G. v. Rauch, Geschichte der baltischen Staaten. 2. Aufl., München 1977, S. 138.

der Koexistenz der nationalen Minderheiten mit einer nationalen Mehrheit herrscht.“²⁹ Die Kulturselbstverwaltung ermöglichte den Deutschbalten ungeachtet dessen, daß sie ihre Rolle als Oberschicht eingebüßt hatten, sich in die estnische demokratische Gesellschaftsordnung zu integrieren. Diesen natürlichen Entwicklungsgang hat der Zweite Weltkrieg unterbrochen, genauer gesagt der Hitler-Stalin-Pakt, dessen erste Opfer nach der Teilung Polens eben die Deutschbalten wurden.

Die Umsiedlung der baltischen Deutschen (hauptsächlich im Oktober 1939) stellte vor allem eine Bewertung ihrer historischen Rolle wieder in den Vordergrund. So schrieb ein Vertreter der estnischen Nationalisten mit unverhohlener Freude: „Siebenhundert Jahre lang haben wir versucht, sie loszuwerden, jetzt endlich hat es einen Mann gegeben, der diese Aufgabe bewältigen konnte. Das hat alle estnisch denkenden Esten gefreut, sogar diejenigen, die sonst nicht viel von der Macht hielten.“³⁰ Selbstverständlich haben die Esten von der sich durch die Umsiedlung gebotenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, in Industrie und Handel verstärkt wirksam zu werden. Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, daß gerade der Wirtschaftsminister Leo Sepp folgende Zeilen niederschrieb: „Die feudale Oberschicht des Baltikums hat wahrscheinlich nie richtig begreifen können, was für einen ungeheuren Gefallen sie mit ihrer dummen bornierten Unterdrückung, mit Verboten und Beschränkungen dem estnischen Volk angetan hat. Sie haben ein monolithisches, einheitliches Volk geschaffen, wo alle, vom General bis zum Hirtenknaben, vom Intellektuellen bis zum Pflüger, von einem und demselben Gefühl getragen wurden: wir sind eins, wir haben ein gemeinsames Interesse.“³¹

Die Umsiedlung hat die Bewertung des Kulturlebens und der nationalen Ideologie überhaupt verändert. Die Kulturpolitik war für die Betrachtung der siebenhundert Jahre langen „Sklavenzeit“ schon immer ein sehr wichtiges Motiv gewesen. Jetzt war damit Schluß. O. Loorits hatte Recht, wenn er behauptete, daß „das endlose Reden von ‚siebenhundert Jahren‘ für uns bei weitem nicht nur ein Klagelied

²⁹ D. A. Loeber: Baltisakslaste ümberasumine Eestist ja Lätist. Tagasivaade 50 aasta distantilt (Die Umsiedlung der Baltendeutschen aus Estland und Lettland. Rückblick aus einer Distanz von 50 Jahren), in: „Looming“ 9 (1989), S. 1240.

³⁰ J. Kivimäe, Raske lahkumine. Baltisakslaste lahkumine eestlaste rahvuslikus vaatevinklis (Schwerer Abschied. Der Abschied der Baltendeutschen in der Sicht der estnischen Bevölkerung), in: Looming 9 (1989), S. 1244.

³¹ Ebenda, S. 1245.

gewesen ist, sondern ganz bestimmt eine Basis, die große Massen mit Kampflust elektrisiert und uns sowohl mit Selbstschutz- als auch mit Sturmwaffen versehen hat. Ich fürchte sehr, daß mit dem Verlorengehen dieser nationalstrategischen Basis eine Lücke in unserer Ideologie zurückbleibt, die nicht so leicht mit gleich mächtigen und hinreißenden Leitsprüchen zu erfüllen ist.“³²

In dieser Hinsicht hat der Historiker Jüri Kivimäe recht, wenn er kürzlich schrieb: „Das deutschbaltische ‚Kulturträgetum‘ gehört bis zum heutigen Tag zum eisernen Bestand unseres nationalen Minderwertigkeitsgefühls, heute noch entfachen sich Wortgefechte auf dieser Grundlage, obwohl wir inzwischen um eine historische Erfahrung bezüglich eines anderen ‚Kulturträgetums‘ reicher geworden sind.“³³ Er meint hier das russisch-sowjetische „Kulturträgetum“.

Als Schlußfolgerungen sollten folgende Momente hervorgehoben werden:

1. Nach schweren Kämpfen und unter Aufgabe der Selbständigkeit wurden die Esten durch die deutsche Eroberung in den christlichen westeuropäischen Kulturkreis hineingezogen.
2. Die Tatsache, daß die Deutschen das Land nicht kolonisieren konnten, gab den Esten die Möglichkeit, im Laufe der Jahrhunderte mit der europäischen Kultur vertraut zu werden. Eine besondere Rolle kam hierbei der Bildungstätigkeit der lutherischen Kirche, der Verbreitung der Aufklärungsideen sowie der Herrnhuter Brüdergemeine zu.
3. Das baltische Privatrecht und die Vereinsbewegung ermöglichten es den Esten, politische Erfahrungen zu sammeln, die nach der Errichtung der Selbständigkeit weiterentwickelt werden konnten.
4. Die Deutschbalten boten eine fruchtbare Konkurrenz (insbesondere in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts) und bildeten das Gegengewicht zur Russifizierungspolitik.
5. Die Tätigkeit der Deutschbalten in Estland während vieler Jahrhunderte hat ein enormes Kulturerbe hinterlassen, dessen Früchte für die Esten auch in nationaler Hinsicht von Bedeutung sind.

Abschließend seien die Gedanken zweier heute in Estland tätigen Historiker zitiert. Frau Dr. Ea Jansen schreibt: „Die heutige Zeit ruft uns auf, sine ira et studio das Leben und die Kultur dieser Volksmin-

³² Ebenda, S. 1247.

³³ Ebenda.

derheit zu studieren, um die gegensätzliche Einheit ‚ihrer‘ und ‚unserer‘ Kultur zu verstehen sowie den Kulturaustausch zwischen unterschiedlichen Klassen und Völkern zu verfolgen, um auf diese Weise auch unsere Wurzeln und die ganze Kulturgeschichte besser erfassen zu können.“³⁴ Und der Philologe und Politiker Mati Hint meint: „Selbstverständlich sollten wir das Erbe der deutschbaltischen Kultur vertreten. Stattdessen haben wir sie eher mißachtet und zerstört.“³⁵

³⁴ Aja Pulss 6 (1988), S. 26.

³⁵ Horisont 5 (1988), S. 14.

Die Deutschen in der Geschichte Ostmitteleuropas als Gegenstand der polnischen Geschichtsforschung

von Henryk Olszewski

I.

Einige Vorbemerkungen seien an den Anfang meiner Überlegungen gestellt. Die erste hängt mit der eigentümlichen Rolle der Geschichte und des Geschichtsdenkens in Deutschland und Polen zusammen. Gilt weiterhin die weit verbreitete These, die Deutschen seien eine Nation mit einer besonderen „Begabung für Geschichte“, so muß man sich sagen lassen, daß auch von den Polen behauptet wird, es gebe in Europa kein zweites Volk, das ähnlich intensiv aus der Vergangenheit lebt. Daran ist deshalb zu erinnern, weil der Umgang mit der Geschichte in beiden Ländern immer weit mehr war als eine Sache der Berufshistoriker: Sie war und ist weiterhin fester Bestandteil der öffentlichen Diskussion; sie sorgt für nationales Selbstbewußtsein und begleitet engagiert die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen. Und hier ist das geschichtliche Urteil bekanntlich nicht frei von Stereotypen und Klischees, Vorurteilen und Feindbildern, die in beiden Völkern weit verbreitet waren und es zum Teil noch sind.¹ Sie

¹ Stereotypenforschung in bezug auf den deutschen Nachbarn wird zur Zeit intensiv in Polen betrieben. Aus der umfangreichen Fachliteratur sind als aufschlußreich zu bezeichnen: Maria Cioska, *Obraz Niemca w „powieściach piastowskich“*. Z badań nad stereotypem etnicznym (Das Bild des Deutschen in den „piastischen Romanen“). Aus den Forschungen über ethnische Stereotypen), in: Bronisław Pasierb (Hrsg.), *Z badań nad polską myślą polityczną 1939-1949*, Wrocław 1978, S. 109-128; Elżbieta Dzikowska, Bernard Wengerek, *Das Bild des Deutschen in der polnischen Literatur nach 1945*, in: *Sinn und Form*, Bd. 32 (1980), H. 2, S. 366-391; Karol Fiedor, Janusz Sobczak, Wojciech Wrzesiński, *Obraz Polaka w Niemczech i Niemca w Polsce w latach międzywojennych i jego rola w kształtowaniu stosunków międzynarodowych* (Das Bild des Polen in Deutschland und des Deutschen in Polen in der Zwischenkriegszeit und sein Einfluß auf die internationalen Beziehungen), in: *Kwartalnik Historyczny Sobótka* Bd. 33 (1978), H. 2, S. 163-182; Zbigniew Grabowski, *Obraz Niemca w oczach emigracyjnych Polaków po upadku Powstania Listopadowego* (Das Bild des Deutschen in den Augen polnischer Emigranten nach der Zerschlagung des November-Aufstandes), in: *Zapiski Historyczne*, Bd. 46 (1981), H. 3, S. 157-166; Andrzej Kwilecki, *Niemcy w oczach Polaków po 1945 r.* (Die Deutschen in den Augen der Polen nach 1945), in: *Odra* (1977), H. 11, S. 29-35; Andrzej Micewski, *Das Deutschlandbild in der katholischen Publizistik Polens 1969-1974*, München 1976; Tomasz Szarota, *Badania nad*

resultieren aus Wegen und Irrwegen einer tausendjährigen Nachbarschaft, die extrem verschieden dargestellt wird: von den einen als ein zehn Jahrhunderte anhaltendes Ringen,² von den anderen als eine Geschichte mit vielen lichten Momenten freundschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Befruchtung, die zwar nach der Reichsgründung und in der Hitler-Zeit in zunehmender Weise gestört wurde, um dann aber nach 1956, 1968, spätestens seit 1980 wieder in die ursprüngliche Bahn zurückzukehren.³ Wie immer man diese Vergangenheit bewertet, eine Auseinandersetzung mit ihr muß — wenn die dunklen Flecken ausradiert, Feindbilder abgebaut und gute Voraussetzungen für eine Verständigung geschaffen werden sollen — in einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit, in einem Dialog geschehen. Und diese können nur in einer breiten Öffentlichkeit geführt werden, wenn die Argumente der Fachleute auf beiden Seiten direkt vermittelt werden: original und kontextbezogen, ohne Ausklammerung aller unbequemen Kapitel, verantwortungsbewußt und zukunftsorientiert, unter Einbeziehung von Vertretern der Führungs- und Reflexionseliten, die für die „Nachholarbeit“ auf dem Wege des Abbaus von Stereotypen weit weniger getan haben als die Historiker.

Die zweite Vorbemerkung bezieht sich auf die polnische Geschichtswissenschaft selbst, auf deren Rang und deren Rolle in der Darstellung der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen. Sie

stereotypem Polaka w Niemczech i Niemca w Polsce (Forschungen über das Stereotyp des Polen in Deutschland und des Deutschen in Polen), in: *Dzieje Najnowsze* 9 (1977), H. 1, S. 209–222; Lech Trzeciakowski, *Kształtowanie się obrazu Niemca w polskiej opinii publicznej w okresie rozbiorów* (Die Ausformung des Deutschenbildes in der polnischen öffentlichen Meinung während der Teilungen), in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka*, Bd. 33 (1978), H. 2, S. 133–138; Wojciech Wrzesiński, *Niemcy w oczach Polaka 1918–1939* (Die Deutschen in polnischen Augen 1918–1939), in: *Odra* (1977), H. 9, S. 3–14. Im folgenden werden die Angaben polnischer Fachliteratur auf das Minimum beschränkt.

² So kann in der nationalistisch geprägten polnischen Historiographie des ausgehenden 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Titel und Inhalt des in diesem Beitrag erwähnten Buches von Zygmunt Wojciechowski: *Polska Niemcy. Dziesięć wieków zmagania* (Polen — Deutschland. Zehn Jahrhunderte des Ringens) von 1945 als repräsentativ angesehen werden.

³ Diese Richtung ist in der polnischen Geschichtsschreibung einerseits auf die politischen, „proletarisch-internationalen“ Ansätze des historischen Materialismus, andererseits auf die Ergebnisse der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen und des gleichzeitigen Zusammenwirkens polnischer und deutscher Historiker in der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen UNESCO-Schulbuchkommission für Geschichte und Geographie zurückzuführen. Es versteht sich dabei, daß gerade auf diesem Gebiet manches dem Ende des Kalten Krieges zu verdanken ist.

war bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert ein ernstzunehmendes Mitglied der internationalen Historikerschaft, die in Methode und Forschung beachtliche Leistungen aufzuweisen hatte, in vieler Hinsicht nicht zuletzt, weil sie manches auch den Altmeistern der deutschen Historiographie zu verdanken hatte und weil ihren führenden Repräsentanten „die deutsche Akribie und Gründlichkeit“ — um mit Herbert Ludat zu sprechen⁴ — „Führung und Geleit“ war. Das politische Gepräge aber hat ihr das Schicksal des polnischen Volkes verliehen; sie war durch das Ringen um Selbstbehauptung und Anerkennung des Anspruchs auf Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit innerhalb der Gemeinschaft der europäischen Nationen gekennzeichnet. Allen voran sind drei Elemente als Geschichtstradition und als Impulse in der Forschung deutlich gewesen: die Adelsdemokratie mit allen ihren Begleiterscheinungen, die Reformen der späten Aufklärung, die mit dem Untergang der vormodernen konstitutionellen Monarchie endeten, und das Teilungserlebnis der sich auskristallisierenden modernen polnischen Nation. Mit Recht weist Klaus Zernack darauf hin, daß die Idee staatlicher Wiederherstellung der politischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert einen bürgerlichen „progressiv-emanzipatorischen“ Nationsbegriff mit einer alteuropäischen, übernationalen, ständestaatlichen Reichsvorstellung verknüpfte.⁵ Ebenso merkwürdig wie dramatisch für die geschichtliche und geschichtswissenschaftliche Tradition war die Tatsache, daß der Aufstieg des Absolutismus in der Hohenzollernmonarchie mit dem Zeitalter der inneren Schwäche der Adelsrepublik und des Sarmatismus mit seiner Xenophobie zusammenfiel. Schwerwiegend für das Deutschlandbild der Polen war auch, daß der Aufbau der polnischen Geschichtswissenschaft sich gleichzeitig mit der Ausbildung des Nationalismus in ganz Europa vollzog.⁶ Das Jahr 1918, die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit und die antipolnische Politik der Weimarer Republik hatten zur Folge, daß die polnischen Historiker ihre Hauptaufgabe darin sahen, die

⁴ Herbert Ludat, *Die polnische Geschichtswissenschaft. Entwicklung und Bedeutung* (1939), in: ders., *Slaven und Deutsche im Mittelalter*, Köln/Wien 1982, S. 166, 173.

⁵ Klaus Zernack, *Das Preußenproblem in der Geschichte Polens*, in: *Preußen. Versuch einer Bilanz*. Bd. 2: *Preußen. Beiträge zu einer politischen Kultur*. Hrsg. von Manfred Schlenke. Reinbek 1981, S. 329.

⁶ J. Krasuski, *Zamiast wstępu. Zagadnienie względności ocen wartościujących w historiografii* (Statt einer Einleitung. Das Relativitätsproblem bei Werturteilen in der Historiographie), in: *Stosunki polsko-niemieckie w historiografii*, hrsg. von Jerzy Krasuski, Gerard Labuda, Antoni W. Walczak. Bd. 1, Poznań 1974, S. 14.

in Versailles zustandegekommene Neuordnung Ostmitteleuropas historisch zu untermauern und sich grundsätzlich vom Einfluß der deutschen Historiographie zu emanzipieren.⁷ Das lenkte die Aufmerksamkeit der Forscher auf Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen, aber es begünstigte den deutsch-polnischen wissenschaftlichen Dialog ebensowenig, wie dies die Katastrophe des deutsch-polnischen Verhältnisses im Nationalsozialismus und die raumpolitische Verlagerung Polens nach Westen infolge des 1945 von Deutschland verlorenen Krieges vermocht haben. Die politisch und ideologisch geprägte These von der „Rückkehr Polens in uralte piastische Stammländer“ führte zu polonozentrischen Einseitigkeiten und stieß auf Mangel an jeglicher Rezeptionsbereitschaft auf deutscher Seite.⁸ Die politische „Bestätigung“ der alten „piastischen“, westwärts gerichteten Geschichtsidee Polens lenkte den Weg in die „ideologische Sachferne“ und weckte einen antideutschen Nationalismus, der eine quellen nahe, geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit den deutschen Historikern völlig unmöglich machte. Aufgewertet wurde eine Geschichtsauffassung, in der alle bzw. fast alle friedlichen Phasen der deutsch-polnischen und polnisch-preußischen Nachbarschaft vollkommen übergegangen wurden. Es wurde nach Gegensätzen, nicht nach Integrationsfaktoren in der gemeinsamen Vergangenheit gefragt. Schlimme Folgen mußten sich auch daraus ergeben, daß das Bild vom Nachbarn immer auf das ganze Jahrtausend bezogen war. Ein Zitat aus einer schon 1924 veröffentlichten Arbeit Józef Feldmans mag das belegen: „In der Tat ist das polnisch-preußische Verhältnis eine Erscheinung, die in der Geschichte ihresgleichen sucht. Es hat unter den Mächten Jahrhunderte währende Gegensätze gegeben, die größere Gebiete umfaßten, höhere Brisanz und schwerer wiegende Folgen hatten (...), aber von ihnen weist keiner eine derartig lange Geschichte mit einer so ununterbrochenen Kontinuität auf. Die Beziehung Polens zu Preußen war von ihrem Anbeginn an bis in die neuesten Zeiten ein ständiger Kampf, selten von einer kurzfristigen Schlichtung unterbrochen, niemals durch eine ehrliche Einigung beschwichtigt. Man kann mit aller Exaktheit die kontinuierliche wechselseitige Abhängigkeit der Geschichte beider Länder darstellen; die Stärkung des einen ist

⁷ Herbert Ludat, Die polnische Geschichtswissenschaft (wie Anm. 4), S. 154.

⁸ Klaus Zernack, Das Jahrtausend deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte als geschichtswissenschaftliches Problemfeld und Forschungsaufgabe, in: Grundfragen der geschichtlichen Beziehungen zwischen Deutschen, Polaben und Polen, hrsg. von Wolfgang H. Fritze und Klaus Zernack. Berlin 1976, S. 45.

ursächlich mit der Schwächung des anderen verbunden (...). Worin liegt die Ursache für diese eigenartige Erscheinung?“ — fragte Feldman. Und antwortete: „Falls die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Völkern in gewissem Maße von einer geistigen Affinität oder Besonderheit beeinflusst wird, die die Einrichtungen des gemeinsamen Lebens prägen, dann tritt die Grundlage des polnisch-preußischen Antagonismus mit aller Deutlichkeit in Erscheinung. Es ist schwer, Gegensätze zu finden, die krasser wären als die zwischen diesen beiden engen Nachbarn, der preußischen Monarchie und der polnischen Republik. Beide verkörperten extrem unterschiedliche geschichtliche Individualitäten, die verschiedenen Wurzeln entsprossen sind und jeweils verschiedene Wege beschritten haben, die zu völlig anderen Ergebnissen führten. In der Geschichte Polens hat sich in vollem Umfang der Grundsatz verwirklicht, daß der Staat den Zielen der Gesellschaft zu dienen habe; Preußen hat die Gesellschaft völlig den Interessen des Staates untergeordnet. Die Republik schuf ein — ihrem Jahrhundert vorgreifendes — System von Rechten und Freiheiten des Individuums und einer Gesellschaftsschicht; Preußen führte die Konzentration und Organisation der Kräfte des Staates zur höchsten Vollkommenheit. In Polen hat das üppige Anwachsen des durch die Adelsrepublik verkörperten Individualismus die staatlichen Bande gesprengt; in Preußen hat die Übermacht des in der absoluten Monarchie von Gottes Gnaden verkörperten Staates die Entwicklung des Individuums und der Gesellschaft erschwert und eingeengt. Der Geist der polnischen Geschichte lehrte das Evangelium der Freiheit und der geistigen Unabhängigkeit; die preußische Philosophie verherrlichte die heilbringende Rolle des zur Würde eines metaphysischen Absolutums erhobenen Staates“.⁹

Soviel von Feldmans Auffassung, in der außerwissenschaftliche Argumente einem selbstbewußten Nationalismus untergeordnet wurden. Nach 1945 folgten ihm fast alle führenden Vertreter der älteren Historiker-Generation. Weder die Entstehung der DDR mit ihrer „Versöhnungsdemagogie“, noch die Etablierung des historischen Materialismus an den Hochschulen und in den wissenschaftlichen Instituten als einer offiziellen, vom Staate getragenen Geschichtsideologie konn-

⁹ Józef Feldman, *Polska i Prusy. Próba syntezy*, in: *Przegląd Współczesny* 8 (1924), S. 109–122. Zit. nach: ders., *Polen und Preußen. Versuch einer Bilanz*, in: *Preußen-Deutschland-Polen im Urteil polnischer Historiker. Eine Anthologie*. Bd. 1; *Milennium germano-polonicum*, hrsg. von Lothar Dralle. Berlin 1983, S. 46–47. (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 37.).

te die antideutsche Haltung der Professoren spürbar abschwächen. Ebensovienig Erfolg brachten die Millenniumfeiern in den sechziger Jahren. Schließlich sollte es deren Sinn und Aufgabe sein, eine Brücke zwischen der Vergangenheit und der prosowjetischen Gegenwart zu bauen, für den Auftakt zu einem neuen Jahrtausend zu sorgen, allen voran aber das historische Recht der Volksrepublik auf die westlichen Gebiete zu stärken.¹⁰

Vor diesem Hintergrund war es schon bemerkenswert — und hier komme ich zu der dritten und letzten Vorbemerkung —, wie schnell die wissenschaftliche Diskussion über neuralgische Punkte der deutsch-polnischen Beziehungen in den beiden letzten Jahrzehnten eine ungeheure Intensivierung und Versachlichung in Polen erfahren hat. Es kann ein Beleg dafür sein, daß sich das Milieu nach den Wunden des Krieges und Verletzungen durch den Stalinismus relativ gut erholen konnte. Auch den westdeutschen Historikern fallen daran bedeutende Verdienste zu. Sie begannen allmählich, die Ergebnisse der polnischen Geschichtsforschung zur Kenntnis zu nehmen, wurden immer mehr vertraut mit den polnischen Ängsten und Erwartungen und wußten auf sie immer sensibler zu reagieren. Eine sachliche, wenn auch harte und schwierige Diskussion wurde in Gang gesetzt, auf deren Verlauf die allgemeine politische Lage auf dem europäischen Kontinent gewiß entscheidend einwirkte. So wurden beiderseits mehrere neue Initiativen entwickelt; die Preußen-Welle in den beiden deutschen Staaten,¹¹ der sog. Historikerstreit um den Ort des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges in der deutschen Geschichte,¹² der sich in der Bundesrepublik Deutschland abspielte und der Geschichtsmüdigkeit in ganz Europa ein Ende setzte, die Suche der polnischen Historiker nach weißen bzw. dunklen Flecken in der jüngsten nationalen Vergangenheit, die Diskussion über Totalitarismus und Stalin-Verbrechen, nicht zuletzt die Ergebnisse der Fachkonferenzen der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommis-

¹⁰ Für diese Ausgabe sind insbesondere die Mediävisten „verantwortlich“ gemacht worden.

¹¹ Adam Krzemiński, Prusy, i co dalej? (Preußen und wie weiter?), in: *Polityka* vom 29. 8. 1981, S. 1, 12–13, Die Preußen-Welle wurde in Polen mit Aufmerksamkeit und allgemein kritisch aufgenommen; insbesondere sind die Versuche in der DDR, durch Uminterpretation eine neue Vorgeschichte für den „ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ zu schaffen, als politisch gefährlich, d. h. als revisionistisch, proborussisch, antipolnisch angesehen worden.

¹² Dazu mein Beitrag: Licht- und Schattenseiten einer Kontroverse. Bemerkungen zum sog. Historikerstreit, in: *Neue Politische Literatur* 1988, H. 3, S. 280–295.

sion für Geschichte und Geographie,¹³ und ein immer intensiverer wissenschaftlicher Gedankenaustausch — sie alle boten Anlaß und Gelegenheit, auch über eine Reinterpretation der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen nachzudenken.

Anfang der siebziger Jahre haben zwei polnische Historiker — Gerard Labuda und Jerzy Krasuski¹⁴ — versucht, die umstrittenen Fragen der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen aufzuzählen. Die Liste war groß und umfaßte Probleme, die vom frühen Mittelalter über die Teilungen Polens und die Zeit zwischen den Kriegen bis in die Ära nach 1945 reichten. Es kann nicht meine Aufgabe sein, sie alle hier zu berücksichtigen und ausführlich zu schildern. Ich will lediglich versuchen, an einigen Beispielen die Frage zu beantworten, ob und inwiefern die polnische Geschichtswissenschaft als Resultat moderner Forschung und infolge des deutsch-polnischen Dialogs ihre alten, stark politisierten Vorstellungen geändert hat und wo sich die Geister noch scheiden. Ich beginne mit der Frage nach den staatsrechtlichen Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich vom 10. bis 12. Jahrhundert, wende mich dann dem Problem der mittelalterlichen Ostkolonisation und der damit verbundenen Ideologie des deutschen „Dranges nach Osten“ zu, gehe kurz auf die schlesische Frage und die Auseinandersetzung um den Deutschen Orden ein, nehme den Wandel in der Preußen-Auffassung und der Einschätzung der polnisch-preußischen Beziehungen unter die Lupe und schließe mit einigen Überlegungen zu Perspektiven des deutsch-polnischen historiographischen Dialogs — auch im Blick auf die zeitgeschichtlichen Probleme.

¹³ Siehe unten Anm. 69. Es scheint mir erwähnenswert, daß die Bereitschaft zum Abbau von Feindbildern in den Schulbüchern polnische-seits schon in der Zeit zwischen den Kriegen zum Ausdruck gebracht wurde. Dazu Gerard Labuda, *Das Bild des Deutschen und die deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern*, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht* 14 (1972/73), S. 178–185.

¹⁴ Jerzy Krasuski, *Zamiast wstępu* (wie Anm. 6), S. 13–20; Gerard Labuda, *Umstrittene Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen. Zehn Thesen über Polen und Deutschland bis 1939*, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht* 14 (1972/73), S. 166–173.

II.

1. Wenden wir uns also zunächst den Meinungen über die Anfänge des polnischen Staates zu. Die traditionellen Standpunkte, deren politisches Gewicht nicht zu übersehen war, gingen weit auseinander. Die große Mehrheit der deutschen Historiker ordnete den Eintritt Polens in die abendländische Christenheit in die Verdienstreihe des Deutschen Reiches ein; sie unterstrich die kulturelle und zivilisatorische Überlegenheit der Deutschen und führte den Piastenstaat auf Eroberung durch normannische Germanenstämme zurück.¹⁵ Man wertete auch das Bild von einem „Großreich Polen“ im 10. und 11. Jahrhundert ab, weil man aus dieser Perspektive am besten die Meinung verstehen konnte, die gesamte polnische Entwicklung sei — um mit den Worten Herbert Ludats zu sprechen¹⁶ — „ein unaufhörlicher Rückzug vor dem deutschen ‚Drang nach Osten‘, an dessen Revidierung aus Gründen einer vermeintlichen historischen Gerechtigkeit die polnische Geschichtswissenschaft dachte, wenn sie dieses Bild der Vergangenheit beschwor“. Ludat meinte dabei nicht zu Unrecht, daß es in den Anfängen des polnischen geschichtlichen Lebens „überhaupt keine durchgängige einheitliche deutsch-polnische Problematik gegeben hat, sondern daß sich die beiden Völker in höchst unterschiedlichen, zeitgeschichtlich bedingten Ausprägungen ihres politisch-staatlichen und kulturell-geistigen Lebens begegnet sind“.¹⁷

Demgegenüber betonten die meisten polnischen Historiker — sowohl vor dem Zweiten Weltkrieg wie auch nach 1945,¹⁸ als sie die „piastische Idee“ gerade am Vorabend des Millenniums verwirklicht glaubten —, der frühe Piastenstaat sei ein zeitgemäß souveräner Staat gewesen, der nicht nur von innen heraus entstanden war, sondern auch

¹⁵ Herbert Ludat, *Geschichtswissenschaft als Spiegel des Geschichtsbewußtseins in Polen seit 1945*, in: *Geschichtsbewußtsein in Ostmitteleuropa*, hrsg. von E. Birke und E. Lemberg. Marburg 1961.

¹⁶ Herbert Ludat, *Der polnische Beitrag zu einem europäischen Geschichtsbild*, in: ders. (Hrsg.), *Deutschland und Polen. Wissenschaftliche Konferenz polnischer Historiker über die deutsch-polnischen Beziehungen in der Vergangenheit*. Köln/Graz 1963, S. 8 (Quellenhefte zur Geschichtswissenschaft in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Reihe I: Polen, H. 1).

¹⁷ Herbert Ludat, *Die deutsch-polnischen Beziehungen im Licht ihrer geschichtlichen Voraussetzungen*, in: ders., *Slaven und Deutsche im Mittelalter*. Köln/Wien 1982, S. 120.

¹⁸ Ein Überblick zur polnischen Fachliteratur bei Gerard Labuda, *Początki państwa polskiego w historiografii polskiej i niemieckiej* (Die Anfänge des polnischen Staates in der polnischen und der deutschen Historiographie), in: *Stosunki polsko-niemieckie w historiografii* (wie Anm. 6), S. 150–217.

verstanden hatte, die rechtlichen Beziehungen zum Reich bereits 1002 aus einem Tributärverhältnis in ein Lehnverhältnis umzuwandeln.¹⁹

In den letzten zwanzig Jahren führte ein intensiver Gedankenaustausch zwischen deutschen und polnischen Historikern zur Annäherung der Standpunkte. Nicht nur wurde die Eroberungstheorie allgemein abgelehnt; auch in der Frage der Souveränität konnte ein gewisser Konsens erreicht werden. Die 1976 ausgesprochenen Schulbuchempfehlungen sagen wörtlich, die anfängliche Geschichte Polens sei „im Zuge der allgemeinen europäischen Entwicklung“ zu betrachten.¹⁹ Man einigte sich darauf, daß die lehnsrechtlichen Theorien von den Formen zwischenstaatlicher Beziehungen zwar noch ein Gegenstand weiterer Diskussion sein sollten, stellte aber zugleich fest, daß die „Lehnshuldigungen polnischer Fürsten gegenüber dem Kaiser nicht die Eingliederung Polens oder der Teilfürstentümer in das Deutsche Königreich bedeuteten. Sie waren nur die Anerkennung der kaiserlichen Prärogative.“²⁰ Klaus Zernack sprach schon für beide Seiten, als er darauf hinwies, daß „Polen (nach 966) ein wichtiger Träger der ‚Verwestlichung‘ des außerkarolingischen Europas“ gewesen sei.²¹ Auch wies er mit Recht darauf hin, Polens Anfänge stünden nicht im Gegensatz zu den Trägerkräften des imperialen Königtums der Deutschen. Im Gegenteil: „Die von der modernen Forschung rekonstruierte Kooperation in der Anfangsphase der deutsch-polnischen Beziehungen, in der es um die Teilhabe an einer universalen Reichsidee ging, bot Platz für den Teil (die Nation) wie für das Ganze (die Christenwelt).“²² So bewahrten sich beide Nationen ihre „Imprägierung

¹⁹ Gerard Labuda, *Deutsch-polnische Grenzprobleme im Mittelalter*, in: *Die Rolle Schlesiens und Pommerns in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im Mittelalter*. XII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker in Allenstein (1979), S. 22 ff. (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung, 22/III.).

²⁰ Die Empfehlung Nr. 3, in: *Zalecenia Komisji UNESCO PRL i RFN do spraw podręczników szkolnych w zakresie historii i geografii* (Empfehlungen der Deutsch-Polnischen UNESCO-Schulbuchkommission für Geschichte und Geographie). *Przedmowa*: Władysław Markiewicz. Redaktion: Antoni Czubiński i Zbigniew Kulak. Poznań 1986, S. 16-17.

²¹ Dazu Jerzy Strzelczyk, *Średniowieczna Brandenburgia*. *Przegląd nowszych publikacji* (Das mittelalterliche Brandenburg. Ein Überblick der neueren Publikationen), in: *Studia Historica Slavo-Germanica* Bd. 10 (1981), S. 159-198. Vgl. auch Klaus Zernack, *Brandenburg und Polen im Mittelalter*, in: ders., *Preußen — Deutschland — Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen*, hrsg. von Wolfram Fischer und Michael G. Müller. Berlin 1991, S. 174 (*Historische Forschungen*. 44.).

²² Klaus Zernack, *Preußens Ende und die ostdeutsche Geschichte*, in: ders., *Preußen — Deutschland — Polen* (wie Anmerkung 21), S. 68.

aus ihren Anfängen als regna. Im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit waren die ständisch geformten politischen Nationen der großen Reichsrepubliken Deutschland und Polen starke Kontinuitätsträger alteuropäischer Nationsvorstellungen.“

2. Wenden wir uns nun den kontroversen Fragen der mittelalterlichen Ostkolonisation und des sog. deutschen „Dranges nach Osten“ zu. Auch auf diesem Gebiet kann man von einem „konstruktiven“ Wandel der polnischen Auffassung sprechen. Noch in den ersten Nachkriegsjahren verband die polnische Geschichtsschreibung die deutsche Ostsiedlung organisch mit dem „Drang nach Osten“. Mit diesem politisch und nationalistisch geprägten Begriff mystifizierte sie dabei die deutsche Ostexpansion zu einem fast das Jahrtausend füllenden Phänomen, das aus aggressiven, biologischen, antipolnischen und antislawischen Eigenschaften der „germanischen Rasse“ oder des deutschen Volkes entsprungen sei. Allmählich setzte sich infolge harter und anhaltender Auseinandersetzung mit den deutschen Historikern eine komplexere Auffassung durch, die die Frage der mittelalterlichen Kolonisation nicht mehr als Problem eines verhängnisvollen deutschen „Dranges nach Osten“ sah, sondern vielmehr als Ausdruck „ethnisch-demographischer“ Wandlungen im deutsch-polnischen Grenzraum betrachtete, ja als eine Frage des „kulturellen Ausgleichs in Akkulturationsvorgängen, die ganz Europa im Hochmittelalter erfaßt haben“.²³ Man neigte dazu, die komplizierten Probleme der Kolonisation und ihrer Auswirkungen in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Doch kam ein Wandel der historiographischen Auffassung nicht leicht und nicht sofort. Bei Gerard Labuda, der sich 1972/73 programmatisch dazu geäußert hat, sind noch Elemente einer gewissen Kompromißauffassung deutlich, die zwar bereits die Kompliziertheit des „Phänomens Kolonisation“ deutlich hervorhebt, es aber nicht vom Topos des deutschen „Dranges nach Osten“ abkoppelt.²⁴ Labuda betonte in erster Linie die wirtschaftlich-demographischen und rechtlichen Implikationen. Er schrieb: „Das Dorf und die Stadt sind als Wirtschaftsform in Polen älter als die auf der Grundlage des deutschen Rechts angelegten Städte und Dörfer. Die Städte und Dörfer mit deutschem Recht stellen bloß eine höhere und mehr entwickelte Or-

²³ Klaus Zernack, Das Preußenproblem in der Geschichte Polens, in: Preußen — Deutschland — Polen (wie Anm. 21), S. 61.

²⁴ Gerard Labuda, Umstrittene Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen. Zehn Thesen über Polen und Deutschland bis 1939, in: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht, Bd. 14 (1972/73), S. 167.

ganisationsform der dörflichen und städtischen Selbstverwaltung dar; sie bilden jedoch keine neue Erscheinung im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben Polens. Außerdem sind Stadt und Dorf mit deutschem Recht nicht identisch mit der Niederlassung von Deutschen. Von Anfang an nahm das polnische Element aktiven Anteil an der durch die Kolonisation mit dem deutschen Recht entstandenen Wirtschaftsform. Schon gegen Ende des 15. Jahrhunderts und am Anfang des 16. Jahrhunderts erlag die deutsche Bevölkerung in den Grenzen des sog. Königreichs Polen der Polonisierung; sie behauptete und vergrößerte sich allein in Schlesien und in Westpommern. Sie hat einen gewichtigen und positiven Einfluß auf die Entwicklung des Landes ausgeübt; sie wirkte jedoch keineswegs in einem zivilisatorischen und kulturellen Vakuum, sondern wurde durch den Anteil der angesessenen Bevölkerung unterstützt.²⁵

Man kann diese These Labudas gar nicht hoch genug einschätzen, obwohl sie nur einen der wichtigen Aspekte des ganzen Problemkomplexes erfaßte. Sie wurde dann auch in die Empfehlungen der Schulbuchkommission mit nur wenigen Akzentverschiebungen übernommen. Die Änderungen waren vorsichtig formuliert, sorgten für politische Distanzierung und verletzten damit den traditionellen polnischen Standpunkt vom organischen Zusammenhang der Ostsiedlung mit dem Stereotyp von einem permanenten deutschen „Drang nach Osten“ nicht. Dieses Verdienst haben erst die Forschungsergebnisse Benedykt Zientaras.²⁶

Zientara teilte die Meinung Labudas, die deutsche Ostkolonisation im Mittelalter habe sich von allen anderen dadurch unterschieden, daß sie „nicht nur eine territorial-politische, sondern auch eine demographische Expansion war“ (Labuda). „Aber die Wanderung der deutschen Bauern und Handwerker“, so fährt Zientara fort, „ist ja deut-

²⁵ Ebenda, S. 168.

²⁶ Benedykt Zientara, Zum Problem des geschichtlichen Terminus „Drang nach Osten“, in: Preußen — Deutschland — Polen im Urteil polnischer Historiker (wie Anm. 9), S. 171–181, zuerst erschienen 1974 in der Festschrift für Marian Matowist: Społeczeństwo — gospodarka — kultura (Gesellschaft — Wirtschaft — Kultur). Warszawa 1974. Vgl. auch Adrienne Körmندی, Wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen Ungarns mit den benachbarten Ländern auf der Grundlage der Ostsiedlungsbewegung in Ostmitteleuropa im 13. und 14. Jahrhundert. Typoskript, Warszawa 1983. Neuerdings dazu Jerzy Piskorski, Kolonizacja średniowieczna na tle porównawczym (Die mittelalterliche Kolonisation im internationalen Vergleich). Poznań 1991. Beide Monographien bestätigen die These Zientaras von gesamteuropäischen Zusammenhängen der mittelalterlichen deutschen Ostkolonisation.

lich die demographische Expansion, die Labuda aus dem Bereich des Begriffes ‚Drang nach Osten‘ herausgenommen hat.“ Darüber hinaus bezweifelte Zientara, „ob man die Rolle der friedlichen und kreativen Expansion der deutschen Bauern und Handwerker“ und — was zuvor überhaupt bestritten worden war — Kaufleute „strikt von der Rolle höherrangiger Schichten der feudalen Gesellschaft innerhalb der deutschen Expansion trennen kann. Ohne die Masseneinwanderung deutscher Bauern und Handwerker wäre die Veränderung des ethnischen Charakters weiter Gebiete östlich der Elbe und Saale nicht möglich gewesen. Die alleinige Zugehörigkeit slavischer und baltischer Gebiete zu deutschen politischen Organismen veränderte deren ethnischen Charakter dort nicht, wo ein Massenzustrom deutscher Bauern ausblieb...“. „Die deutsche Ostexpansion im Mittelalter“ müsse „also in ihrer ganzen Kompliziertheit betrachtet werden“. Nach Zientaras Meinung „gab es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der bäuerlichen Siedlung und der expansiven Politik der Territorialherren des östlichen Deutschlands; doch auch jene Politik sollte man im Kontext des mittelalterlichen und besonders des deutschen politischen Denkens untersuchen.“ „Die Expansion deutscher Fürsten in die slavischen Gebiete im Mittelalter“ unterliegt nach Zientara „keinem Zweifel. Sie war jedoch keineswegs Teil einer geplanten oder instinktiven Aggression des deutschen Elements. Man sollte sie eher unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Erscheinung von Expansionen der Staatsorganismen nach außen betrachten. Derartige Expansionen vollziehen sich natürlich in Richtung auf die gerade schwächsten Nachbarn...“ Dehnt man also — um weiterhin mit Zientara zu sprechen — „den Begriff ‚Drang nach Osten‘“ auf „den polnischen ‚Drang nach dem Osten“ aus, „würde es schwierig werden, den in bezug auf Deutschland geprägten Terminus aufrechtzuerhalten. Läßt man ihn dagegen ausschließlich als eine Bezeichnung für die deutsche Expansion gelten, stellt sich automatisch der Beigeschmack einer Verbindung dieses Prozesses mit dem nationalen Charakter der Deutschen ein — und gerade dies möchten wir doch vermeiden.“ Zientara meinte, man solle für das Mittelalter „besser von einer deutschen Expansion sprechen“ und sie genauer „definieren“. Die politische Ostexpansion werde dann „in gewissem Sinn das Pendant der Südexpansion (nach Italien), und die wirtschaftliche Expansion nach dem Osten findet wiederum ihr Gegenstück in derjenigen in nördliche Richtung. Andererseits sollte die politische Expansion Deutschlands nach Osten genauer bestimmt werden. Man kann die Expansion des Kaiserreichs im

10. bis 13. Jahrhundert und z. B. die Expansion der Kreuzritter oder des brandenburgischen Staates, denen gänzlich unterschiedliche Ziele vorschwebten, nicht miteinander verbinden. Auch die spätere Expansion des brandenburgisch-preußischen Hohenzollernstaates — und schon gar nicht die der kosmopolitischen, multinationalen Habsburgermonarchie (...) läßt sich eindeutig nicht mit diesen Erscheinungen verknüpfen. Erst die Entwicklung des deutschen Nationalismus im 19. Jahrhundert (...) eröffnete eine neue Expansionsphase nach Osten, deren Schlagwort der Begriff ‚Drang nach Osten‘ wurde. Dieses Schlagwort wurde für die Ziele der aktuellen preußisch-deutschen Politik, für Erinnerungen an alle Etappen und Arten der mittelalterlichen deutschen Expansion in dieser Richtung und sogar für die Wanderungen der ostgermanischen Völker — die mit den späteren Deutschen nicht viel gemeinsam hatten — herangezogen.“

Diese Stellungnahme des 1983 verstorbenen führenden polnischen Historikers verdient große Aufmerksamkeit als Beleg für den Erfolg der deutsch-polnischen geschichtswissenschaftlichen Zusammenarbeit. Er hat viel dazu beigetragen, daß heute in Polen die Fremdkolonisation als ein „konstruktiver Faktor“ im „hochmittelalterlichen Kulturvorgang“ erfaßt wird.

3. Ich gehe zur „schlesischen Frage“ als Gegenstand polnischer Geschichtsforschung über. Auch auf diesem Gebiet vollzog sich ein Wandel in der wissenschaftlichen Auffassung, obwohl die Frage immer die gleiche blieb: Wann trennte sich Schlesien von dem piastischen Polen? Die Meinungen gingen anfänglich weit auseinander, wozu verständlicherweise die Westverschiebung der polnischen Grenze 1945 wesentlich beigetragen hat: Sie begünstigte die Annahme möglichst später Germanisierung dieses „Zwischenlandes“ im Mittelalter. Will man die Thesen älterer polnischer Historiker auf einen Nenner bringen, bieten sich hier am besten die Äußerungen von Franciszek Bujak an, der 1945 darauf bestand, sowohl Heinrich der Bärtige wie sein Sohn und sein Enkel Heinrich III. seien „polnisch denkende und regierende Piasten“ gewesen.²⁷ „Als fortschrittliche Herrscher unterstützten sie die Kolonisation nicht aus Leichtsinn oder Vorliebe für das Deutschtum, sondern weil sie sich der Gefahr nicht bewußt waren, die sie dadurch für das Polentum heraufbeschworen. Ein leichtsinniger und schädlicher Verschwender war erst Boleslaw der Kahle, genannt

²⁷ Franciszek Bujak, *Allgemeiner Abriss der Geschichte der deutschen Siedlung in den Westgebieten Polens*, in: *Preußen — Deutschland — Polen im Urteil polnischer Historiker* (wie Anm. 9), S. 105–135. Die polnische Erstfassung erschien 1945.

auch „Rogatka“, der viele Güter an deutsche Ritter bzw. Geistliche verkaufte oder verschenkte (...).“ Im Verlaufe des 14. Jahrhunderts hätte sich das Deutschtum in Schlesien zweifellos ausgebreitet, doch das Polentum sei erhalten geblieben und hätte im Kampfe gegen die Germanisierungsversuche eine große Vitalität gezeigt. Erst nach dem Überwecheln Schlesiens unter die Herrschaft der Habsburger hätte die Germanisierung größere Fortschritte zu machen begonnen.

Diese Version war aufgrund der neueren Forschung nicht mehr zu halten. Bereits in den Schulbuchempfehlungen von 1976 wurde man einig, „die Trennung Schlesiens von der polnischen politischen Gemeinschaft“ sei „auf die Jahre 1325–1348“ zu datieren und zwar „im Zusammenhang mit dem Übergang der schlesischen Teilfürstentümer in den Hoheitsbereich der Könige von Böhmen“.²⁸ Anfang der achtziger Jahre setzte sich Benedykt Zientara während einer der Fachkonferenzen der Schulbuchkommission für eine vorsichtiger Deutung ein, indem er der Ansicht Ausdruck gab, die Existenz einer beträchtlichen Menge fremdsprachiger Bevölkerung, darunter zahlreicher Deutscher, auf polnischem Gebiet habe weder die Entwicklung der Macht des polnischen Staates gestört noch die der polnischen Kultur, welche echt geblieben sei, obwohl sie zahlreiche fremde Elemente in sich aufgenommen habe. Gleichzeitig warnte Zientara, „daß man die Geschichte Schlesiens im 12. und 13. Jahrhundert nicht aus der Perspektive dessen, was im 14. Jahrhundert oder dessen, was im 20. Jahrhundert geschehen ist, untersuchen darf“.²⁹ Während derselben Fachkonferenz versuchte Roman Heck, der über die Verbindung Schlesiens mit Polen im 14. und 15. Jahrhundert sprach,³⁰ eine Brücke zwischen dem neuen Forschungsstand und der traditionellen Geschichtsauffassung zu schlagen. Er faßte seine Überlegungen folgendermaßen zusammen: „1. Obwohl Schlesien außerhalb der Grenzen des im 14. Jahrhundert vereinigten Königreichs Polen blieb, besaß es weiterhin verschiedenartige Verbindungen mit Polen: ethnische Verbundenheit, Familienbindungen polnischer und deutscher Schlesier verschiedener Stände mit den Bürgern des Königreichs Polen, Handel und wirtschaftliche Beziehungen, Wissenschaft, Kultur und Kunst. 2. Diese Verbindungen begünstigten die Erhaltung der Tradition,

²⁸ Zalecenia (Empfehlungen) (wie Anm. 20), S. 18–19.

²⁹ Benedykt Zientara, Schlesien im Piastenstaat bis zur Wende des 13. Jahrhunderts, in: Die Rolle Schlesiens und Pommerns (wie Anm. 19), S. 44 ff.

³⁰ Roman Heck, Die Verbindung Schlesiens mit Polen im 14. und 15. Jahrhundert, in: Die Rolle Schlesiens und Pommerns (wie Anm. 19), S. 87–88.

Schlesien als einen Teil Polens zu betrachten, trotz seiner politischen Zugehörigkeit zu der Böhmisches Krone und trotz einer in nationaler Hinsicht gemischten Bevölkerung. 3. Jene Verbindungen und die Traditionen bildeten eine ideologische und politische Voraussetzung für die Pläne Polens, Schlesien wiederzugewinnen, und für die politischen Bemühungen des Königreichs Polen, die mit diesen Plänen verbunden waren. 4. Im Laufe ... (des 14. und 15. Jahrhunderts) kann eine allmähliche Abschwächung polnisch-schlesischer politischer Kontakte beobachtet werden, bei gleichzeitiger Verstärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Bande. 5. Die Verbindungen aus jener Zeit waren dem Überdauern des polnischen Wesens und der polnischen kulturellen Tradition in den späteren Zeiten förderlich, als die Reformation, die Habsburger und dann preußische Regierungen die Germanisierungsprozesse in Schlesien beschleunigten. 6. Die Einwirkung der Verbindungen mit Polen auf Schlesien war von der gleichzeitigen Einwirkung der ebenfalls starken und intensiven böhmischen und deutschen Einflüsse abhängig. Das gegenseitige Verhältnis dieser Einwirkungen war jedoch weder einfach noch eindeutig. Die böhmischen politischen Einflüsse hatten im wesentlichen zum Gemeinschaftsbruch Schlesiens mit Polen beigetragen und über Schlesiens Schicksal für einige Jahrhunderte entschieden. Andererseits wurde durch die böhmischen Kultureinflüsse insbesondere nach den hussitischen Kriegen, dank einer breiten Einführung der mit dem Polnischen verwandten tschechischen Schriftsprache in Oberschlesien, das Polentum gestärkt. Die deutschen Zivilisationseinflüsse auf Produktion und Handel und die kulturellen Einflüsse germanisierten zwar Schlesien, zugleich aber schufen sie eine Brücke für die wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen mit den Städten anderer polnischer Länder: Krakau, Posen, Danzig und Thorn.“ Ich glaube nicht, daß mit diesen Feststellungen die schlesische Frage im Mittelalter und an der Schwelle der Neuzeit allseitig und endgültig geklärt worden ist; vor allem müßten nationalgeschichtliche Aspekte in der Forschung durch sozialgeschichtliche ergänzt und erweitert werden.³¹

4. Dies betrifft übrigens auch den Themenbereich „Deutscher Or-

³¹ Dazu siehe die Zusammenfassung von Jörg K. Hoensch auf der Schlesien-Fachkonferenz der Schulbuchkommission im Jahre 1982, in: Schlesien und Pommern in den deutsch-polnischen Beziehungen von 16. bis 18. Jahrhundert. XIV. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker in Zamość (1981). Braunschweig 1982, S. 170 (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung, 22/V.).

den“, dessen herausragende Rolle in der Geschichte Nordosteuropas und insbesondere in der deutsch-polnischen Beziehungen, trotz großer Meinungsunterschiede in beiden Historiographien, eigentlich nie in Zweifel gezogen wurde. Der knappe Satz aus den Schulbuchempfehlungen, in dem es heißt: „in den polnischen Schulbüchern werden vor allem die säkular-staatliche und militärisch-expansive Rolle des Deutschen Ordens hervorgehoben, in den westdeutschen — seine zivilisatorische und missionarische Aufgabe betont“, spiegelt nur zum Teil das Ausmaß der historiographischen Auseinandersetzungen wider. Für die polnischen Historiker war immer die Hauptfrage, ob der Deutsche Orden — wie die deutsche Fachliteratur ihn nannte, während er in der polnischen paradoxerweise als „Kreuzritterorden“ bezeichnet wurde — als Symbol bzw. Synonym des Deutschtums zu betrachten sei? Im Prinzip wurde die Frage bejaht. Bereits Karol Szajnocha hielt ihn für „Beispiel und Verkörperung des deutschen ‚Dranges nach Osten‘“;³² Adam Szelągowski sah in ihm die „Quintessenz“ des deutschen Wesens“.³³ Józef Feldman machte ihn für alle Tiefpunkte der polnischen Geschichte „verantwortlich“.³⁴ Oft betrachtete man den Orden als eine Art Fürsorgeinstitution, die dem verarmten deutschen Rittertum helfen sollte, aus der Not herauszukommen.³⁵ Ende der siebziger Jahre glaubte Wolfgang Wippermann behaupten zu dürfen, daß der polnische Standpunkt als außerwissenschaftlich angesehen werden mußte, weil er sich zu einer Ideologie mit antideutschen Kennzeichen abstempeln ließe und weil die gegenwartspolitischen Probleme in das Mittelalter projiziert würden.³⁶ Sind aber die polnischen Denkfiguren nicht gerade als Reaktion auf die deutsche Ordensgeschichte-Renaissance nach 1871, dann nach 1918 und 1933

³² Karol Szajnocha, *Jadwiga i Jagiełło 1374–1412. Opowiadania historyczne* (Jadwiga und Jagiełło 1374–1412. Historische Erzählungen); Gerard Labuda, *The Analysis of the „Drang nach Osten“*, in: *Polish Western Affairs*, 6 (1964), S. 240.

³³ Adam Szelągowski, *Deutschland, Österreich und die polnische Frage*. Warszawa 1915; zit. nach: ders., *Die Politik Preußens und das Anwachsen der Hegemonie Deutschlands in Mitteleuropa*, in: *Preußen — Deutschland — Polen im Urteil polnischer Historiker* (wie Anm. 9), S. 31.

³⁴ Józef Feldman, *Polen und Preußen* (wie Anm. 9), S. 45–60.

³⁵ Jerzy Powierski, *Struktura etniczna społeczeństwa Prus Krzyżackich w XIII–XVI w.* (Ethnische Struktur der Gesellschaft des Deutschordenslandes Preußens im 13. bis 16. Jahrhundert), in: *Zakon Krzyżacki a Polska w średniowieczu*. IV. Konferencja Wspólnej Komisji Podręcznikowej PRL — RFN historyków w Warszawie (1973). Poznań 1987, S. 63–64.

³⁶ Wolfgang Wippermann, *Der Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des Deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik*. Berlin 1979 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. 24.).

zurückzuführen? Als eine Antwort auf die These, der Deutsche Orden habe die deutsche Kultur nach Osten getragen — als Schrittmacher der Politik der späteren Hohenzollernmonarchie? Als Widerspruch zu der Behauptung, die mittelalterliche Taufe sei nicht die Vollendung des Christianisierungsprozesses gewesen, sondern lediglich dessen Anfang? Denn die polnischen Historiker betonten immer wieder, der Ordensstaat habe bereits im 14. Jahrhundert aufgehört, ein Missionssubjekt zu sein, und habe seine Herrschaft im Preußenland und auf polnischem Gebiet infolge seiner aggressiven, durchaus ungerechten und hinterlistigen Politik gefestigt.³⁷ Was der polnischen Geschichtsschreibung immer Anlaß zur Kritik gab, war die Besetzung Pommerellens in den Jahren 1308–1309. Die Polemik zwischen Marian Biskup und Wolfgang Wippermann bestätigte die Mehrzahl der Meinungsunterschiede zwischen den Historikern beider Länder; noch sprach jede Seite für sich.³⁸

Allmählich begann dann doch ein Teil der Unterschiede zu verblasen, als neue wissenschaftliche Initiativen sich geltend machten und neue Themen in Angriff genommen wurden. Natürlich blieb das negative Bild der Geschichte des Deutschen Ordens erhalten, doch die Negativität schränkte sich langsam auf die Zeit zwischen 1308 und 1466 ein.³⁹ Sonst wurde immer häufiger auch von „konstruktiven Ansätzen“ des Ordens gesprochen und geschrieben. Von Bedeutung war, daß man auch in der Bundesrepublik Deutschland anfang, sich mit dem Orden als einer geistlichen Korporation und mit seinem Besitz außerhalb Preußens zu befassen. Auch die Forschungsergebnisse der Historiker um Manfred Hellmann über Abstammung und gesellschaftliche Struktur des Ordens wurden von der polnischen Geschichtswissenschaft im Prinzip akzeptiert und weiterentwickelt.⁴⁰ Sie bestreitet

³⁷ So Marian Biskup in seiner Rezension von Wippermanns Buch in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 31 (1983), S. 119–129.

³⁸ S. Wippermanns Antwort: *Deutsche u. polnische Ideologie des Ordensstaates im Widerstreit. Eine Entgegnung auf Marian Biskup*, a. a. O., S. 129–135.

³⁹ So Marian Biskup (wie Anm. 37), der allerdings aus den noch bestehenden Interpretationsunterschieden keinen Hehl macht.

⁴⁰ Vgl. Manfred Hellmann, *Bemerkungen zur personengeschichtlichen Erforschung des Deutschen Ordens*, in: *Historisches Jahrbuch* 80 (1961), S. 126–142; ders., *Über die Grundlagen und Entstehung des Ordensstaates in Preußen*, in: *Nachrichten der Gießener Hochschulgesellschaft* 31 (1962), S. 111 ff; ders., *Karl IV. und der Deutsche Orden in den Jahren 1346–1360*, in: *Folia Diplomatica I*, Brno 1971; ders., *Die Stellung des livländischen Ordenszweiges zur Gesamtpolitik des Deutschen Ordens vom 13. bis zum 16. Jahrhundert*, in: *Festschrift für M. Tumlner*, Bonn-Bad Godesberg 1977; ders., *Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa im Mittelalter. Gesammelte Aufsätze*. Amsterdam 1988.

auch die verfassungspolitischen und geistig-kulturellen Errungenschaften des Ordens nicht mehr. Karol Górski, Marian Małowist, Jerzy Powierski, Janusz Małek und andere haben wesentlich zur Klärung der sozialökonomischen Struktur des Ordenslandes beigetragen.⁴¹ Man wurde sich darüber einig, daß die Ordensgeschichte nicht nur hinsichtlich seiner Ostpolitik erforscht werden dürfe. Eine weitgehende Entideologisierung der Ordensgeschichte bietet die wegweisende Synthese, die Mitte der achtziger Jahre aus der Feder zweier führender polnischer Historiker — Marian Biskup und Gerard Labuda⁴² — erschien. Sie hob die bedeutende Teilnahme des preußischen (bis 1309) und des slawischen Elements (besonders nach 1309) im Aufbau der ökonomischen Grundlagen für die Territorialgewalt des Ordens hervor; erst in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurde das deutsche Element in den Städten und Dörfern stärker. Die Autoren machen deutlich, daß die politische Struktur des Ordensstaates der einheimischen Bevölkerung „von oben“ aufgezwungen wurde. Sie wurde mit entscheidender Hilfe des deutschen Rittertums, das sich aktiv an der politischen Expansion des Ordens beteiligte, errichtet. Biskup und Labuda wiesen darauf hin, daß die im 14. und 15. Jahrhundert fortschreitende Germanisierung Preußens (einschließlich des Kulmer Landes und des Danziger Pommerellens) zum großen Teil durch die vom Staat organisierte Entnationalisierung der einheimischen Bevölkerung erreicht wurde. Schließlich stellten sie fest, daß trotz deutlicher Integrationstendenzen letztendlich gerade die Desintegrationsideen die Oberhand gewannen, die dann Mitte des 15. Jahrhunderts den Zerfall des Ordensstaates verursacht haben. Der Dreizehnjährige Krieg beschleunigte den Prozeß nur.

Trotz aller Errungenschaften in der Forschung und trotz sichtbarer Annäherung der Standpunkte auf mehreren Gebieten läßt sich in bei-

⁴¹ Zu erwähnen sind einige grundlegende Studien: Karol Górski, *L'Ordine teutonico. Alle origini dello stato prussiano*. Torino 1971; Marian Biskup, *Trzynastoletnia wojna z Zakonem Krzyżackim 1454-1466* (Der 13jährige Krieg gegen den Deutschen Orden 1454-1466), Warszawa 1966; ders., *Preußen und Polen. Grundlinien und Reflexionen*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 31 (1983), S. 1-27; Marian Małowist, *The Economic and Social Development of the Baltic Countries*, in: *The Economic History Review. Sec. Series*, 12 (1959), S. 117-189; Henryk Samsonowicz, *Recherches polonaises sur l'histoire de la Baltique au déclin du moyen âge (XIV^e-XV^e siècle)*, in: *Acta Poloniae Historica* 23 (1971), S. 150-161.

⁴² Marian Biskup, Gerard Labuda, *Dzieje Zakonu Krzyżackiego w Prusach. Gospodarka — społeczeństwo — państwo — ideologia* (Die Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen. Wirtschaft — Gesellschaft — Staat — Ideologie). Gdańsk 1986.

den Historiographien die wichtige These, der Ordensstaat markiere den Beginn einer Kontinuitätslinie, die über Preußen und das deutsche Kaiserreich zum Nationalsozialismus führe, nicht einfach mit einer bloßen Handbewegung vom Tisch schieben.⁴³ Sie begann zu verblasen, weil sie in ihrem ideologischen Sinn erkannt wurde, dennoch übte sie gerade auf die polnische Preußenauffassung, die ja mitbestimmend, wenn nicht gar entscheidend für das Deutschlandbild der Polen ist, einen starken Einfluß aus. Wir wollen kurz darauf eingehen.

III.

Wenn man daran erinnert, daß die deutsch-polnischen Beziehungen bis ins 20. Jahrhundert hinein weitgehend von der Nachwirkung preußischer Politik bestimmt waren, dann kann es kaum wundern, daß Preußenvorstellungen im historisch-politischen Bewußtsein der Polen stets ihren festen Platz hatten. Auch als den Erwartungen von 1830 die Ernüchterung von 1848 folgte und dann — nach 1871 — die Zeit der organischen Arbeit und einer gewissen Resignation begann, hielt die polnische Bevölkerung an dem Ziel fest, den alten unabhängigen Staat von 1772 wiederherzustellen. Die preußische Tradition einer „negativen Polenpolitik“ ist im Kaiserreich nicht nur nicht unterbrochen, sondern eher noch potenziert worden.⁴⁴ Andreas Lawaty schreibt in seiner grundlegenden Studie über die negative Preußen-Sicht der Polen mit Recht: „Der preußische Weg zum deutschen Nationalstaat und die aus preußischen Wurzeln erwachsende Polenpolitik des Kaiserreiches haben (...) bewirkt, daß das Bewußtsein für eine negative Sonderrolle Preußens in Polen auch dann nicht gänzlich verloren ging, als der sich verschärfende Konflikt zwischen beiden Nationen jegliche Differenzierung des polnischen Deutschlandbildes zu verwischen

⁴³ Dazu grundlegend Marian Biskup, *Rola Zakonu Krzyżackiego w wiekach XIII-XVI* (Die Rolle des Deutschen Ordens vom 13. bis zum 16. Jahrhundert), in: *Stosunki polsko-niemieckie w historiografii* (wie Anm. 6), S. 327-361; ders. in seinem neuesten gemeinsam mit Gerard Labuda verfaßten Werk „*Dzieje Zakonu*“ (wie Anm. 42), S. 540-553. Vgl. auch: *Der Deutschordensstaat Preußen in der polnischen Geschichtsschreibung der Gegenwart*, hrsg. von Udo Arnold und Marian Biskup. Marburg 1982.

⁴⁴ Vgl. Klaus Zernack, *Negative Polenpolitik als Grundlage deutsch-russischer Diplomatie in der Mächtepolitik des 18. Jahrhunderts*, in: *Rußland und Deutschland. Festschrift für Georg von Rauch*. Stuttgart 1974, S. 144 ff.

drohte.⁴⁵ Sowohl die polnischen Politiker wie auch die Literaten und allen voran gerade die Historiker waren sich darüber einig, daß die „Verpreußung“ Deutschlands infolge der Reichsgründung der eigentliche Kern des polnischen Unglücks sei. Man soll daran erinnern, daß z. B. Roman Dmowski auf der Versailler Friedenskonferenz den Anschluß Deutsch-Österreichs befürwortete, weil er davon das Ende der preußischen Vorherrschaft in Deutschland und damit auch der preußisch-deutschen Gefahr für Polen erhoffte.⁴⁶ Der Nobelpreisträger Henryk Sienkiewicz äußerte 1901 in der Zeitschrift *Czas*, „seit Friedrich II. und noch früheren Zeiten“ habe sich die preußische Politik aus Gewalt, Verbrechen, Hinterlist und Lüge zusammengesetzt.⁴⁷ Und polnische Historiker haben — als „Gegenstück“ zu dem negativen Polenbild der borussischen Schule⁴⁸ — viel dazu beigetragen, die negative Rolle Preußens nicht nur in der polnischen, sondern auch in der deutschen Geschichte zu entlarven. Dies hinderte sie nicht daran, gleichzeitig — wie kürzlich Gerard Labuda hervorgehoben hat⁴⁹ — die slawische und baltische Herkunft der preußischen Territorialbasis stärker ins Bewußtsein zu rufen, eben weil man die preußi-

⁴⁵ Andreas Lawaty, *Das Ende Preußens in polnischer Sicht. Zur Kontinuität negativer Wirkungen der preußischen Geschichte auf die deutsch-polnischen Beziehungen*. Berlin 1986, S. 15 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. 63.).

⁴⁶ Kurt Georg Hausmann, *Die politischen Ideen Roman Dmowskis. Ein Beitrag zur Geschichte des Nationalismus in Ostmitteleuropa vor dem Ersten Weltkrieg*. Typoskript, Kiel 1968, S. 33. Polnischer Überblick bei Roman Wapiński, *Roman Dmowski*, Warszawa 1989, passim. Vgl. auch Andreas Lawaty, *Das Ende Preußens* (wie Anm. 45), S. 58. Dmowski hat auch die Machtübernahme Hitlers 1933 begrüßt in der irrigen Meinung, Hitler als Österreicher werde es verstehen, die Preußen gut im Griff zu halten. Vgl. Henryk Olszewski, *Der Nationalsozialismus im Urteil der politischen Kräfte Polens 1919–1939*, in: *Das Unrechtsregime 1933–1945*. Festschrift für Werner Jochmann, hrsg. von Ursula Büttner. Hamburg 1986, Bd. 1, S. 545 f.

⁴⁷ Henryk Sienkiewicz, *O gwałtach pruskich* (Über preußische Gewalttaten), in: *Czas* vom 22. 10. 1901. Zit. nach H. Sienkiewicz, *Dzieła*, Bd. 53: *Uzupełnienia* (Ergänzungen), I, Warszawa 1952, S. 125.

⁴⁸ Dazu Henryk Olszewski, *Nauka historii w upadku. Studium o historiografii i ideologii historycznej w imperialistycznych Niemczech* (Geschichtswissenschaft in der Krise. Eine Studie über Geschichtsschreibung und Geschichtsideologie im imperialistischen Deutschland). Warszawa/Poznań 1982; Marian Biskup, *Preußen und Polen* (wie Anm. 41); *Dzieje Brandenburgii i Prus w historiografii polskiej* (Brandenburgisch-preußische Geschichte in der polnischen Historiographie), pod red. Bogdana Wachowiaka. Warszawa 1989.

⁴⁹ 1971 hat Gerard Labuda den Stand der Preußen-Forschung in Polen besprochen und wichtige Ansätze zu deren Überprüfung gegeben: Gerard Labuda, *Die Revision der Geschichte Preußens. Wissenschaftliche Errungenschaften und Forschungspläne*, in: *Preußen — Deutschland — Polen* (wie Anm. 9), S. 151–170.

sche Geschichte stets in einer tausendjährigen Dimension gesehen hat.

Angesichts der „negativen Polenpolitik“ der Weimarer Republik haben auch der Zusammenbruch der Hohenzollernmonarchie und die Lösung der polnischen Frage 1918 nicht zu einer qualitativen Wandlung des Preußenbildes der Polen geführt. Die Verabsolutierung des pejorativen Preußen-Begriffs wurde während der geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung um die Thesen des von Albert Brackmann herausgegebenen Sammelbandes „Deutschland und Polen“ und in den Reaktionen auf die nationalsozialistische Machtübernahme deutlich.⁵⁰ Die NS-Zeit in Deutschland führte zu einer akuten Einengung des Spielraumes für ein differenziertes Deutschland-Bild in Polen,⁵¹ noch bevor der Zweite Weltkrieg die Katastrophe der deutsch-polnischen Beziehungen brachte. Noch während der Okkupationszeit wurde der Topos vom „bösen“ Hitleristen und vom „guten“ Deutschen zerstört: „Es gibt keine Diskrepanz zwischen Hitler und der großen Mehrheit der deutschen Nation (...). Nicht der Hitlerist, sondern der Preußen-Deutsche ist der tödliche Feind der Polen. Aber ein Preuße, das ist heute leider jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau“.⁵² „Die alte deutsche Nation“ — bekommt man an einer anderen Stelle zu lesen —, „die Nation Beethovens und Goethes lebt nicht mehr“.⁵³ In den Augen vieler war der Zweite Weltkrieg ein durchaus „preußischer Krieg“, der — nach preußischer Art — die Polen erst ruinieren und dann ausrotten sollte.

Das Jahr 1945 ließ sich also einerseits als ein weiteres Kettenglied in den deutsch-polnischen Beziehungen ansehen, andererseits brachte es Vorzeichen für einen Wandel in der Preußen-Auffassung. Verständlicherweise stellten sich der Nationalsozialismus und sein Terror-Regime aus polnischer Sicht als Ergebnisse der deutschen Geschichte dar. Der Weg schien von Preußen über Preußen-Deutschland bis zum Dritten Reich geradlinig verlaufen zu sein. Der Begriff „Preußen“ verkörperte alle negativen Erfahrungen der deutsch-polnischen Beziehungen seit ihren Anfängen. Denn das moderne Preußen — vom 17.

⁵⁰ Albert Brackmann (Hrsg.), *Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen*, Berlin 1933.

⁵¹ Vgl. Stosunki polsko-niemieckie w historiografii (Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Historiographie), hrsg. von Jerzy Krasuski, Gerard Labuda, Antoni W. Walczak. 3 Bde., Poznań 1974, 1987 und 1991.

⁵² Zit. nach Tomasz Szarota, Niemcy w oczach Polaka podczas drugiej wojny światowej (Die Deutschen in den Augen der Polen während des Zweiten Weltkrieges), in: *Dzieje Najnowsze*, Bd. 10 (1979), H. 2, S. 160–161.

⁵³ Ebenda, S. 149. Beide Zitate stammen aus dem Jahre 1940.

bis zum 19. Jahrhundert — hatte einerseits seine territoriale Basis in zwei deutschen „Kolonialstaaten“, nämlich in der Mark Brandenburg und im Staat des Deutschen Ordens, die ihrerseits konflikthaft mit der Geschichte Polens verknüpft waren, auf der anderen Seite hatte Preußen auch die Ostpolitik des Deutschen Reiches nach 1871 indirekt geprägt. Gleichzeitig aber schien 1945 die Möglichkeit der Auflösung bzw. Vernichtung Preußens, des „bösen Geistes Deutschlands“, und damit auch die Chance zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Nationen auf der Basis der Gleichberechtigung zu bieten. So war die Beschäftigung mit Preußen — um wieder auf Ausführungen Lawatys zurückzugreifen — pauschal gesagt, Ausdruck sowohl der emotionalisierten negativen Sicht des deutsch-polnischen Antagonismus als auch des Versuchs der Überwindung dieser Sicht.⁵⁴

Bei den Historikern spielten beide Aspekte eine gleich wichtige Rolle, auch wenn sie mehr mit der geschichtlichen Substanz selbst „operiert“ haben. Untersuchen wir die Preußen-Auffassung am Beispiel der drei wohl bekanntesten polnischen Historiker, die sich in ihrer Auffassung von der preußisch geprägten Kontinuitätslinie der deutschen Polenpolitik nach den Schrecken des Krieges völlig „bestätigt“ sahen.

Der erste ist der Krakauer und Posener Professor für neuere Geschichte Kazimierz Piwarski. Er betonte nicht nur den permanenten deutschen „Drang nach Osten“, sondern machte auch auf die Rückwirkung der kolonialen Ostexpansion auf die gesellschaftliche Entwicklung in den deutschen Kernlanden, d. i. die „Verpreußung“ Deutschlands aufmerksam. Versucht man seine Denkweise auf einen Nenner zu bringen, stellt sich folgendes heraus: 1. Die deutsche Ostexpansion war imperial bedingt. Die Askanier, die Hohenzollern und der Deutsche Orden müssen als Vertreter deutscher Interessen im Osten betrachtet werden. 2. Seit dem 14. Jahrhundert war auch das Hauptziel der Eroberungspolitik klar: Es ist immer die Vernichtung Polens gewesen. 3. Preußen war also stets die allerdeutlichste Verkörperung dieser Gefahr; jede Bedrohung hatte ein preußisches Gesicht, ihre Nahrung war der „preußische Geist“, der den „kolonialen“ Tradi-

⁵⁴ Andreas Lawaty, *Das Ende Preußens* (wie Anm. 45), S. 138. Der deutsche Autor hat auf hervorragende Weise die Silhouetten der polnischen „kämpfenden“ Geschichtswissenschaft der ersten Nachkriegsgeneration geschildert. Ich folge in vielem seinen Spuren.

tionen entsprang.⁵⁵ 4. Preußen war ein „seelenloses“ Gebilde, von dem ausschließlich der brutale Kult der Macht und die Verachtung des Schwächeren erwartet werden konnten. 5. Preußen aber stand zugleich in einer Spannung zu Deutschland, obwohl es eigentlich nur an der Peripherie des ethnisch-deutschen Gebietes lag. Denn der preußische Staat war nicht nur auf eine territoriale, sondern auch auf eine geistige Expansion bedacht. „Das Preußentum betrachtete es als eine Sendung, die Herrschaft über die ganze deutsche Nation zu gewinnen, sie mit eigenem Geist zu durchtränken und vor den Triumphwagen seines Imperialismus zu spannen.“ Und er fuhr fort: „Der preußische Imperialismus, der die motorische Kraft des Deutschen Reiches bildete, wurde mit alldeutschen Zielen und Aufgaben angereichert und nahm damit die Gestalt des preußisch-deutschen, des kaiserlichen Imperialismus an.“ Da der Zusammenbruch von 1918 keine entscheidende Wende in der deutschen Politik einleitete, weil die territorialen, materiellen und psychischen Grundlagen der preußischen Vorherrschaft selbst in der Weimarer Republik nicht beseitigt worden sind, wurde die Bahn für Hitler frei. Schließlich habe Hitler — so Piwarski⁵⁶ — bewußt an die brandenburgisch-preußischen Traditionen angeknüpft, indem er „aus ihnen alle Konsequenzen zog“ und sie „bis zur Karikatur übersteigerte“. Jedenfalls sei der „preußische Geist“ die Grundlage für den Nationalsozialismus gewesen. Der Schluß, daß Preußen deshalb aufhören müsse zu existieren, war dann auch für Piwarski selbstverständlich.

Die Anschauungen von Józef Feldman — des zweiten polnischen Historikers der Kriegs- und Nachkriegsgeneration, dem wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden wollen — waren weniger durchsichtig; sie wechselten auch im Laufe der schwierigen Zeit, in der der Verfasser wirkte. Die These, daß die Geschichte Polens seit ihren Anfängen durch einen integralen Antagonismus zur deutschen Welt geprägt gewesen sei, versuchte Feldman mit der Behauptung zu vereinbaren, daß Preußen und Deutschland zweierlei seien und „sich mehrmals in einem scharfen Gegensatz zueinander befanden“. „Erst die preußische Suprematie, die Bismarck Deutschland aufgezwungen hat, löschte das Bewußtsein dafür aus und veranlaßte eine breite öffentliche Meinung

⁵⁵ Kazimierz Piwarski, *Kryzys historiografii burżuazyjnej a materializm historyczny* (Die Krise der bürgerlichen Geschichtsschreibung und der historische Materialismus), in: *Kwartalnik Historyczny*, Bd. 57 (1949), H. 1-4, S. 3-42.

⁵⁶ Ders., *Likwidacja Prus* (Die Liquidierung Preußens), in: *Wiedza i Życie* 16 (1947), S. 314 ff, 395 ff.

dazu, das Preußentum mit dem Deutschtum gleichzusetzen.⁵⁷ Der preußisch-polnische Konflikt hatte nach Feldmans Auffassung seinen Ursprung in der auf territoriale Bedürfnisse begründeten Staatsräson Preußens. Erst allmählich gewann dieser Konflikt nationalistische Züge und wurde damit auf beide Nationen übertragen. Die Entwicklung bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zusammenfassend, stellte er fest, daß der Antagonismus zwischen Polen und Preußen weder ein organischer Teil des Kampfes zwischen dem germanischen Element und dem Slawentum noch eine Fortsetzung des Ringens der Polen mit dem Ordensstaat sei. Der Gegensatz wuchs vielmehr auf der Basis der territorialen Entwicklung Preußens in der besonderen Beziehungslage zwischen Ost und West, die vor allem Bismarck zu verdanken sei. So kam Feldman zu dem Schluß, daß das, was Bismarck für die Haktisten bedeutet habe, vergleichbar sei mit dem, was die Haktisten für den Nationalsozialismus geworden seien.

Das historische Schicksal der deutschen Nation habe bedingt, schrieb Feldman, daß der deutsch-polnische Antagonismus eine weder homogene noch kontinuierliche Erscheinung sei.⁵⁸ Polen habe es im Verlauf der tausend Jahre nicht mit einem deutschen Staat zu tun gehabt, sondern mit einzelnen deutschen Staatsbildungen, die unterschiedliche geopolitische Grundlagen hatten und eigene politische Ziele verfolgten. Im Vergleich zu Konflikten mit anderen deutschen Staatsbildungen nimmt der polnisch-preußische Antagonismus bei Feldman eindeutig eine vorrangige Stellung ein. Der brandenburgisch-preußische Staat habe das Beispiel einer vielfältigen Politik der Ausrottung des Polentums in dessen uralten Gebieten gegeben. Indem Brandenburg-Preußen Deutschland vereinigte, gewann der Antagonismus mit Polen erneut den Charakter eines Ringens mit der Gesamtheit der germanischen Welt. Aus dem Geist der preußischen Politik sei auch der neueste Versuch erwachsen, die polnische Nation mit ihrer tausendjährigen Kultur in ein Volk von Bauern und Tagelöhnern zu verwandeln. Doch selbst der preußisch-polnische Konflikt, wie er im 19. Jahrhundert seinen Höhepunkt erreichte, sei keineswegs a priori vorgegeben gewesen, sondern habe eine lange Entwicklung durchgemacht. Er habe zunächst auf einem klar abzugrenzenden Interessenkonflikt beruht, und erst allmählich sei die staatliche und schließ-

⁵⁷ Józef Feldman, *Antagonizm polsko-niemiecki w dziejach* (Der polnisch-deutsche Antagonismus in der Geschichte). Katowice 1946, S. 14-15.

⁵⁸ Ebenda, S. 18.

lich auch die nationale Existenz Polens in Frage gestellt worden. Dabei habe die partikuläre Staatsräson Preußens oft im Widerspruch zu den Interessen des „deutschen Vaterlandes“ gestanden. Feldman war der Ansicht, daß die Vereinigung Deutschlands unter preußischer Führung den Konflikt zwischen Polen und dem Hohenzollernstaat auf ganz Deutschland übertrug. Die preußische Einstellung zu Polen habe — auf dieser breiten Basis — das Kaiserreich überdauert und in die Politik der Weimarer Republik Eingang gefunden. Und so war Hitler — schreibt der Verfasser — in seiner Polenpolitik doch dem preußischen System verbunden.⁵⁹

In den zwiespältigen Äußerungen Feldmans überwog dann doch die These, daß das Wesen des deutsch-polnischen Konflikts in der polenfeindlichen Politik Preußens zu suchen sei. So ist auch er vom polnischen Milieu beeinflußt und bestimmt gewesen.

Große Aufmerksamkeit verdient auch die Preußen-Auffassung Zygmunt Wojciechowskis. Der an der 1919 gegründeten Posener Universität lehrende Wojciechowski entwickelte seine Thesen zum ersten Mal 1933 in einer synthetischen Studie: „Die territoriale Entwicklung Preußens im Verhältnis zu den Stammländern Polens“.⁶⁰ Darin behauptete er die zentrale Rolle Preußens für die deutsch-polnischen Beziehungen aus der Perspektive von dessen territorialer Entwicklung auf Kosten zunächst der westslawischen Gebiete und — seit dem 13. Jahrhundert — der „Stammländer Polens“.⁶¹ Preußen hatte nach seiner Auffassung die Tendenz, alle ursprünglich polnischen Gebiete außer Klempolen, d. h. — im Verständnis Wojciechowskis — Pommern, Großpolen, Schlesien und Masowien, erobern zu wollen. Die polnischen Gebiete bildeten auch die Grundlage preußischer Großmachtstellung und seiner Dominanz in Deutschland. Bei Wojciechowski haben wir es mit einem anderen Preußenbegriff als etwa bei Feldman zu tun: Die ununterbrochene Linie der preußischen Gefahr beginnt nicht erst im 17., sondern schon im 13. Jahrhundert mit dem

⁵⁹ Ebenda, *passim*.

⁶⁰ Zygmunt Wojciechowski, *Rozwój terytorialny Prus w stosunku do ziem macierzystych Polski (Die territoriale Entwicklung Preußens im Verhältnis zu den Stammländern Polens)*. Toruń 1933.

⁶¹ Dazu Andrzej Feliks Grabski, *Zygmunt Wojciechowski i historia ziem macierzystych polskich (Zygmunt Wojciechowski und die Geschichte der polnischen Stammländer)*, in: Zygmunt Wojciechowski, Zygmunt Stary (Sigismund der Alte). Warszawa 1979, S. 5–69; vgl. auch meinen Beitrag: *Zygmunt Wojciechowski (1900–1955)*, in: *Wybitni historycy wielkopolscy*, hrsg. von Jerzy Strzelczyk. Poznań 1990, S. 299 ff.

Einbruch der Brandenburger in das Land Lebus und der Gründung des Ordensstaates.

In seinem während des Krieges geschriebenen und 1945 veröffentlichten Buch „Polen — Deutschland. Zehn Jahrhunderte des Ringens“ erweiterte der Autor seine These von 1933.⁶² Der Antagonismus beider Nationen tritt hier viel stärker in den Vordergrund. Schon für die Zeit Mieszko I. sah Wojciechowski die Souveränität Polens in dem Prinzip begründet, daß an ein dauerhaftes Zusammenleben mit den Deutschen nicht zu denken sei. Die Unmöglichkeit, eine Basis der Koexistenz zu finden, führte Wojciechowski auf die Ostexpansion Deutschlands zurück, die eigentlich immer auch die Existenz Polens bedroht habe. Allein durch den Sieg bei Grunwald sei das deutsche „Mitteleuropa“ der Brandenburger, der Ordensritter und der Luxemburger kurzfristig verhindert worden. Nachdem aber Polen Ende des 18. Jahrhunderts aufgelöst und Deutschland im 19. Jahrhundert durch Preußen vereinigt war, drängte die uralte Ausrichtung der deutschen Politik Preußen zu einer Verbrüderung mit Österreich, weil daraus für beide Monarchien, vor allem aber für Preußen die Chance erwuchs, eine hegemoniale Stellung in Europa zu gewinnen.

Aus dieser Distanz erschien dann auch das antipolnische Programm Hitlers als „eine Synthese der Vorhaben aller seiner Vorläufer, von Heinrich II. bis zu Wilhelm II., vor allem als eine vollkommene Synthese der Taten der Brandenburger und der Ordensritter“.⁶³ So spielte Preußen in der Beurteilung der deutsch-polnischen Beziehungen und insbesondere der Ursprünge des Nationalsozialismus für Wojciechowski eine ganz besondere Rolle. In der unter dem Einfluß von Dmowski ausgearbeiteten Konzeption der „Stammländer“ bildeten zunächst Brandenburg und der Ordensstaat, später aber Preußen die Hauptbedrohung für Polen. Die Verpreußung Deutschlands, der Anschluß Österreichs führten dann direkt an die Schwelle des Nationalsozialismus; sie waren aber immer als Folge der Praktiken der alten Markgrafen und der preußischen Könige zu sehen.

Auch für Wojciechowski war die „Entpreußung“ Deutschlands eine Voraussetzung für die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Auf das Problem der Verwendung und des Mißbrauchs der Preußen- und Deutschlandfrage für innenpolitische Zwecke durch das

⁶² Zygmunt Wojciechowski, *Polska-Niemcy* (wie Anm. 2).

⁶³ Ebenda, S. 105.

kommunistische Regime möchte ich an dieser Stelle nicht näher eingehen;⁶⁴ auch nicht auf das der Zäsur von 1941 als Ausgangsbasis für die spätere negative polnische Deutschlandpolitik an der Seite der Sowjetunion.⁶⁵ Sie bedürfen noch gründlicherer Studien. Die marxistisch-leninistische Doktrin mit ihrem „demokratisch-patriotischen“ und „proletarisch-internationalen“ Parolen führte nur bedingt zu einer Revision des Deutschlandbildes und schon gar nicht zu einer konsequenten Überprüfung der Kontinuitätsthese. Preußen wurde zur Verkörperung der herrschenden Klassen, und die Geschichtswissenschaft wurde bereits 1950 aufgefordert, den Blick vor allem auf die Relativierung der Rolle der Herrscherpersönlichkeiten zu richten und den sozialen und wirtschaftlichen Faktoren gebührende Beachtung zu verschaffen.⁶⁶

In den sechziger Jahren konnte von einer präzisen Differenzierung des Deutschland- und Preußenbildes immer noch keine Rede sein. Die Reaktion des Posener Mediävisten Kazimierz Tymieniecki auf den Versuch von Golo Mann, den preußischen Anteil an der deutschen Geschichte auf den Zeitraum 1701–1918 zu beschränken und damit zu minimalisieren, war bemerkenswert.⁶⁷ Daß auf der anderen Seite der offiziell vertretene Revisionismus der Bundesrepublik „preußische“ Assoziationen wachhielt, scheint ebenso klar zu sein.

Erst in den siebziger Jahren wurde die Zeit für eine Lockerung des Negativschemas der Preußen-Interpretation und damit eine Revision des Deutschlandbildes reif. Aufgrund des Vertrages vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen über die Grundlagen für Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen wur-

⁶⁴ Dazu mein Beitrag: Die polnische Geschichtswissenschaft in den Jahren der politischen und methodologischen Wende 1948–1956, in: Nachdenken über Geschichte. Beiträge aus der Ökumene der Historiker in memoriam Karl Dietrich Erdmann. Neumünster 1991.

⁶⁵ Dazu schreibt Klaus Zernack, die preußisch-russische Übereinstimmung gegenüber Polen sei bis 1941, als Hitlers „wahnwitzige Weltmachtpolitik“ diese wichtige Traditionslinie zerriß, in Kraft geblieben, in: Preußen — Polen — Rußland. Betrachtungen am Ende des Preußen-Jahres, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 31 (1982), S. 108 f.

⁶⁶ Dazu: Konferencja naukowa na temat badań na temat stosunków polsko-niemieckich w przeszłości (Wissenschaftliche Tagung zum Thema von Studien über die deutsch-polnischen Beziehungen in der Vergangenheit), in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 5 (1951). Vgl. auch Herbert Ludat, Deutschland und Polen (wie Anm. 16).

⁶⁷ Kazimierz Tymieniecki, Problem pruski, in: Roczniki Historyczne 28 (1962), deutsche Fassung: Das Preußen-Problem, in: Preußen — Deutschland — Polen im Urteil polnischer Historiker (wie Anm. 9), S. 136–150.

den Initiativen in Gang gesetzt, wie sie zuvor noch kaum vorstellbar waren. Neue Schriftenreihen wurden gestiftet, für neue Themenbereiche wurde die Bahn frei, der wissenschaftliche Gedankenaustausch wurde intensiver und sachlicher als je zuvor. Polnische Historiker sorgten für eine Überprüfung traditioneller Standpunkte in der Auffassung der deutsch-polnischen Beziehungen; sie fingen an, die Forschung aus der Enge der Beziehungsgeschichte in den Bereich der inneren deutschen Geschichte zu erweitern. Zwei Gesamtdarstellungen deutscher Geschichte wurden veröffentlicht; mehrere Einzelstudien — unter ihnen so bedeutende wie beispielsweise die Geschichte Preußens und eine Monographie über Friedrich II. — erschienen.⁶⁸ 1972 wurde die gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission für Geschichte und Geographie gegründet, ein Ereignis, das man nicht hoch genug einschätzen kann. Bereits in den 1976 ausgesprochenen „Empfehlungen“ wurde die Anzahl der umstrittenen Probleme in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen stark reduziert. In den dann folgenden über zwanzig Fachkonferenzen, deren Thematik den ganzen geschichtlichen Bereich vom Mittelalter bis hin in die Gegenwart hinein umfaßte,⁶⁹ geriet das traditionelle Preußen- und Deutschlandbild allmählich ins Wanken. Durch mehrdimensionale Betrachtungsweise wurde es differenzierter und von außerwissenschaftlichen Faktoren frei.⁷⁰ Die zwanzigjährige intensive Beteiligung an den

⁶⁸ Die Synthesen von Maria Wawrykowa, Władysław Czapliński, Adam Galos, Waclaw Korta und Stanisław Salmonowicz sollten auf jeden Fall an erster Stelle genannt werden.

⁶⁹ Außer den oben genannten Bänden zur Geschichte Schlesiens und Pommerns im Mittelalter und dann vom 16. bis 18. Jahrhundert sowie zur Geschichte des Deutschen Ordens wurden Materialien von Fachkonferenzen (und zwar in beiden Ländern auf Polnisch und Deutsch) zu anderen wichtigen Abschnitten deutsch-polnischer Beziehungen veröffentlicht. So zu den deutsch-polnischen Beziehungen im Zeitalter der Aufklärung, zur Nationalgeschichte als Problem der deutschen und der polnischen Geschichtsschreibung, zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1831–1848 (Vormärz und Völkerfrühling), zu Industrialisierung, sozialem Wandel und Arbeiterbewegung in Deutschland und Polen bis 1914, zu den Beziehungen im Zeitalter 1919–1932 und den Widerstandsbewegungen in Polen und Deutschland während des Zweiten Weltkrieges.

⁷⁰ *Dzieje Brandenburgii i Prus w historiografii* (Die brandenburgisch-preußische Geschichte in der Historiographie), pod red. Bogdana Wachowiaka, Warszawa/Poznań 1989. Der im Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften bearbeitete Band ist als Vorbereitung für eine künftige mehrbändige „Geschichte Brandenburg-Preußens“ von den Posener Historikern zu betrachten. Leider ist mit dem Erscheinen einer vor Jahrzehnten in Angriff genommenen Deutschen Geschichte in absehbarer Zeit nicht zu rechnen.

Arbeiten der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission hat sich als „Universität“ für eine vorurteilslose und stereotypenfreie, vertrauensbildende und den Blick schärfende Darstellung der Geschichte der Deutschen in Ostmitteleuropa, also auch der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen erwiesen. Man darf deshalb logischerweise auch erwarten, daß ein fortgesetzter Dialog künftig weitere Annäherung der Standpunkte in beiden Historiographien und in der Öffentlichkeit beider Länder bringen wird.

Die Stellung der Deutschen in der Geschichte der Esten, Letten und Litauer

von Gert von Pistohlkors

In einem Beitrag „Zur politischen Sozialgeschichte der Grenzen in der Neuzeit Europas“ hat der Göttinger Historiker Hans Medick sich mit Ergebnissen eines amerikanischen Buches auseinandergesetzt, die im Vergleich auch Perspektiven für die historische Reflexion über den baltischen Raum eröffnen.¹ Untersucht wird die lokale Gesellschaft im Grenzbereich zwischen Frankreich und Spanien vom 17. bis zum 19. Jahrhundert und aus dieser lokalen Perspektive der Prozeß der neuzeitlichen Staats- und Nationsbildung, an dem diese Grenzregion und Grenzgesellschaft auf eine spezifische Weise teilhatte.

Trotz großer Veränderungen innerhalb der territorialen und staatlichen Zugehörigkeit bis ins 19. Jahrhundert hinein habe sich in Gebieten der Pyrenäen eine sprachlich-ethnische Identität erhalten. Grenz- bildung habe sich dort in einem jahrhundertelangen Vorgang manifestiert, wobei keineswegs in erster Linie Vertreter der Staaten und ihrer örtlichen Repräsentanten, sondern gerade auch die örtlichen Gesellschaften selbst eine große Rolle gespielt hätten. Sozialgeschichtliche Studien im Grenzraum würden beweisen, so meint Medick in einer vorsichtigen Verallgemeinerung, daß Staat und nationale Identität aus einem Selbstbehauptungswillen heraus, aus dem „alltäglichen Narzißmus der kleinen Unterschiede“ (S. Freud) entstanden seien, erst in zweiter Linie und später durch die große Entgegensetzung von „Freund“ und „Feind“ im Rahmen großer historischer Prozesse, „wie sie von den hauptstädtischen Zentren der Macht und der nationalen Identitätsstiftung ausgingen und in Szene gesetzt würden“. Die Geschichte der Grenze in europäischen Regionen zeigt, daß das zentralistische Verständnis von Staat und Nation, das in der politischen Geschichtsschreibung der Einzelstaaten so dominierend gewesen ist, in Frage gestellt werden muß. Staaten und Nationen sind in der Neuzeit eben nicht in einem Prozeß entstanden, „der sich gewissermaßen von den politischen Zentren nach außen entwickelte und marginale Gruppen und periphere Zonen in einem Prozeß kultureller und institutio-

¹ Abgedruckt in SOWI (Sozialwissenschaftliche Informationen) 20 (1991), S. 157-163. Der amerikanische Historiker ist P. Sahlins, *Boundaries. The Making of France and Spain in the Pyrenees*. Berkely 1989.

neller ‚Assimilation‘ und ‚Integration‘ mit einbezog“. Seit der frühen Neuzeit seien Staat und Nation vielmehr „in einem Prozeß der *longue durée* an der Grenze gemacht, aber vor Ort gestaltet worden“.²

Diese Reflexion über die „politische Sozialgeschichte neuzeitlicher Grenzen“ (Medick) hat in der Perspektive der Jahre 1991/92 ungeahnte Aktualität gewonnen, als mit der Wiederanerkennung der Unabhängigkeit der Republiken Estland, Lettland und Litauen durch die Staaten der Welt unter Einschluß der damals — im September 1991 — noch existierenden Sowjetunion die Grenzen zwischen Rußland, Weißrußland auf der einen und den drei Baltischen Staaten auf der anderen Seite eine neue Qualität gewannen. Die „innere, sprachlich-kulturell und ethnisch vermittelte Grenze“ (Medick) zwischen den neu entstandenen Staaten wird aber ohne Deutsche und weitgehend ohne Juden bestimmt werden. Seit der Vernichtung der Juden im Zweiten Weltkrieg und seit der Umsiedlung von ca. 13 700 Deutschen aus Estland und mehr als 52 500 Deutschen aus Lettland sowie einer sogenannten Nachumsiedlung von 1940/41 von insgesamt etwa 67 800 Personen aus den drei Baltischen Staaten, von denen etwa 50 300 Deutsche aus Litauen waren, gibt es im gesamten baltischen Raum keine nennenswerte Zahl von Deutschen mehr.³ Angesichts der Tatsache, daß die Esten, Letten und Litauer sehr bewußt an die Jahre vor 1940, vor der Inkorporation der Baltischen Staaten in die Sowjetunion im August 1940, anknüpfen wollen, ist diese Veränderung des ethnischen Spektrums von erheblichem Gewicht. Freilich wird zu prüfen sein, ob nicht die Tatsache, daß die Esten in Estland nur noch ca. 61 %, die Letten in Lettland sogar nur ca. 52 % und die Russen in allen drei Ländern die größte Minderheit ausmachen, für das Selbstverständnis der „Mehrheitsvölker“ und die Wiedergewinnung einer eigenen, unverwechselbaren Identität von ausschlaggebender Bedeutung ist.⁴

² Ebenda, S. 163.

³ Eine tabellarische Zusammenstellung findet sich in: Gert von Pistohlkors, Estland, Lettland, Litauen 1920–1940, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 6, hrsg. v. Wolfram Fischer. Stuttgart 1987, S. 729–68, bes. S. 736. Dort auch weiterführende Literatur in Auswahl.

⁴ Im „Reference book“, The Baltic States. Tallinn, Riga, Vilnius 1991, werden nach dem Census von 1989 folgende offiziellen Zahlen angegeben:
Estland: 61,5 % Esten, 30,3 % Russen, 3,1 % Ukrainer, 1,8 % Weißrussen; Lettland: 52 % Letten, 34 % Russen, 4,5 % Weißrussen, 3,8 % Ukrainer; Litauen: 79,6 % Litauer, 9,4 % Russen, 7,0 % Polen, 1,7 % Weißrussen. Angesichts eines dramatischen Niedergangs der Geburtenrate in Estland und Lettland sind die Anteile der „Mehrheitsvölker“ eher noch niedriger.

Einleitend ist jedoch zu konstatieren, daß die Erneuerung der Republiken Estland, Lettland und Litauen in festen Grenzen ohne deutsche Landesbewohner stattfinden wird. Die Frage nach der Stellung der Deutschen in der Geschichte der baltischen Mehrheitsvölker ist somit einerseits eine historische Frage, andererseits ein Problem der internationalen Beziehungen zu einem zentraleuropäischen Staat, der sich selbst erst in neuester Zeit in festen Grenzen neu konstituiert hat und über seine Rolle in Europa und in der Welt neu wird nachdenken müssen.

I.

Die Frage, ob der „unumkehrbare Bruch“ (R. Wittram)⁵ mit der deutschen Geschichte im baltischen Raum tiefe Auswirkungen auf die ethnische Identität der baltischen Völker hat und haben wird, läßt sich nicht generell beantworten. Ein Gradmesser kann aber zweifellos die Beschäftigung mit Themen der interethnischen Beziehungen seit dem Mittelalter sein. Generell muß festgestellt werden, daß es wenig Beispiele einer Beschäftigung litauischer Historiker mit der deutschen Minderheit in Litauen und den deutsch-litauischen Beziehungen im 20. Jahrhundert gibt, als das Deutsche Reich unter preußischer Führung die Unabhängigkeitsbestrebungen des litauischen Landesrates — der Taryba — entscheidend förderte. Ohne Mitwirkung maßgeblicher deutscher Stellen mit Matthias Erzberger als dem Motor wäre die Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens durch Kaiser Wilhelm II. am 23. März 1918 nicht zu erreichen gewesen.⁶ Es hat den Anschein, daß hier zwei parallele Vorgänge der letzten vierzig Jahre einander bedingen: Die politische Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in Litauen legte eine intensive Auseinandersetzung mit der Rolle Deutschlands bei der Entstehung des selbständigen litauischen Staates nicht nahe; und die weitgehende Selbstisolierung der litauischen Geschichtswissenschaft unter dem Zwang Moskaus wurde ergänzt durch das geringe Interesse der deutschen Geschichtswissenschaft an litau-

⁵ Reinhard Wittram, *Der Wiederbeginn der baltischen historischen Studien nach 1945*. Unveröff. Manuskript, 27 S. (1972).

⁶ Vgl. Gotthold Rhode, *Litauen vom Kampf um seine Unabhängigkeit bis zur Gründung der Sowjetrepublik 1917-1944*, in: *Handbuch der europäischen Geschichte*, Bd. VII, 2, hrsg. v. Th. Schieder, Stuttgart 1977, S. 1062-1079 mit weiterführender Literatur.

schen Themen. Die große Ausnahme bildete freilich Manfred Hellmann, der sich mit grundlegenden Arbeiten zur mittelalterlichen und frühneuzeitlichen lettischen und litauischen Geschichte profiliert und die einzige Überblicksdarstellung zur Geschichte Litauens von Gewicht geschrieben hat.⁷ Bis zum Beginn des laufenden Jahres mußte konstatiert werden, daß es keine ausgebauten wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Historikern beider Länder gibt. Vielversprechende Anfänge und Pläne sind jedoch mit der Gründung des neuen Forschungszentrums in Klaipeda und der parallel dazu vollzogenen Einrichtung des Forschungsschwerpunktes Litauen am Institut Nordost-deutsches Kulturwerk in Lüneburg verbunden. Die enge Verknüpfung beider Arbeitsbereiche kann dazu beitragen, den bisher unbefriedigenden Zustand der fachlichen Zusammenarbeit zu ändern.⁸

Hinzu kommt, daß die Baltische Historische Kommission (BHK) in Göttingen sich von ihren Anfängen im Jahr 1947 an faktisch nur für das estnische und lettische Siedlungsgebiet im baltischen Raum zuständig gefühlt hat. Das hängt in erster Linie mit der Tatsache zusammen, daß die Deutschen in Litauen eine ganz andere Geschichte hinter sich gebracht haben als die Deutschen in den Republiken Estland und Lettland. Die Litauen-Deutschen sind nie zu den Deutschbalten gerechnet worden und haben nur als Einzelne zur polnisch geprägten Oberschicht vor 1914 gehört, während die Deutschen in Alt-Livland und in den späteren Ostseeprovinzen in Stadt und Land selbst die jeweilige Führungsschicht gestellt haben.

An den wissenschaftlichen Beziehungen der Baltischen Historischen Kommission (BHK) in Göttingen läßt sich vielleicht in erster Linie ablesen, welche Rolle die Deutschen in der Geschichte der Esten und Letten nach 1945 noch spielten. Reinhard Wittram hat dazu in einem leider noch ungedruckten Vortrag „Der Wiederbeginn der baltischen historischen Studien nach 1945“ aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums der Baltischen Historikertreffen in Göttingen einige grundlegende Ausführungen gemacht, die sich auf die Sowjetisierung der estnischen

⁷ Vgl. Hellmanns Darstellungen über Das Großfürstentum Litauen bis 1569, in: Handbuch der Geschichte Rußlands, Bd. 1, hrsg. v. M. Hellmann, Stuttgart 1981, S. 718-851, sowie ders., Grundzüge der Geschichte Litauens. 2. durchges. Aufl., Darmstadt 1976 (Grundzüge V).

⁸ Vgl. hierzu den Beitrag von E. Matthes in diesem Heft über die Errichtung des Forschungszentrums in Klaipeda. Bereits seit 1968 gibt es z. B. in Nordamerika die „Association for the Advancement of Baltic Studies“ (AABS), in der Wissenschaftler aus aller Welt, besonders aber Geisteswissenschaftler aus der estnischen, lettischen und litauischen Emigration eng zusammenarbeiten.

und lettischen Geschichtswissenschaft, die Leistungen der estnischen und lettischen wissenschaftlichen Emigration und schließlich besonders ausführlich auf die Anfänge historischer Forschungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beziehen.⁹

Im einzelnen hat R. Wittram herausgearbeitet, daß es den neuen Machthabern in den baltischen Republiken nach der Inkorporation Litauens, Lettlands und Estlands am 3., 5. bzw. 6. August 1940 in die Sowjetunion um eine „strukturelle Angleichung“ der baltischen Republiken an das sowjetische Modell ging, wobei auch vor gewaltsamen Deportationen nicht haltgemacht wurde. Nur auf diesem Hintergrund sei es zu verstehen, daß ein großer Teil der Intelligenzschicht der drei baltischen Staaten ab Herbst 1944 die Heimat verließ. Wie bekannt, wanderte der größte Teil von den ca. 50 000 Esten, 100 000 Letten und 50 000 Litauern, die ihren Weg über Deutschland und DP-Camps in Deutschland genommen hatten, weiter in die USA, nach Kanada und Australien.¹⁰ Nicht wenige unter den jüngeren Emigranten haben in Schweden, jedoch vor allem in den USA und in Kanada, gerade auch in den Geisteswissenschaften Stipendien an den besten amerikanischen und kanadischen Universitäten genutzt und in akademischen Lehrberufen gute Karrieren gemacht. Im Jahr 1968 schlossen sich Vertreter dieser Intelligenz in der Emigration zur „Association for the Advancement of Baltic Studies“ (AABS) zusammen, die ihren Sitz zur Zeit in Hackettstown/New Jersey, USA, hat, aber weltweit operiert.¹¹ Von dieser „Gelehrtenemigration“ hat R. Wittram 1972 mit größter Hochachtung gesprochen und dabei vor allem hervorgehoben, daß sie erfolgreich eine neue Weltsprache gelernt und ihre eigene Sprache durch mehrere Generationen bewahrt habe. Die lettischsprachige Geschichte Lettlands „*Latvijas Vēsture*“, bisher in neun Bänden erschienen, ist von mehr als 1000 Subskribenten lettischen Ursprungs in aller Welt abonniert worden. Insgesamt glaubte Wittram in der lettischen Exilliteratur, die er besonders gut kannte, einen Zug zu wachsender politischer Nüchternheit und me-

⁹ Vgl. Anm. 5. Wittram hat seinen Vortrag in die drei erwähnten Abschnitte unterteilt.

¹⁰ Grundlegend für die Geschichte der Esten, Letten und Litauer zwischen 1940 und 1980 ist das eindrucksvolle Werk von Romuald J. Misiunas und Rein Taagepera, *The Baltic States. Years of Dependence 1940-1980*. London 1983, hier bes. Tabelle 2, S. 275.

¹¹ AABS gibt regelmäßig einen „Newsletter“ und seit 1969 das „*Journal of Baltic Studies*“, eine fächerübergreifende geistes- und sozialwissenschaftliche Zeitschrift, heraus.

thodischer Breite wahrnehmen zu können. Die Bemühungen um Fakten- und Facettenreichtum seien geeignet gewesen, „die enge Verbindung von historischer Wissenschaft und Politik, die das öffentliche Leben der Republik Lettland weithin bestimmte“, zu überwinden. Ganz offensichtlich hat Wittram im gemeinsamen Schicksal der Emigration eine Chance gesehen, verengte ethnische Sehweisen zu überwinden; in seinen Augen war hier „jede hochmütig abwertende Bemerkung über einen nur faktologischen Positivismus ... von peinlicher Unzulänglichkeit“. Gegen wen sich diese zugespitzte Formulierung richtete, wird aus dem Kontext ohne weiteres klar. Positiv wird der bekannte lettische Exilhistoriker Arvēds Švabe zitiert, der kurz vor seinem Tode das Bekenntnis abgelegt habe: „Den lettischen Historikern in der Heimat sind viel reichere Sammlungen von Dokumenten und anderen Quellen zugänglich, aber ihnen fehlt das wichtigste Gelehrtenprivileg — die Freiheit der Forschung“ ...¹²

Es liegt in der Konsequenz dieser Erfahrungen, daß die Stellung der Deutschen in der Geschichte der Esten, Letten und abgeschwächt vielleicht der Litauer in der Emigration eine andere geworden ist. Die Fachvertreter sind sich im Westen, in der Emigration, intensiver begegnet als jemals zuvor. Gemeinsame Sammelwerke sind entstanden, die in dieser Form in den dreißiger Jahren nicht möglich gewesen wären;¹³ Beziehungen nach Schweden und Finnland, nach Amerika und Kanada sind gerade auch über die ehemaligen Heimatgenossen geknüpft worden. Schließlich haben die deutschen und speziell auch die deutschbaltischen Historiker einen Beitrag dazu leisten können, daß sich Exil- und Sowjethistoriker aus Lettland, später auch aus Estland auf Fachtagungen wiederbegegnet sind.

Erste Wiederbegegnungen haben zwar bereits auf dem Finno-ugrischen Kongreß in Reval 1970 stattgefunden. Aber eine neue Qualität der Dialogbereitschaft wurde doch erst durch die Marburger Symposien von 1979, 1981 und 1985 erreicht, zu denen die damalige AABS-Führung unter Ivar Ivask, Jānis Gaigulis und Valters Nollendorfs den entscheidenden Anstoß gegeben hat und die dann von jüngeren Mitgliedern der BHK und von AABS — Andrejs Plakans und Toivo Raun sowie Andrew Ezergailis — in Szene gesetzt worden sind. Im J. G. Herder-Institut wurde von Anfang an über das heikle Thema „Die

¹² R. Wittram, *Der Wiederbeginn* (wie Anm. 5).

¹³ Vgl. *Baltische Kirchengeschichte*, hrsg. v. R. Wittram. Göttingen 1956; *Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten (1917-1920)*. 2 Bde., Marburg/Lahn 1971 und 1977.

baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917“ in Anwesenheit von Sigurds Ziemelis und Peter Krupnikov aus Riga erstaunlich offen diskutiert.¹⁴ Die Berichterstattung in der sowjetlettischen Presse über diese Konferenz mit Teilnehmern aus Lettland, den USA, Kanada, Schweden, Israel und der Bundesrepublik Deutschland unter der Überschrift „Fruchtbare Konfrontation“, verfaßt von Peter Krupnikov, war positiv und objektiv gehalten. Damit war zumindest für Riga ein Durchbruch erzielt, der freilich auch seine Vorgeschichte hatte. Es gehörte zu den Aktivitäten von Mitgliedern der BHK, daß laufend über Veränderungen in Sowjet-Estland und Sowjet-Lettland von Hellmuth Weiss und Jürgen von Hehn in der Zeitschrift „Osteuropa“ berichtet wurde.¹⁵ Außerdem erschienen in der „Zeitschrift für Ostforschung“ von den genannten, aber auch von anderen Autoren Berichte über Neuerscheinungen. Gewiß überwogen angesichts der Einseitigkeit mancher Urteile der sowjetischen Autoren kritische, ja deutlich abgrenzende Formulierungen, auch im erwähnten Vortrag von R. Wittram. Er zitiert in eigener Übersetzung aus dem Russischen aus einem Beitrag des Instituts für Sprache und Literatur der Akademie der Wissenschaften der Lettischen SSR: „Der Einfall der deutschen Kreuzträger im 12. Jahrhundert, dann aber das Joch der feudalen Kolonisatoren hat das Entstehen einer eigenen lettischen Literatur um 500 bis 600 Jahre aufgehalten . . . Die deutschen Kolonisatoren verfolgten nur ein Ziel — mit Feuer und Schwert die örtliche Bevölkerung zu unterwerfen, ihre Sprache und Kultur zu vernichten, sie in Sklaven zu verwandeln und dann einzudeutschen.“¹⁶ Wittram hat diesem Zitat den knappen Kommentar hinzugefügt, daß „von hier aus . . . der Weg zur Wissenschaft noch weit“ sei, gleichzeitig aber alle summarischen negativen Festlegungen ausdrücklich vermieden. Es wäre nach seiner Auffassung vielmehr „durchaus ungerecht“, wenn die gesamte historiographische Literatur in den baltischen Sowjetrepubliken nach solchen Zitaten beurteilt würde. Gegenbeispiele werden ge-

¹⁴ Vgl. Andrew Ezergailis und Gert v. Pistohlkors (Hrsg.), *Die baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917*. Köln/Wien 1982 [20 Aufsätze] (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, 4.). Vgl. auch den Bericht von Gottfried Etzold, in: *Baltische Briefe* Nr. 7/8 (1979), S. 4.

¹⁵ Jürgen von Hehn (1912–83) hat laufend über Lettland zwischen 1953 und 1978 in „Osteuropa“ berichtet, ebenso Hellmuth Weiss (1900–92) über Estland zwischen 1952 und 1962, vgl. *Fünfunddreißig Jahre Forschung über Ostmitteleuropa*. Veröffentlichungen der Mitglieder des J. G. Herder-Forschungsrates 1950–1984. Marburg/Lahn 1985 (Bibliographien zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, 1.).

¹⁶ R. Wittram, *Der Wiederbeginn* (wie Anm. 5).

nannt; im übrigen warnt er davor, die „Fruchtbarkeit des Einseitigen“ zu unterschätzen. Selbst was „Tendenzforschung“ aus den Quellen neu an den Tag gebracht habe, könne nicht verlorengehen. Wenn es gelänge, die wissenschaftliche Kontroverse zu beleben, bevor Ergebnisse „auf die zweite Stufe, die Anwendung einer als unumstößlich vorweggenommenen Theorie“, beschränkt würden, sei vieles gewonnen.¹⁷

Praktisch ist diese Dialogbereitschaft vor dem 1. Marburger Symposium vom Juni 1979 nicht eingelöst worden, teils aus Mangel an Gelegenheit angesichts deutlicher Kommunikationsbeschränkungen innerhalb des Sowjetsystems, teils aber auch aus Gründen, die mit einer begrenzten Wahrnehmung der jeweiligen Gegenseite zu tun haben. Bis heute gibt es keinen Versuch einer systematischen Aufarbeitung der sowjetischen Geschichtswissenschaft in den baltischen Sowjetrepubliken aus westlicher Sicht. Ebensowenig können die z. T. ausführlichen Rezensionen westlicher Bücher in den Zeitschriften Sowjet-Estlands und -Lettlands trotz des deutlichen Versuchs von Standortbestimmungen befriedigen.¹⁸ Die Wahrnehmung der Rolle der Deutschen in der Geschichte der Esten, Letten und Litauer wäre aber weitgehend abhängig gewesen von einer systematischen Aufarbeitung der sowjetestnischen und sowjetlettischen Historiographie, die leider fehlt. Mit Recht weist nämlich Jürgen von Hehn in seiner gründlichen Übersicht über die Geschichtsliteratur zwischen 1970 und 1980, soweit sie Estland und Lettland betrifft, auf die große Rolle hin, die die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichtsschreibung für die Entstehung vor allem der sowjetlettischen Geschichtswissenschaft gehabt habe.¹⁹ Jānis Zutis (1893–1961) hat seine führende Rolle bei der Sowjetisierung der lettischen Geschichtswissenschaft mit einer grundlegenden Auseinandersetzung begonnen, die der deutschbaltischen Historiographie vom 16. bis zum 19. Jahrhundert gewidmet war.

In dieser Abhandlung entwickelte Zutis das Begriffspaar, das zur Kennzeichnung der historischen Dominanz der Deutschbalten schlechthin schulbildend gewesen ist: „Kulturträgertum“ (kulturtrēger missiju) und „Apologetentum“ (apologetiķeskoe napravlenie). Ins-

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ In Lettland ist aber mit zwei neuen historischen Zeitschriften ein Neuanfang gemacht worden, vgl. *Latvijas Vēsture* 1/1991, und *Latvijas Vēstures Institūta Žurnāls* 1991 und 1992.

¹⁹ Vgl. Jürgen von Hehn, *Baltische Länder (Estland, Lettland) 1970–1980*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 118 (1982), S. 719–750.

gesamt kommt Zutis zu dem Ergebnis, daß die Nachfahren der aus Deutschland stammenden Angehörigen des Adels und der Intelligenz im Namen des Kulturträgergedankens schon von jeher die „Rettung“ der Esten und Letten vor dem Einfluß der Russen, in früheren Jahrhunderten auch der Litauer, zu ihrer wichtigsten Aufgabe in der Geschichte erklärt hätten. Aus der Sicht der Deutschbalten sei die beherrschende Rolle der Deutschen in der Region als selbstverständlich angesehen worden. Die deutschbaltische Geschichtsforschung habe den Ritterschaften stets staatsbildende und -konservierende Fähigkeiten für die Ostseeprovinzen zugemessen und den besonderen Weg insbesondere in der Agrarfrage auch als die besondere Leistung ausgegeben. Diese Geschichtsforschung habe sich durch Jahrhunderte in einer deutlichen Interessenabhängigkeit befunden und habe deshalb den Standpunkt der Majorität in den Ritterschaften vertreten, kritische Auffassungen der Aufklärer ignoriert oder unterdrückt sowie den Klassenkampf verschwiegen.²⁰

Im selben Sinne wie Zutis hat auch Maksim M. Duchanov die Politik des livländischen Adels zwischen 1850 und 1870 und die deutschbaltische Geschichtsschreibung zum Thema als apologetisch bezeichnet und kritisch analysiert.²¹ Die Deutschbalten um 1860 hätten wie ihre Apologeten in der deutschen Geschichtsschreibung sich zu eng an den Rahmen der Provinzialgeschichte gehalten. In der Zeit des Übergangs zur „bourgeoisen Formation“ auch in Rußland habe man nur dominante Argumentationen reproduziert und alles auf die „Russifizierung“ geschoben. Um 1860 habe sich der deutschbaltische Adel gemeinsam mit dem russischen in einer „oligarchischen Opposition“ zu den Neuerungen befunden. Vor allem habe die führende Schicht

²⁰ Vgl. Jānis Zutis, *Očerki po istoriografii Latvii. 1. Pribaltijsko-nemeckaja istoriografija* (Skizzen zur Historiographie Lettlands. 1. Die deutsch-baltische Historiographie). Riga 1949. Über Zutis siehe M. M. Duchanov, Jānis Zutis — Professor der Lettischen Staatlichen Peter-Stučka-Universität, in: *Die Universitäten Dorpat/Tartu, Riga und Wilna/Vilnius 1579–1979*, hrsg. v. G. v. Pistohlkors, T. U. Raun und P. Kaegbein. Köln/Wien 1987, S. 335–345 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 9.).

²¹ Vgl. Maksim M. Duchanov, *Ostzejcy, Jav' i vymysel. O roli nemeckich pomeščikov i bjuđerov v istoričeskich sud'bach latyškogo i estonoskogo narodov v seređine XIX. veka* (Die Ostseejunker. Wirklichkeit und Erfindung. Über die Rolle der deutschen Gutsbesitzer und Bürger in den historischen Schicksalen des lettischen und estnischen Volkes in der Mitte des 19. Jahrhunderts). Riga 1970. Die zweite Auflage erschien mit einem neuen Untertitel in Riga 1978: *Politika ostzejskogo dvorjanstvo v 50–70-ch gg. XIX v. i kritika ee apologetičeskoj istoriografii* (Die Politik des Adels der Ostseeprovinzen und eine Kritik der sie rechtfertigenden Geschichtsschreibung).

unter den Deutschbalten Angst vor sozioökonomischen Veränderungen gehabt.²²

Mit abgewogenem Verständnis, zugleich in einer scharfsinnigen Zurückweisung der Aussagen hat R. Wittram sich in dem schon erwähnten ungedruckten Vortrag, aber auch in seinem letzten großen Aufsatz über „Methodologische und geschichtstheoretische Überlegungen zu Problemen der baltischen Geschichtsforschung“, im Jahr 1972 geäußert.²³ Einerseits räumte er ein, daß zur Beurteilung der Rolle privilegierter Deutscher um 1860 eine erweiterte Quellenbasis herangezogen werden müsse, wie Duchanov dies in seiner Arbeit über die „Ostzejcy“, die „Ostseejunker“, getan habe. Andererseits verwahrte er sich gegen einseitige pauschale Verurteilungen wie in der folgenden zitierten Wendung: „Die Wahrheit ist diese: die deutschen privilegierten Stände taten alles, was von ihnen abhing, damit die Rechtslage der lettischen und estnischen Bauernschaft sich nicht besserte“.²⁴ In der Tat klingen die Sätze, die aus dem Werk Duchanovs zitiert werden, mehr nach einer Vorverurteilung als nach einem Nachweis aus dem „konkreten historischen Zusammenhang“ (Marx): Die privilegierten historischen deutschen Stände hätten „starsinnig den sie begünstigenden Status-quo bewahrt“ und seien deshalb unausweichlich auf die „Positionen von Retrograden“ gelangt. „Da sie nur die Ausbeuterklasse darstellten, dazu noch auch in nationaler Hinsicht der Urbevölkerung fremd, drangen sie in den Organismus der Gouvernements wie ein schädlicher Fremdkörper ein. Die Möglichkeit gutnachbarlicher Beziehungen mit den Letten und Esten war vollkommen ausgeschlossen“.²⁵ In einer abschließenden Analyse unter dem Titel „Der baltische Adel, der Zarismus und ihre Reformpolitik“, gedruckt in der „Zeitschrift für Ostforschung“ 1985, hat Duchanov sein Urteil über den Adel der Ostseeprovinzen erheblich differenziert. Insbesondere schien es ihm nun nicht mehr möglich, seine Zielsetzungen mit „dem Streben nach einem ‚reinen‘ Feudalismus gleichsetzen zu wollen“.²⁶

²² Vgl. Gert v. Pistohlkors, *Geschichtsschreibung und Politik: Die Agrar- und Verfassungsproblematik in der deutsch-baltischen Historiographie und Publizistik 1800–1918*, in: *Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung*, hrsg. v. G. v. Rauch. Köln/Wien 1986, S. 273–335, bes. S. 277. (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart. 20.).

²³ Vgl. *Zeitschrift für Ostforschung (ZfO)* 20 (1971), S. 601–640.

²⁴ Ebenda, bes. S. 631 ff. in R. Wittrams Übersetzung.

²⁵ Ebenda, S. 631. Übersetzt aus Duchanov, *Ostzejcy*, 1. Aufl., S. 19, 31 f.

²⁶ Vgl. Maksim M. Duchanov, *Der baltische Adel, der Zarismus und ihre Reformpolitik 1850–1880*, in: *ZfO* 34 (1985), S. 558–567, Zitat S. 559.

Im übrigen aber hielt er daran fest, daß der baltische Adel und die russische Selbstherrschaft identische Interessen gehabt hätten, und zitiert dazu den Grafen Peter Šuvalov, der in einem Gespräch mit dem livländischen Landmarschall von Lilienfeld die Ostseeprovinzen als „Schlachtfeld der großen Politik“ bezeichnet und hinzugefügt habe: „Die (russische) konservative Partei unterstützte sie, um ihre eigenen Positionen zu stärken“.²⁷ Wittram hingegen hat seinerseits die Stellung der Deutschen in den Ostseeprovinzen Rußlands aus ihrem numerischen Schwächezustand heraus zu erklären versucht: „Der Widerstand wurde genährt und wachgehalten durch den Druck einer vom Nationalstaatsmodell faszinierten russischen öffentlichen Meinung, der die Staatsleitung mehr und mehr folgte, ähnlich wie der polnische Widerstand auf die Germanisierungspolitik der preußischen Verwaltung antwortete“.²⁸ Wie zahlreiche Untersuchungen zu den Themen Germanisierung, Russifizierung, Reformpolitik und Verschmelzungspolitik beweisen, scheinen die Zeiten einer massiven Konfrontation von Standpunkten vorbei zu sein.²⁹

Beim Versuch, Vorverurteilungen zu überwinden und argumentativ aufeinander zuzugehen, kam schon bisher den wissenschaftlichen Einrichtungen eine herausragende Bedeutung zu. Das Interesse der Publizistik und Journalistik trat demgegenüber stark zurück.³⁰ Auf die Kontroverse zwischen M. M. Duchanov und R. Wittram haben nach Wittrams Tod im April 1973 Juhan Kahk von der Akademie der Wissenschaften Estlands in Reval/Tallinn und Duchanov selbst aus-

²⁷ Ebenda, S. 566.

²⁸ Vgl. R. Wittram, *Methodologische und geschichtstheoretische Überlegungen* (wie Anm. 23), S. 629.

²⁹ Vgl. meinen Literaturbericht „Russifizierung“ in den Baltischen Provinzen und in Finnland im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Neue westliche Darstellungen, in: *ZfO* 33 (1984), S. 592–606, und Special Issue: Finland and the Baltic Provinces in the Russian Empire, hrsg. v. T. U. Raun und E. C. Thaden [10 Aufsätze], in: *Journal of Baltic Studies* 15 (1984), S. 87–227.

³⁰ Vor dem Beginn der „singenden Revolution“ ist z. B. in der deutschen Presse fast nur aus bestimmten Anlässen über Vorgänge berichtet worden, die den baltischen Raum betreffen. So war z. B. das Erscheinen der Dokumentation über die Umsiedlung der Deutschbalten, die Dietrich A. Loeber unter dem Titel „Diktierte Option“ 1972 publizierte, Anlaß für die „Zeit“, einen Artikel von Arved Freiherr von Taube zu publizieren, der sich mit dem Thema auseinandersetzt: *Stalins oder Hitlers Untertanen? Der Exodus der Deutschbalten — Plebiszit gegen Moskau*, in: *Die Zeit* Nr. 53, 28. Dezember 1973, S. 40. Nach einer mehrjährigen „Baltenwelle“ flaut das öffentliche Interesse wieder ab.

fürlich geantwortet.³¹ Den Historikern Lettlands an der Akademie der Wissenschaften wie auch besonders an der Universität gebührt eine gewisse Vorreiterrolle bei der Beschäftigung mit dem Thema der Deutschen in der Geschichte der baltischen Region. Seit 1972 erschien im Abstand der Zweijahrestagungen in Riga die Reihe „Germanija i Pribaltika“ (Deutschland und die baltische Region).³² Nach der Einladung von Vertretern der polnischen und der DDR-Geschichtswissenschaft aus Thorn, Stettin und von der Rigaer Partneruniversität Rostock wurden erstmals im Jahr 1981 — als Antwort auf das 1. Marburger Symposium — zwei Mitglieder der Baltischen Historischen Kommission nach Riga zu Vorträgen eingeladen.³³ Die Berührungängste schienen anfangs groß. Schon bald — noch in der Brežnevzeit — wich die Befangenheit einer lockeren Selbstverständlichkeit im Umgang mit den Wissenschaftlern vor Ort und mit den anderen Gästen, besonders auch denen aus Rostock. Gemeinsame Einladungen in die häusliche Atmosphäre eines Rigaer Professors taten ein übriges.

Wichtig war auch die Erweiterung der Palette der Themen. Während vor 1981 vor allem Fragen der internationalen (Wirtschafts)beziehungen Lettlands in der Zwischenkriegszeit mit einem gewissen Schwerpunkt auf den Verbindungen zu Deutschland behandelt wurden, beschloß die Rigaer Konferenzleitung, „Historiographieprobleme“ zu einem zweiten Schwerpunkt zu machen. Schon 1981 konnte M. Garleff einen Vortrag „Zur deutschbaltischen Historiographie des ausgehenden 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg“ halten;³⁴ 1983 hat dann G. v. Pistohlkors, ergänzend zu einer bisher ungedruckten einleitenden Vortragsfolge Rigaer Professoren über den Nestor der sowjetlettischen Geschichtswissenschaft Jānis Zutis aus Anlaß seines 90. Geburtstages, über „Die Baltischen Provinzen Rußlands im 19. Jahrhundert und die deutsch-baltische Geschichtsforschung“ sprechen können.³⁵ Wie aus einem knappen Tagungsbericht hervorgeht,

³¹ Vgl. Juhan Kahk, *Murrangulised neljakümnendad* (Die Wende der vierziger Jahre). Tallinn 1978, S. 183–208, unter dem Titel: Dialog mit R. Wittram; M. M. Duchanov, *Ostzejcy*. 2. Aufl. 1978, bes. S. 68 ff.

³² Das letzte Heft 9 erschien 1988. Aufsätze wurden früher ins Russische übersetzt, erscheinen jetzt aber auf lettisch, russisch oder deutsch.

³³ Im April 1981 waren M. Garleff und G. v. Pistohlkors in Riga.

³⁴ Vgl. M. Garleff, *K voprosu o nemecko-pribaltijskoj istoriografii (1860–1914)* (Zum Problem der deutschbaltischen Historiographie (1860–1914), in: *Germanija i Pribaltika* 7 (1983), S. 91–102.

³⁵ Auf deutsch gedruckt (mit russischem Resumé) in: *Germanija i Pribaltika* 8 (1985), S. 65–97.

erbrachte die Diskussion der Vorträge eine offene Aussprache über die Rolle der Deutschen in der Geschichte Lettlands unter dem leitenden Gesichtspunkt, ob es angemessen sei, auf einem durchgängigen „Kulturträgeranspruch“ und einseitigen Festhalten an den Privilegien zu insistieren, wie Zutis es getan hat.³⁶ Die Formulierung, daß die Ritterschaften und die ihnen folgende deutsche Bevölkerung nicht in gleicher Weise an das „Privilegium Sigismundi Augusti“ (1561) geglaubt habe wie an Martin Luthers „Kleinen Katechismus“, wurde verstanden. Daß es neben dominierenden Leitbegriffen wie „Festhalten“ und „Ausharren“ (Carl Schirren, 1869)³⁷ auch immer Widerspruch und sogar Opposition gegeben habe, konnte schon damals vor etwa 150 Zuhörern vermittelt werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die mehr als zehnjährigen intensiven wissenschaftlichen Gespräche mit Fachvertretern der Universität und der Akademie der Wissenschaften Lettlands auch für zukünftige gemeinsame Unternehmungen sich als äußerst nützlich erwiesen haben. Nach der Wende in Lettland konnte im September 1991 in Riga unter der Leitung von M. M. Duchanov und I. Feldmanis auf der einen und Erwin Oberländer (Universität Mainz) und G. v. Pistohlkors auf der anderen Seite eine Konferenz über den „deutschen Faktor“ in der Geschichte Lettlands mit 15 Vorträgen stattfinden, die einerseits dem „Hineinragen ständisch gebundener Strukturen“ in die sich modernisierende baltische Region im 19. Jahrhundert und andererseits der „politischen Kultur“ in Ostmitteleuropa in den 1930er Jahren gewidmet war.³⁸ Lettland wird hineingenommen werden in ein Projekt „Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts“, das von E. Oberländer geleitet und von der „Fachkommission für Zeitgeschichte“ des J. G. Herder-Forschungsrates unter Leitung von Präsident Hans Lemberg zumindest gedanklich begleitet wird. Dieses Projekt wird von der Volkswagen-Stiftung gefördert.³⁹ Es bleibt freilich wichtig, daß die ganze Geschichte der Deutschen in der Region zur Diskussion steht.

In dieser Hinsicht sind die Begegnungen mit der Geschichtswissenschaft Estlands besonders fruchtbar gewesen. Einzelne Historiker haben sich mit schriftlichen Beiträgen von 1979 an nachdrücklich an den

³⁶ Vgl. meinen Bericht in: *Baltische Briefe* 11 (1983), S. 1 f.

³⁷ Carl Schirren, *Livländische Antwort an Herrn Juri Samarin*. Leipzig 1869.

³⁸ Ein entsprechender Band, hrsg. v. M. M. Duchanov, ist in Riga für 1992 geplant.

³⁹ Die Arbeit an dem Projekt wird noch 1992 beginnen.

Marburger Symposien beteiligt und konnten von 1981 an auch anreisen;⁴⁰ die Institutionen vor Ort waren jedoch recht zurückhaltend, luden erst 1983 zu Einzelvorträgen ein, ermöglichten aber durchaus Begegnungen auf wissenschaftlicher Ebene bei Ein- und Ausreisen über Helsinki und Tallinn.⁴¹

Eine besondere Rolle bei der Schaffung wissenschaftlicher Kontakte zwischen westlichen Historikern, in Sonderheit auch Vertretern der BHK, und estnischen Fachkollegen hat von 1981 an Sirje Kivimäe eingenommen, die zur Begründerin der „Gesellschaft für deutschbaltische Kultur in Estland“ (Baltisaksa Kultuuri Selts Eestis) im Jahre 1987 wurde. In enger Verbindung mit der Estländischen Denkmalsgesellschaft (Estonian Heritage Society), gegründet von Trivimi Velliste im Jahre 1987, hat sie eine vielbeachtete Ausstellung über das Schicksal der Deutschen in Schloß Maarjamäe in Reval veranstaltet, die 1989 erstmals auf das Schicksal der Deutschbalten nach der Umsiedlung von 1939 aufmerksam machte und zugleich einen vielseitigen Überblick über Geschichte und Kultur der Deutschen aus dem baltischen Raum enthielt. Ihrer Energie ist es auch maßgeblich zu verdanken, daß eine Tagung über „Aufklärung in den Baltischen Provinzen Rußlands 1760–1860: Ideologie und soziale Wirklichkeit“ in den neuen Räumen des Geschichts-Instituts der Akademie der Wissenschaften an der Ritterstraße (Rüütli 6) in Reval durchgeführt und finanziert werden konnte. Die gemeinsam von der BHK und estnischen Historikern vorbereitete Tagung stand unter Leitung von Indrek Jürjo und Gert v. Pistohlkors und brachte mit zehn Vorträgen von deutschen, einem schwedischen Beitrag von Torkel Jansson, Professor in Uppsala, und sechs gewichtigen quellennahen Forschungsleistungen von estnischen Historikern aus Reval und Dorpat einen Durchbruch.⁴²

Der Bericht über die Tagung stand unter der Überschrift „Deutsch ist ein Teil unserer Kultur“. In der Tat wurde es als selbstverständlich

⁴⁰ Sirje Kivimäe ist mit einem Aufsatz über „Die Agrarreform Stolypins in den baltischen Gouvernements“, in: Die baltischen Provinzen Rußlands (wie Anm. 14), S. 93–114, am Band über das 1. Marburger Symposium beteiligt. Sie und Karl Siilivask nahmen 1981 am Universitäts-Symposium in Marburg teil und haben im entsprechenden Band (vgl. Anm. 20) auch veröffentlicht.

⁴¹ 1983 haben W. Lenz und G. v. Pistohlkors in der Abteilung Geschichtswissenschaft der Akademie der Wissenschaften in Reval vorgetragen; letzterer auch 1988 aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Akademie der Wissenschaften, eines für die damalige estnische Wissenschaft nicht ganz einfachen Datums. Die Akademie war 1938 in der Zeit der Ein-Mann-Herrschaft von Konstantin Päts gegründet worden.

⁴² Die Tagung fand im September 1989 in Tallinn/Reval statt. Ein Tagungsband ist in der abschließenden Vorbereitung.

angesehen, daß die Diskussionen in deutscher Sprache geführt wurden. Otto Heinrich Elias kam in dem Bericht zum Ergebnis, daß die Esten die deutsche Geschichte in Estland als Teil ihrer Geschichte „wiedererkannt und akzeptiert“ hätten. Auch wenn die Aufklärung mit manchen ihrer Kernanliegen in ihrer Zeit gescheitert und von ihren Zeitgenossen „überwiegend nur in den engen Grenzen ihrer ständischen Bildung“ rezipiert worden sei, so habe diese geistige Bewegung doch Wesentliches zur „Selbstfindung des estnischen und lettischen Volkes beigetragen“ (Elias).⁴³ In diesem Sinne sei das Zeitalter der Aufklärung noch nicht beendet.

Solche Erfahrungen und Begegnungen stimmen optimistisch, sollten aber auch keine Illusionen aufkommen lassen. Zwar gibt es im Hinblick auf den Anteil der Deutschen an der Geschichte der Esten und Letten — wie es scheint weniger der Litauer — viele gesprächsbereite Partner in allen Wissenschaftsfeldern, doch sollte niemand sich dem Gedanken hingeben, als könne einfach an die Zeit vor 1940 wieder angeknüpft werden. Aus der Sicht der neuen Baltischen Staaten erschiene ein solcher Versuch in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft weder verlockend noch möglich. Die Zeit der autoritären Regime in Litauen seit 1926 und in Estland sowie Lettland seit 1934 wird nicht umsonst als „Ära der Stille“ (Raun) bezeichnet.⁴⁴ Benötigt wird jedoch die Vermittlung einer Aufbruchstimmung, die aus eigenen Kräften erwachsen muß. Auch in Deutschland muß es zu einem neuen öffentlichen Interesse am baltischen Raum und seiner Geschichte kommen. Im folgenden wird zu prüfen sein, welche Anknüpfungspunkte in institutioneller und wissenschaftlicher Hinsicht dafür gegeben sind.

II.

Es ist möglicherweise keine bequeme Einsicht, daß die deutschbaltischen Umsiedler nach 1939 und ihre Nachfahren keine qualitativ andere Perspektive für sich in Anspruch nehmen können als andere Deutsche auch, nämlich die Sicht „von außen“ und aus dem Westen. Vielleicht kann es aber ein gewisser Trost sein, daß solche Pauschalverur-

⁴³ Otto Heinrich Elias, *Aufklärung in Estland. Ein Tagungsbericht aus Estland: „Deutsch ist ein Teil unserer Kultur“*, in: *Baltische Briefe* 11 (1989), S. 4.

⁴⁴ Vgl. Toivo U. Raun, *Estonia and the Estonians*, 2. Aufl., Stanford 1991, S. 118.

teilungen über ihren Anteil an Fehleinschätzungen auch nicht in gleicher Weise mehr möglich sind wie für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und in der Analyse der Kriegszielbroschüren zwischen 1914 und 1918.⁴⁵

Fritz Fischer hat in seinem einflußreichen Buch „Krieg der Illusionen“ ja nicht nur behauptet, daß „eine Gruppe“ von deutschbaltischen Rußlandfeinden um die Jahrhundertwende erreicht hätte, daß das traditionell freundschaftliche Rußlandbild der Konservativen „verwandelt“ worden sei. Er sammelte vielmehr einschlägige Verlautbarungen von Publizisten, die in den Ostseeprovinzen beheimatet waren, wie Theodor Schiemann, General Friedrich von Bernhardt, Julius Eckardt, Johannes Haller und Paul Rohrbach, um mit der „Ideologie der Rußlandfeindschaft“ eine besondere Baltenideologie zu untermauern. Sie, die Deutschbalten, hätten sich als die „deutsche Wacht an der Grenze des Slaventums“ stilisiert. Die Russifizierungsmaßnahmen seit den 1880er Jahren seien nur als „Sturm auf die äußersten Vorposten deutschen Volkstums“ im „alten Kampf zwischen Slaventum und Germanentum“ interpretiert worden.⁴⁶ Bei aller Kritik im einzelnen wird kein Weg an der Schlußfolgerung vorbeiführen, daß Aktivitäten von Wissenschaftlern und Publizisten aus den Baltischen Provinzen vor 1918 sich nicht zu einer zukunftsweisenden Traditionsbildung eignen. Auch in der Weimarer Republik ist über deutschbaltische Emigration und den „deutschbaltischen Menschen“ im Grenzbereich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Ordnungen vorwiegend im rechten politischen Spektrum publiziert worden.⁴⁷

Es hat den Anschein, daß auch nach dem Umbruch in der deutschen Nachkriegsgeschichte, nach der Schaffung einer einheitlichen Bundesrepublik Deutschland mit der Oder-Neiße-Grenze als völkerrechtlich

⁴⁵ Den gewichtigen Anteil von Deutschbalten an der deutschen Kriegszelliteratur, mit häufigen Verweisen auf ein persönlich beglaubigtes Spezialwissen, hat W. Lenz unter Verweis auf einschlägige Literatur, herausgearbeitet: Baltische Propaganda im Ersten Weltkrieg. Die Broschürenliteratur über die Ostseeprovinzen Rußlands, in: Die baltischen Provinzen (wie Anm. 14), S. 187-204.

⁴⁶ Vgl. das Kapitel „Ideologie der Rußlandfeindschaft“ in: Fritz Fischer, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914. Düsseldorf 1978 (unveränderter Nachdruck der 2. Aufl. von 1970), S. 76 ff., Zitate S. 77. Vgl. auch meine Kritik in: Die Deutschbalten — Probleme einer Oberschicht vor dem Ersten Weltkrieg, in: Deutsche im europäischen Osten. Verständnis und Mißverständnis. Köln/Wien 1976, S. 35-58, hier bes. S. 35 f. (Studien zum Deutschtum im Osten. 13.).

⁴⁷ Grundlegend zu den Deutschbalten in der Zwischenkriegszeit: Karl-Heinz Grundmann, Deutschtumspolitik zur Zeit der Weimarer Republik. Eine Studie am Beispiel der deutsch-baltischen Minderheit in Estland und Lettland. Hannover Döhren 1977 (Beiträge zur baltischen Geschichte. 3.).

verbindlicher deutscher Ostgrenze, das Verhältnis zur Rolle der Deutschen im Osten generell als eher ungesichert erscheint, demzufolge auch über die historische Stellung der Deutschen nicht unbefangenen nachgedacht werden kann.

Hilfen aus der aktuellen deutschen Literatur gibt es trotz einiger hoffnungsvoller Ansätze kaum. Unter der Fragestellung „Was heißt hier Osten?“ wird in der Süddeutschen Zeitung vom 11./12. Januar 1992 in einer Zeitschriftenschau immerhin zusammengefaßt, daß es nicht angehe, unter Europa „die arrivierten kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas zu begreifen, unter Osten dagegen den sozialistischen Nachlaß, die in ihren Verfassungen zerrütteten, ökonomisch verarmten Gesellschaften Osteuropas“. Wer so denkt, „mogelt“ sich über alle Zukunftsprobleme Europas, in West und in Ost, hinweg, wie die Autorin zu Recht schreibt: „Die entstandenen Schwierigkeiten sind europäische Schwierigkeiten“. ⁴⁸ Wir können sie nur gemeinsam lösen oder gar nicht.

Eine Reflexionshilfe bietet auch der renommierte Osteuropahistoriker Dietrich Geyer in seinem Aufsatz von 1986 „Ostpolitik und Geschichtsbewußtsein in Deutschland“. ⁴⁹ Schon damals stellte er die perspektivisch wichtige Frage, welche Spuren der Umgang mit Ostproblemen im Bewußtsein der Deutschen hinterlassen habe (wobei hierzu eine summarische Antwort natürlich besonders schwerfällt). Sein Ergebnis: zu den fixen Ideen des Deutschen gehöre, daß Ostpolitik (man könnte auch sagen: Bewußtsein vom „Osten“) vornehmlich auf Rußland bezogen ist, bedingt durch die Dauerhaftigkeit des russischen Imperiums „bis zu den Metamorphosen hin, die dieses Imperium in den letzten siebenzig Jahren unter kommunistischer Herrschaft erfahren hat.“ Bleibt da noch Platz für eine besondere Einstellung zu den nicht-russischen Gebieten Rußlands? Nach Geyer seit Peter dem Großen nicht: mit der Verdrängung Schwedens aus den Ostseeprovinzen und dem Zerfall der spätmittelalterlichen polnischen Reichsbildung habe die Dauerpräsenz Rußlands in der europäischen, speziell in der deutschen Politik begonnen.

⁴⁸ Vgl. als eine der ersten kritischen Aufarbeitungen unter dem Titel „Die andere Hälfte Europas“: Kursbuch 81, September 1985, mit Beiträgen von G. Dalos, V. Havel, Hans Mommsen u. a.

⁴⁹ Dietrich Geyer, Ostpolitik und Geschichtsbewußtsein in Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VZG) 34 (1986), S. 147–159. Ebenda, S. 150; das Zitat von Oettingen stammt aus: Lettisch-estnische Wandlungen, in: Russisch-baltische Blätter III, Leipzig 1887, S. 133.

Die russische Dauerpräsenz seit dem 18. Jahrhundert als „Element der deutschen Binnengeschichte“ (Geyer) ist Kernpunkt des Aufsatzes und kann uns dennoch hier nicht näher beschäftigen. Wichtig freilich bleibt die richtige Feststellung, daß die deutsche Russophobie schließlich verschiedene politische Gruppen von den Konservativen bis hin zu den Sozialdemokraten vor 1914 umfaßt, angefangen von Joseph Görres' Warnung vor der russischen Welt-Despotie, vor dem barbarischen Koloß „aus Schnee, Eis und Blut zusammengeknetet“⁵⁰ (1798) bis hin zur pointierten Wendung des deutschbaltischen Journalisten Max von Oettingen aus dem Jahr 1887, daß es dem russischen Staat darauf ankomme, die Esten und Letten „in jenen sarmatischen Topf“ einzustampfen, „in welchem aus Orthodoxie, Nihilismus, Tschinowniktum, Papierrubeln, Branntwein und Dynamit die große ‚russische Idee‘ gebraut wird“.⁵¹

In diesem Kontext von Fixierungen und Ängsten ist für direktes Interesse an nicht-russischen Regionen und Menschen kaum Platz. Sie sind vor allem Objekte einer pro-russischen Ignorierung bzw. — später — einer antirussischen Strategie. In Theorie und schließlich, wie wir wissen, auch in Praxis ging es 1941–1945 um Zurückdrängung Rußlands, Zerstückelung des Vielvölkerstaates, Schaffung eines Großwirtschaftsraumes mit „Bevölkerungsumsetzungen“, „Verschrottung“ minderwertiger Arbeitskräfte slavischen Ursprungs im Sinne einer deutschen Kontinentalexpansion. Nach Geyer habe eine „Maximalvariante“ des Kolonialimperialismus bereits 1918 im Umkreis von Brest-Litovsk Raum greifen sollen, als alle strategisch und ökonomisch wichtigen Teile Rußlands von Deutschland direkt beherrscht werden und nur ein „Restrußland“ erhalten bleiben sollte, völkisch „flurbereinigt“ unter Einschluß von Zwangsumsiedlungen.⁵² Hieran konnte mit dem „Generalplan-Ost“ von 1942, rassistisch übersteigert und in der Konsequenz im Hinblick auf eine Vernichtungspolitik hin radikalisiert, angeknüpft werden.⁵³ Auch über 1945 hinaus

⁵⁰ Ebenda, S. 150.

⁵¹ (Max von Oettingen), Lettisch-estnische Wandlungen, in: Russisch-baltische Blätter III, Leipzig 1887, S. 133.

⁵² Vgl. D. Geyer, Ostpolitik (wie Anm. 49), S. 157 f.

⁵³ Zum „Generalplan Ost“ grundlegend H. Heiber (Hrsg.), Dokumentation: Der Generalplan Ost, in: VZG 6 (1958), S. 281–325; Czesław Madajczyk (Hrsg.), Generalplan Ost, in: Polish Western Affairs 3 (1962), S. 392–442. Zur nationalsozialistischen Politik in den besetzten Gebieten immer noch wichtig: A. Dallin, German Rule in Russia, 1941–1945. London 1957.

war Ostpolitik im Angesicht der Teilung Europas, deutsche Innenpolitik, diese deutsche Politik blieb auf die sowjetischen Machtzentren Moskau und Leningrad orientiert und nahm Ost- und Ostmitteleuropa weitgehend nur wahr, wenn dort Front gemacht wurde gegen Moskaus hegemonialen Machtanspruch.

Ostpolitik als Teil einer „neopatriotisch oder selbstquälerisch verklärten Pose“ (Geyer) hinderte die Deutschen daran, einen vernünftigeren Begriff von ihren Nachbarn zu gewinnen, einen Begriff, der auf Anschauung und Wissen beruht (wobei einzuräumen ist, daß möglicherweise die Wahrnehmung der Nachbarn in Ost und West von Deutschland qualitativ auch nicht viel höherstehender ist).

Ob die Baltische Historische Kommission seit den ersten Baltischen Historikertreffen im Jahr 1947 und mit ihrer institutionellen Fixierung unter dem Dach des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates im Jahr 1951 das Ziel verwirklichen kann, auf der „Schiene Wissenschaft“ einen wichtigen Beitrag zur perspektivischen Neuorientierung zu leisten, muß dahingestellt bleiben. Die konzeptionellen Vorüberlegungen unmittelbar nach dem „Zusammenbruch“ des Jahres 1945 und dem Verlust jeder Heimkehrhoffnung waren insgesamt wohl nicht umfassend genug und verharteten letztlich gewiß zu sehr im Bereich des strategisch Machbaren unter dem leitenden Gesichtspunkt der finanziellen und wissenschaftspolitischen Mangelverwaltung.

In dem bereits mehrfach erwähnten ungedruckten Rückblick hat der langjährige Vorsitzende der BHK, Reinhard Wittram (1902–73), der von 1951 bis zu seinem Tode an der Spitze der Kommission stand, nicht nur die ungewöhnlich harten Bedingungen für den Neuanfang in Göttingen unter der Federführung von Leonid Arbusow (1882–1951), Kurt Stavenhagen (1884–1951) und, wie ergänzt werden muß, seiner eigenen maßgeblichen Mitarbeit beschrieben; vielmehr setzte er sich 1972 rückblickend auch mit den Konzeptionen auseinander, nach denen bis 1945 gearbeitet wurde und die seitdem so nachdrücklich aufgegeben worden sind: Den „nationalpolitischen Impuls der Geschichtsschreibung“ sah er als erschöpft an und bekannte, daß dies für deutschbaltische Historiker ein Einschnitt gewesen sei. „In der deutschbaltischen Historiographie war der politische Sinnbezug nicht der einzige, wohl aber seit Carl Schirren die stärkste ihrer Traditionen (wie unter anderen Voraussetzungen auch bei den baltischen Staatsvölkern, manchmal bis in die Emigration hinein)“. Zwar sei nach Witttram der Einschnitt mit der Umsiedlung von 1939 größer und seelisch belastender gewesen als Flucht und Vertreibung 1945 trotz aller

Schrecken. Der Zusammenbruch habe erst die „Zeitgebundenheit und begrenzte Fruchtbarkeit“ des nationalhistorischen Interesses offenbart: „Nicht daß der deutschbaltischen Geschichtsforschung der landesgeschichtliche Horizont gänzlich verlorengegangen war, dafür war die jahrhundertealte Symbiose mit den angestammten Völkern des Landes zu stark. Wohl aber hatte bei vielen von uns ein nicht aus der wissenschaftlichen Erkenntnis stammendes und zugleich aus historischen Vorstellungen abgeleitetes Wunschdenken dominiert.“

Es ist bemerkenswert, daß R. Wittram 1972 ausdrücklich vor einer Wiederanknüpfung an landes- und volksgeschichtliche Betrachtungsweisen gewarnt hat, auch wenn er ihnen nicht jede Bedeutung bestreiten wollte. „Das Dach ist geborsten, auch über allen Landesgeschichten, weil es sie nur noch im offenen Horizont der Universalgeschichte geben kann, d. h. mit der Herausforderung des Vergleichens, der Relativierung, der gemeinschaftlichen Anstrengungen und der Geduld.“ Was mit solchen Grundsätzen konkret gemeint war, haben R. Wittram, Werner Conze (1910–86) und Arved Freiherr von Taube (1905–78) bereits auf dem 5. Baltischen Historikertreffen 1952 in bemerkenswerter Klarheit formuliert. Wittram warnte vor jeder Ideologiebildung im Zusammenhang mit der Rolle der Deutschen im baltischen Raum. Zwar habe die Bedrohung der „Vormauer-Stellung“ der Deutschen in den Ostseeprovinzen einst höchstes Pathos für sich beansprucht und darin habe auch „eine Wahrheit“ gesteckt; doch sei diese Teilwahrheit ideologisiert worden, indem sie den historischen Sinnzusammenhang absolut gesetzt und den Blick für den „immer nur relativen und zeitbedingten Charakter“ solcher Ausdeutungen verschlossen habe.⁵⁴ Die Antworten, die W. Conze auf die selbstgestellte Frage „Kann es heute noch eine lebendige Geschichte des Deutschtums in Ostmitteleuropa geben?“ formulierte, sind ebenfalls grundlegend für den Geist geworden, in dem wissenschaftliche Arbeit im Rahmen der Möglichkeiten der BHK konzipiert worden ist. Die Deutschen im Osten Ostmitteleuropas — Conze verwendet hier den Begriff „Streudeutschtum“ — hätten nach seiner Auffassung „jeden politischen Gesichtspunkt zur Sinngebung, zum Antrieb oder zur Revision für die Arbeit an der deutschen Geschichte im östlichen Mitteleuropa“ verloren, „weil die Deutschen dort ihre Streusiedlungslage

⁵⁴ Vgl. R. Wittram, *Geschichtswissenschaft und geschichtliche Wahrheit*, in: *Baltische Briefe* 8/9 (1952), S. 7.

einer politischen und gesellschaftlichen Verfassung verdankt hatten, die für immer vergangen ist, und weil eine Wiederherstellung der alten Wohnorte indiskutabel ist“. Gemeint ist die endgültige Überwindung der ständischen Gesellschaft und ihrer Kultur. Conzes Ausführungen münden in einen Aufruf zur Suche nach „Gemeinsamkeit mit den Nachbarvölkern des Ostens“.⁵⁵

Der Dreiklang dieser Bilanz von 1952 wird von A. v. Taube abgerundet, der sich erstaunlich kritisch über die deutschbaltische Geschichtsschreibung äußerte. Sie habe die historische Rechtsstellung der Deutschen gegen die Bedrohung von außen verteidigt, indem sie die „Leistungen des Deutschtums“ hervorhob. Ihr Grundton sei „Abwehr, Apologie“ gewesen.⁵⁶ Die Frage Fritz Fischers nach dem negativen Rußlandbild deutschbaltischer Emigranten und seiner Wirkung in Deutschland nimmt er bereits vorweg und erweitert sie: „Wie weit haben die deutsch-baltischen Anschauungen und Darstellungen das Bild bestimmt, das man sich in Deutschland von den baltischen Völkern machte?“. Der Wortlaut der Fortsetzung dieses Beitrages verdient es, gerade in der gegenwärtigen Phase der Kooperation festgehalten zu werden: „Inwieweit ist es auf unser Verhalten zurückzuführen, daß man auch heute noch in Deutschland von den baltischen Völkern verhältnismäßig wenig weiß? Die Tatsache, daß es selbständige baltische Staaten gegeben hat, ist nur in sehr geringem Maße in das politische Bewußtsein des deutschen Volkes eingegangen: die Preisgabe dieser Staaten an Rußland durch Hitler ist in Deutschland kaum bemerkt, geschweige denn verurteilt worden. Wäre nicht auch hier eine Überprüfung zeitbedingter Anschauungen am Platz, besonders hinsichtlich der Beurteilung der Leistungen der baltischen Völker in der kurzen Zeitspanne ihrer staatlichen Selbständigkeit?“ A. v. Taube plädierte energisch dafür, daß in den baltischen Ländern nicht ein „verlorenes deutsches Ostgebiet“, sondern ein „abgetrenntes Stück Europa“ gesehen werden müsse.⁵⁷

⁵⁵ Werner Conze, Kann es heute noch eine lebendige Geschichte des Deutschtums in Ostmitteleuropa geben?, ebenda, S. 8.

⁵⁶ Arved Freiherr von Taube, Vom Sinn der Beschäftigung mit baltischer Geschichte in heutiger Zeit, ebenda.

⁵⁷ Ebenda. Diese grundsätzlichen Bemerkungen von 1952 sind zumindest in Lettland durchaus gelesen worden, vgl. M. M. Duchanov und I. Ronis, Par dazām jaunā iezīmēm mūsdienu Baltijas historiogrāfijā Vācijas Federatīvajā Republikā (Über einige neue Merkmale der heutigen baltischen Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik Deutschland), in: Latvijas PSR Zinātņu Akadēmijas Vēstis 10 (1982), S. 35-51.

In der Konsequenz der hier geäußerten Auffassungen liegt die deutliche Trennung der BHK von den landsmannschaftlich geprägten Institutionen der Nachkriegszeit. Reinhard Wittram, Hellmuth Weiss (1900–92) und andere haben in dieser Frage auch Konflikte mit der Landsmannschaftsführung unter Georg Baron Manteuffel-Szoege (1889–1962) in Kauf genommen und die wissenschaftliche Arbeit unter dem Dach des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates in Marburg/Lahn in der Tradition der Gelehrten Gesellschaften des baltischen Raumes aufgenommen.⁵⁸ Wie erwähnt, wurde bewußt die Zusammenarbeit mit den estnischen, lettischen und auch mit den litauischen Wissenschaftlern im Exil gesucht. Wie A. v. Taube es formulierte, sollte allein „das Streben nach unbedingter Wahrheitserkenntnis mit wissenschaftlichen Mitteln“ für die Arbeit bestimmend sein.⁵⁹ Ob in der Praxis diese hoch angesetzten Maßstäbe immer eingelöst und eingehalten worden sind, muß dahingestellt bleiben.

III.

Angesichts der Wende in den Baltischen Republiken und der Festschreibung der Oder-Neiße-Grenze als endgültiger deutscher Ostgrenze müßte eigentlich davon ausgegangen werden können, daß nunmehr auch in Deutschland institutionell und in der Sache neu über Formen und Inhalte wissenschaftlicher Kooperation nachgedacht würde. Wertvolle Zeit ist bereits verlorengegangen. Andere haben früher reagiert und Baltische Zentren eingerichtet — etwa das Tartu-Institut in Toronto, das Baltische Zentrum in Stockholm, kürzlich die „British-Baltic Association“ unter Leitung von John Hiden in Bradford/England. Nur in der Bundesrepublik Deutschland ist trotz jahrelanger, vielfältiger Bemühungen interessierter Fachvertreter — die meisten von ihnen Mitglieder der Baltischen Historischen Kommission — gar nichts geschehen. Die Bundesregierung ist für die Einrich-

⁵⁸ Vgl. Georg von Rauch, Die deutschbaltische Geschichtsschreibung nach 1945, in: Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung (wie Anm. 22), S. 399–435, der aber die konzeptionellen Entscheidungen kaum behandelt. Zu den Gelehrten Gesellschaften: Hellmuth Weiss, Die historischen Gesellschaften, ebenda, S. 121–139.

⁵⁹ A. v. Taube, Vom Sinn (wie Anm. 56), S. 8.

tung neuer Forschungs- und Lehr-Schwerpunkte nicht zuständig; die Landesuniversitäten zögern, die Planung neuer Einrichtungen wie eines „Zentrums für baltische Studien“ zu empfehlen. Diese Zurückhaltung ist keineswegs nur auf Geldmangel zurückzuführen, obwohl naheliegt, daß solche Gründe in Zukunft verstärkt vorgeschoben werden dürften. Tatsächlich fehlt es vielmehr an deutschen Universitäten in den Geisteswissenschaften an Innovations- und Durchsetzungskraft.

Wie gesagt, geht es nicht mehr allein um „deutsche Geschichte“ in der Zone von „Streusiedlungen“ im östlichen Ostmitteleuropa, sondern um die Fähigkeit der Deutschen zu internationaler Kooperation angesichts tiefgreifender Wandlungen in Deutschland wie im baltischen Raum schlechthin. Die deutsche Universität ist nicht mehr elastisch genug, um auf solche Veränderungen rechtzeitig zu reagieren; die deutsche Öffentlichkeit hat nach den dramatischen Ereignissen des August/September 1991 erstaunlich rasch ihr lebhaftes Interesse an der Neuorientierung des baltischen Raumes am Westen verloren; es gibt nur wenige ermutigende Zeichen dafür, daß über kurzfristige Sensationen hinaus ein glaubwürdiger Fahrplan für wissenschaftliche Innovationen erarbeitet werden könnte.

Dazu gehört in erster Linie das sogenannte „Conze-Projekt“ einer „deutschen Geschichte im Osten Europas“, die in zehn Bänden, unter ihnen ein Band zu den „Baltischen Ländern“, erscheinen soll.⁶⁰ Die Konzeption stammt von Werner Conze und ist so „objektiv“ und nüchtern gehalten, daß niemand auf den Gedanken verfallen wird, hier könne ein wohlformuliertes Konzept von deutscher Leistung und Kulturträgerschaft ins Spiel gebracht werden. Frei von politischer Voreingenommenheit und psychischer Befangenheit wird von den Autoren des Bandes über die baltischen Länder darüber nachgedacht werden müssen, was jeweils überhaupt unter „deutsch“ verstanden werden kann.

Gewiß ist es richtig, daß bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert — genau bis zur Einführung der russischen Städteordnung 1877 und zur Nicht-Bestätigung der Privilegien nach dem Regierungsantritt Alexanders III. im Jahre 1881 — die Vorherrschaft von Deutschen an

⁶⁰ Der erste Band der Reihe soll 1992 im Siedler-Verlag Berlin erscheinen. Der Band über die Baltischen Länder ist für 1993 vorgesehen. W. Conzes Überlegungen sind von Klaus Zernack postum unter dem Titel: Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert. München 1992, herausgegeben worden.

Sonderrechte, „Privilegien“, gebunden war,⁶¹ die 1845 in kodifizierter Form vorlagen und auf die sich die Inhaber des privilegierten Status durchgängig seit dem ausgehenden 12. Jahrhundert berufen konnten. Allerdings muß um die Frage, was den Inhabern des privilegierten Status in Stadt und Land das Vorrecht jeweils eingebracht haben mag, wissenschaftlich gestritten werden.

Über die Rolle des deutschen Missionars, Kaufmanns, Vasallen kann trefflich argumentiert werden, solange klar bleibt, daß die Ureinwohner auf die Kolonisatoren nicht gewartet haben. Noch kürzlich hat Manfred Hellmann in einem streitbaren Aufsatz über „Der Deutsche Orden im politischen Gefüge Altlivlands“ davor gewarnt, seine Geschichtsmächtigkeit auch im Vergleich mit anderen Herrschaftsträgern wie z. B. der Kirche mit dem Erzbischof an der Spitze zu überschätzen: „Was blieb vom Deutschen Orden? ... Die letzten Ordensritter, soweit sie nicht gefallen waren oder gefangen wurden oder sich mit der Burg Wenden, dem Sitz des livländischen Meisters, in die Luft gesprengt hatten, lebten sie ihr Leben still und unauffällig zu Ende. Es blieben die Ruinen und Ordensburgen von Weißenstein über Fellin bis Ludsen und Bauske und Grobin ... Das, was stehenblieb bis heute, die Dome zu Riga und Reval ..., die Städte, die Schlösser der Vasallen auf dem flachen Lande, haben nicht die Ordensritter erbaut ... Noch blühen die Vasallengeschlechter der Buxhoevden, der Tiesenhausen, der von der Ropp, der Lieven, der Ungern-Sternberg, um nur ein paar Namen zu nennen. Von den Vasallen, die der Deutsche Orden ... ansetzte, sind wenige noch erhalten ... Was der Deutsche Orden in Preußen geschaffen hat, was dort die Zeiten bis 1945 überdauerte — in Livland hatte es keinen Bestand“.⁶²

Wer immer hier zustimmt oder widerspricht, er tut es nicht in erster Linie als Deutscher oder Lette, sondern als Historiker. Ebenso verhält es sich mit dem Thema „Livland und das Reich. Das Problem ihrer gegenseitigen Beziehungen“, das Hellmann 1989 für die Zeit bis zum Beginn des 15. Jahrhunderts untersucht hat. Die Ordenspropaganda habe noch auf dem Konzil zu Konstanz vergebens versucht, Hilfe des Kaisers mit dem Argument zu erlangen, die Litauer, d. h. die

⁶¹ Im Jahr 1841 ließ Otto Mueller (1813–67), Bürgermeister von Riga, aus den Landesprivilegien die „Landesprivilegien“ werden. Vgl. seine anonym erschienene Schrift: *Die livländischen Landesprivilegien und deren Confirmationen*. Leipzig 1841, 2. Aufl. 1868.

⁶² Vgl. *ZfO* 40 (1991), S. 481–499, Zitat S. 498.

Ungläubigen, müßten bekämpft werden. „Wer jetzt nach Hilfe rief, konnte dies nur mit dem Hinweis tun, daß sich hier im östlichen Ostseebereich Deutsche behaupten mußten. Das Motiv der „deutschen Nation“, der der Deutsche Orden dadurch diene, daß er des „armen (d. h. niederen) deutschen Adels Spital und Aufenthalt“ sei, begann jetzt eine große, schließlich die entscheidende Rolle zu spielen“. ⁶³ Hellmann verbindet diese Feststellungen mit dem Hinweis auf Forschungsdefizite. Weder gebe es eine Geschichte des Erzbistums Riga noch eine Untersuchung der Wandlungen in Livland im Spätmittelalter, „auch und gerade der Mentalität“. ⁶⁴

Nachdem nur noch wenige Professoren der mittelalterlichen Geschichte sich auf deutschen Lehrstühlen mit Livland beschäftigen, müßte auch hier die Kommission in die Lage versetzt werden, die Lücke zu schließen. Einst erreichte die deutsche Mediävistik in Riga, Reval und Dorpat einen besonders hohen Standard. ⁶⁵ Davon zeugen vorbildliche Editionen und grundlegende Darstellungen aus den Federn von Leonid Arbusow (1848–1912), Friedrich Georg von Bunge (1802–1897), Hermann Baron Bruiningk (1849–1927), Nicolaus Busch (1864–1933) und nicht zuletzt Leonid Arbusow jun. (1882–1951), der unmittelbar vor der Gründung der BHK in Göttingen verstorben ist und in besonderer Weise die Kontinuität der baltischen Forschung repräsentierte, gerade auch als Mitdirektor der „Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Rußlands“, gegründet in Riga 1834. ⁶⁶ Zum großen Nachteil der baltischen Mediävistik sind aber zwischen 1951 und 1965 mit Leonid Arbusow, Albert Bauer, Heinrich Laakmann und nicht zuletzt Paul Johansen vier besonders ausgewiesene Fachvertreter gestorben. Mit Recht weisen Manfred Hellmann und Klaus Neitmann in einem „Memorandum über die Aufgaben zur Erforschung des mittelalterlichen Livland“

⁶³ Vgl. Manfred Hellmann, Livland und das Reich. Das Problem ihrer gegenseitigen Beziehungen, in: Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 6 (1989), S. 1–35, Zitat S. 34 f.

⁶⁴ Ebenda, S. 35, Anm. 78.

⁶⁵ Das betonen M. Hellmann und K. Neitmann in einem „Memorandum über die Aufgaben zur Erforschung des mittelalterlichen Livland“ vom 12. September 1989 (ungedruckt). Vgl. auch W. Lenz, „Alt-Livland“ in der deutschbaltischen Geschichtsschreibung 1870 bis 1918, und von Georg v. Rauch, Die deutschbaltische Geschichtsschreibung nach 1945, in: Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung (wie Anm. 22), S. 203–232 und 408 ff.

⁶⁶ Vgl. zu den Namen deutschbaltischer Historiker: Deutschbaltisches biographisches Lexikon (DBBL) 1710–1960, hrsg. v. W. Lenz sen. Köln/Wien 1970.

vom 12. September 1989 darauf hin, daß es nur weniger zusätzlicher Finanzmittel bedürfe, um verbleibene Lücken in den Quelleneditionen zu schließen und neue archivalische Bestände — besonders aus Lübeck und dem Vatikan — zu erschließen. Immerhin konnte mit dem Historischen Staatsarchiv Lettlands in Riga ein Vertrag geschlossen werden, der sich auf die Edition des Bandes III der Livländischen Güterurkunden (1546–1561) bezieht. Erstmals ist es dabei gelungen, neben einer öffentlichen Finanzierung des Vorhabens auch Stiftungsgelder in erheblichem Umfang einzuwerben.

Niemand, der sich mit dem livländischen Mittelalter beschäftigt, wird an der jahrhundertelangen Präsenz der „Deutschen“ vorbeigehen können; auch die traditionelle deutsche Forschung mit ihrem deutlichen Schwerpunkt in der Mediävistik hat einen gewichtigen Platz in der baltischen Regionalforschung. Wie H. Hellmann und K. Neitmann in ihrem Memorandum aber zu Recht ausführen, scheint es angesichts der hier knapp charakterisierten Mängel denkbar, „daß die deutsche historische Forschung aus einem Felde ausgeschlossen wird, das zu ihrem Aufgabenbereich gehört, auf dem aber polnische, russische und insbesondere estnische und lettische Forscher in den letzten Jahren, begünstigt von den obwaltenden Umständen, eifrig zu arbeiten begonnen haben.“⁶⁷ Auf dem Spiel steht also die Erhaltung der Fähigkeit zur Zusammenarbeit auf längere Sicht.

Es gibt verschiedene Forschungsbereiche, in denen seit fast vierzig Jahren von deutscher Seite fast gar nichts geschehen ist; andere wiederum sind mit einer gewissen Planmäßigkeit stark gefördert worden. Zu den vernachlässigten Gebieten gehört die Geschichte der livländischen Reformation, über die seit Arbusows grundlegender Gesamtdarstellung und R. Wittrams Zusammenfassung in der „Baltischen Kirchengeschichte“, dem Sammelwerk der BHK von 1956, faktisch nicht mehr gearbeitet worden ist.⁶⁸ Gefördert wurde hingegen auf einer breiten archivalischen Grundlage die Stadtgeschichtsforschung Revels vom 17. bis zum 19. Jahrhundert, auch durch Dissertationen, die an verschiedenen deutschen Universitäten vorgelegt worden sind. Einen besonderen Widerhall in Estland hat das grundlegende Werk

⁶⁷ Memorandum, S. 7.

⁶⁸ Vgl. Leonid Arbusow, Die Einführung der Reformation in Liv-, Est- und Kurland. Leipzig 1921, Reprint Aalen 1964; R. Wittram, Die Reformation in Livland, in: ders. (Hrsg.), Baltische Kirchengeschichte. Göttingen 1956, S. 35–56.

von Paul Johansen und Heinz von zur Mühlen, „Deutsch und Undeutsch im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Reval“ gefunden, erschienen 1973.⁶⁹ Hier wird auf breiter Basis das wirtschaftliche, soziale, rechtliche, kirchliche und kulturelle Leben in der Stadt analysiert. Das Werk möge für andere Beispiele stehen, die sich nun keineswegs auf das „deutsche“, sondern alle auf das ganze Reval beziehen. Da freilich die Bürgerschaft in den „Großen Gilden“ der Kaufleute und in den „Kleinen Gilden“ der Handwerker organisiert war und der Rat sich jeweils aus der Kaufmannschaft selbst kooptierte, muß jeder, der sich mit Revaler Stadtgeschichte beschäftigen will, deutschsprachige Quellen benutzen. Von den 184 Regalmetern Akten des Revaler Stadtarchivs, die im Oktober 1990 vom Bundesarchiv Koblenz nach Reval zurückgegeben wurden, sind über 90 % in deutscher Sprache abgefaßt.⁷⁰

Besonders kontrovers war in den letzten Jahren zwischen estnischen Sozialhistorikern unter Leitung von Juhan Kahk und deutschen Fachleuten die Beurteilung der ritterschaftlichen Reformpolitik zwischen dem ausgehenden 18. Jahrhundert und der Mitte des 19. Jahrhunderts, als mit den Agrargesetzen von 1856 in Estland, 1860 in Livland und 1863 in Kurland der Übergang von der Frone zur Geldpacht und zum Bauernlandverkauf eine neue Grundlage erhielt.⁷¹ In dem langen Reformprozeß mit einem ständigen Auf und Ab zwischen konservativem Beharrungsvermögen ständischer Provenienz und „liberalem“ Veränderungswillen im Namen einer agrarökonomischen Doktrin, die vom nikolajitischen Staat nur in den Ostseeprovinzen gestützt wurde, sah

⁶⁹ Erschienen in der Reihe des J. G. Herder-Forschungsrates Marburg: Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart Bd. 15, Köln/Wien 1973. Vgl. auch den Forschungsbericht von Heinz von zur Mühlen, *Revals Geschichte im Schrifttum der Nachkriegszeit*, in: *ZfO* 38 (1989), S. 558–569.

⁷⁰ Vgl. W. Lenz, *Das Revaler Stadtarchiv. Bemerkungen zu seiner Geschichte, seinen Archivaren und seinen Beständen*, in: *Reval und die baltischen Länder. Festschrift für Hellmuth Weiss zum 80. Geburtstag*, hrsg. v. J. v. Hehn und C. J. Kenéz. Marburg/Lahn 1980, S. 233–242.

⁷¹ Vgl. Juhan Kahks Hauptwerke: *Die Krise der feudalen Landwirtschaft in Estland. Das zweite Viertel des 19. Jahrhunderts*. Tallinn 1969; ders., *Murrangulised neljakümnendad (Die Wende der vierziger Jahre)*. Tallinn 1978; ders., *Peasant and Lord in the Process of Transition from Feudalism to Capitalism in the Baltics*. Tallinn 1982; ders., *„Ostzejskij put“ perechoda ot feodalizma k kapitalizmu*. („Der Ostsee-Weg“ in der Periode vom Feudalismus zum Kapitalismus). Tallinn 1988. Dazu meinen kritischen Beitrag: *Juhan Kahk's Interpretation of Feudal Agrarian Economy in Estonia and Northern Livonia, 1825–1850: A Review Article*, in: *Journal of Baltic Studies* 9 (1978) S. 367–374.

die estnische Forschung vor allem die „reaktionäre Rolle“ des immatrikulierten Adels,⁷² der stets seinen eigenen Vorteil im Auge gehabt und im übrigen den Druck auf die „Nationalen“, die estnische und lettische Landbevölkerung, verstärkt habe.

Im Gegensatz dazu betonte R. Wittram nicht nur den „sozialethischen Impuls“ beim „livländischen Mirabeau“, Hamilcar Baron Fölkersahm (1811–56);⁷³ für ihn verdichtete sich vielmehr das Vorgehen der Ritterschaften in Zusammenarbeit mit Vertretern der Kirche zu einer „Reformepoche“, in der die Ritterschaften aus Fürsorge für die „Nationalen“ im Rahmen ihrer ständisch geprägten Ordnungsvorstellungen planmäßig Landesaufbau betrieben hätten.⁷⁴ In neueren Darstellungen wurde diese Sicht der Verfassungs- und Agrarpolitik deutlich relativiert, gleichzeitig aber die vollständige Verurteilung der ritterschaftlichen Reformpolitik gleichfalls in Zweifel gezogen.⁷⁵

Es hat den Anschein, daß sich aus der 15jährigen Kontroverse eine gewisse Annäherung der Standpunkte entwickelt hat, auch wenn sich die Unterschiede in den Ansätzen und Forschungsmethoden nicht aufheben lassen. Die Erforschung der baltischen Geschichte des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts müßte aus bestimmten Fixierungen gelöst werden. Weder „Fürsorge“ noch planmäßige „Unterdrückung“ bieten einen tragfähigen begrifflichen Interpretationsrahmen.

Die Aufklärungs-Tagung in Reval im Herbst 1989 legte im übrigen die Frage nahe, ob für das Beziehungsfeld zwischen Deutschen und „Nationalen“ in den Ostseeprovinzen der Begriff der Ständegesellschaft noch ausreicht. Die größtenteils aus Deutschland stammenden Aufklärungspublizisten wie Johann Georg Eisen von Schwarzenberg (1717–79), Wilhelm Christian Friebe (1761–1811) oder August Wil-

⁷² Zitat J. Kahk, *Peasant and Lord* (wie Anm. 71), S. 105 ff.

⁷³ Vgl. R. Wittram, *Methodologische und geschichtstheoretische Überlegungen zu Problemen der baltischen Geschichtsforschung* (wie Anm. 23), S. 617. Den Ausdruck „Livländischer Mirabeau“ hat Theodor Heuss auf F. angewendet, um seine revolutionäre Agrarpolitik zu unterstreichen. Vgl. „Schattenbeschwörung“ (1949).

⁷⁴ Vgl. den Untertitel zu R. Wittrams grundlegendem Werk: *Meinungskämpfe im baltischen Deutschtum während der Reformepoche des 19. Jahrhunderts*. Riga 1934.

⁷⁵ Vgl. G. v. Pistohlkors, *Ritterschaftliche Reformpolitik zwischen Russifizierung und Revolution*. Göttingen 1978, S. 43–114 (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft. 48); Michael Haltzel, *Der Abbau der deutschen ständischen Selbstverwaltung in den Ostseeprovinzen Rußlands 1855–1905*. Marburg/Lahn 1977 (Marburger Ostforschungen. 37).

helm Hupel (1737–1819), aber auch die Livländer Heinrich Johann v. Jannau (1753–1821) und der Pastorensohn Garlieb Merkel (1769–1850), der wie die anderen Genannten mit seinen „Letten“ (1797) vehement für die Abschaffung der Leibeigenschaft und die Rettung der kleinen Völker eintrat, — alle diese „Literaten“ sind nicht mehr nur Vertreter eines Bürgerstandes;⁷⁶ sie sprechen vielmehr im Namen einer Gesellschaft der Gebildeten, die von Königsberg und Berlin und der Mitte Deutschlands, Thüringen, Sachsen, Niedersachsen, durch Publikationen in deutscher Sprache geprägt wurde, aber im Prinzip übernational nach Gleichgesinnten suchte. Die Stellung der Deutschen im baltischen Raum ist also von den Anfängen an keineswegs nur aus der Region geprägt. Vielmehr zeigt die Geschichte der „Aufseglung“ durch Kaufleute, Missionare und Adelige, die Wirkung der deutschen Reformation, des Pietismus und der Aufklärung, daß mit der Einwanderung aus Deutschland auch die großen Kulturbewegungen aus den Zentren Europas in den baltischen Raum einströmten.

Die ganze gemeinsame Geschichte steht zur Diskussion, möglicherweise auch die Geschichte zwischen Deutschen und Litauern, wenn es gelingt, auf der Basis neuer Archivstudien auch die Geschichte der gemeinsamen Zugehörigkeit — Livlands und Kurlands — zu Polen zwischen 1561 und 1621 bzw. 1795⁷⁷ aufzuarbeiten. Die estnische Geschichtswissenschaft hat sich nach 1944 stark auf die skandinavisch-baltischen Beziehungen geworfen: einmal weil es wohl langweilig war, die Epoche der Zugehörigkeit zum Russischen Reich zwischen 1710 und 1917 — und danach die Aufnahme in die Sowjetunion 1940 — gleichermaßen immer nur loben zu müssen; zum anderen aber auch, weil die Periode der massiven Eingriffe in die Vorrechte des Adels im Zeitalter des schwedischen Absolutismus als frühe Epoche relativer estnischer lokaler Eigenständigkeit angesehen werden kann.⁷⁸

Eine wachsende Rolle dürfte in Zukunft auch die Wirtschaftsgeschichte spielen, zumal Begriffsbildungen wie „kommerzialiserte Landwirtschaft“ und Entstehung einer kapitalistischen Wirtschaft für

⁷⁶ Nähere Angaben zu den Genannten in DBBL.

⁷⁷ Nach dem Zusammenbruch der Herrschaft des Deutschen Ordens kam Estland 1561 zu Schweden, Livland bis 1621 zu Polen; Kurland war bis zur dritten polnischen Teilung ein Herzogtum unter polnischer Oberhoheit.

⁷⁸ Eine Darstellung der Geschichtsforschung unter sowjetischer Herrschaft fehlt, vgl. aber die „Baltische Bibliographie. Schrifttum über Estland und Lettland“, jeweils in Heft 4 der ZfO (1954–77 von H. Weiss, 1978 ff. von P. Kaegbein). Ein besonderer Kenner der schwedischen Zeit ist Helmut Piirimäe, Universität Tartu, früherer Dorpat.

den baltischen Raum im 19. Jahrhundert noch nicht genügend geklärt erscheinen. Wieviel deutsches Kapital etwa in der Entwicklung Rigas zur Großstadt steckte, müßte erneut überprüft werden.⁷⁹ Die Baltische Historische Kommission hat im wesentlichen aus Quellenmangel die Wirtschaftsgeschichte der neueren Zeit erheblich vernachlässigt. An dieser Stelle kann allerdings nur knapp festgestellt werden, daß für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts Untersuchungen aus Dorpat und Riga vorliegen, die nachweisen, daß das ökonomische Übergewicht des deutschen Großgrundbesitzes weniger durchschlagend gewesen ist als bisher angenommen.⁸⁰ Die estnischen und lettischen „Kleingrundbesitzer“ — damals „Gesindewirte“ genannt — haben sich besonders in der Viehzucht und mit technischen Verbesserungen auf ihren durchschnittlich immerhin über 30 ha großen Höfen besser behauptet als mancher Besitzer eines Rittergutes, der es schwierig fand, das nötige Kapital zu mobilisieren, um eine eigene Wirtschaft aufzubauen.

Auf zahlreichen Tagungen ist über Probleme gerade auch des 19. Jahrhunderts gehandelt worden, nicht zuletzt wegen der Tatsache, daß sich von den 1860er Jahren an nationale Bewegungen der Letten und Esten, später der Litauer gegen die polnische Oberschicht und mehr noch gegen die russische Bürokratie, durchzusetzen begannen.⁸¹ Auch hier genügt es nicht, primär auf die internationalen Beziehungen zu schauen und die regionalen Veränderungen in Stadt und Land sowie die sozialen Gruppenzugehörigkeiten weitgehend aus den Augen zu lassen. Natürlich gab es den deutsch-lettischen, weniger schon den deutsch-estnischen Gegensatz in zahlreichen politischen Fragen, insbesondere im Hinblick auf die Beteiligung an Entscheidungen in Stadt und Land auf Provinz- und Lokalebene, in Schule und Kirche. Dank der großen Behinderungen durch fast fünfzig Jahre Sowjetregime feh-

⁷⁹ Vgl. W. Lenz, *Die Entwicklung Rigas zur Großstadt*. Kitzingen 1954.

⁸⁰ Entsprechende Untersuchungen haben Lida Balēvica in einem ungedruckten deutschsprachigen Manuskript (1985) und Tiit Rosenberg, Universität Tartu/Dorpat, gemacht, vgl. z. B.: Über die Ausdifferenzierung der sozialen Schichtung im estnischen Dorf in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *National Movements in the Baltic Countries during the 19th Century*. Stockholm 1985, S. 245–58 (*Studia Baltica* Stockholmiensia. 2.).

⁸¹ Neben dem schon erwähnten Band über die Baltischen Provinzen zwischen 1905 und 1917 und dem in Anm. 80 erwähnten Tagungsband aus Stockholm wäre noch die Tagung von 1985 in Marburg über „Bevölkerungsverschiebungen und sozialer Wandel in den Baltischen Provinzen Rußlands 1855–1905“ zu erwähnen, deren Ergebnisse leider noch nicht gedruckt vorliegen.

len der Forschung für eine „objektive“ Einordnung solcher Gegensätze jedoch wichtige Voraussetzungen. Die Rolle der russischen Bürokratie, die nach 1888 die ständische Selbstverwaltung weitgehend an den Rand drängte, ist fast noch gar nicht erschlossen worden: Was die Gouverneure der Gouvernements etwa gewollt und bewirkt haben, ist nur partiell bekannt und untersucht.⁸²

Für eine ausgewogene Wertung der interethnischen Beziehungen wäre es auch wichtig zu wissen, wo kooperiert wurde und wann Gegensätze manifest wurden. Für die „Lettisch-Literarische Gesellschaft“ unter Leitung von August Bielenstein (1826–1907) liegt eine gründliche, nun aber doch recht alte Untersuchung vor, die das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Interessen zwischen deutschen Literaten und lettischen Mitgliedern der älteren nationalen Bewegung unter Führung von Krišjānis Kalniņš (1847–85), Bernhards Dīriķis (1831–92) und Alexander Wäber (1848–1910) herausgearbeitet;⁸³ es fehlen aber weitgehend gesicherte Kenntnisse über das Vereinsleben in den großen und kleineren Städten des baltischen Raumes; jedenfalls dürfte hier das deutsche Beispiel in vieler Hinsicht Schule gemacht haben. In keiner Weise kann ohne gründliche Recherchen ausgeschlossen werden, daß auf vielen Ebenen ohne allzu viel Rücksicht auf ethnische Zugehörigkeiten zusammengearbeitet worden ist, nicht zuletzt im Gesundheitswesen. Riga war auch als größter Exporthafen des Russischen Reiches und als drittgrößte Stadt mit über 520 000 Einwohnern bis 1917 eine deutsch geführte Stadt. „The Tsar’s Most Loyal Germans“ (Anders Henriksson)⁸⁴ haben es jedenfalls zwischen 1870 und 1917 mit einer Verfünffachung der Stadtbevölkerung zu tun gehabt, wobei der größte Zuzug aus der ländlichen Umgebung stammte.⁸⁵ Unter deutscher Führung wurde aus einer zahlenmäßig deutsch

⁸² Darauf habe ich in meinem Rigaer Vortrag von 1983, gedruckt in „Germanija i Pribaltika“ 1985 (Anm. 35), hingewiesen, vgl. S. 76.

⁸³ Vgl. G. v. Pistohlkors, Das Urteil Alexander Wäbers über das Scheitern der lettischen nationalen Bewegung und die Ursachen der lettischen Revolution von 1905/06, in: Das Vergangene und die Geschichte. Festschrift für Reinhard Wittram zu seinem 70. Geburtstag, hrsg. v. R. v. Thadden et al. Göttingen 1973, S. 232–271, bes. S. 243 ff.

⁸⁴ Dies ist der Titel eines wichtigen Buches mit dem Untertitel: The Riga German Community: Social Change and the Nationality Question, 1855–1905. Boulder 1983.

⁸⁵ Vgl. Wilfried Schlu, Der Wandel in der sozialen Struktur der baltischen Länder, in: ders., Gegen den Mahlstrom der Zeit. Stuttgart 1990, S. 241–264. Dass. auch in: Die baltischen Nationen Estland, Lettland, Litauen. 2. Aufl., Köln 1991, S. 357–81 (leicht verändert).

dominierten Stadt eine Metropole mit lettischer Bevölkerungsmajorität.

Angesichts der großen Last, die Estland, Lettland und Litauen unter russischer Vorherrschaft innerhalb der Sowjetunion erdulden mußten und auch jetzt noch mit der großen russischen Bevölkerungsgruppe zu tragen haben, sind die Bedrückungen durch Deutschland und die deutsche Oberschicht im estnischen und lettischen Siedlungsraum weitgehend aus dem Bewußtsein verdrängt worden. Es kann jedoch gar nicht ausbleiben, daß mit einer Wiedergewinnung unabhängiger Forschungskapazitäten in Kürze der deutsche Anteil an der Tragödie des Baltikums im 20. Jahrhundert wieder stärker in das Blickfeld treten wird. Keine Region hat prozentual zu ihrem Bevölkerungsanteil mehr Menschen im Ersten und Zweiten Weltkrieg verloren als die Balten,⁸⁶ wie nunmehr in erster Linie die Esten, Letten und Litauer genannt werden und nicht mehr die Deutschbalten, deren historische Rolle seit 1939 ausgespielt ist (auch wenn es noch jahrzehntelang Abkömmlinge dieser Gruppe geben wird, die sich ein historisches Bewußtsein für die fast 800jährige Geschichte bewahren werden).

An diesen Vorgängen der Vernichtung und Bevölkerungsumsetzung haben Deutsche einen erschreckenden Anteil. Es wird gewiß für estnische und lettische Forscher nach vollständiger Öffnung der historischen Archive besonders interessant sein, die Okkupationszeiten in den beiden Weltkriegen und nach 1944 genauer zu untersuchen. Auch die entscheidenden Wendepunkte in der Geschichte der deutschbaltischen Oberschicht hängen eng mit der reichsdeutschen Okkupation zusammen: die Verdrängung der Bolschewisten vom baltischen Festland zwischen 1918 und 1919, die militärische Niederlage der deutschen Verbände und der Baltischen Landeswehr gegen estnische und lettische Truppen in der Schlacht bei Wenden/Cēsis im Juni 1919 und der Beginn der estnischen und lettischen Eigenstaatlichkeit mit dem Anfang vom Ende der deutschen Oberschicht durch die radikale Güterernteignung in beiden Ländern.⁸⁷ Die Hälfte der Angehörigen des deutschen Adels verließ verarmt die Region. Die neuen Staaten wurden mit Abstand die größten Wald- und Landbesitzer, auch

⁸⁶ Ebenda, S. 262 f., S. 367–73.

⁸⁷ Zur Schlacht bei Wenden kann man sich am zuverlässigsten in Band II des Sammelwerks „Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten“ (1977) (vgl. Anm. 13) informieren.

wenn ein Großteil des Bodens an Siedler ausgegeben wurde. Aus der deutschbaltischen Oberschicht wurde besonders in Estland eine loyale Minderheit, die sich von 1925 an auf ein vorbildliches Minderheitenrecht stützen konnte.⁸⁸ In Lettland freilich wurden insbesondere nach 1934, als die Ein-Mann-Herrschaft von Ulmanis sich auch gegen die deutsche Minderheit richtete und diese wiederum auf die Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Deutschland zu hoffen begann, der ethnische Unterschied immer stärker politisiert.⁸⁹ Jürgen von Hehn hat in seinem gewichtigen Buch über die Umsiedlung der Deutschbalten mit dem Untertitel „das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte“ nicht nur das Ende nach dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August bzw. 28. September 1939 benennen, sondern seine Auffassung kennzeichnen wollen, daß die deutschbaltische Jugend in Estland und insbesondere in Lettland keine lebenswerte Zukunft mehr gehabt hätte.⁹⁰ Dieses abschließende Urteil ist nicht unumstritten.⁹¹ Es zeigt aber an, daß Werner Conze mit seiner Zuweisung der deutschen Dominanz in der Region an einen Verfassungszustand der Vormoderne nicht unrecht hatte. Man wird von Zwangsläufigkeiten sprechen müssen, selbst wenn es natürlich zutrifft, daß die Mehrheitsvölker die Deutschbalten nicht aus dem Lande gewiesen haben. Auch sind die Umsiedler nicht freiwillig gegangen. Sie haben aber auch das Schicksal ihrer „Heimatgenossen“ (R. Wittram) nicht teilen wollen.

Gefordert ist eine sozialgeschichtliche Untersuchung des Grenzraumes zwischen dem lateinischen und dem slavischen Europa im Bereich der östlichen Ostsee.⁹² Historische Demographie, die Geschichte gruppenspezifischer Verwandtschaftsbeziehungen, Mobilität und Änderungen in Ausbildung, Beschäftigung und Beruf, Auf- und Abwärtsbewegungen auf der sozialen Skala müßten ebenso neu unter-

⁸⁸ Grundlegend für die Zwischenkriegszeit: Georg von Rauch, *Geschichte der baltischen Staaten*. 4. Aufl., München 1990.

⁸⁹ Neben v. Rauch ist hier vor allem das grundlegende Werk von J. v. Hehn, *Die Umsiedlung der baltischen Deutschen — das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte*. Marburg/Lahn 1982 (Marburger Ostforschungen. 40.) zu nennen. Es enthält eine umfassende Analyse der dreißiger Jahre und ihrer Vorgeschichte.

⁹⁰ Ebenda, S. 37 ff., S. 198 f.

⁹¹ Vgl. die anerkennende, aber zugleich kritische Rezension von M. Garleff, in: *Jahrbuch des baltischen Deutschtums* 30 (1983), S. 194–98.

⁹² Conze hat in seinem Entwurf zur Einleitung in die 10bändige „*Deutsche Geschichte im Osten Europas*“ zwischen einem lateinischen und slavischen Europa unterschieden.

sucht werden wie Aspekte der Kultur- und Mentalitätsgeschichte in allen Jahrhunderten.⁹³

Der Grenzbereich im Nordosten Europas ist auf lokaler und regionaler Ebene so lange und so stark durch Deutsche mitgeprägt worden, daß weder Esten, Letten und Litauer noch andere Völker Ostmitteleuropas ihre Geschichte ohne Bezug auf die „deutsche Geschichte“ begreifen können. Das trifft insbesondere auf die Esten und Letten zu, die bis ins 20. Jahrhundert hinein mit einer deutschen führenden Schicht, wenn auch unter jeweils sich wandelnden Bedingungen, leben mußten. Bei der Wiederentdeckung bzw. Wiederbelebung der gemeinsamen Geschichte wäre es freilich vonnöten, wenn im Sinne einer besseren Gestaltung der Zukunft auch der Mittlerrolle gedacht würde, die der baltische Raum zwischen West und Ost hat einnehmen können. Jahrhundertlang waren Mitau, Wilna, Riga, Dorpat, Reval und Narwa wichtige Stationen auf dem Wege von West- und Zentralropa nach St. Petersburg ebenso wie in umgekehrter Richtung.⁹⁴

⁹³ Hier soll keinen modischen Neuerungen das Wort geredet werden. Vielmehr leistet die estnische Sozialhistoriographie unter Leitung von J. Kahk — für das Spätmittelalter und die frühe Neuzeit unter Enn Tarvel, Tallinn/Reval — bereits Erhebliches zu neuen Ansätzen. Im Exil scheint mir A. Plakans mit seinen Studien zu Verwandtschaftsbeziehungen — kinship studies — am weitesten gediehen zu sein. Es ist dabei überhaupt nicht einzusehen, warum nicht die traditionelle deutschbaltische Genealogie in diesem Sinne erweitert werden könnte. Ansätze dafür sind vorhanden.

Vgl. etwa: Juhan Kahk, Halliki Uibu, Familiengeschichtliche Aspekte der Entwicklung des Bauernhofes und der Dorfgemeinde in Estland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften, hrsg. v. J. Ehmer und M. Mitterauer. Wien/Köln/Graz 1986, S. 31-101.

Enn Tarvel, Der Haken. Die Grundlagen der Landnutzung und der Besteuerung in Estland im 13.-19. Jahrhundert. Tallinn 1983. Andrejs Plakans, Peasants, Intellectuals, and Nationalism in the Russian Baltic Provinces, 1820-90, in: Journal of Modern History 46 (1974), S. 445-475. Ders., Identifying Kinfolk beyond the Household, in: Journal of Family History (o. J.).

⁹⁴ Die Mittlerrolle betont etwa Georg v. Rauch, Baltische Beiträge zur Vermittlung russischer Literatur in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1973), in: Aus der Baltischen Geschichte. Hannover-Döhren 1980, S. 390-425 (Beiträge zur baltischen Geschichte. 9.).

Die Deutschen in der Kulturgeschichte Lettlands unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaftsgeschichte

von Jānis Stradiņš

Das „dritte Erwachen“ des lettischen Volkes: Nationale Identität und europäische Traditionen

Das Jahr 1991 geht in die Geschichte der drei baltischen Völker dadurch ein, daß sie nach der 50jährigen Herrschaft des kommunistischen Totalitarismus ihre staatliche Unabhängigkeit wiedererlangt haben und ihren weiteren Weg selbst wählen können. Seit 1987/88 ist Lettland, wie auch die anderen baltischen Sowjetrepubliken, durch einen von Gorbatschows „Perestroika“ induzierten Aufschwung der öffentlichen Meinung gekennzeichnet, den der Autor dieses Beitrages in seiner Ansprache im Plenum des Schriftstellerverbandes Lettlands am 1. und 2. Juni 1988 in Riga als *trešā atmoda* (das dritte Erwachen) zu bezeichnen empfohlen hat. Diese Bezeichnung wurde später von der Volksfront Lettlands in ihrem ersten Programm übernommen und hat sich inzwischen eingebürgert (1). Dieses „Erwachen“ bedeutet zugleich Befreiung von den Stereotypen der kommunistischen Ideologie, Wiedererlangung des nationalen Selbstbewußtseins, Erforschung der historischen Wurzeln und Suchen des künftigen Weges.

Das Phänomen des „dritten Erwachens“ umfaßt das politische, ökonomische und geistige Erwachen. Dabei geht das geistige Erwachen — ebenso wie während der Periode des „ersten Erwachens“ des lettischen Volkes zur Zeit der Regierung Alexanders II. mit den Jungletten Kr. Valdemārs und Kr. Barons in den 60–70er Jahren des 19. Jahrhunderts oder während des „zweiten Erwachens“ der Jahre 1915–1919 — zeitlich dem politischen Erwachen voraus und begünstigt dieses (2). In solchen Perioden einer historischen Wende sind die Völker auf der Suche nach nationaler Identität, nach der „Mission des Volkes“. Man beginnt, ökonomische Positionen aufzubauen wie mit

* Anm. d. Red.: Die vom Autor im Text angemarkten Literaturhinweise haben den Charakter einer Auswahlbibliographie, so daß sie der besseren Übersichtlichkeit halber nicht auf jeder Seite, sondern am Ende des Artikels abgedruckt werden.

der Agrarreform in Lettland 1920, oder durch kulturelle Neuorientierung im Rückgriff auf überlieferte Werte, z. B. der Folklore, traditionelle Aspekte für die Zukunft zu sichern. Dabei spielt das nationale Selbstbewußtsein eine erhebliche Rolle, besonders, wenn man sich von dem nationalen Nihilismus, dem Pseudointernationalismus kommunistischer Prägung zu befreien sucht. Durch Hypertrophie allerdings könnten das Volk und der neuzubildende baltische Staat in einen Isolationismus innerhalb der internationalen kulturellen Gemeinschaft geraten. Deshalb ist es sehr wichtig, ein Gleichgewicht zwischen der nationalen Identität und der Zugehörigkeit zur Weltkultur anzustreben.

Generell läßt sich über die lettische und die europäische Komponente in der Geschichte Lettlands folgendes sagen: Die Letten bilden zahlenmäßig ein kleines Volk von etwa 1,6 Millionen in der ganzen Welt, davon 1,39 Millionen in Lettland, das offenbar als einziges Volk in Europa im 20. Jahrhundert abgenommen hat — im Vergleich zu 1930 ist die Gesamtzahl der Letten etwa gleich geblieben (3). Nach der Volkszählung von 1989 bilden Letten 52 % der Einwohner, sind also fast zur Minorität in ihrem Vaterland geworden, in Riga gibt es nur noch 36,5 % Letten. Unter diesem Aspekt werden die verzweifelten Bestrebungen des lettischen Volkes verständlich, die nationale Identität, die Mentalität, die traditionelle Kultur zu wahren. Für ein kleines Volk, dessen Existenz unablässig bedroht war, ist diese Identität von vitaler Bedeutung; sie gilt nahezu als höchster Wert — und die staatliche Unabhängigkeit wird als Grundbedingung angesehen für die Weiterexistenz des lettischen Volkes im 21. Jahrhundert.

Die lettische Nation hat sich aus den baltischen Stämmen der indogermanischen Völkergemeinschaft gebildet, die in das heutige Gebiet vom Oberlauf der Flüsse Dnepr — Weichsel — Oder gegen Ende des 3. Jahrhunderts v. Chr. gekommen sind, wobei die Ureinwohner finnougrischer Herkunft assimiliert wurden. Zusammen mit den Litauern bildet das lettische Volk eines der beiden noch heute lebendigen Völker des alten baltischen Zweiges der Indogermanen, mit der altertümlichen Sprache, der ungewöhnlich reichen Folklore, Mythologie, Ethnographie. Wie Rudolf Virchow im Jahre 1877 muß man sich wundern, daß die lettischen Stämme an den Scheidewegen der Völker, zwischen den großen Kulturräumen Deutschlands, Polens, Rußlands, Skandinaviens auf dem lebhaften Dünahandelsweg, an der von dauernden Kriegen heimgesuchten Ostseeküste, unter einer 700jährigen Fremdherrschaft sich nicht nur erhalten, sondern zu einer Nation

zusammengeschlossen und dabei die livischen (finnougrischen) Ureinwohner assimiliert haben (4, 5).

Die Letten haben nicht nur ihre alte Folklore erhalten (die im 19. und 20. Jahrhundert von Fr. Brīvēznieks, K. Barons, P. Šmits u. a. gesammelt wurden), sondern auch im 19.-20. Jahrhundert eine eigenständige Literatur und Kunst geschaffen, Wertvolles in der Wissenschaft geleistet, im Jahre 1918 ihren unabhängigen Staat *Latvija* erkämpft und 1991 diese Unabhängigkeit wiedererlangt. Die Erfolge der ersten Republik Lettlands (1918–1940) in der Landwirtschaft, in Kultur und Bildung, auch bei der Lösung der nationalen Frage sind bemerkenswert. Diese Faktoren insgesamt bewirken die dominierende Rolle der nationalen Komponente in Bewußtsein der heutigen Letten.

Doch in der Geschichte Lettlands hat auch immer ein zweites Moment gewirkt — das Baltikum als Brücke auf dem großen Ost-West-Weg, die kommunikative Funktion des baltischen Raumes zwischen West und Ost, zwischen Rußland und Deutschland. Die geographische Lage des lettischen Raumes ist nicht nur sein Elend, sondern auch sein Reichtum in der Vergangenheit gewesen und wird es auch in der Zukunft sein.

Der deutsche Einfluß in der Kulturgeschichte Lettlands

Jahrhundertlang haben Deutsche diese kulturelle, ökonomische und politische Verbindung im baltischen Raum verwirklicht; seit dem 13. Jahrhundert in der *Terra Mariana*, später in den drei Ostseeprovinzen Rußlands — nicht nur als „Unterjocher der Letten“, wie eine früher von lettischer Seite vertretene Ansicht lautet, sondern auch als Träger der europäischen Kulturmission. Durch deutsche Vermittlung ist das Christentum nach Livland, in das spätere Lettland gekommen (es wurde den heidnischen Stämmen im 12./13. Jahrhundert mit Gewalt aufgedrängt); viele europäische Kulturelemente und damit auch die Wissenschaft, die moderne Zivilisation, die moderne Medizin usw. wurden von Deutschen eingeführt. Träger der europäischen Komponente in Lettland in den früheren Jahrhunderten bis zum Jahre 1918 und sogar bis zur Umsiedlung nach dem Molotow-Ribbentrop-Pakt 1939 waren überwiegend Deutsche und insbesondere Deutschbalten.

Deshalb wurde schon zu Beginn des „dritten Erwachens“, etwa seit 1986, neben der Betonung des national-lettischen Faktors viel über die Rolle der Deutschen in Lettland, über ihre Kulturmission gesprochen.

Es wurde dazu aufgerufen, die traditionell negative Einstellung zu Deutschen zu überwinden, die schon in der Ulmanis-Zeit, vor allem aber in den Jahren des Stalinregimes kultiviert worden war.

Da ich seit 1955 die Geschichte der exakten und der Naturwissenschaften in Lettland erforscht habe (6, 7, 8), die ohne Deutsche und Deutschbalten nicht zu denken sind, hatte ich die Möglichkeit, dieses Thema ausführlich und mit historischen Argumenten in mehreren populären Beiträgen (9—11) zu behandeln, die vielleicht die öffentliche Meinung in Lettland beeinflusst haben.

Ich darf hier aus meinem Leitartikel in der lettischen Wochenzeitung *Literatūra un māksla* vom 13. Januar 1990 zitieren, einer Zeitungsnummer, die ganz der Klärung der kulturellen Rolle der Deutschbalten und ihrer „Rehabilitation“ gewidmet war:

„Als wir, einander an den Händen haltend, auf dem ‚Baltikumsweg‘ in diesem Sommer (1989, J. S.) standen und gemeinsam an die Vergangenheit und Zukunft Lettlands dachten, da fiel mir das Drama der Deutschbalten im Herbst vor 50 Jahren ein. Auch die deutschbaltische Gemeinschaft (64 000 Deutsche Lettlands, die Ende 1939–1940 in den von Hitler eroberten Teil Polens umsiedelten) ist als Opfer des Hitler-Stalin-Paktes anzusehen, denn unter den Verhältnissen des Stalinismus, in Sowjetlettland, konnten diese Menschen nicht bleiben. Es hat keinen Sinn zu sagen, wieviel die Wirtschaft, Kultur, Medizin, Wissenschaft in Lettland mit ihrer Abreise verloren haben. Außerdem wurde auch eine lebendige und wirksame Verbindung der Menschen zerrissen, die Lettland mit Westeuropa verband. Doch heute müssen wir zugeben — damals wurde der Verlust der Deutschbalten von der überwiegenden Mehrheit der lettischen Gesellschaft fast positiv bewertet, indem sie ihre ehemaligen Mitbewohner mit Rufen begleiteten: ‚Uz neatgriešanos‘ (‚Auf Niewiedersehen‘) — wie das der Staatspräsident Karlis Ulmanis ‚unter unaufhörlichem Beifall und Applaudissements‘ in der gemeinsamen Sitzung des Volkswirtschafts- und Kulturrates deklarierte.“*

In unser historisches Denken sind schon solche Begriffe eingegangen — der schwarze Ritter, sieben Raben, das jahrhundertelange Joch

* Das ungünstige Verhältnis des letzten Präsidenten Lettlands K. Ulmanis zu den Deutschbalten verdeutlichen nicht nur die bekannten Angaben über seinen „Kulturkampf“ in den Jahren 1935—1939, sondern auch Ulmanis' Aussagen vor dem Untersuchungsbeamten Wolkow im Gefängnis Stawropol im Juli 1941, die vor kurzem im Archiv des KGB gefunden und in der Zeitschrift „Latvijas Zinātņu Akadēmijas Vēstis“ veröffentlicht worden sind (12).

unter den Deutschen, die Sklaverei, und das hat einen tiefen historischen Grund: ‚Drang nach Osten‘, Aggression der Kreuzritter, Zwangschristianisierung, die wilden Formen der Leibeigenschaft, nicht nur ein sozialer, sondern auch ein nationaler Antagonismus zwischen den Bauern und dem Landgut.

Ich erinnere mich, in der Schule habe ich ein Volkslied gelernt, das ich noch heute zitieren kann: ‚Hätte ich das Geld / das im Meere liegt / dann würde ich das Rigaer Schloß kaufen / mit allen Deutschen. / Ich werde den Deutschen so behandeln / wie er mich behandelt hat. / Am Tage würde ich ihn Lein raufen lassen / in der Nacht Getreide dreschen lassen. / Schau mal, Deutscher, / Teufelskind / Wie das Brot zu verdienen ist‘. Heute haben wir in Riga weder Deutsche noch reines Wasser noch Geld für die dringende Wiederherstellung des (jetzt schon unsrigen) Rigaer Schlosses. Aber, die Hauptsache, im Volksbewußtsein gibt es keinen Deutschenhaß, keine Engherzigkeit und keine Rachegefühle gegen die Deutschen — sie sind verraucht wie nie gewesen. Und die Letten selbst werden in vielen Orten in der Sowjetunion als *Niemzy* (Deutsche) und *Gansy* (Hänschen) bezeichnet. Hat sich ein recht eigenartiger Geschichtskreis geschlossen, hat eine Umkehrung stattgefunden?

Heute beginnen wir die Baltendeutschen oder Deutschbalten (es wäre richtiger so zu sagen) nicht nur als Unterdrücker und Hasser des lettischen Volkes zu beurteilen, sondern auch als eine wichtige Verbindung mit den Traditionen des europäischen Christentums, auch als Träger der Kultur und Zivilisation im echten Sinne des Wortes, dabei noch in vielen und verschiedenen Aspekten. Wir kommen zur Erkenntnis, daß die Anwesenheit der Deutschen wesentlich die allgemeine Kultursituation in Lettland und im ganzen nordöstlichen Europa beeinflußt hat. Bis zum 20. Jahrhundert bildeten die Deutschbalten — Gutsbesitzer, Bürger, Pastoren, Ärzte, Apotheker, Lehrer, Beamte, Handwerker, Kaufleute — im Baltikum ein bestimmtes Kulturmilieu, das die Letten beobachteten und in das sich viele von ihnen zu integrieren versuchten.

Das Baltikum hat sich mehrere Jahrhunderte als ein multikulturelles Land entwickelt. Die nationalen Kulturen der örtlichen Völker sind mit den Einflüssen der Deutschen, Polen, Schweden, Russen verschmolzen. Und wenn das Baltikum ein Vermittler zwischen dem Westen Europas und dem Osten, zwischen der deutschen und russischen Kultur gewesen ist, wenn es tief die Entwicklung der Kultur, Wissenschaft, Administration und Technologie des Russischen Reiches seit

Peter dem Großen angeregt hat, dann ist das in erster Linie dank der Deutschen des Baltikums erfolgt.

Obwohl die Deutschbalten nie mehr als 5–10 % der Gesamtzahl der Einwohner der drei Ostseeprovinzen ausmachten (1930 wohnten in Lettland 3,7 % Deutsche, 1897 ca. 6 %), konnten sie dennoch die administrativen Eigentümlichkeiten dieser Region erhalten. Sie haben eine eigenartige Autonomie und ihre führende Stelle in der Region geschaffen. Ja, diese privilegierte Minderheit stand in beständigem Kontakt mit Deutschland, sie war eine Gemeinschaft der Nachkommen der Immigranten (dabei nicht nur der Kreuzritter, sondern der im 18. und 19. Jahrhundert Eingewanderten). Doch sind die Deutschbalten unserer Meinung nach nicht als ein abgesonderter, abgerissener Zweig des deutschen Volkes anzusehen, sondern als eine eigenartige Erscheinung der örtlichen Geschichte, mit ihrer Psychologie und Kultur, die sich auf dem örtlichen Boden gebildet, in sich die schwedischen, russischen, polnischen Kulturelemente aufgenommen sowie eine ziemlich große Zahl der Ureinwohner — der Letten, Liven, Esten — assimiliert hat.

Kulturhistorisch sind die Deutschbalten in der Geschichte Lettlands bisher meistens nicht als eine besondere Erscheinung, sondern nur im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit, die den Letten betraf, betrachtet worden — hier sind insbesondere die Pastoren G. Manzel, E. Glück, G. F. Stender, A. J. Stender, G. Merkel zu nennen. Doch ohne die Beurteilung der Deutschbalten *per se* können wir z. B. nicht die Architektur Lettlands, die Geschichte der bildenden Künste und der Parkanlagen, die Traditionen des Rigaer Musiklebens und vor allem die regionale Geschichte der Naturwissenschaften und Medizin verstehen. In der *Academia Petrina* in Mitau (gegründet 1775), in der Universität Dorpat (gegründet 1632, wiederhergestellt 1802), im Rigaer Polytechnikum (gegründet 1862), in vielen wissenschaftlichen Vereinen dominierten stabil die Deutschbalten, aus ihrer Mitte sind Gelehrte von Weltmaßstab hervorgegangen — Karl Ernst v. Baer, Eduard Eichwald, Christian Pander, Theodor v. Grotthuss, Friedrich Zander, auch Wilhelm Ostwald, vorläufig der einzige Nobelpreisträger aus Lettland, der Begründer der physikalischen Chemie. Ohne Bewertung der Deutschbalten ist die Geschichte Rigas, der eigenartige Antagonismus zwischen Riga und Lettland, zwischen Stadt und Land, nicht zu verstehen, die Entfremdung, die tief in der Geschichte wurzelt. Nur indem wir uns in diese Probleme vertiefen, begreifen wir, daß die Deutschbalten ein

sehr wertvolles Erbe hinterlassen haben, und daß wir, Letten, noch sehr wenig davon wissen. . .

Eine tiefe, objektive Analyse läßt uns die Klischees und Stereotypen überwinden und erkennen, wie kompliziert, widerspruchsvoll, reich und vielfältig die Geschichte Lettlands gewesen ist. Doch die Idylle hat keinen Platz, und auch die Widersprüche sind nicht zu glätten — die Deutschbalten haben wirklich jahrzehntelang den nationalen und kulturellen Aufschwung der Letten gehemmt, haben sich gegen die ersten Erwachensperioden, die ersten *atmoda* gewandt. Die historische Berührung hat den Kampf und die Einheit der Gegensätze enthalten.

Unter den Deutschbalten habe ich viele Bekannte und herzliche Freunde, ich kenne ihre freundschaftlichen Gefühle gegenüber den Letten und die etwas zurückhaltenden Sympathien zu den heutigen Ereignissen in Lettland und Estland. Das alte Leid ist verschmerzt, doch etwa 13 000 Deutschbalten haben sich nicht ganz eingefügt in das Meer des deutschen Volkes, sie haben ihre Identität, ihre Eigentümlichkeiten erhalten, haben sich zusammengeschlossen in einer Landsmannschaft, wo nicht der Revanchismus herrscht, sondern Nostalgie, Heimweh, aufrichtiges Interesse für die ehemalige Heimat und das Vaterland. Es wurde die Carl-Schirren-Gesellschaft — das Deutsch-Baltische Kulturwerk — gegründet, weit bekannte Intellektuelle deutschbaltischer Herkunft wirken mit dem Kulturfond Lettlands zusammen, sie diskutieren über Lettlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Häufig treffen wir uns, diskutieren auch über die Parallelen in der Geschichte. Die Situation im Baltikum erinnert an die Situation, wie sie hier vor 125 Jahren zur Zeit Alexanders II. war. In C. Schirrens berühmter Polemik mit dem Slawophilen Jurij Samarin im Buch „Livländische Antwort“ (1869) ertönt etwas von den jetzigen Beziehungen des „Zentrums“ zum Baltikum. Doch die handelnden Personen auf der Bühne der Geschichte sind andere, auch die Bühne ist nicht mehr dieselbe geblieben, und es gibt ein vollständig anderes Publikum. Haben die Letten die Rolle der Deutschbalten in diesem Spiel übernommen? Bald ja, bald nein. Als Träger der europäischen Traditionen, Verwirklicher der Kontakte mit Westeuropa ist es vielleicht so (wenn auch nur sehr bedingt und nur teilweise), aber das ist nur ein Aspekt. Wir sind in erster Linie auch Träger der Traditionen eines alten Bauernvolkes, einer Grundbevölkerung mit 4000 Jahre langer Lebensdauer auf diesem Boden. Mit den Gräbern unserer Ahnen sind wir hier immer die Mehrheit, und für immer gehören uns die moralischen

Rechte auf Lettland. Doch wir müssen noch und nochmals das Schicksal und die Probleme der Deutschbalten überlegen, ihr Erbe müssen wir in die Kulturgemeinschaft Lettlands eingliedern, um eine umfassendere Sicht auf Lettland zu erhalten, nicht nur in bezug auf die nationalen Werte allein. Heute ist das ganz unerlässlich. Wir sind immer zusammen mit den Deutschbalten gewesen — im Haß, im Verständnis, in gegenseitiger Vergebung, im Ausgleich, in der Freundschaft. Damals und auch jetzt.“ (11)

Ich glaube, daß diese Thesen im großen und ganzen von der lettischen Gesellschaft akzeptiert sind.

Grundzüge der Geschichte der Wissenschaft in Lettland bis 1918

Während der „Barrikadentage“ Lettlands fand am 19. Januar 1991 in der kleinen Aula der Lettischen Universität — einige hundert Meter von der Stelle entfernt, wo am nächsten Abend Schüsse fielen und die Opfer des Freiheitskampfes starben — eine Konferenz über das Thema „Das Kulturerbe der Deutschen und der Deutschbalten in Lettland“ statt, die der Eröffnung des „Deutschen Kulturzentrums in Lettland“ gewidmet war. Ich hatte die Ehre, über das Thema „Deutschbalten und die Wissenschaft Lettlands“ zu sprechen. Aus dem Kontext des Vortrages möchte ich einige Sätze zitieren:

„In diesen tollen und heiligen Tagen, wo das Volk auf die Straße ging, um in den Barrikaden die Geschichte Lettlands zu gestalten, um seine nationalen und europäischen Werte zu verteidigen, werten wir die deutsche Kultur, die Bedeutung der deutschen Zivilisation für Lettland aus, vielleicht ein wenig übereilt. Ebenso wollen wir auch den Beitrag der russischen Kultur zum Aufschwung Lettlands auswerten, vielleicht etwas später, wenn die Emotionen aufhören. Schließlich ist das Gebäude, in dem wir uns befinden, vom deutschen Baumeister Professor Hilbig erbaut, und in dieser Aula hat sich der große deutsche Chemiker und Philosoph-Energetiker Wilhelm Ostwald mit der Vorlesung „Über Phosphor, Prometheus und Zündhölzer“ von Riga verabschiedet.

Der Einfluß der deutschen Kultur ist gerade derjenige gewesen, der Lettland mit Westeuropa, mit dessen Zivilisation verknüpft hat, und heute, ohne das selbst zu erkennen, verteidigen die Menschen nicht nur die Werte ihres Volkes, ihre Selbstachtung, sondern auch ihren

leidenschaftlichen Wunsch, in Europa einzugehen, in Europa zu bleiben, wenn auch mit einem Fuß.“

In jener Atmosphäre damals konnte das Thema über die Deutschen in der Wissenschaftsgeschichte Lettlands nur episodisch berührt werden. Eine Übersicht über die Wissenschaft in Lettland und die Letten in der Wissenschaft habe ich als einführende Vorlesung auf dem I. Weltkongreß der lettischen Wissenschaftler in Riga im Juli 1991 gegeben (13). Hier möchte ich ausführlicher jene Aspekte analysieren, die mit der entscheidenden Rolle der Deutschen in der Wissenschaftsgeschichte, vor allem in der Geschichte der Naturwissenschaften Lettlands verbunden sind.

Ansätze zu wissenschaftlicher Tätigkeit auf dem heutigen Territorium Lettlands sind schon seit dem 16. Jahrhundert festzustellen. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts waren Wissenschaftler als „Amateure“ tätig wie Gymnasiums- und Lyzeumlehrer, Ärzte, Apotheker, einzelne Gutsbesitzer und Pastoren, Beamte, Bibliothekare u. a. (14, 15). Die ersten wissenschaftlichen Arbeiten (Dissertationen und Disputationen) wurden von Professoren des Rigaer akademischen Gymnasiums (gegründet 1631 auf der Basis der Rigaer Domschule) veröffentlicht. Der Rigaer Arzt und Astrologe Z. Stopius verfaßte am Ende des 16. Jahrhunderts eine umfangreiche praktische Enzyklopädie „Liefländische Oekonomie“, die Propst Salomo Gubert benutzt hat, als er sein Buch „Stratagema oeconomicum oder Ackerstudent“ (1645; 1649; 1688; 1757, von M. Lomonossow 1747 ins Russische übersetzt) schrieb (16, 17).

Eine größere Aktivität setzte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein, nachdem Livland und Riga in das Russische Reich einverleibt worden waren und die neuen Ostseeprovinzen für Rußland „ein Fenster nach Europa“ bildeten. In der Mitte des 18. Jahrhunderts begann, zum Teil auf Anregung der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg und mit ihrer Unterstützung, die systematische Erforschung des Landes: kartographische, hydrologische, astronomische, meteorologische, balneologische Untersuchungen wurden vorgelegt (18). In dieser Zeit waren in Livland und im Herzogtum Kurland fast alle Wissenschaftler deutscher Herkunft.

In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts wurden Mitau (Jelgava) und insbesondere Riga zu bedeutenden Zentren wissenschaftlicher Verlage (z. B. Hartknoch 1762–1798). Hier wurden die wichtigsten Werke — Erstauflagen von I. Kant und J. G. Herder — gedruckt (auch die „Kritik der reinen Vernunft“ von I. Kant, 1781), sowie

Erstauflagen einiger klassischer wissenschaftlicher Werke (19). Es erschienen die ersten Popularisierungsversuche der wissenschaftlichen Erkenntnisse in lettischer Sprache (G. F. Stender „Augstas grudribas grāmata no pasauls un dabas“, 1774, II. Auflage 1796, eine Enzyklopädie für Bauern) (20).

Am Ende des 18. Jahrhunderts rückte Mitau — Hauptstadt des Herzogtums Kurland — als wissenschaftliches Zentrum in den Vordergrund, wo 1775 das Mitauer Akademische Gymnasium (*Academia Petrina*) von Herzog Peter Biron gegründet wurde (21–23). Bedeutende Forschungsarbeit wurde von den Professoren J. J. Ferber (in der Mineralogie und im Bergbau), W. G. F. Beitler (in der Mathematik und Astronomie), J. M. G. Beseke (in der Pädagogik, Philosophie, Botanik, Zoologie, Chemie), später von M. G. Paucker (in der Metrologie und Astronomie) geleistet. Beitler hat zusammen mit dem Mechaniker-Autodidakten E. J. Bienemann (einem gebürtigen Letten) das erste astronomische Observatorium in Lettland (1784) aufgebaut. 1800 wurde auf der Basis der *Academia Petrina* versucht, eine Universität Mitau zu errichten, doch mit der Verfügung des Zaren Alexander I. wurde 1801 als Standort der baltischen Universität Dorpat bestimmt, während die ehemalige *Academia Petrina* nur als das *Gymnasium illustre* weiter arbeitete. Die Universität Dorpat (Tartu) bildete im 17. Jahrhundert und von 1802–1918 für die russischen Ostseeprovinzen (das heutige Lettland und Estland) ein gemeinsames Zentrum der Wissenschaft und des Hochschulbildungswesens (24, 25).

Mit dem Gymnasium von Mitau ist auch die *Kurländische Gesellschaft für Literatur und Kunst* (gegründet 1815) fest verbunden, die als der erste Versuch, eine regionale Akademie der Wissenschaften im Baltikum zu bilden, angesehen werden kann (26). Der erste Sekretär der Gesellschaft M. G. Paucker zog hier viele bedeutende Wissenschaftler an, von denen als die hervorragendsten der Physiker und Chemiker T. von Grothuss (1785–1822), Autor der ersten Klärung der Elektrolyse, 1805, und Begründer der Photochemie (1818), sowie der Zoologe E. Eichwald zu nennen sind (27, 28).

An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert begann auch in Riga ein reges wissenschaftliches Leben. Auf verschiedenen Gebieten der Naturwissenschaften wirkten G. F. Parrot, D. H. Grindel, O. von Huhn, J. Sand und in der Heimatkunde J. Ch. Brotze. Der bekannte Physiker und erste Rektor der Dorpater Universität Georg Friedrich Parrot (1767–1852) weilte in Riga von 1795–1801 (29, 30), wo er mit dem ersten Naturforscher lettischer Herkunft, dem Chemiker, Apo-

theiker, Botaniker und Arzt D. H. Grindel (1776–1836) zusammengearbeitet hat (31). Dieser löste selbständig verschiedene pharmazeutische und chemische Fragen, erforschte die örtliche Pflanzenwelt und gründete 1803 die Rigasche Pharmazeutisch-Chemische Sozietät, den ersten chemischen Verein im Russischen Reich (32). Vom Jahre 1803 bis 1810 hat Grindel in Riga die erste chemische und pharmazeutische Zeitschrift in Rußland „Russisches Jahrbuch der Pharmazie“ herausgegeben (31).

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in Riga auch andere deutschsprachige wissenschaftliche Vereine gegründet, die bis 1939 bestanden: die Gesellschaft praktischer Ärzte zu Riga (gegründet 1822); der Naturforscherverein zu Riga (gegründet 1845); die Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der russischen Ostseeprovinzen (gegründet 1834); der Technische Verein zu Riga (gegründet 1858). Diese Vereine verfügten über eigene Periodika und begründeten bedeutende wissenschaftliche Traditionen (33, 34). Sie alle waren fest mit der Dorpater Universität, dem führenden Wissenschaftszentrum des Baltikums im 19. Jahrhundert, und anderen Wissenschaftszentren Rußlands und Deutschlands verbunden.

Im Jahr 1862 wurde das Rigaer Polytechnikum gegründet (seit 1896 Rigaer Polytechnisches Institut, es bestand bis 1919, wiederhergestellt 1958, seit 1990 Rigaer Technische Universität) (35–38).

Von großer Bedeutung war der deutsche und deutschbaltische Beitrag auf dem Gebiet der Chemie; wichtige Untersuchungen wurden auch in der Landwirtschaft, Biologie und in den Geistes- und Geschichtswissenschaften geleistet. Anerkannte Ergebnisse erzielten P. Bohl in der Mathematik (quasiperiodische Funktionen, mathematische Topologie) (39), in den Ingenieurwissenschaften W. Ritter (Berechnungsmethoden in der graphischen Statik), im Schiffbau Ch. Clark, im Bau der Flugmotoren T. Kalep, in der Geologie des Baltikums B. Doss, in der Botanik F. Buchholz und K. R. Kupffer, in der Physik A. Toepler, W. Lebedinski, R. Swinne, H. Pflaum und andere.

International anerkannte Leistungen haben die Rigaer Chemiker W. Ostwald, P. Walden, K. A. Bischof, M. Centnerszwer, A. v. Antropoff, O. Lutz, W. Fischer u. a. erbracht. Die Probleme der chemischen Technologie und Wärmetechnik wurden von M. Glasenapp, E. Britzke, K. Blacher erforscht.

Untersuchungen über die Flugmöglichkeit im interplanetaren Raum und die ersten theoretischen Berechnungen der Raketen hat seit 1907 der junge Student F. Zander (1887–1932) schon in Riga begonnen;

später erweiterte er in Moskau diese Forschungen und baute die erste Rakete in der UdSSR (40-42).

Es ist unnötig zu unterstreichen, daß in den lokalen Wissenschaftszentren Lettlands sogar bis zum Jahre 1919 (selbst als in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts die Russifizierung in den russischen Ostseeprovinzen durchgeführt wurde und das Rigaer Polytechnikum seit 1896 Russisch als Unterrichtssprache übernehmen mußte) Wissenschaftler deutscher Herkunft eine dominierende Rolle spielten: Deutschbalten oder Zuwanderer aus verschiedenen Ländern Deutschlands, auch aus der Schweiz und aus Österreich.

So war beispielsweise die Organisation der *Academia Petrina* in Mitau nach dem Entwurf des Direktors der Philosophischen Klasse der Akademie der Wissenschaften zu Berlin, des bekannten Fachmannes der Pädagogik und Ästhetik Johann Georg Sulzer (1720-1779) erfolgt; der erste Rektor der *Academia Petrina* (bzw. Prorektor, denn als Rektor galt der kurländische Herzog Peter Biron) J. M. G. Beseke kam aus Preußen, der Professor der Mathematik W. G. F. Beitler aus Schwaben (21-23).

Der Organisator und erste Direktor (1862-1875) des Rigaer Polytechnikums Prof. Ernst Nauck (1819-1875) kam aus Krefeld, von den ersten und auch später berühmtesten Professoren des Rigaer Polytechnikums stammten die meisten aus Deutschland oder aus der Schweiz, wie z. B. der Physiker August Töpler (1836-1912), der Mechaniker Karl Lovis (1838-1911), der Geodät und Astronom August Beck (1847-1926), der Ingenieurwissenschaftler Wilhelm Ritter (1847-1906), der Elektrotechniker Engelbert Arnold (1856-1911), der Geologe Bruno Doss (1861-1919) usw. Viele der erwähnten Professoren haben ihre Tätigkeit später an Hochschulen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz fortgesetzt. Besonders zu erwähnen ist der Chemieprofessor des Rigaer Polytechnikums, Wilhelm Ostwald, dessen Großvater, ein Böttchermeister, zu Anfang des 19. Jahrhunderts aus Berlin nach Riga eingewandert war (43-45).

Wilhelm Ostwalds Tätigkeit in Riga (1881-87) und der Anfang lokaler Traditionen auf dem Gebiete der Chemie

Wilhelm Ostwald (1853-1932) wurde in Riga geboren und hat hier insgesamt 25 Jahre seines Lebens (1853-1872; 1881-1887) verbracht, d. h. eine längere Zeit als in Leipzig, wo er 19 Jahre (bis zur Umsiedlung

in sein Landhaus „Energie“ im Jahre 1906) gewirkt hat (46). Ostwald ist bislang der einzige Nobelpreisträger aus dem Baltikum — für den Nobelpreis für Chemie wurde später dreimal (1913, 1914, 1934) — leider erfolglos — sein Schüler P. Walden vorgeschlagen. Den Nobelpreis erhielt Ostwald 1909 als Anerkennung „für die Arbeiten auf dem Gebiete der Katalyse wie auch für die grundlegenden Untersuchungen des chemischen Gleichgewichts und der Reaktionsgeschwindigkeiten“ — alle diese in der Nobelpreisformulierung erwähnten Forschungen wurden von ihm schon in Riga bzw. noch früher an der Universität Dorpat vorgenommen.

In der chemisch-historischen Fachliteratur bezeichnet man Ostwald oft als den Begründer der physikalischen Chemie und das Jahr 1887 als Geburtsjahr dieser Wissenschaft. Als Grund hierfür werden drei wichtige Ereignisse dieses Jahres angesehen:

1. Ostwald hat sein fundamentales „Lehrbuch der allgemeinen Chemie“ abgeschlossen und mit der Herausgabe der „Zeitschrift für physikalische Chemie“ begonnen. In dem Lehrbuch wird zum ersten Mal die „neue Wissenschaft“ als Ganzes dargestellt, mit der Zeitschrift bekam diese Wissenschaft ein Diskussionsforum.
2. Die neue Disziplin „physikalische Chemie“ wurde in diesem Jahr durch zwei entscheidende Konzepte bereichert: mit der Arrheniuschen Ionentheorie und der physikalischen Lösungstheorie von J. H. van't Hoff.
3. Wilhelm Ostwald übersiedelte 1887 von Riga nach Leipzig. Hier erhielt er die erste Professur für physikalische Chemie in Deutschland und wurde zum Leiter einer führenden internationalen Schule von Physikochemikern, die insgesamt 70 Professoren hervorgebracht hat.

Die Universität Dorpat war zu dieser Zeit eines der wissenschaftlichen Zentren, in denen sich neue Richtungen, auch Randgebiete, z. B. die Pharmakologie (O. Schmiedeberg, R. Buchheim), die Verdauungsphysiologie (F. Bidder u. a.) entwickeln konnten. In der Dorpater Bibliothek waren alle notwendigen Bücher und Zeitschriften Europas zu finden, auch diejenigen, die Randgebiete betrafen. Dorpat war ein Treffpunkt zwischen Ost und West, ein Treffpunkt deutscher und russischer Wissenschaft, hier bestand ein reger Ideenaustausch.

Da sich für Ostwald in Dorpat aber keine Gelegenheit bot zu avancieren, kehrte er in seine Vaterstadt zurück und arbeitete dort fünf-einhalb Jahre (1881–1887) als Chemieprofessor. Die Rigaer Hochschu-

le war damals bei weitem nicht so berühmt wie die Dorpater Universität. Ostwald bekam die Aufgabe, Laboratorien einzurichten, die chemische Ausbildung zu reformieren und vor einem mehrsprachigen, internationalen Studentenkreis Vorlesungen zu halten. Hier konnte sich sein Organisationstalent entwickeln, hier konnte er sich auf seine Laufbahn als Wissenschaftler vorbereiten.

Die alte Hansestadt Riga war damals das Zentrum der Ostseeprovinzen Rußlands. Sie erlebte den Übergang von einer Handelsstadt zur Industriestadt mit 170 000 Einwohnern. Zu diesem Prozeß hat das Rigaer Polytechnikum wesentlich mit beigetragen. Es war die älteste Polytechnische Hochschule im Russischen Reich, gegründet im Jahre 1862 nach den Vorbildern der Technischen Hochschulen in Hannover und Karlsruhe und vor allem der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. Es hatte aber auch einige Besonderheiten. Als eine private Stiftung der Stadt Riga und der Städte der drei Ostseeprovinzen (Livland, Estland, Kurland) ins Leben gerufen, erhielt das Polytechnikum von der russischen Regierung fast keine materielle Unterstützung, hatte aber volle Autonomie in seiner Organisation und Verwaltung. Die Unterrichtssprache war deutsch (35, 38). Riga wurde ein Sammelplatz der akademischen Jugend vieler Nationen (Deutsche, Russen, Polen, Letten, Juden, Esten usw.). Die akademische Freiheit war zwar ein großes moralisches Privileg, aber die Vielsprachigkeit und die oft mangelhafte Kenntnis der deutschen Sprache bei den Studenten erschwerte den Professoren, auch Ostwald, die Arbeit.

Die Übersiedlung Ostwalds nach Riga bedeutete einen Wendepunkt sowohl in seinem Leben als auch in der Entwicklung des Rigaer Polytechnikums. Als Leiter des chemischen Laboratoriums änderte er das gesamte System der Ausbildung. Nach Abschluß der gewöhnlichen Laborarbeiten mußten die Studenten eine kleine wissenschaftliche Untersuchung auf Gebieten der anorganischen, organischen oder sogar physikalischen Chemie durchführen. Zum ersten Mal seit dem Bestehen des Polytechnikums wurden wissenschaftliche Arbeiten der Studierenden in Fachzeitschriften publiziert. Das war für die Hochschule von Bedeutung, denn diese Tradition wissenschaftlicher chemischer Forschung blieb unter den Nachfolgern Ostwalds — Karl Adam Bischoff, Paul Walden, Meczislaw Centnerszwer, Waldemar Fischer, Martin Eduard Straumanis, Gustav Vanags und anderen — in Riga erhalten (47).

Die chemische Abteilung des Polytechnikums gewann an Popularität. Bei seinem Amtsantritt hatte Wilhelm Ostwald insgesamt 121

Studenten vorgefunden, im Jahre 1884 stieg diese Zahl auf 202, und als er 1887 nach Leipzig zog, waren es schon rund 300 Chemiestudenten! Einem solchen Andrang konnten die bisherigen Laboratoriumsräume im Keller des Gebäudes am Rainis- (damals Thronfolger-)Boulevard 19 nicht mehr genügen. Vom Verwaltungsrat des Polytechnikums wurde daher der Bau eines neuen chemischen Institutes beschlossen, und Ostwald wurde beauftragt, chemische Institute anderer Länder zu besuchen. (44, 48). Auf seiner ersten Auslandsreise hatte er während der Weihnachtsferien 1882 die Möglichkeit, die besten Forschungslaboratorien in Deutschland und in der Schweiz sowie berühmte Chemiker persönlich kennenzulernen, darunter auch den Verleger für sein in Arbeit befindliches „Lehrbuch der allgemeinen Chemie“ (49).

In Riga wurden neue Laborhilfsmittel wie graduierte Kalibrierpipetten, das Ostwaldsche Gasöfchen, Filtriergestelle, Universalhalter, der Ostwaldsche Toluol-Thermostat, die Quecksilbertropfelektrode, das Ostwaldsche Pyknometer und das Ostwaldsche Viskosimeter erfunden, kleine Hilfsmittel, die später allgemeine Anwendung in chemischen Laboratorien fanden. In dem neuen Institutsgebäude konnte Wilhelm Ostwald auch seinen ersten ausländischen Schüler (aus Schweden), den Begründer der elektrolytischen Dissoziationstheorie und späteren Nobelpreisträger Svante Arrhenius (1859–1927) empfangen. Dieser arbeitete 1886 etwa 6 Monate lang im Ostwaldschen Laboratorium und führte hier mit Hilfe der von Ostwald vorgeschlagenen Methode seine Untersuchungen über die Viskosität verdünnter wässriger Lösungen durch; u. a. wurden auch Neutralsalzwirkungen sowie die elektrische Leitfähigkeit erforscht. Diese Experimente sowie die in Würzburg und Graz ausgeführten Arbeiten haben die neue Arrheniussche Theorie der elektrolytischen Dissoziation begründet (50).

Während seiner Tätigkeit in Riga hat Ostwald selbst etwa 30 experimentelle Untersuchungen veröffentlicht, meistens in Kolbes „Journal für praktische Chemie“, aber auch in der russischen Zeitschrift „Žurnal Russkogo Fiziko-Chimičeskogo Obščestva“.

Das Wichtigste in Ostwalds Rigaer Tätigkeit waren jedoch nicht seine experimentellen Arbeiten, sondern die Herausgabe des „Lehrbuchs der allgemeinen Chemie“ und die Begründung der „Zeitschrift für physikalische Chemie“. In seinem zweibändigen Lehrbuch wollte Ostwald eine vollständige Übersicht über die Leistungen der physikalischen oder — wie er sie nannte — der allgemeinen Chemie geben (51). Die wissenschaftlichen Leistungen, das Lehrbuch und die Zeit-

schrift haben den jungen Professor aus Riga international bekannt gemacht. Dazu trugen auch seine Auslandsreisen nach Deutschland, der Schweiz, nach Österreich, Schweden, Norwegen und Dänemark sowie eine intensive Korrespondenz mit hervorragenden Fachgelehrten bei.

Die Verhältnisse in Riga, die ihm fünf Jahre vorher erstrebenswert schienen, waren nun zu eng geworden. Ostwald stieß im gesamten Kollegenkreis auf Mißtrauen und Mißverständnisse. Eine Ausnahme bildete Paul Walden, damals noch ein ganz junger Subassistent, der sich später nicht nur zu einer führenden Persönlichkeit im Rigaer Polytechnikum entwickelte, sondern auch Bahnbrechendes auf dem Gebiet der physikalisch-organischen Chemie leistete.

Mehr und mehr kam Ostwald zur Einsicht, daß das Rigaer Polytechnikum und die baltischen Provinzen wohl nicht der richtige Boden für die Ausführung seiner wissenschaftlichen Pläne waren. Er suchte nach einem neuen Arbeitsfeld an einer der Hochschulen Deutschlands. 1887 war an der Leipziger Universität die einzige Professur für physikalische Chemie in Deutschland (seit 1872) freigeworden. Als der sächsische Kultusminister Ostwald um eine formelle Erklärung ersuchte, ob er die Berufung annehme, gab dieser die später berühmt gewordene Antwort: „Es ist, als ob Sie einen Unteroffizier fragen, ob er General werden will. Ja.“ (46).

Ostwalds Nachfolger als Professor der Chemie in Riga wurde der von der Leipziger Universität gekommene Karl Adam Bischoff (1855–1908); er legte den Grund zu den Forschungen der organischen Chemie und entwickelte Riga zum ersten und bedeutendsten Forschungszentrum der Stereochemie im Russischen Reich (52, 53).

Noch bedeutendere Verdienste in der Wissenschaft erwarb der Schüler Ostwalds und Mitarbeiter Bischoffs, Paul Walden (1863–1957) (54, 55), der in Riga 1895 eine merkwürdige Reaktion entdeckte, in der eine Konfigurationsumkehrung des asymmetrischen Kohlenstoffatoms stattfindet. Diese Erscheinung wurde später als *Waldensche Umkehrung* bezeichnet (56). Walden hat als erster in den Jahren 1899 bis 1904 die heute allgemein anerkannte Ansicht begründet, daß Erdöl sich aus den Produkten der organischen Natur gebildet habe. In der chemischen Literatur wird Walden nach wie vor als Begründer der Elektrochemie nichtwäßriger Lösungen bezeichnet.

Der Eintritt der Letten in die Wissenschaft und ihr Verhältnis zu den Deutschbalten

Paul Walden war ein berühmter Chemiker, Mitglied von sechs Akademien der Wissenschaften und Ehrendoktor an vier Universitäten verschiedener Länder, wenn auch die Lettische Universität ihm diesen Ehrengrad nie verliehen hat. Walden war lettischer Herkunft: Bauernsohn aus Rozula (Rosenbeck) in Livland, unweit von Cēsis (Wenden); seine Eltern wurden als Leibeigene noch vor der Freilassung der Bauern in Livland geboren (54, 55). Somit ist Walden als der größte Gelehrte lettischer Herkunft anzusehen. Doch blieb er den nationalen Bestrebungen des lettischen Volkes fern und war — obwohl er den größten Teil seines Lebens (bis 1919) in Riga und Lettland verbrachte — fast ganz im deutschen Milieu verwurzelt; am Ende seines Lebens hielt er sich für einen Deutschen (54, 55). Dieses Dilemma wird ausführlicher im Beitrag „Paul Walden — ein verlorener Sohn des lettischen Volkes“ behandelt (1), siehe auch (57). In unserem Zusammenhang ist dieser Fall von Interesse als ein Beispiel für die intellektuelle Germanisierung der Letten im 19. Jahrhundert; es erfordert zudem einen Blick auf das Verhältnis der Deutschbalten zu den Bestrebungen der lettischen Intelligenz, sich zu emanzipieren.

Der deutsche Einfluß auf die Entwicklung der lettischen Kultur ist unleugbar — Ernst Glück hat die Übersetzung der Bibel geschaffen (1685–1689), G. F. Stender hat mit seiner „Augstas gudribas grāmata“ (1774) die lettische populärwissenschaftliche Literatur begründet (20), die in Mitau von der *Academia Petrina* herausgegebenen ersten lettischen Kalender „Jauna un veca latviešu laikagrāmata“ (seit 1775) und die von P. E. Wilde in Oberpahlen herausgegebene periodische Zeitschrift „Latviešu ārste“ („Lettischer Arzt“, übersetzt von Probst J. Langius in Smiltēn, seit 1768) (58) hatten bedeutende populärwissenschaftliche Funktionen.

Bald nach der Freilassung der Bauern in Kurland (1817) begann ein reger Meinungs Austausch über die Germanisierung der Letten. Der Pastor aus Salgale (Sallgalln), Adam Conradi, trat in seinem Aufsatz „Wäre die Metamorphose der Letten in Deutsche zu beklagen?“ (1819) mit den Gedanken hervor: „Keine Letten mehr!“ beziehungsweise: der gebildete Lette solle zu einem Deutschen werden (59). In einem Meinungs Austausch über dieses Problem, der 1819 von der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst veranstaltet wurde, siegte im großen und ganzen doch der Standpunkt des Pastors zu

Lestene, Karl Watson, daß die Information für die Letten in ihrer eigenen Sprache zu geben sei und daß man die Eindeutschung nicht fördern solle (über diese Diskussion siehe August Bielensteins Selbstbiographie) (60). Als Resultat der Diskussion begann in Mitau seit 1822 unter der Redaktion von K. Watson die Wochenzeitung „Latviešu avīze“ (mit konservativ-religiöser Tendenz) zu erscheinen. Der von Steffenhagen herausgegebene lettische Kalender mit einem populärwissenschaftlichen Teil wurde verbessert, und es erschienen mehr Bücher praktischen Charakters in lettischer Sprache. Doch das alles war für ein Publikum geschaffen, das ein niedrigeres Bildungsniveau hatte. Es schien ganz natürlich, daß ein Mensch mit Hochschulbildung automatisch eingedeutscht wird. Dieser Standpunkt dominierte in der Gesellschaft nicht nur zu Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur ersten „nationalen Erwachensperiode“, sondern noch viel später, und das hat Resonanz auch in P. Waldens Schicksal gehabt.

Als A. Birkerts (61) und J. Straubergs (62) herausuchten, welche Wissenschaftler Deutschbalten lettischer Herkunft waren, erwähnten sie mehrere Familiennamen — den Direktor der Dresdener Königlichen Bibliothek und des Historischen Museums, einen Goethe-Freund Karl Kraukling (1792–1873), den Begründer der Pharmazeutisch-Chemischen Sozietät zu Riga David Hieronymus Grindel (31, 62, 63), den Archäologen und Geologen Konstantin Grewingk (Krieviņš) (1819–1887) und andere. Lettischer Herkunft sind außer P. Walden auch solche bedeutenden Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts wie der Begründer der Pharmakologie Oswald Schmiedeberg (64), der Physiker Richard Swinne (65), der Geodät Alvill Buchholz (66), der Chemiker Edwin Eegriwe, der Entdecker des Athebrins Walter Kikuth und viele andere, die sich als Deutsche betrachteten.

Als die Ideologen der Jungletten, insbesondere Kronvalda Atis (1837–1875), zu predigen begannen, daß auch akademisch ausgebildete Letten sich ihrer Nationalität bewußt werden müßten, gab es Einwände seitens der Deutschbalten. In der „Zeitung für Stadt und Land“ deklarierte ein Anonymus, daß ein kleines Volk nicht soviel Kraft haben könne, um selbständig eine Kultur zu schaffen, mit der es würdig neben die großen alten Kulturvölker treten könnte: „Noch giebt es keinen einzigen auf der Höhe der Bildung stehenden Letten. Die dort stehen und sich Letten nennen, täuschen sich selbst. Nicht aus lettischem Kulturleben, sondern aus deutschem, russischem oder einem anderen haben sie ihre Bildung gezogen [...] Dass sie Letten und zugleich gebildet sein können, ist ein Unding, denn es giebt keine

lettische Bildung [...]“ (67), siehe Polemik (68). Derselbe Standpunkt wurde auch in der berühmten Eröffnungspredigt des livländischen Landtages 1864 geäußert, die der Generalsuperintendent F. Walter hielt.

Die Deutschbalten nahmen in ihren Kreis wohl gern einige hervorragende Persönlichkeiten lettischer Herkunft wie Grindel oder Walden auf, doch sahen sie ungern das Hervortreten solcher Letten, die ihrer Nationalität treu blieben, denn sie erkannten darin eine Bedrohung ihrer intellektuellen Privilegien, ihres Monopolzustands in den deutschen Ostseeprovinzen. Den nationalen Bestrebungen der Letten und Polen war auch leider W. Ostwald — siehe „Lebenslinien“ (48) — feindlich gesinnt. Deshalb begann die erste nationale Erwachensperiode der Letten in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts nicht in ihrer Heimat, sondern zuerst in Dorpat, insbesondere aber in St. Petersburg und Moskau, und erst darauf fand sie Widerhall in Lettland. Die erste relativ unabhängige und lettisch eingestellte Zeitung war „Pēterburgas Avīzes“ (1862–1865). F. Brīvzemnieks und K. Barons mußten die Sammlungsarbeiten der lettischen Folklore weit ab von der Heimat, in Rußland, organisieren, außerhalb der Heimat mußten Kr. Valdemars, J. Alunans, Auseklis, K. Biezbārdis und andere tätig sein. Seit 1868 allerdings begann der Rigaer Lettische Verein (*Rīgas Latviešu biedrība*) und ein Jahr später seine Wissenskommission (*Zinību komisija*) zu arbeiten, eine Art Akademie der Humanwissenschaften. Immer mehr Volkslehrer und andere beteiligten sich allmählich an der Kulturarbeit und teilweise auch an der Arbeit der humanitären Wissenschaften.

Die Universität Dorpat und das Rigaer Polytechnische Institut bildeten auch nach der Russifizierung bis zum Jahre 1918 die wichtigsten Zentren der akademischen Bildung der Letten, hier entstanden auch die ersten lettischen Studentenkorporationen (*Lettonia* 1870, *Selonija* 1881, *Lettgallia* 1898, *Talavija* 1900) nach dem Muster der deutschen Korporationen (69). Und doch — sich beruflich mit der Wissenschaft zu befassen, im akademischen Leben in Riga und Dorpat zu avancieren war den Letten sogar bis zur Proklamierung der Unabhängigkeit Lettlands kaum gestattet. Deshalb richtete sich der Blick der jungen lettischen Akademiker am Ende des 19. Jahrhunderts sowohl auf die russischen Hochschulen als auch — wenn auch in viel geringerem Maße — auf die Hochschulen in Deutschland, in der Schweiz und in Frankreich. Einen hervorragenden Platz in der akademischen Bildungs- und Wissenschaftssphäre der Letten außerhalb des Baltikums begannen St. Petersburg und Moskau einzunehmen (70, 71).

Nach F. Mühlenbachs „Letten und Lettinnen in den Hochschulen Rußlands“ (72) waren bis 1908 unter den Letten 1171 Hochschulabsolventen (darunter 518 in Dorpat, 302 in Riga, 166 in St. Petersburg, 109 in Moskau) und 662 aktive Studenten (379 in Riga, 136 in Dorpat, 77 in St. Petersburg, 49 in Moskau). Die in St. Petersburg Studierenden bildeten demnach 12—15 % der gesamten lettischen akademischen Jugend, jene in Moskau noch 8—10 %. In bezug auf die Qualität waren sie nicht selten den im Baltikum Studierenden überlegen und stellten später die hervorragendsten Lehrkräfte lettischer Nationalität für die neugegründete Lettische Universität.

In dieser Zeit begann die Annäherung der Letten an russische intellektuelle Kreise; von großer Bedeutung war dabei der Einfluß der Slawophilen auf die öffentliche Meinung der Letten. Im Jahre 1874 verfaßte der lettische Pädagoge und Literat F. Brīvzemnieks in Moskau ein Büchlein „Augsti krievu vīri iz zemas kārtas. I. Lomonosovs“ („Hohe russische Männer aus niedrigem Stand. Bd. 1. Lomonosow“)* (72), in dem der russische Wissenschaftler und Enzyklopädist M. Lomonosow (1711–1765), ein Bauernsohn, der lettischen Jugend in ihren Bildungsbestrebungen als Vorbild vorgestellt wird. Dieses Buch fand große Resonanz in der damaligen lettischen Gesellschaft und näherte die Letten der russischen Wissenschaft an. Am Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts trat in St. Petersburg, Moskau, Charkow, Kiew und Odessa eine ganze Generation lettischer Gelehrter hervor. Der lettische Veterinär-Mikrobiologe Kristaps Helmanis (1841–1893) entdeckte Malein (ein Diagnostizierungsmittel der Rotzkrankheit) in St. Petersburg (1891), dort bestimmte Julijs Auškaps (1884–1942) zum ersten Mal spektroskopisch organische Farbstoffe auf der Oberfläche der Textilfaser (1910, zusammen mit A. Poraj-Koschitz). Roberts Krimbergs (1874–1941) schied Karnitin (Vitamin B₇) in Moskau aus (1905), wo im Laboratorium des russischen Physikers P. Lebedew, Vilis Altbergs (1877–1941) zum ersten Mal den Schalldruck (1902) maß. Kārlis Balodis (Ballod, 1864–1931) führte seine statistischen und ökonomischen Forschungen in Rußland, später in Deutschland durch.

Diese bedeutenden Errungenschaften sind alle außerhalb Lettlands und ohne Verbindung mit der Heimat erzielt worden. Auch der Philo-

* Dieses Buch ist als kulturhistorisches Denkmal mit der Erforschung seiner Genese und ausführlichen Kommentaren kürzlich in Riga in der Publikation von J. Stradiņš, Lomomossow und Lettland (17), erneut abgedruckt worden.

loge J. Endzelīns, der Sinologe und Folklorist P. Šmits, der Historiker F. Balodis, der Astronom F. Blumbachs, der Therapeut M. Sihle haben ihre berufliche Laufbahn außerhalb der Heimat an den Hochschulen Rußlands und der Ukraine begonnen. An der Akademie der Militärmedizin in St. Petersburg erhielten ihre Ausbildung, promovierten oder traten in der Wissenschaft die lettischen Mediziner J. Alksnis, P. Sniķers, J. Primanis, P. Stradiņš, K. Rudzītis und andere hervor, die später im unabhängigen Lettland in der Medizinwissenschaft die bedeutendsten Positionen einnahmen (74).

Somit gab ein gewisser Antagonismus zwischen den Deutschbalten und der neuen lettischen akademischen Intelligenz für mehrere Generationen den lettischen Wissenschaftlern eine russische Orientierung und entfremdete sie (wenigstens teilweise) von ihren deutschen Kollegen. Sowohl im Zeitabschnitt vor dem Ersten Weltkrieg als auch danach spielten außerwissenschaftliche, politische Erwägungen eine bedeutende Rolle.

Die Entwicklung der Wissenschaft in Lettland seit 1919

Den Eintritt der Letten in die akademische Wissenschaft, in die Hochschule ihrer Heimat konnte nur die Unabhängigkeit Lettlands gewährleisten. Schon während der Freiheitskämpfe im Jahre 1919 entstand die Lettische Universität (*Latvijas Augstskola*, seit 1923 — *Latvijas Universitāte*), die teilweise das von den Deutschen gegründete und in deutschen Traditionen verwurzelte alte Rigaer Polytechnische Institut mit den meisten Lehrkräften übernahm (75–78). Doch die neue Lehranstalt erweiterte sich wesentlich mit den Humanwissenschaften, mit Medizin, Biologie, Physik, Rechtswissenschaften und Nationalökonomie, die früher als akademische Disziplinen in Lettland nicht existierten. An der Lettischen Universität sammelten sich Lehrkräfte lettischer Herkunft in erster Linie aus Rußland, wo nach der Oktoberrevolution ein wissenschaftlicher und politischer Zusammenbruch erfolgt war.

In der Anfangsphase der Universität entstand ein Dilemma — sollte sich die neue Hochschule stärker auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten des neuen Staates Lettland und damit auf Lehrkräfte lettischer Nationalität orientieren, oder sollte mehr Aufmerksamkeit der internationalen, in diesem Falle vor allem der deutschen Wissenschaft und Bildung geschenkt werden? Paul Walden, langjähriger Rektor des

Polytechnikums und hervorragendste Lehrkraft, ein „Altlette“, trat für eine kosmopolitische Orientierung bei der Auswahl der Lehrkräfte ein, indem er den Vorzug der beruflichen Qualifikation, nicht der Nationalität gab. Einwände dagegen erhoben Paulis Lejinš, Fricis Gulbis, Augusts Kirchenšteins, Pēteris Nomals — junge lettische Lehrkräfte ohne Doktorgrade (einige von ihnen haben auch später nie promoviert), aber mit dem leidenschaftlichen Wunsch, eine „lettsche“ Hochschule zu bilden. Walden unterlag in dieser Auseinandersetzung — im August 1919 verließ er Riga, emigrierte nach Deutschland und wurde Professor an der Rostocker Universität (54, 55); spätere Versuche (1924), ihn für Lettland zurückzugewinnen, blieben erfolglos.

Riga hatte seine besten Forscher verloren, aber dafür eine nationale Hochschule erhalten. In historischer Sicht war dieses Ergebnis folgerichtig: Zuerst mußte man eine eigene Hochschule auf lokaler, demokratischer, nationaler Grundlage bilden, damit diese in der Republik Lettland überhaupt Bestand hatte; dann konnte diese Universität in die Wissenschaft Europas integriert werden, was mit der Zeit auch erfolgte.

In der lettischen Universität, die durch ein Gesetz von 1923 zum höchsten Wissenschaftszentrum Lettlands erklärt wurde, wirkte sowohl die nationale als auch die internationale Komponente; eine gewisse Priorität wurde den humanitären und naturwissenschaftlichen Fächern (insbesondere den landwirtschaftlichen Wissenschaften und der Medizin) und nicht den technischen und exakten Wissenschaften gegeben. Die Universität wurde auf die Bedürfnisse Lettlands als eines unabhängigen (und in gewisser Hinsicht eines isolierten) Staates orientiert. Die Unterrichtssprache war Lettisch, in der Wissenschaft begann man die lettische Terminologie zu bilden (oder zu vervollkommen), doch zu Anfang wurden viele Vorlesungen noch in deutscher oder russischer Sprache gehalten.

Bei der Auswahl der Lehrkräfte der Lettischen Universität gab es keine nationale Intoleranz, zumindest im ersten Jahrzehnt nicht. Da waren viele ehemalige Lehrkräfte des Polytechnikums, meistens Deutschbalten, unter ihnen die Professoren K. Blacher, M. v. Glase-napp, P. Bohl, A. Buchholz, P. von Denffer, R. Hennig, E. Jacoby, O. Lutz, A. Meder, R. Meyer, E. Weiss, G. Schwarz, N. Schiemann, E. Ostwald (ein Forstfachmann, der Bruder von W. Ostwald) und andere, aber auch ausländische Wissenschaftler, darunter der Astronom A. Klose aus Deutschland (der in Lettland die inzwischen tradi-

tionell gewordene Forschung der kleinen Planeten begründete, infolgedessen haben viele Planetenidee lettische Namen wie „Latvija“, „Rīga“, „Šteins“, „Krišbarons“, „Dīriķis“ erhalten), der Theologe G. Mensching, der Entomologe E. Strand, der Geologe E. Krauss. In der Universität arbeiteten auch viele bedeutende deutsche Medizinwissenschaftler, wie z. B. R. Adelheim, M. Brant, E. Renz, Biologen N. Transehe, O. Treboux, der Jurist A. Loeber, der Historiker L. Arbusow jr. und andere.

Die Lettische Universität hat vor dem Zweiten Weltkrieg sowohl in regionaler, nationaler Hinsicht Erfolge aufzuweisen wie in der eingehenden Erforschung der Natur, Geschichte, Volkskunst und Sprache Lettlands, als auch eine Resonanz, wenn auch in beschränkterem Maße, im Rahmen der Wissenschaft Europas gehabt (79). Hinsichtlich des wissenschaftlichen Niveaus rückte die Lettische Universität bald auf zur Universität Tartu (die die Traditionen des alten Dorpat mitbrachte), indem beispielsweise die Studentenzahl pro Einwohner der Republik Lettland sogar einen Europa-Rekord erreichte. In der Erforschung regionaler Probleme, die bis zum Ersten Weltkrieg vorwiegend von Deutschbalten in ihren wissenschaftlichen Vereinen betrieben worden war, wuchsen lettische Geographen, Historiker, Nationalökonomien, Biologen, Forstfachleute heran, die durchaus imstande waren, auf professioneller Basis zu arbeiten.

Gewiß, in der Erforschung der Geschichte Lettlands gab es scharfe Diskussionen mit dem deutschen Standpunkt, insbesondere nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland und der Gründung des autoritären Ulmanis-Regimes in Lettland im Jahre 1934, als der nationale Faktor zu dominieren begann und die gegenseitige Intoleranz häufig bis zur Konfrontation gesteigert wurde. In den humanitären Disziplinen wurde in Lettland der Standpunkt der Deutschbalten von den Lehrkräften des privaten Herder-Instituts vertreten (80). L. Arbusow war gezwungen, die lettische Universität zu verlassen. Die Geschichtswissenschaft spielte in der Wissenschaftspolitik von Präsident K. Ulmanis eine dominierende Rolle, man mußte die Geschichte Lettlands „im Sinne des Nationalismus und der Objektivität“ schreiben, die offizielle Historiographie kritisierte scharf die Konzeptionen der deutschen Historiker. Ungeachtet dessen fand in Riga vom 15.-20. August 1937 die erste Konferenz der Historiker der baltischen Staaten unter dem Protektorat von K. Ulmanis statt, an der auch Wissenschaftler aus Deutschland teilnahmen (z. B. B. von Richthofen aus Königsberg, O. Scheel und K. Schünemann aus Kiel, F. Röhrig und

W. Vogel aus Berlin). 1937 besuchte der berühmte Physiker M. Planck Riga und hielt Vorlesungen über Wissenschaft und Religion und über die Entropie sowohl im Schwarzhäupterhaus als auch in der Aula der Lettischen Universität.

Bei der Zahl der Universitätsstudenten dominierten die Letten, doch war auch die Zahl der Nichtletten, überwiegend der Deutschen und der deutschsprachigen Juden, unter den Studenten recht groß, am meisten in der Mechanischen Fakultät (im akademischen Jahr 1938/39: 25, 1%) und in der Chemischen Fakultät (ebenfalls 25, 1%) (77). Leider gab es auch Kollisionen — 1932 verließen die deutschen Korporationen (Curonia, Fraternitas Rigensis, Fraternitas Baltica, Concordia Rigensis, Rubonia und Gotonia) den Präsidiumsconvent, weil sie sich weigerten, dem Beschluß zu folgen, künftig in den Conventsitzungen nur lettisch zu sprechen (69). In der Ulmanis-Zeit wurden nach dem neuen Vereinsgesetz mehrere traditionsreiche deutsche wissenschaftliche Vereine in ihrer Arbeit eingeschränkt oder sogar geschlossen. Unter den Ehrenmitgliedern der Lettischen Universität gab es keinen deutschen Wissenschaftler, auch bei den *Doctores honoris causa* gab es verhältnismäßig wenige Vertreter aus Deutschland und Österreich (den ehemaligen Professor des Polytechnikums, M. Grübler/Dresden, den Pharmakologen H. H. Meyer/Wien, Hans Pribram/Österreich, den Spezialist für Berufskrankheiten E. Baader/Berlin).

Es wurde versucht, die Kontakte möglichst mehr auf Großbritannien, Frankreich, die skandinavischen Länder und die osteuropäischen Staaten zu orientieren, unter Einschränkung der traditionellen Verbindungen mit Deutschland. Dennoch veröffentlichten die Wissenschaftler Lettlands ihre Artikel vorwiegend in den führenden deutschen Zeitschriften („Berliner Berichte“, „Liebigs Annalen“, „Zeitschrift für physikalische Chemie“, „Therapeutisches Archiv“, „Zentralblatt für Chirurgie“ u. dgl.). Sie unternahmen oft wissenschaftliche Dienstreisen und Lehraufträge in Deutschland, insbesondere vor Hitlers Machtübernahme. Danach wurden diese Verbindungen von deutschen Stellen aus begrenzt, z. B. wurde es Professor H. Staudinger, dem Begründer der makromolekularen Chemie (und späteren Nobelpreisträger), der privat mit Lettland verbunden war (seine Frau war die Tochter des lettischen Botschafters in Berlin, O. Voits), 1937–38 nicht erlaubt, Vorlesungen in der Lettischen Universität zu halten.

Auf der Basis der Herdergesellschaft war 1927 in Riga eine private deutsche Hochschule, das Herderinstitut, gegründet worden, an deren Arbeit auch mehrere bekannte deutschbaltische Wissenschaftler

(der Naturwissenschaftler K. R. Kupffer, der Physiker R. Meyer, die Historiker L. Arbusow, R. Wittram, der Mathematiker E. Svenson) teilnahmen. Das Herderinstitut stellte die Arbeit am 27. November 1939 nach der Umsiedlung der Deutschbalten ein. Die vom Institut in Riga organisierten Gastvorlesungen wurden von bedeutenden reichsdeutschen Wissenschaftlern gehalten, wie den Philosophen R. Eucken, O. Spengler, dem bereits erwähnten Physiker M. Planck, dem Chirurgen F. Sauerbruch, den Historikern F. Meinecke, H. Rothfels und anderen (80).

Dieser besondere Zeitabschnitt in den Beziehungen der lettischen zu den deutschen Wissenschaftler endete mit der Umsiedlung der deutschbaltischen Wissenschaftler im Jahre 1939. Es sei vermerkt, daß einige von ihnen ihre Forschungsarbeit nicht nur an der Posener Universität, sondern nach dem Zweiten Weltkrieg auch an mehreren führenden deutschen Universitäten (Prof. R. Meyer, Prof. L. Arbusow, Prof. H. Auterhoff) fortsetzten. Wenig erforscht sind die Vorgänge in der Wissenschaft in Lettland während der deutschen Okkupationszeit (1941–1944). Es ist bekannt, daß die Okkupationsbehörden die Lettische Universität schließen wollten, doch später wurde deren Tätigkeit erlaubt — sie wurde allerdings in „Universität zu Riga“ umbenannt, und die Tätigkeit der humanitären Fakultäten wurden eingeschränkt (87).

Die Nachkriegszeit unter der Herrschaft der Sowjetunion war auf keinen Fall günstig für die Entwicklung der Kontakte mit Deutschland. Der durch den Stalinismus kultivierte Isolationismus in der Wissenschaft, die Abgrenzung von vielen Gebieten der Wissenschaft, nihilistisches, sogar ein kraß feindliches Verhältnis gegen alles Deutsche, die Herabsetzung der deutschen Rolle in der Wissenschaft und Kultur waren die Merkmale der ersten Nachkriegsjahre. Die Lage verbesserte sich ein wenig nach dem Tode Stalins in der Chruschtschowzeit.

Schon im Jahre 1954 begannen Diskussionen über das Erbe der Baukunst Lettlands, besonders über den Beitrag der Deutschbalten in der Geschichte der Wissenschaft des Baltikums (seit dem Jahr 1958). Dabei sprach man zum ersten Mal im positiven Sinne über die Deutschbalten, über ihr Kulturerbe, über die Transitrolle des Baltikums durch die Bildung der Verbindungen zwischen dem Westen und Osten Europas. Die Vorträge auf der ersten Konferenz für die Geschichte der Naturwissenschaften und Medizin des Baltikums (Riga, Juni 1958) bestimmten auch die Richtung der nächsten fünfzehn Konferenzen und das positive Verhältnis zum deutschen Kulturerbe im

Baltikum (81). Seit 1970 veranstalteten die Historiker der Lettischen Staatsuniversität regelmäßig Konferenzen — „Baltikum und Deutschland“ (später: „Baltikum und Westeuropa“), die mit jeder Konferenz objektiver wurden. Seit 1957 besuchten mehrere deutsche Wissenschaftler Lettland, zuerst aus der DDR, später auch aus der Bundesrepublik Deutschland. Die ersten Kollegen aus der DDR kamen im Frühling 1957 zu einer von Prof. G. Vanags (Schüler von P. Walden) organisierten Konferenz über die Diketonen-Chemie nach Riga.

Zu Beginn der 60er Jahre entwickelten sich verhältnismäßig umfangreiche, wenn auch oft formale und wenig wirksame Kontakte auf Institutsebene zwischen der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Lettischen Akademie der Wissenschaften (gegründet im Jahre 1946). Solche Verbindungen begannen mit dem Jahr 1960, als der damalige Direktor des Instituts für Organische Synthese der Akademie der Wissenschaften der Lettischen SSR, der deutschsprechende Rigaer Jude Prof. S. Hiller (1915–1975), in der DDR weilte — ein hervorragender Organisator, der sich mit mehreren Forschungsinstituten und Universitäten der DDR in Verbindung setzte und 1972 zum ordentlichen Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher „Leopoldina“ gewählt wurde (82).

Direkte Kooperationsverträge wurden mit dem Institut für Naturstoffe in Berlin-Buch (gemeinsame Forschungen über den P-Stoff), dem Zentralinstitut für Mikrobiologie und experimentelle Therapie in Jena (Komplexenbildung Arzneimittelmoleküle mit Biopolymeren), dem Zentralinstitut für organische Chemie in Berlin-Adlershof (Chemie der Heterozyklen) geschlossen. Später bildeten sich direkte Verbindungen zwischen der Lettischen Staatsuniversität und der Universität zu Rostock sowie zwischen dem Rigaer Polytechnischen Institut und den Technischen Hochschulen in Wismar und Dresden in Form eines Studenten- und Forscheraustausches. Nach dem Abschluß der Ostverträge (1971) begannen sich allmählich auch Kontakte mit der Bundesrepublik Deutschland — sowohl mit den Hochschulen und Forschungsanstalten als auch mit den großen Industriefirmen (z. B. BASF, Bruker-Physik, Goedicke u. a.) — zu entwickeln.

Es muß betont werden, daß die intensivsten wissenschaftlichen Verbindungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften (Chemie, Physik) geknüpft wurden; in den Human- und Sozialwissenschaften waren sie viel begrenzter, hier herrschte Dogmatismus und ideologische Konfrontation vor. Außerdem entwickelten sich die Kontakte ausschließlich im Rahmen der damaligen gemeinsamen Forschungs-

programme der gesamten UdSSR mit beiden deutschen Staaten. Es gab keine direkten Verbindungen zwischen Deutschland und Lettland, alles sollte „über Moskau“ gehen: die Wissenschaft Lettlands war ja bis zum Jahre 1990 nur ein Teil der „einheitlichen Sowjetwissenschaft“.

In den Humanwissenschaften hatten nur die Historiker Lettlands etwas festere Verbindungen mit Deutschland, trotz der langen und heftigen Konfrontation zwischen den deutschen und lettischen Geschichtsschreibern. Eine stimulierende Rolle spielten die schon erwähnten Konferenzen „Baltikum — Westeuropa“, deren Organisatoren P. Krupnikow und M. Duchanow die deutschbaltischen Themen zu betonen versuchten (83–85) und die auch Vertreter der Baltischen Historischen Kommission heranzuziehen suchten. Zu dieser hatten die sowjetlettischen Historiker Kontakte schon während der Brezhnev-Zeit gesucht.

Deshalb wurden schon im Jahre 1990, als an der Lettischen Akademie der Wissenschaften der Status des Auslandsmitglieds eingerichtet wurde, zwei Vertreter der Baltischen Historischen Kommission als solche gewählt: der Jurist und Politologe Prof. D. A. Loeber und der Historiker Dr. G. von Pistohlkors; als Ehrenmitglied der Lettischen Akademie wurde Dr. Magda Staudinger-Woit aus Freiburg/Br. gewählt, die Witwe des Nobelpreisträgers H. Staudinger und seine langjährige Mitarbeiterin (86).

Gegenwärtiger Stand und zukünftige Zusammenarbeit mit den Deutschen

Mit der Vereinigung Deutschlands und der Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Lettischen Republik im Jahre 1990 wurden zwar die unvollständigen und schwachen, jedoch real bestehenden wissenschaftlichen Verbindungen mit Deutschland auf dem Gebiete der Naturwissenschaften auf paradoxe Weise stark reduziert. Doch mit der Reform der Wissenschaften sowohl in der ehemaligen DDR als auch im wiederhergestellten Lettland rückt der Ausbau direkter wissenschaftlicher Verbindungen zwischen dem vereinigten Deutschland und Lettland in den Vordergrund.

Dieses Problem hängt zusammen mit dem Problem der Zukunftsorientierung Lettlands: Isolation? Entente der Baltischen Staaten? Orientierung auf Rußland? — auf Skandinavien — auf die USA? — auf

Deutschland und das vereinte Europa? Diese Modelle werden im Baltikum sehr rege diskutiert, jedes von ihnen hat seine Vorteile und seine Nachteile.

Die Entwicklung der Wissenschaft ist grundsätzlich weder in der Selbstisolation noch in der Zusammenarbeit nur des Baltikums möglich. Die traditionellen Verbindungen mit Rußland, mit der Ukraine und anderen ehemaligen Republiken der UdSSR dürfen nicht abgebrochen werden, aber da sich diese Region selbst im Krisenzustand befindet, ist vorerst eine wesentliche Unterstützung für die Wissenschaft Lettlands von dort nicht zu erwarten (die Akademie der Wissenschaften der UdSSR ist doch selbst Ende 1991 zusammengebrochen!). Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den USA werden in erster Linie bestimmt durch den Reichtum dieses Staates und das hervorragende wissenschaftliche Potential, wozu die relativ große Zahl der Exilletten in Nordamerika gehört (viele Hundert von ihnen nehmen bedeutende akademische Positionen in den Universitäten der Vereinigten Staaten und Kanadas, teilweise auch Australiens ein). Außerdem ist die *Association for the Advancement of Baltic Studies* (AABS) mit einer umfangreichen Initiative zur Sanierung der Wissenschaften des Baltikums, insbesondere auf den humanitären Gebieten, hervorgetreten — einschließlich finanzieller Unterstützung. In vielen Lebensbereichen bilden sich Verbindungen mit Skandinavien, das nicht zuletzt hinsichtlich der Mentalität den baltischen Staaten sehr nahe steht. So wird 1992 der Wissenschaftsrat Dänemarks eine Expertise über die Wissenschaftseinrichtungen Lettlands erstellen.

Aus der Überlegung heraus, daß das Baltikum in Zukunft ein offenes System mit einer vielseitigen Zusammenarbeit werden soll, denke ich, daß einer der Hauptpartner das vereinigte Deutschland sein wird. Diese Zusammenarbeit muß sich auf die historische Gemeinschaft, auf positive Reminiszenzen und Traditionen stützen. In Lettland gewinnt mit Recht die ein wenig ironisch geäußerte Aufforderung Unterstützung, daß ein kleiner, friedlicher — ökonomischer und intellektueller — „Drang nach Osten“ wünschenswert wäre.

Die ersten Beispiele für eine solche wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland sind schon sichtbar geworden. Aus Lettland kommen einige Humboldt-Stipendiaten, mehrere Studenten Lettlands studieren an Hochschulen Deutschlands, es werden Konferenzen veranstaltet mit der Beteiligung deutscher Gelehrter. Der im Jahre 1991 in Riga gegründete „Baltische Forschungsfonds“ entwickelt eine Zusammenarbeit nicht nur mit der AABS, sondern auch mit anderen

Institutionen, in deren Arbeitsfeld der baltische Raum liegt. Im Jahre 1991 fand in Cēsis (Wenden) eine Konferenz statt über die Rolle des Ordensmeisters Wolter von Plettenberg in der Livländischen Geschichte, in Riga eine weitere über den „deutschen Faktor“ in der Geschichte Lettlands und über das kulturelle Zusammenwirken in der baltischen Region im 16.-18. Jahrhundert. Ein bedeutender Teil der Geschichtsforschung Lettlands und des Baltikums könnte unter dem Aspekt der Hanseforschung erfolgen, insbesondere die Erforschung der Geschichte der Stadt Riga, die in diesem Jahrzehnt in Vorbereitung der 800-Jahrfeier der Stadtgründung intensiviert wird.

Es wird ferner das Problem der Wiederherstellung des Schwarzhäupterhauses in Riga erörtert, das auch eine gewisse Forschungsarbeit erfordert; in dem zu restaurierenden Häuserkomplex ist vorgesehen, nicht nur die Repräsentationsräume der Stadt Riga, sondern auch Räume für gesellschaftliche Organisationen, Kulturvereine einschließlich des Deutschen Kulturvereins Lettlands und vielleicht auch der Lettischen Akademie der Wissenschaften einzurichten. Bereits im Jahr 1990 nahm das Deutsche Kulturzentrum in Lettland seine Arbeit auf, zu dessen Aufgaben u. a. die Verbreitung deutscher Kultur und speziell der Germanistik gehört. Geplant ist ferner die Errichtung eines Goethe-Instituts in Lettland, für das bereits ein Haus der Altstadt Riga ausgewählt wurde. Auf die Anregung des Präsidenten der *Academia Scientiarum et Artium Europaea*, Prof. F. Unger (Salzburg), wurde in Riga im Jahre 1991 das Europäisch-Lettische Institut für wissenschaftliche und kulturelle Kontakte gegründet, dessen Aufgabe darin besteht, die Zusammenarbeit zwischen dem Baltikum und Westeuropa für die Integration der lettischen Kultur und Wissenschaft in das neue, freie Europa zu fördern.

Gemeinsame Projekte können sowohl in den Geisteswissenschaften als auch in den Naturwissenschaften durchgeführt werden. In dieser Hinsicht wäre es wünschenswert, die Unterstützung durch wissenschaftliche Institutionen Deutschlands zu erhalten für gemeinsame Projekte mit den Forschern aus Lettland, für die Herausgabe gemeinsamer Arbeiten über die Geschichte des Baltikums, über Kulturgeschichte, Geographie und Ökologie in den Hochschulen Lettlands sowie eine weite Verbreitung der deutschen Sprache im wissenschaftlichen und kulturellen Leben Lettlands. Deutschland könnte ferner Unterstützung leisten, indem es verschiedene Ausstellungen veranstaltet, Informationen organisiert und wissenschaftlichen Bibliotheken hilft.

Alles hier Angesprochene bezieht sich hauptsächlich auf nur eine Sphäre — die der Wissenschaft; doch für das zukünftige Lettland ist dieser Sektor von größter Bedeutung, denn nur die Steigerung und Nutzung des intellektuellen Potentials kann Lettland zu einem Staat der „ersten Welt“ machen und ein Herabsinken auf das Niveau einer „Bananenrepublik“ verhindern. Und gerade hier ist das Vorbild Deutschlands höchst bedeutend. Vor mehr als zwei Jahrhunderten hat Deutschland an der Wiege der Wissenschaft Lettlands gestanden. Deutschland könnte in großem Maße der entscheidende Faktor sein, der das Baltikum in die Kultur des dritten Jahrtausends und in die Gemeinschaft des neuen Europa einführt.

Ich gehöre zu denjenigen in Lettland, die den „deutschen Faktor“ sehr hoch schätzen — nicht nur in der Geschichte Lettlands, sondern auch für die künftige Entwicklung. Alte Vorurteile und schlechte Reminiszenzen sind zu überwinden, damit eine positive Basis für die Zusammenarbeit gefunden werden kann.

Diese künftige Zusammenarbeit könnte den ganzen Raum des Baltikums im weiteren Sinne — die Staaten Skandinaviens, Polen, Finnland, St. Petersburg, die baltische Staaten, die Bundesländer in Norddeutschland — umfassen. Ein solcher Regionalismus (eine geopolitische Konstruktion — die sogenannte „blaue Banane“ mit etwa 60 Mill. Einwohnern) könnte ein selbständiges Modell im Ostseeraum anregen, wo die deutschen Kulturtraditionen seit der Hansezeit historisch verwurzelt und — nolens volens, direkt oder indirekt — in der Mentalität der Bewohner verankert sind. In diesem Kontext könnten die baltischen Republiken, insbesondere Lettland, ihre Brückenfunktionen in den West-Ost-Beziehungen wiedererlangen, die Rolle eines Transitlandes übernehmen. Das würde zudem eine vielseitige Entwicklung dieser Region fördern, was zweifellos auch im Interesse Deutschlands und ganz Europas liegt.

Literatur

- ¹ J. Stradiņš, Trešā atmoda. Runas un raksti Latvijā un par Latviju 1988–1990 (Das „dritte Erwachen“. Reden und Schriften in Lettland und über Lettland 1988–1990). 1992 (im Druck).
- ² E. Blanks, Latvju tautas atmoda. (Das Erwachen des lettischen Volkes). Riga 1927.
- ³ Latviešu nācijas izredzes. 1990. gada 28. septembra konference (Die Aussichten der lettischen Nation. Eine Konferenz vom 28. IX. 1990). Ed. O. Dzenītis. Riga 1990.
- ⁴ R. Virchow, Bericht über eine archäologische Reise nach Livland, in: Verhandlungen der Berliner Gesellschaft f. Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte 9(1877), S. 365 ff.
- ⁵ J. Stradiņš, Derums, V., Rudol'f Virchow v Latvii (Rudolf Virchow in Lettland), in: Iz istoriji jestestvoznānija i tehniki Pribaltiki. T. 4, Riga 1972, S. 105–121.
- ⁶ J. Stradiņš, Jestestvennyje nauki v Pribaltike v XVII–XVIII vekach (Die Naturwissenschaften im Baltikum im 17. u. 18. Jahrhundert), in: Iz istoriji mediciny. T. 1, Riga 1957, S. 45–56.
- ⁷ J. Stradiņš, Pribaltika i naučnyje kontakty meždu Rossijei i Zapadom v XVIII–XX vekach (Das Baltikum und die Wissenschaftskontakte zwischen Rußland und dem Westen vom 18.–20. Jahrhundert), in: Iz istoriji jestestvoznānija i tehniki Pribaltiki. T. 2, Riga 1970, S. 115–129.
- ⁸ J. Stradiņš, Etides par Latvijas zinātņu pagātņi (Studien zur wissenschaftlichen Vergangenheit Lettlands). Riga 1982.
- ⁹ J. Stradiņš, Baltvācu problēmu loks mūsu kultūrvēsturē (Zum deutschbaltischen Problembereich in der Kulturgeschichte Lettlands), in: Karogs 8 (1989), S. 161–167.
- ¹⁰ J. Stradiņš, Zum deutschbaltischen Problembereich in der Kulturgeschichte Lettlands, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 37/1990 (1989), S. 29–44.
- ¹¹ J. Stradiņš, Vācbaltieši Latvijas kultūras kopībā (Die Deutschbalten in der Kultur Lettlands), in: Literatūra un māksla (Riga) vom 13. 1. 1990.
- ¹² K. Ulmanis, Trimdinieka manuskripts un cietumnieka nopratināšanas protokoli (Das Manuskript des Verbannten [Ulmanis] und die Vernehmungprotokolle des Gefangenen), in: Latvijas ZA Vēstis 12 (1990) u. 1, 2 u. 3 (1991).
- ¹³ J. Stradiņš, Zinātne Latvijā un latvieši zinātnē (Die Wissenschaft in Lettland und die Letten in der Wissenschaft), in: Atklājums 2 (1991), S. 3–11.
- ¹⁴ J. F. v. Recke, K. E. Napiersky, Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrten-Lexikon der Provinzen Liv-, Est- und Kurland. 4 Bände, Mitau 1827–1832.
- ¹⁵ Deutschbaltisches biographisches Lexikon 1710–1960. Hrsg. von W. Lenz. Köln/Wien 1970.
- ¹⁶ M. W. Lomonossov, Polnoje sobranije sočinenij. (dopolnitel'nyj, spravočnyj). Pis'ma, perevody, stichotvorenija, ukazateli (Vollständige Sammlung der Aufsätze, Bd. 11: Briefe, Übersetzungen, Gedichte, Register; Zusätze und Kommentare). Leningrad 1983.
- ¹⁷ J. Stradiņš, Lomonosovs un Latvija (Lomonosov und Lettland). Riga 1987.
- ¹⁸ G. F. Nikolajeva-Seredinskaja, Istorija issledovanija prirodnych uslovij territorii Latvijskoj SSR, 1710–1917 (Geschichte der Erforschung der natürlichen Bedingungen des Territoriums der Lettischen SSR 1710–1917) Leningrad 1970.
- ¹⁹ J. Stradiņš, O svjazjach Immanuila Kanta s Latvijei, in: „Kritika čistogo razuma“ Kanta i sovremennostj (Über die Verbindungen I. Kants zu Lettland, in „Kritik der reinen Vernunft“. Kant und die Gegenwart). Riga 1984, S. 215–224.
- ²⁰ G. F. Stenders, Augstas gudrības grāmata no pasaules un dabas. 1796. gada izdevuma teksts ar komentāriem (Das Buch der Hohen Weisheit von der Welt und der Natur, 1796. Textausgabe mit Kommentar). Riga 1988.
- ²¹ K. Dannenberg, Zur Geschichte und Statistik des Gymnasiums in Mitau. Mitau 1875.

- ²² W. Meyer, Die Gründungsgeschichte der Academia Petrina in Mitau, in: Sitzungsberichte der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst aus den Jahren 1935–1936. Riga 1937, S. 35–168.
- ²³ J. Stradiņš, H. Strods, Jelgavas Pētera akadēmija (Die Mitauer Academia Petrina). Riga 1975.
- ²⁴ R. v. Engelhardt, Die deutsche Universität Dorpat in ihrer geistesgeschichtlichen Bedeutung. Reval 1933.
- ²⁵ G. Šaurums Tērbatas Universitāte. 1632—1932 (Die Dorpater Universität 1632–1932). Riga 1932.
- ²⁶ W. Schlaw, Die Kurländische Gesellschaft für Literatur und Kunst und das Kurländische Provinzialmuseum zu Mitau, in: Baltische Hefte 14(1968), S. 5–107.
- ²⁷ J. Stradiņš, Theodor Grothus, 1785–1822. Moskva 1966.
- ²⁸ B. E. Raikov, Russkije biologi-evoljucionisty do Darvina. T. 2 (Die russischen Evolutionsbiologen bis zu Darwin. Bd. 2). Moskva/Leningrad 1951.
- ²⁹ F. Bienemann, Der Dorpater Professor Georg Friedrich Parrot und Kaiser Alexander I. Reval 1902.
- ³⁰ J. Stradiņš, Akademik G. F. Parrot i jego dejatel'nostj v Rige (Der Akademiker G. F. Parrot und seine Tätigkeit in Riga), in: Iz istoriji jestestvoznanija i tehniki Pribaltiki. Riga 1 (1968), S. 105–124.
- ³¹ J. Stradiņš, David Ieronim Grindel' i jego naučnoje nasledije (David Hieronymus Grindel und sein wissenschaftliches Erbe), in: Iz istoriji jestestvoznanija i tehniki Pribaltiki. Riga 6(1980), S. 85–104.
- ³² F. Lichinger, Geschichte der Pharmazeutischen Gesellschaft zu Riga. Riga 1903.
- ³³ E. Bochmann, Die Geschichte der Gesellschaft praktischer Ärzte zu Riga von 1822–1872. Riga 1872.
- ³⁴ Festschrift des Naturforschervereins zu Riga in Anlaß seines 50jährigen Bestehens am 27. März (8. April) 1895. Riga 1895.
- ³⁵ Festschrift zum 50jährigen Jubiläum des Rigaschen Polytechnischen Instituts 1862–1912. Riga 1912.
- ³⁶ Album Academicum des Polytechnikums zu Riga 1862–1912. Riga 1912.
- ³⁷ Rīgas Politehnikums 1862–1919. g. Album Academicum (1912–1919 g.) (Das Rigaer Polytechnikum 1862–1919 / Album academicum der Jahre 1912–1919). Riga 1938.
- ³⁸ J. Stradiņš, „Staryj“ Rižskij politehničeskij institut v kontekste istoriji regional'noj i mirovoj nauki (Das „alte“ Rigaer Polytechnische Institut im Kontext der Geschichte der regionalen wie der internationalen Wissenschaft), in: Iz istoriji jestestvoznanija i tehniki Pribaltiki (Riga) 8(1991), S. 18–46.
- ³⁹ P. Bol', Sobranije trudov (P. Bohl: Gesammelte Werke). Riga 1974.
- ⁴⁰ F. A. Cander, Sobranije trudov (F. A. Zander: Gesammelte Werke). Riga 1977.
- ⁴¹ F. A. Cander i sovremennaja kosmonavtika (F. A. Zander und die gegenwärtige Weltraumfahrt). Moskva 1976.
- ⁴² D. Ja. Zil'manovič, Fridrich Cander. Detstvo, junostj, pervyje issledovania (Friedrich Zander — Kindheit, Jugend, erste Forschungen). Riga 1967.
- ⁴³ N. I. Rodnyj, Ju. I. Solov'ev Vil'gel'm Ostval'd 1853–1932 (Wilhelm Ostwald 1853–1932). Moskva 1969 (Deutsche Ausgabe: Leipzig 1977).
- ⁴⁴ P. Walden, Wilhelm Ostwald, in: Berichte d. Deutschen chem. Gesellschaft 65 (1932), H. 8–9, S. 101–141.
- ⁴⁵ P. Walden, Wilhelm Ostwald. Leipzig 1904.
- ⁴⁶ J. Stradiņš, Rižskij period dejatel'nosti Vil'gel'ma Ostval'da i stanovlenie klassičeskoj fizičeskoj chimiji (Die Rigaer Periode der Tätigkeit von Wilhelm Ostwald und die Entstehung der klassischen Physikalischen Chemie), in: Latvijas PSR ZA Vēstis 7 (1979), S. 33–44.
- ⁴⁷ J. Stradiņš, Chimija v Rižskom Politehničeskom institute (1862–1918) (Die Chemie am Rigaer Polytechnischen Institut 1862–1918), in: Učenyje zapiski Latvjijsko-

- go gosudarstvennogo universiteta 22(1958), S. 307-325.
- ⁴⁸ W. Ostwald, Lebenslinien. Eine Selbstbiographie. Th. I. Berlin 1926.
- ⁴⁹ W. Ostwald, Lehrbuch der allgemeinen Chemie. Bd. 1-2. Leipzig. 1885-1887.
- ⁵⁰ Ju. I. Solov'ev, Svante Arrenius, 1859-1927. Moskva 1990.
- ⁵¹ Forschen und Nutzen. Wilhelm Ostwald zur wissenschaftlichen Arbeit. Berlin 1978.
- ⁵² G. V. Bykov, K. A. Bišof i stereochemija (K. A. Bischof und die Stereochemie), in: Iz istoriji jestestvoznanija i tehniki Pribaltiki (Riga), 7 (1984), S. 55-62.
- ⁵³ J. Stradiņš, Riga kak centr issledovanij po stereochemiji na rubeže XIX-XX vekov i raboty P. Val'dena (Riga als Zentrum der Erforschung der Stereochemie an der Wende vom 19./20. Jahrhundert und die Arbeiten von P. Walden), in: Iz istoriji jestestvoznanija i tehniki Pribaltiki. (Riga), 7 (1984), S. 22-54.
- ⁵⁴ J. Stradiņš, Ju. I. Solovjov, Pavel Ivanovič (Paul) Val'den, 1863-1957 (Paul Walden, 1863-1957). Moskva 1988.
- ⁵⁵ P. Walden, Wege und Herbergen. Mein Leben. Wiesbaden. 1974.
- ⁵⁶ P. Walden, Optische Umkehrerscheinungen (Waldensche Umkehrung). Braunschweig 1919.
- ⁵⁷ J. Stradiņš, Pauls Valdēns — latvju tautas pazudušais dēls (Paul Walden — der verlorene Sohn des lettischen Volkes), in: Skolotāju Avīze (Rīga) vom 14. 6. 1989.
- ⁵⁸ P. E. Vilde, Latviešu ārste (Der lettische Arzt). Riga 1991.
- ⁵⁹ Jahresverhandlungen der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst. 2(1822), S. 15-24.
- ⁶⁰ A. Bielenstein, Ein glückliches Leben. Riga 1904 (unveränd. Nachdruck: Michelstadt 1982, 1986).
- ⁶¹ A. Birkerts, Latviešu inteliģence savās cīnās un gaitās (Die lettischen Intellektuellen in ihrem Kämpfen und Wegen). 2 Bände. Riga 1927.
- ⁶² J. Straubergs, Grundulu — fon Grindelu dzimta (Das Geschlecht von Grundulis-Grindel), in: Izglītības ministrijas mēnešraksts 3(1937), S. 247-255.
- ⁶³ M. A. Svarane, Rod Grindelej (Der Stammbaum der Familie Grindel), in: Iz istoriji jestestvoznanija i tehniki Pribaltiki (Riga) 6(1980), S. 104-112.
- ⁶⁴ S. Pijola, K genealogii J. E. O. Šmideberga (Zur Genealogie des J. E. O. Schmiedeburg), in: Stanovlenie nauki i naučnych kollektivov Pribaltiki. Riga 1985, S. 266-268.
- ⁶⁵ J. Stradiņš, D. N. Trifonov, S. Pijola, Die Evolution der Idee von „Inseln relativer Stabilität“ der chemischen Elemente. Hrsg. v. A. H. Swinne, Berlin 1988.
- ⁶⁶ J. Mednis, Žizn' i trudy zamečatel'nogo geodezista A. Buchgol'ca (Leben und Werke des bedeutenden Geodäten A. Buchholz), in: Iz istoriji jestestvoznanija i tehniki Pribaltiki (Riga) 7(1984), S. 12-21.
- ⁶⁷ Nationale Bestrebungen, in: Zeitung für Stadt und Land (Riga) 23. 10. 1871.
- ⁶⁸ O. Kronwald [Kronvalda Atis], Nationale Bestrebungen. Erläuterungen zu einem Artikel der Zeitung für Stadt und Land. Dorpat 1872.
- ⁶⁹ Latvijas Korporāciju Apvienība (Der Verband Lettischer Korporationen). Njujorka (New York) 1990.
- ⁷⁰ R. Pelše, Latviešu un krievu kultūras sakari (Lettisch-russische Kulturverbindungen). Riga 1951.
- ⁷¹ Lavija un Krievija. Vēsturiskie un kultūras sakari (Lettland und Rußland. Historische und kulturelle Verbindungen). Ed. V. Karalunas. Riga 1987.
- ⁷² F. Mühlēnbachs, Latvieši un latvietes Krievijas augstskolās. Jelgava (Letten und Lettinen auf russischen Hochschulen). Mitau 1908.
- ⁷³ F. Brivzemnieks, Augsti krievu vīri iz zemas kārtas. I. Lomonosovs (Hochgestellte russische Persönlichkeiten aus niedrigem Stand: Lomonosow). Riga 1874.
- ⁷⁴ J. Stradiņš, Latviešu zinātnes saknes Pēterburgā un „Fraternitas Metropolitana“ kultūrvēsturiskā mīsiņa (Die Wurzeln der lettischen Wissenschaft in Petersburg

- und die kulturhistorische Mission der „Fraternitas Metropolitana“). (Manuskript, 1991).
- ⁷⁵ P. Dāle, Vēsturisks pārskats par Latvijas Augstskolas nodibināšanu un vinas darbību pirmā (1919/20.) mācību gadā (Historische Übersicht über die Gründung der Lettischen Hochschule und ihre Tätigkeit im 1. Stipendienjahr 1919/20). Riga 1921.
- ⁷⁶ Latvijas Universitāte 1919–1929 (Die Universität Lettlands 1919–1929). Riga 1929.
- ⁷⁷ Latvijas Universitāte divdesmit gados. 1919–1939 (20 Jahre Universität Lettlands 1919–1939). 2 Bände, Riga 1939.
- ⁷⁸ Zinātne Tēvzemei divdesmit gados, 1918–1938 (20 Jahre Wissenschaft für das Vaterland 1919–1939). Ed. L. Adamovičas. Riga 1938.
- ⁷⁹ J. Stradiņš, Latvijas Universitāte — tās saknes, nākotne, nozīme zinātnē (Die Universität Lettlands — ihre Wurzeln, Zukunft und wissenschaftliche Bedeutung), in: Akadēmiskā dzīve (Minneapolis) 32(1990), S. 10–24.
- ⁸⁰ J. von Hehn, Deutsche Hochschulaktivitäten in Riga und Dorpat zwischen den beiden Weltkriegen, in: Die Universitäten Dorpat/Tartu, Riga und Wilna/Vilnius. 1579–1979. Hrsg. v. G. v. Pistohlkors u. a. Köln/Wien 1987, S. 263–276 (Quellen u. Studien zur balt. Geschichte. 9.).
- ⁸¹ Annotirovannyj spisok konferencij istorikov nauki Pribaltiki (1958–1985) (Erläuterndes Verzeichnis der baltischen Wissenschaftshistorikerkonferenzen 1958–1985.) Tartu 1986.
- ⁸² S. A. Giller — žīzn' i naučnaja dejatel'nost' (S. A. Hiller — Leben und wissenschaftliche Tätigkeit). Riga 1982.
- ⁸³ M. M. Duchanov, Ostzejcy (Die baltischen Barone). Riga 1979.
- ⁸⁴ P. Krupnikovs, Melu un patiesības palete (Die Palette der Lügen und Wahrheiten). Riga 1980.
- ⁸⁵ P. Krupnikovs, Lettland und die Letten im Spiegel deutscher und deutschbaltischer Publizistik 1895–1950. Hannover-Döhren 1989 (Beiträge zur baltischen Geschichte. 12.).
- ⁸⁶ J. Stradiņš, Latvijas Zinātņu Akadēmijas izcelsme un statuss — šodien un rit. (Entstehung, gegenwärtiger und zukünftiger Status der Lettischen Akademie der Wissenschaften), in: Latvijas ZA Vēstis 5(1991), S. 7–18.
- ⁸⁷ Margot Blank, Nationalsozialistische Hochschulpolitik in Riga (1941–1944). Konzeption und Realität eines Bereiches deutscher Besatzungspolitik. Lüneburg 1991.

Der historische Begriff „Ostdeutschland“ und die deutsche Landesgeschichte

von Klaus Zernack

Im politischen, vor allem tagespolitischen Sprachgebrauch ist die Bezeichnung „Ostdeutschland“ in unserem Jahrhundert raschem Wandel unterworfen, mehr noch: sie war variabel und konnte mannigfachen Zwecken verfügbar gemacht werden. Wenn eine politisch-geographische Nomenklatur ihre aktuelle Orientierungsaufgabe nicht verfehlen soll, sind solche Anpassungsbedürfnisse unabweisbar und notwendig. So bildet sich derzeit ganz folgerichtig ein politischer Ostdeutschland-Begriff für die neuen Bundesländer heraus. In bezug auf deren Vorgänger, die alte DDR, war die Deutschland-Nomenklatur eher unbestimmt; das seit 1952 in der Bundesrepublik offizielle „Mitteldeutschland“ — eine Sprachregelung, die Ostdeutschland als politischen Begriff „revisionistisch“ auf die historischen deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Neiße bezog — konnte sich im allgemeinen Sprachgebrauch nie wirklich durchsetzen.

Ähnliche Unfestigkeiten sind auch bei den politischen Bezeichnungen „Mitteleuropa“ und „Ostmitteleuropa“ bis heute, ja gerade heute wieder zu beobachten. Abgesehen von den politisch-nostalgischen Beschwörungen des „alten Mitteleuropa“ (promiscue „Ostmitteleuropa“), wie sie in der politischen Essayistik heute vorherrschend sind,¹ findet man — neben reiner Willkürlichkeit bei der Bestimmung der territorialen Reichweite — bisweilen auch pure sprachliche Unsicherheit. Wenn man, wie z. B. der Historiker Hartmut Boockmann oder der Politiker Helmut Kohl, „Mittelosteuropa“ anstelle von „Ostmitteleuropa“ sagt, stellt man die Dinge auf den Kopf. Man trifft mit dieser Metathese von Grundwort und Bestimmungswort, wie sollte es sprachlogisch auch anders sein, gerade das Gegenteil von dem, was man bezeichnen möchte. „Mittelosteuropa“, also ein mittleres Osteuropa, wäre in der Gegend von Moskau zu suchen und nicht im östlichen Mitteleuropa, das man zwischen Elbe und Bug am ehesten anzusiedeln hätte.

¹ Als Beispiel für viele mag gelten: Karl Schlögel, Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa. Berlin 1986.

Die Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist es, die in der Gegenwart schwankenden Bezeichnungen und Begriffe historisch zu „fixieren“, d. h. sie auf ihre jeweilige epochal-regionale Geltungsmöglichkeit in dem raum-zeitlichen Koordinatensystem der Geschichte zu untersuchen. In vorbildlicher Weise hat dies Werner Conze für „Ostmitteleuropa“ geleistet. In seinem letzten, nachgelassenen Werk hat er in einer weit ausgreifenden strukturgeschichtlichen Analyse gezeigt, wie die „spezifisch ostmitteleuropäische Problematik des 19. und 20. Jahrhunderts“ mit den mittelalterlichen Ursprüngen des geschichtlichen Raumes verbunden ist. So kommt bei der geschichtswissenschaftlichen Fixierung des „historischen Raumbegriffs“ das ganze hinter uns liegende Jahrtausend in den Blick.² Für „Ostdeutschland“ steht eine solche historische Aneignung des Begriffs noch aus. An dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt kann dazu freilich noch nicht mehr als eine erste flüchtige Gedankenskizze versucht werden.

Ein paar hypothetische Vorgaben sind notwendig, um den Gedankengang einer historischen Fixierung Ostdeutschlands in Bewegung zu setzen. Man darf vermuten, daß nach den Anfängen Ostdeutschlands zuvörderst dort zu fragen ist, wo ein als „deutsch“ zu bezeichnendes Staatsgebilde „Ostpolitik“ zu betreiben beginnt. Denn in der deutschen Geschichte steht damit mehr auf dem Spiel als mit „Südpolitik“ oder „Westpolitik“. Ich will damit sagen: Ostpolitik bewirkt jene Bewegungsrichtung von West nach Ost, die für die deutsche Geschichte als diese konstitutiv ist. Das bedeutet, daß das karolingische Ostreich zu einem deutschen Reich wird durch die kolonisatorische Hervorbringung von dessen östlicher (ostelbisch-ostsaalischer) Hälfte, eben „Ostdeutschlands“.

In dem west-östlichen Bewegungsverlauf unterscheidet sich die deutsche Geschichte fundamental von der fränkischen: Diese war von der Expansion aus einer Zentrallandschaft heraus — also in allen Richtungen gleichmäßig — gekennzeichnet. Auf diese Weise konnten sich sehr schnell ein Westreich, ein Mittelreich und ein Ostreich herausbilden. Anders in der Geschichte Deutschlands: Hier ist eine zentral gelegene Ausgangslandschaft, ein ursprüngliches „Mitteldeutschland“ nicht zu erkennen.³ Kennzeichnend war eben die west-östliche Mobili-

² Werner Conze, *Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert*, hrsg. und mit einem Nachwort von Klaus Zernack. München 1992.

³ Den bisher umfassendsten Versuch einer „historischen Fixierung“ der modernen Bezeichnung „Mitteldeutschland“, wie sie für das Elbe-Saale-Gebiet in Gebrauch gekommen ist, bietet Heinz Quirin, *Mitteldeutschland. Bemerkungen zum Ver-*

tät deutscher Geschichte, nicht eine konzentrische Entwicklung. Daher ist die Erfülltheit und Beladenheit mit den Problemen der Ostpolitik der Kontext, in den die „Entstehung Ostdeutschlands“ — als ein Problem zugleich der deutsch-slavischen, insbesondere der deutsch-polnischen Beziehungen — hineingehört, d.h. die Geschichte von Deutschlands Osten ist immer zugleich die Geschichte von Polens Westen.

Dieser Prozeß der Mobilität deutscher Geschichte von West nach Ost ist während des ganzen zurückliegenden Jahrtausends abgelaufen. Er endet, für unsere historische Erfahrung gesprochen, erst 1990, am 3. Oktober. Denn erst mit der neuen Staatsbildung in Deutschland ist die Festlegung der Ostgrenze an Oder und Neiße verbunden, und zwar als Bestandteil eines komplexen völkerrechtlichen Vorgangs, der die umstrittene rechtliche Lage Deutschlands, wie sie das Potsdamer Abkommen von 1945 postulierte, überwunden hat. Die Grenzlinie im Osten Deutschlands ist damit historisch gesehen in ihre Ausgangslage zurückgekehrt: grosso modo verläuft sie entlang der Ostgrenze desjenigen Staatsgebildes, das man im 10. Jahrhundert — mit einigem Interpretationsaufwand freilich — als Reich der Deutschen (*regnum Teutonicorum*) benennen kann. (Will man es rechtlich verbindlicher fassen, so handelt es sich um den östlichen Rand des Markengürtels, den das Reich im Slavenland ostwärts von Elbe und Saale in Besitz genommen hatte.)

In dieser „Zurücknahme“ von Deutschlands Grenze zu Polen gleichsam in die Ausgangsposition deutscher Geschichte liegt einer der Gründe dafür, für 1989/90 von einer Epochenwende zu sprechen. Von 1990 an ist deutsche Ostpolitik — und darin liegt die Aufgabe, die sich für das heutige Deutschland aus der Geschichte stellt — nicht mehr mit der Mobilität Deutschlands in bezug auf seinen territorialen Bestand nach Osten hin verbunden. Eigentlich ist dies schon seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges so, doch schloß sich daran noch eine fünfundsiebenzig Jahre währende Periode der vermeintlichen Offenheit

hältnis von Raum und Geschichte, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Mittelalters. Festschrift für Herbert Helbig zum 65. Geburtstag, hrsg. von Knut Schulz. Köln/Wien 1976, S. 164–203. Die Untersuchung Quirins ergibt nichts, was in struktureller Hinsicht den Elbe-Saale-Raum von dem kolonialen Ostdeutschland unterscheidet. Man kann vermuten, daß dieser Befund sozusagen unreflektiert hinter dem präzisierenden Sprachgebrauch „Ostmitteledeutschland“ steht, wenn in der historischen Landesforschung von dem besagten Geschichtsraum die Rede ist. Diese Begriffsbildung wäre dann sprachlogisch eine Analogie zu dem historischen Begriff „Ostmitteleuropa“.

der deutsch-polnischen Grenzfrage an. Es war ein politischer und rechtlicher Streit um eine Sache, die historisch mit der Beseitigung Preußens, der Abtrennung seiner östlichen Provinzen von Deutschland und der Vertreibung der großen Mehrzahl der deutschen Bevölkerung aus diesen Ländern entschieden war.

Beginnen hatte das Jahrtausend deutscher Ostpolitik mit dem Versuch des ottonischen Königtums im 10. Jahrhundert, zwischen Elbe und Oder, in *partibus infidelium*, Königsland zu gewinnen. Im Sorbenland gelang das. Aber in den nördlichen Ostmarken des Deutschen Reiches war frühzeitig (983) der Gegenschlag der einheimischen Bevölkerung erfolgreich. Hier kam es zu einer teilweisen Restabilisierung des slavischen Heidentums. Den erneuten Versuch seiner Überwindung durch deutsche Ostpolitik aber trug am Beginn des 12. Jahrhunderts nicht mehr — wie im Zeitalter der Ottonen — das deutsche Königtum. Jetzt waren die frühen deutschen Territorialstaaten, die sich ostwärts der Elbe auf dem Markenboden herausgebildet hatten, die Träger. Sie betrieben ihre Expansion nach Osten nicht mehr allein mit Eroberung, sondern auch mit Hilfe kolonisatorischer Strukturverbesserung. Dadurch wurden weite Teile des slavischen und baltischen Siedlungsbodens in eine Zone deutscher „Neustämme“ mit *Germania Slavica*- bzw. *Germania Baltica*-Charakter umgewandelt. Diese Neustämme der Brandenburger, Obersachsen, Mecklenburger, Pommern, Preußen und Schlesier kann man als typisch ostdeutsch bezeichnen. In diesem Sinne war seit dem 10. Jahrhundert Ostdeutschland im Entstehen begriffen. Im 15. Jahrhundert war dieser Prozeß im wesentlichen abgeschlossen, und nun hatte sich auch eine für einige Jahrhunderte stabile Grenze des Deutschen Reiches gegenüber Polen ausgebildet.⁴

Der Breslauer Historiker Hermann Aubin hat es mit Recht als die Leistung der ostdeutschen Territorialstaaten auf dem ostelbischen Markenboden bezeichnet, die Grenzen des mittelalterlichen Reiches nach Osten, d. h. gegenüber Polen, ausgeweitet zu haben. Demgegenüber hätten sie in der Neuzeit nur noch ihre eigenstaatliche Interessenpolitik jenseits der Reichsgrenzen verfolgt.⁵ Das mittelalterliche Ostdeutschland wurde durch die neuzeitlichen Staatsbildungsprozes-

⁴ Für den größeren Zusammenhang s. Klaus Zernack, Deutschlands Ostgrenze, in: Deutschlands Grenzen in der Geschichte, hrsg. von Alexander Demandt. 2. Aufl., München 1991, S. 140–165.

⁵ Hermann Aubin, Die Ostgrenze des alten deutschen Reiches, in: Historische Vierteljahresschrift 28 (1934), S. 225–272, hier S. 226 f. Neudr. 2. Aufl., Darmstadt 1967.

se der frühmodernen und absolutistischen Monarchien, vor allem der Hohenzollern und der Habsburger, gefährlichen Dynamisierungen ausgesetzt. Infolgedessen ist der Begriff Ostdeutschland in der Neuzeit schwerer zu fixieren. Vor allem der Aufstieg Brandenburg-Preußens zur monarchischen Großmacht im 18. Jahrhundert war es, der die preußische Monarchie in ihren ostelbischen Ländern mehr und mehr als das eigentliche Ostdeutschland zur Geltung brachte, von dem sich die nicht zu Preußen gehörenden alten ostdeutschen Länder unterschieden.

Zwar gewann Ostdeutschland (und mit ihm Berlin) durch den preußischen Weg in die deutsche Einigung ein starkes Gewicht in dem neuen Reich. Doch gleichzeitig trug der preußisch-deutsche Machtstaat mit der Auflösung des alten Reichsverbandes im Deutschen Bund auch zur Diffusion des Ostdeutschland-Begriffs bei. Denn die bis 1866 feste Grenze zu Polen wurde preisgegeben und in wenigen Jahrzehnten einer gefährvollen Überdehnung auf altem zentralpolnischen Staatsgebiet ausgesetzt. Diese preußische Politik der Stärke ist schließlich in ihr Gegenteil umgeschlagen, was in der radikalen Westverschiebung des politischen Ostdeutschland-Begriffs, der sich, wie gesagt, heute auf das Gebiet der alten DDR bezieht, seinen Niederschlag gefunden hat.

Es wäre nun eine dringliche Aufgabe der deutschen Geschichtsschreibung, den gesamten Jahrtausendprozeß deutscher Ostpolitik als Geschichte Ostdeutschlands zu rekonstruieren, etwa so wie dies spiegelbildlich der polnische Historiker Gerard Labuda 1969 in seinem Buch über die „Westgrenze Polens“ getan hat. Allein die Energien dafür sind in Deutschland auf bemerkenswerte Weise unscheinbar.⁶ Doch ist jetzt zu hoffen, daß die Erfahrung der Epochenwende von 1990 dem historischen Sinn zugute kommen und auch diesem schwierigen Thema neue Aufmerksamkeit zuteil werden wird.

Die dafür zuständige Disziplin, die Landesgeschichte Ostdeutschlands, befindet sich noch immer in einer tiefen Krise, nachdem sie nach 1945 regelrecht in die Stagnation geraten war. Gewiß sind ihre Gegenstände, die historischen ostdeutschen Länder, also Pommern, Ost-

⁶ Letztlich bleibt Hermann Aubins knapp fünfzig Seiten umfassender Aufsatz über die Ostgrenze des alten deutschen Reiches von 1934 (wie Anm. 5) bis heute die wichtigste Präsentation des historischen Problemzusammenhangs der Geschichte Ostdeutschlands. Dieser Befund stellt sowohl der deutschen Geschichtssynthese — trotz ihrer augenblicklichen verlegerischen Hochkonjunktur — als auch der deutschen Landesgeschichte ein schlechtes Zeugnis aus.

und Westpreußen, Ostbrandenburg und Schlesien, durch den Untergang Preußens und des Reiches zum größten Teil in andere *nationale* Lebenszusammenhänge geraten. Doch das bedeutet nicht, daß diese Länder damit aus dem *historischen* Lebenszusammenhang der deutschen Geschichte herausgetreten sind.

Es läßt sich aber nicht leugnen, daß die Geschichte der ostdeutschen Länder als historisches Forschungsobjekt nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Domäne der polnischen Geschichtswissenschaft geworden ist. Trotz aller Bemühungen unserer Historischen Kommissionen für die einzelnen ostdeutschen Länder ist es evident, daß wir in Deutschland mit dem institutionellen, personellen und auch national-kulturellen Aufwand, der für diese Arbeit in Polen bisher zur Verfügung stand, nicht haben konkurrieren können. Von Einzelfällen abgesehen, waren wir nicht in der Lage, auf die wissenschaftliche Produktion Polens überhaupt noch kritisch zu reagieren.⁷ Im ganzen gesehen ist der Zustand so, wie ihn Hartmut Boockmann im Frühjahr 1989 beschrieben hat: Landesgeschichte in Deutschland sei im Westen rhein-donauländische Heimatkunde und im Osten eine strikt auf das Gebiet der alten DDR begrenzte Regionalgeschichte.⁸

Was 1945 als Sowjetische Besatzungszone bzw. später als DDR von Ostdeutschland übriggeblieben war, geriet in eine eigentümliche Isolierung und Distanzierung gegenüber seinem östlichen Nachbarland Polen. Die Geschichtswissenschaft der DDR kümmerte sich vor allem um sich selbst und ihre Legitimationsaufgaben für den Staat, also um die Begründung der historischen Folgerichtigkeit der Existenz der DDR. Das hatte auch die Umstrukturierung des Gegenstandes der ostdeutschen Landesgeschichte in Regionalgeschichte der DDR sowie die konsequente Ignorierung der ostdeutschen Geschichte ostwärts von Oder und Neiße zur Folge. Aber auch im Westen beschränkte sich die sogenannte DDR-Forschung strikt auf die Zeitgeschichte und entwickelte keine Vorstellung von der Zugehörigkeit des Gegenstandes zu einem größeren Kontext ostdeutscher Geschichte. Dieser Befund wurzelt natürlich in dem komplizierten politischen Sachverhalt, daß mit dem Zusammenbruch Preußens und des Deutschen Reiches

⁷ Ausführlicher dazu Klaus Zernack, *Preußens Ende und die ostdeutsche Geschichte*. Braunschweig 1989; auch in: Klaus Zernack, *Preußen — Deutschland — Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen*, hrsg. von W. Fischer und M. G. Müller. Berlin 1991, S. 65–83.

⁸ Hartmut Boockmann, *Deutsche Geschichte ist mehr als rhein-donauländische Heimatkunde. Die ostdeutsche Geschichte wird in der Bundesrepublik zu wenig erforscht*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Mai 1989, S. 12.

weite Teile von Deutschlands Osten zum Westen Polens geworden waren.

Doch dies zu konstatieren, genügt nicht. Wir müssen auch nach den innerwissenschaftlichen Gründen für den in dieser Konsequenz erstaunlichen Vorgang der gleichsam historiographischen Polonisierung der ostdeutschen Gebiete fragen. Gerade weil vielfache Anstrengungen in Gang gekommen sind, einen neuen Anfang für die Landesgeschichte des historischen Ostdeutschland zu finden, müssen die inneren Gründe für das Debakel dieser Disziplin in den letzten fünfzig Jahren aufgedeckt werden. Es ist unvermeidlich, dafür weiter in die Fachgeschichte zurückzugreifen. Freilich steht man als Berliner Historiker den Problemen, die dabei traditionskritisch zu erörtern sind, zugleich mit Nähe und Distanz gegenüber.⁹

Denn Berlin verdankte wesentliche Impulse seines geschichtlichen Lebens überhaupt jener eingangs erörterten west-östlichen Bewegungsrichtung, die die Geschichte Deutschlands seit ihren Anfängen kennzeichnet. So gesehen hat Berlin ein großes inneres Erfahrungspotential in bezug auf ostdeutsche Geschichte, d. h. vor allem ihren *Germania Slavica*-Charakter und ihr Eingebundensein in deutsch-slavische Beziehungen. Damit ist auch der Lebensnerv der Geschichte der ostdeutschen Länder angesprochen.

Doch entwickelten sich in diesen — von Mecklenburg bis Kärnten wie auch in Berlin — recht verschiedene Sichtweisen gegenüber den Ostproblemen der deutschen Geschichte.¹⁰ Eine gewisse Führungsrol-

⁹ Ich folge hier meinen ausführlichen Darlegungen in dem Aufsatz: „Deutschland und der Osten“ als Problem der historischen Forschung in Berlin, in: *Geschichtswissenschaft in Berlin*, hrsg. von Wolfgang Ribbe, Berlin 1992 (im Druck).

¹⁰ Gute Beobachtungen für die Landschaften Mecklenburg, Pommern und Brandenburg enthält die ungedruckte Magisterarbeit von Nikolai von Schoepff, *Die deutsche Kolonisation in den Elbmarken in der vorrevolutionären Historiographie Rußlands*, Berlin 1988, S. 72 ff. Sieher ferner die forschungsgeschichtlichen Bemerkungen in dem Aufsatz von Wolfgang H. Fritze, *Die Begegnung von deutschem und slavischem Ethnikum im Bereich der hochmittelalterlichen deutschen Ostsiedlung*, in: *Siedlungsforschung. Archäologie — Geschichte — Geographie* 2 (1984), S. 187–219, hier S. 187–189; Werner Mägdefrau, *Zur Beurteilung der mittelalterlichen deutschen Ostexpansion in der bürgerlichen Geschichtsschreibung von Herder bis Treitschke*, in: *Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas* 9 (1966), S. 277–285; Gerard Labuda, *The Slavs in Nineteenth Century German Historiography*, in: *Polish Western Affairs* 10 (1969), 2, S. 177–234.

¹¹ Siehe dazu die zahlreichen Arbeiten Eduard Winters und seines Kreises, vor allem: *Halle als Ausgangspunkt der deutschen Rußlandkunde im 18. Jahrhundert*, Berlin 1953, sowie: *Die Pflege der west- und südslavischen Sprachen in Halle im 18. Jahrhundert*, Berlin 1954.

le hatte zunächst seit dem Ende des 18. Jahrhunderts Halle inne,¹¹ aber in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde Leipzig mehr und mehr zum Zentrum für Forschungen, in denen viele Disziplinen (wie Historische Landeskunde, Geographie, Volkskunde, Ökonomie, die Philologien und die allgemeine Geschichte) die großen Themen der Geschichte Ostdeutschlands und der deutsch-slavischen Beziehungen aufgegriffen haben.¹² Das Interesse an diesen Fragen war durchaus auch zeitpolitisch bestimmt; es war nicht zuletzt motiviert durch das Wachstum der nationalen Unabhängigkeitsidee bei den slavischen Nachbarvölkern. Wenn es nach 1871 hier und da zur Verstärkung volksgeschichtlicher Akzente in der Landesgeschichte (was in sich schon ein Widerspruch war) kam, dann war das durchaus eine Reaktion auf die beträchtliche Resonanz der nationalen Bewegungen bei den slavischen Nachbarn Deutschlands in immer breiteren sozialen Schichten. Und gerade die nationale Geschichtswissenschaft war ein wichtiges Element, ja sogar eine wortführende Kraft bei der Emanzipation der imperial unterdrückten Völker. Besonders in Sachsen schien man sich darauf einzustellen, und bis weit in die zwanziger Jahre hat die Bedeutung Leipzigs als ein Zentrum dessen, was man bald „Deutsche Ostforschung“ nennen sollte, angehalten. Die volksgeschichtliche Sichtweise gewann dabei aus den angedeuteten politischen Motiven enorm an Boden.¹³

Die deutsch-österreichische Geschichtswissenschaft stand dem im 19. Jahrhundert — vor allem in Wien und Prag — kaum nach. Auch hier gab es die charakteristische Doppelperspektive auf Landesgeschichte und deutsche Volksgeschichte im Berührungsbereich mit den slavischen und magyrischen Nachbarn.¹⁴ Natürlich hielt auch die schlesische Forschung mit ihrem Zentrum an der Breslauer Universi-

¹² Deshalb ist es zu begrüßen, daß Leipzig als Standort in Aussicht genommen ist für ein neues interdisziplinäres „Zentrum für Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas“, das auf Grund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates in der Entstehung begriffen ist.

¹³ Walter Schlesinger, Stand, Probleme und Aufgaben der ostmitteleuropäischen Landesgeschichte, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 34 (1970), S. 130–157; vgl. auch Louise Schorn-Schütte, Karl Lamprecht, Kulturgeschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Politik. Göttingen 1984; Herbert Helbig, 50 Jahre Institut für deutsche Landes- und Volksgeschichte (Seminar für Landesgeschichte und Siedlungsgeschichte) an der Universität Leipzig, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 19 (1957), S. 55–77.

¹⁴ Heinrich Ritter von Srbik, Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart. Bd. 2, München/Salzburg 1951, S. 80 ff.; Ferdinand Seibt, Der Nationalitätenkampf im Spiegel der sudetendeutschen Geschichtsschreibung 1848–1938, in: Stifter-Jahrbuch 6 (1959), S. 18–38.

tät ihren Blick nach Osten geöffnet. Sie hatte sogar frühzeitig mit Richard Roepell und Jacob Caro eine besondere Zuständigkeit für mehr als nur ostdeutsche Landesgeschichte — man könnte sagen: für „Landeskunde“ Ostmitteleuropas — durch solide polengeschichtliche Forschungen entwickelt.¹⁵ Erst später bildete sich auch hier ein Vorrang an volksgeschichtlichen, d. h. ganz auf das Deutschtum gerichteten Fragestellungen heraus. Zunächst aber wurde überall mit einem breiten Spektrum methodischer Zugänge zu den landesgeschichtlichen Gegenständen und mit vielfältigen Erträgen gearbeitet.

Demgegenüber hatten in Berlin und in den preußischen Kernlandschaften die Fragen der staatlich-dynastischen Geschichte ein viel größeres Gewicht. Preußens Zugehörigkeit zu den „Großen Mächten“ war hier im Anschluß an Ranke das Hauptthema. Damit formierte sich in der Berliner Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts jene borussische Grundauffassung vom deutschen Beruf Preußens, die lange nachgewirkt hat.¹⁶ Indes haben die landesgeschichtlichen Grundlagen der preußischen Geschichte in den Expansionslandschaften Brandenburg-Preußens, also jene Fragen, die das Problem der Geschichte Ostdeutschlands komplex ausmachen, die Universitätshistorie in Berlin lange kaum interessiert.

Doch fand die Berliner Geschichtsforschung auf anderen Wegen, nämlich in der um 1840 einsetzenden Tätigkeit landesgeschichtlicher Vereine — also außerhalb der Universität — die ersten Zugänge zu den Fragen ostdeutscher Landesgeschichte und den deutsch-slavischen Beziehungsproblemen. Einen zweiten Schub in dieser Richtung gab es um 1880, in jenen Jahren, in denen allerorten die Landesgeschichte blühte und Historische Kommissionen in einzelnen Provinzen und Ländern entstanden. Es war die Zeit, in welcher der von Georg von Below konstatierte Wandel zu einer realistischen Geschichtsschrei-

¹⁵ Gotthold Rhode, Die Geschichte Polens in der deutschen Geschichtsschreibung, in: Nationalgeschichte als Problem der deutschen und der polnischen Geschichtsschreibung. Braunschweig 1983, S. 107-130, zu Roepell und Caro S. 111-113; Hans Markgraf, Der Verein für Geschichte und Altertum Schlesiens in den ersten 50 Jahren seines Bestehens. Breslau 1896; Wilhelm Dersch, Vierzig Jahre Schlesische Geschichtsforschung, in: Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens 65 (1932), S. 1-53.

¹⁶ Heinrich Ritter von Srbik, Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart. Bd. 1, München/Salzburg 1950, S. 355 ff.; Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart. München 1971, S. 86 ff.; Joachim Streisand (Hrsg.), Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft. Bd. I, Berlin 1963, S. 271 ff.

bung Früchte trug,¹⁷ Andererseits machten sich auch die weiterreichenden und tiefergehenden Wirkungen der Reichsgründung bemerkbar: Der von Berlin aus auf die Zentrallandschaft des neuen Reiches gerichtete Forscherblick sah schon hier mehr als nur märkische Probleme. Freilich ging dabei die stärkste Faszination von denjenigen Epochen aus, in denen sich realgeschichtlich die Zusammenführung der brandenburgischen und der preußischen Geschichte abgespielt hatte, d. h. den anderthalb Jahrhunderten vom Regierungsantritt des Großen Kurfürsten bis zum Tode Friedrichs des Großen. Es war also wiederum die politische Geschichte der brandenburgisch-preußischen Staatsbildung, die bis in die Jahre des Ersten Weltkriegs hinein, eigentlich bis zum Zusammenbruch der Monarchie im Vordergrund des Interesses stand. Doch ist nicht zu übersehen, daß sich um dieses zentrale Interessengebiet herum ein reiches Spektrum „systematischer“, auf das Ganze der historischen Erfassung des preußischen Ostdeutschland gerichteter Aspekte gruppierte, die sich langsam stärker entfalteten: Provinzialgeschichte also, wie man die Landesgeschichte jetzt lieber bezeichnete, aber auch Recht und Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Bildung sowie Bevölkerung und Siedlung kamen hier gleichmäßig zur Sprache. Die historische Landeskunde war im Wachsen begriffen.

Daneben aber hatte sich in Preußen eine zweite Linie der Beschäftigung mit den Ostproblemen ausgebildet. Auch sie hängt mit den Änderungen um 1880 zusammen, ist aber von größerer Politiknähe gezeichnet. Rußlandhistorie als Medium der Politikberatung stand dabei im Vordergrund, denn das lange kooperative, wenn auch spannungsvolle Verhältnis Preußen-Deutschlands und Österreich-Ungarns zu Rußland änderte sich nach 1890 fundamental. Eine ganze Wissenschaftsdisziplin, die Osteuropäische Geschichte,¹⁸ verdankt dem ihre Entstehung in Berlin und Wien. Aber — und das ist für unsere Frage wichtig — in Posen war derweil Otto Hoetzsch bemüht, an der Königlichen Akademie auch ein Forschungsprogramm für den „preußi-

¹⁷ Siehe den Beitrag von Gerd Heinrich, Brandenburgische Landesgeschichte und preußische Staatsgeschichte. Universitäten, Hochschulen, Archive, Historische Gesellschaften und Vereine, in: Geschichtswissenschaft in Berlin, wie Anm. 9.

¹⁸ Herbert Giertz, Das Berliner Seminar für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde (bis 1920), in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas 10 (1967), S. 183 ff., sowie Klaus Zernack, Bemerkungen zur Geschichte und gegenwärtigen Lage der Osteuropahistorie in Deutschland, in: Europa Slavica — Europa Orientalis. Festschrift für Herbert Ludat zum 70. Geburtstag, Berlin 1980, S. 542-559.

schen und slavischen Osten“ zu entwickeln und ein entsprechendes Institut aufzubauen. Es war ein Programm, das erkennen läßt, wie sich im preußisch-deutschen Verständnis eine fächerübergreifende „Ostlandkunde“ ausbildete und sich zunächst als etwas Eigenes neben die ostdeutsche Landesgeschichte bzw. preußische Provinzialgeschichte im Osten stellte.¹⁹ Nach dem Ende der Monarchie änderten sich Umfang, Aktualität und offizielles Interesse an dieser „Ostkunde“ in ungeahntem Maß und rissen auf weite Strecken die traditionelle Landesgeschichte mit sich.

Das war gewiß ein „Paradigmenwechsel“. Angesichts des Zusammenbruchs des Ancien Régime der drei großen Kaisermächte im Osten trat an die Stelle der alten ostraumhegemonialen Geschichtskonzeption, die auch noch das Fundament der „Ostlandkunde“ gebildet hatte, eine volksgeschichtliche, genauer noch: volks- und kulturbodengeschichtliche Interpretation Ostdeutschlands und Ostmitteleuropas. Und zwar sollte mit der Rekonstruktion des deutschen Volks- und Kulturbodens im Osten die Berechtigung von nationalen Geschichts- und Staatskonzeptionen der befreiten Völker in Ostmitteleuropa unterwandert und die historische Unbegründetheit der Versailler Staatenordnung erwiesen werden.

„Volksgeschichte“ als Kampfbegriff gegen die „staatlichen Abmarkungen“ (H. Aubin) erhielt jetzt einen ganz anderen Sinn als in der Landesgeschichte des 19. Jahrhunderts, wo es um die ethnischen Komponenten umfassend verstandener Bevölkerungsgeschichte in einzelnen Ländern gegangen war. Die Wandlungsfähigkeit des Volksbegriffes von einem geschichtlichen zu einem ahistorischen und schließlich biologischen Begriff erweckt heute Staunen. Selbst bei einem so fest in der landeskundlichen Methode verwurzelten Forscher wie Rudolf Kötzschke sind die Ansätze für die Rassenideologie nicht zu übersehen.²⁰ So ging es bei der zentralen Frage für die neue Ostfor-

¹⁹ Gerd Voigt, Otto Hoetzsch 1876–1946. Wissenschaft und Politik im Leben eines deutschen Historikers. Berlin 1978, S. 49–68; s. auch Uwe Liszkowski, Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch. 2 Bde., Berlin 1988. — Die Königliche Akademie in Posen bestand seit 1903. Mit ihrer Gründung sollten offensichtlich die Forderungen des polnischen und des deutschen Bürgertums der Stadt nach einer Universität zum Schweigen gebracht werden, s. Gerd Voigt, a. a. O., S. 28–48.

²⁰ Walter Schlesinger, Die mittelalterliche deutsche Ostbewegung und die deutsche Ostforschung, in: Deutsche und europäische Ostsiedlungsbewegung. Referate und Aussprachen der wissenschaftlichen Jahrestagung des Herder-Forschungsrates vom 7. bis 9. März 1963. Als Ms. gedr. Marburg 1964, S. 7–46, hier S. 27 f.; breiter noch Heinrich Ritter von Srbik, wie Anm. 14, S. 337 ff.

schung, bei der mittelalterlichen Ostkolonisation, nicht um deren Erforschung als „historisches Beziehungsgefüge Ostmitteleuropa“, wie wir heute sagen würden, sondern um die Stilisierung der Kolonisation als Großtat und höchste Leistung des deutschen Volkes.²¹ Für Hermann Aubin wird die „Ostbewegung“ über Jahrhunderte hinweg zum Volksbewußtsein.²² Schon frühzeitig geriet diese neue volksgeschichtliche Ostkunde, die sich nun selbst gern als „Deutsche Ostforschung“ bezeichnete, in ihrem streckenweise dilettantischen Urteil, in dem sich ständige Appelle an höchste Wissenschaftlichkeit mit politischen Kampfparolen gegen die östlichen Nachbarn verbanden, international in die Isolierung.

Doch hatte sich diejenige Disziplin, die für eine unbefangene ostdeutsche Landesgeschichte die wichtigste Schwesterwissenschaft hätte bilden müssen, die Slavistik, von solcher „Ostforschungsbewegtheit“ — in Deutschland zumindest, weniger aber in Böhmen — fernhalten können. In der Slavistik kritisierte man offen den philologischen Dilettantismus der deutschen Geschichtswissenschaft in ihrem Umgang mit den Problemen der östlichen Nachbarländer. Vor allem bemängelten die Philologen die Unkenntnis der Historiker in bezug auf die osteuropäischen Nationalhistoriographien.²³ Doch noch ehe eine solche Kritik fruchten konnte, wurde die Entwicklung von dem Einbruch des Nazismus eingeholt. In ihrer eigentümlichen Selbstpolitisierung war die „Ostforschung“ jetzt auch offen für die rigiden Ansprüche des Regimes auf politische Instrumentalisierung.²⁴

Daß unter diesen Bedingungen die Fragestellungen der Geschichte Ostdeutschlands und der deutsch-slavischen Beziehungen kaum noch Entwicklungschancen als disziplinäre Landesgeschichte hatten, läßt

²¹ Karl Hampe, *Der Zug nach dem Osten. Die kolonisatorische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter*. Leipzig/Berlin 1929, 5. Aufl. 1939.

²² Hermann Aubin, *Zur Erforschung der deutschen Ostbewegung*, Leipzig 1939, S. 1.

²³ Heinrich Felix Schmid, Reinhold Trautmann, *Wesen und Aufgaben der deutschen Slavistik. Ein Programm*. Leipzig 1927.

²⁴ Die Bearbeitung der Geschichte der deutschen Ostforschung in der nationalsozialistischen Ära steckt noch in den Anfängen. Verhältnismäßig zahlreich waren die Beiträge aus der DDR, deren Polemik aber mehr gegen die „imperialistische Ostforschung“ in Westdeutschland als Nachfolgerin der „faschistischen Ostforschung“ gerichtet war, als daß sie diese kritisch analysierte. Zuletzt s. Christoph Kleßmann, *Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 7/84*, Februar 1984, S. 33–45; sowie M. Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of „Ostforschung“ in the Third Reich*. Cambridge 1988, eine materialreiche, aber zu vordergründig personen- und institutionengeschichtlich verfahrenende Studie.

sich wohl begreifen. Freilich sind wie immer in solchen Situationen die Nischen zu beachten, in denen nüchtern forschendes Studieren möglich war. Hier wurden die Chancen genutzt. Ein eindrucksvolles Beispiel für eine genuine Leistung innovativer landesgeschichtlicher Forschung über Ostdeutschland ist Herbert Ludats Dissertation über die ostdeutschen Kietze von 1935.²⁵ Das Buch liest sich heute nach gut fünfzig Jahren als ein frühes Zeugnis moderner geschichtswissenschaftlicher Ostmitteleuropaforschung, beruhend auf landeskundlicher Materialdichte, philologischer Präzision und universaler Orientierung. In der intensiven Auseinandersetzung mit der Forschungstradition der slavischen Nachbarländer, d. h. in einer Durchbrechung des *Slavica non leguntur*-Prinzips nicht durch allein technisch verfügbares Sprachwissen, sondern im Sinne der Einbeziehung slavischer Kulturen in die europäische Tradition, vermochte sich — wie dieses Beispiel zeigt — an landesgeschichtlichen Fragestellungen eine neue Qualität von Ostdeutschlandforschung im Kontext Ostmitteleuropa zu entwickeln, die auch die Grundlage für eine Immunisierung gegen die nationalistisch politisierte Ostforschung bot.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Zuflucht in die stillen Winkel schwieriger, und mit dem Untergang des preußisch-deutschen Ostens im Inferno des Jahres 1945 verstummte die Stimme der Wissenschaft überhaupt und für viele Jahre. Es wirkte dabei vieles zusammen. Die traditionsreichen Forschungsstätten von Königsberg bis Breslau waren verloren, und die nazistische Ostforschung hatte eine schlimme Tradition hinterlassen. Natürlich war nicht die ganze Vielfalt der ostdeutschen Geschichtsforschung von der Überformung und Überbürdung durch einen viel weiterreichenden Verbund nationalsozialistischer Ostwissenschaften betroffen gewesen. Dennoch ist es höchst erstaunlich, daß sich mit dem „neuen Anfang der Ostforschung“, wie man 1952 sagte, kein Anlauf zu einer kritischen Selbstbesinnung verband. Im Vordergrund stand vielmehr das Bemühen zu retten, was zu retten war, zu versammeln, was den Westen Deutschlands erreicht hatte, zumal man in der SBZ/DDR von Anfang an gänzlich andere Wege beschritt.

Schwerlich wollte man in Westdeutschland nach 1945 die ostdeutsche Landesgeschichte wirklich „neu konstituieren“, wie Hartmut

²⁵ Herbert Ludat, *Die ostdeutschen Kietze*. Bernburg 1936. Fast fünfzig Jahre danach erschien 1984 ein Neudruck mit einem kritischen Forschungsbericht als Nachwort des Verfassers.

Boockmann gemeint hat.²⁶ Schon das Fehlen jeglicher Bereitschaft zu Traditionskritik spricht dagegen. Die Ostforschung hatte mit der Auflösung des Landesbegriffs zugunsten der Volksgeschichte den Gegenstand der Landesgeschichte vollkommen destruiert, und für die Methode gilt dasselbe. Daran ändert auch nichts die „Entdeckung“ der sozialgeschichtlichen Ansätze in der volks- und deutschumshistorischen Fragestellung der Ostforschung. Christoph Kleßmanns Frage, ob die Ostforschung „politisch reaktionär, aber methodologisch progressiv und zukunftsweisend“ gewesen sei,²⁷ beantwortet sich von selbst: Die Ostforschung verlor mit dem Landesbegriff die Grundlage der Landesgeschichte aus den Augen und beraubte sich in ihrer philologischen Verkümmern — in diesem Falle der slavistischen — ihrer wichtigsten Verstehensgrundlagen und ihres quellenkritischen Werkzeugs. Außerdem: Die „deutsche Ostkunde“ hatte sich programmatisch der polnischen Wissenschaft entgegengesetzt, die ein ebenso historisches Interesse an den landesgeschichtlichen Gegenständen Ostdeutschlands hatte, sie allerdings als Polens Westen betrachtete. Jeder Lothringen-Historiker z. B., der nicht französisch könnte und kein Kenner der französischen Landesforschung wäre, gäbe eine lächerliche Figur ab. *Polonica non leguntur* aber war gute Tradition in der deutschen Ostforschung.

So war mit dem Verlust eines definierten Gegenstandsverständnisses an dem Land als Ganzem auch der Verlust der Dialogbereitschaft mit der wichtigen Partnerwissenschaft einhergegangen. Wenn man dieser überhaupt begegnen wollte, dann nur in der Konfrontation. Man muß es unumwunden aussprechen: daß es keinen präzise artikulierten Bruch mit dieser Tradition gegeben hat, macht den „neuen Anfang der Ostforschung“ von 1950 ff. so fragwürdig. Und es gab nicht nur keinen Bruch, vielmehr verwischte Herrmann Aubin programmatisch den fundamentalen Tatbestand, daß die deutsche Wissenschaft, von Ausnahmen abgesehen, einer wirklichen Auseinandersetzung mit der polnischen Sicht auf Ostdeutschland aus dem Wege gegangen war.²⁸ Dabei ist sie auch in großem Umfang bis auf den heutigen Tag geblieben, was sich nun darin niederschlägt, daß es der ostdeutschen Landesgeschichte an deutschen Universitäten in West

²⁶ Hartmut Boockmann, wie Anm. 8.

²⁷ Christoph Kleßmann, *Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik*, wie Anm. 24, S. 35.

²⁸ Herrmann Aubin, *An einem neuen Anfang der Ostforschung*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 1 (1952), S. 14.

und Ost an wissenschaftlichem Nachwuchs, der immer ein slavistisch gebildeter sein müßte, fehlt.

So dürfte sich auf wissenschaftsgeschichtliche Weise erklären, warum die Geschichtswissenschaft in beiden deutschen Staaten vor 1989 nur sehr begrenzt in der Lage war, auf die polnische Herausforderung zur Auseinandersetzung produktiv einzugehen. Dabei war die Resonanz- und Kritikbedürftigkeit der polnischen Forschung über die „Wiedergewonnenen Gebiete“ — wie das historische Ostdeutschland in der Volksrepublik Polen hieß — größer geworden, und sie wachsen noch immer angesichts des relativ starken Alleingelassenseins der polnischen Forschung mit sich. Kritik kam bisher ein wenig von den Angelsachsen, kaum aus Frankreich, sie kam gar nicht aus der DDR — der „natürliche Partner“ wären wir Westdeutschen gewesen. Wo wir diese Rolle mit Nutzen und Ertrag wahrgenommen haben, wie etwa in der Historischen Kommission zu Berlin,²⁹ im Herder-Institut in Marburg oder im Nordostdeutschen Kulturwerk in Lüneburg, gewiß auch in Vereinen und Arbeitskreisen, ruhte alles auf wenigen Schultern. Eine akademische Breitenwirkung, die wie in Polen zur Heranbildung einer tragfähigen Personalbasis im wissenschaftlichen Nachwuchs geführt hätte, hat es in Deutschland bei der Beschäftigung mit ostdeutscher Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg bisher nicht gegeben.

Noch im Frühjahr 1989 schrieb Hartmut Boockmann angesichts dieser Lage mit Recht, daß „die Chancen der ostdeutschen Geschichte“ nicht groß seien.³⁰ Aber inzwischen, drei Jahre danach, sieht es anders aus, zumindest was die politischen Voraussetzungen betrifft. Vielleicht erwachsen jetzt aus dem „Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit“ von 1989 Konsequenzen, die auch Entwicklungschancen für die ostdeutsche Landesgeschichte an den Universitäten und in der außeruniversitären Forschung eröffnen. Erste Ansätze dazu könnte man in dem „Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte“ in Oldenburg sowie in der Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines „Zentrums für Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas“ in den neuen Bundesländern erblicken. Daß es für einen erneuten „neuen Anfang“ der Ostforschung — wenn man denn von einem solchen sprechen

²⁹ Die Historische Kommission zu Berlin gibt die einzige Fachzeitschrift für die gesamte Geschichte Ostdeutschlands heraus, nämlich das Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands. Es steht im 40. Jahrgang. Zum Namen der Zeitschrift s. Bd. 39 (1990), S. V f.

³⁰ Wie Anm. 8.

wollte — auf die wissenschaftliche Zugehörigkeit der Geschichte Ostdeutschlands zur Geschichte Ostmitteleuropas ankommt, wird von den beteiligten Wissenschaftlern heute verstanden.

Damit knüpfen unsere Betrachtungen wieder an ihren Anfang an. Wenn sich das moderne fachwissenschaftliche Verständnis allgemein durchsetzen soll, bedarf der historische Ostdeutschlandbegriff,³¹ der sich vorläufig noch von dem unterscheidet, den das Aktionsprogramm der Bundesregierung zum Ausdruck bringt, der genauen Klärung. Offiziell lautet der Rahmenbegriff „ostdeutsche Kulturarbeit“, ist also weiter volkstumsbetont und insofern ostforschungstraditionell und nicht innovatorisch. Dieser Begriff umfaßt die ostdeutschen Reichsprovinzen und die historischen deutschen Siedlungsgebiete in Ostmitteleuropa, Südosteuropa und Osteuropa, steht also der Auffassung vom deutschen Volks- und Kulturboden noch sehr nahe.

Demgegenüber ist der Ostdeutschlandbegriff der historischen Ostmitteleuropaforschung — so wird man wohl im Anschluß an Walter Schlesinger die Forschungsrichtung nennen können, der die partielle Verwissenschaftlichung ostdeutscher Landesgeschichte nach 1945 überhaupt zu verdanken ist — eher strukturgeschichtlich begründet. Er besagt: Ostdeutsche Geschichte ist ihrer Struktur nach *Germania Slavica*- und *Germania Baltica*-Geschichte. Sie steht in einem Spannungsverhältnis und Durchdringungsprozeß zwischen dem deutschen Osten und dem slavischen Westen. Ein solcher Ostdeutschlandbegriff reicht über einzelne Landesgeschichten hinaus. Weil er historisch-genetisch an der Elbe-Saale-Linie im Westen im 10. Jahrhundert ansetzen kann, und von hier aus seine Gültigkeit für den gesamten Entstehungsprozeß der deutschen Neustämme behauptet, ist er durch keine kleinerräumigen Begriffe, zu denen etwa Mitteldeutschland gehören könnte, zu ersetzen. Denn struktur- und kulturgeschichtlich gibt es nur West und Ost in der deutschen Geschichte. Niemand hat dies klarer zum Ausdruck gebracht und historisch begründet als Hermann Aubin³² und Walter Schlesinger.³³ Das deutsche

³¹ Es sollte klar geworden sein, daß mit einem „historischen Begriff“ nicht ein irgendwo überlieferter Quellenbeleg gemeint ist, sondern ein geschichtswissenschaftliches Kunstwort, ein *terminus technicus*.

³² Wie Anm. 5.

³³ Walter Schlesinger, West und Ost in der deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, in: Festgabe für Paul Kirn zum 70. Geburtstag, dargebracht von Freunden und Schülern, hrsg. von E. Kaufmann, Berlin 1961, S. 111–131. Neudr. in: Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2: Städte und Territorien. Göttingen 1963, S. 233–253 (mit Nachbemerkenungen).

Volk besteht aus westdeutschen Altstämmen und ostdeutschen Neustämmen. In seiner Ost-West-Struktur entspricht Deutschland dem europäischen Kontinent im Ganzen — im Sinne der Halecki'schen Gliederung in Alteuropa und Neueuropa.

Für die Wissenschaft im zusammenwachsenden Europa gilt es, die neue Weltlage im Großen für die Verbesserung auch im Kleinen zu nutzen. Die Öffnung der Grenzen zwischen Ost und West ermöglicht jetzt den konsequenten Ausbau aller Ansätze einer kooperativen, partnerschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte Ostdeutschlands, die zugleich als die Geschichte von Polens Westen begriffen werden muß. Dazu brauchen wir das Interesse der jungen Generation.³⁴ Es kommt darauf an, sie von der Unentbehrlichkeit eines zweiten, eines revisionistischen Durchgangs durch die Probleme der deutschen Ostforschung zu überzeugen, bei dem nicht mehr die volksgeschichtliche Separation interessiert, sondern das Zusammenwirken der Völker in Geschichte und Wissenschaft gefragt ist.

³⁴ In diesem Sinn ist um Verständnis bemüht Hartmut Boockmann, *Deutsche Geschichte und die Geschichte Ostdeutschlands*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 9 (1991), S. 563-574. In die Zukunft weisend sind auch die nachdenklichen Reflexionen von Wolfgang Kessler, *Aspekte ostdeutscher Landesgeschichte*. Lüneburg 1989 (Lüneburger Vorträge zur Geschichte Ostdeutschlands und der Deutschen in Osteuropa. 1.). Das Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands will mit seinen Forschungsberichten unter der Rubrik „Historische Landschaften“ des östlichen Mitteleuropa in der Forschung“ (seit 1989) auf Desiderate der modernen Landesgeschichte Ostdeutschlands als Bestandteil Ostmitteleuropas aufmerksam machen.

MITTEILUNGEN

Ostpreußen — Erbe und neue Identität: eine Konferenz in Allenstein, 7. bis 9. November 1991

Vom 7. zum 9. November 1991 hatte die Kulturgemeinschaft (Wspólnota Kulturowa) Borussia nach Allenstein/Olsztyn zu einer Konferenz mit dem Thema „Ostpreußen — Erbe und neue Identität“ eingeladen. Das Programm der Veranstaltung war so bemerkenswert wie der Veranstalter. Borussia, eine Vereinigung durchweg jüngerer polnischer Humanwissenschaftler, Schriftsteller und Künstler aus der Woiwodschaft Allenstein, ist erst 1990 entstanden und hätte viel früher vermutlich weder privat erdacht noch gar amtlich registriert werden können. Was die Gruppe will, liegt quer zu allen Konventionen, nicht nur auf polnischer Seite. Seit 1945 haben Polens Politik und, ihr folgend, die polnische Wissenschaft das Gebiet um Allenstein aus seinem alten Zusammenhang mit dem Königsberger Norden herausgetrennt und als polnisches Alleinerbe in Anspruch genommen. Über beide Abgrenzungen setzt der Verein sich vorsätzlich hinweg. Sein Gründungsprogramm vom 25. September 1990 erklärt „die Länder zwischen unterer Weichsel und Memel“, also das ganze östliche Preußen, zum ideellen Arbeitsfeld. Und beschäftigen will man sich in diesem Raum mit allen, denen er einmal Heimat war oder geworden ist, auch Prussen und Litauern, auch Ukrainern und Russen, auch und vor allem den Deutschen. Der Vereinsname „Borussia“, die alte lateinische vor- und übernationale Bezeichnung der Gesamtregion, soll ausdrücken, wie ernst es mit der Absage an jede Ausschließlichkeit gemeint ist. Auch die Region erscheint deshalb nicht als letzte Bezugsgröße. Nicht genug, daß die neuen Borussen Ostpreußen entschieden als Teil Europas bestimmen. Sie bestehen darauf, daß über allen Größen im Raum „allgemein menschliche Werte“ anzuerkennen seien, „gestützt auf die Achtung historischer, moralischer, existenzieller Wahrheit“. In einem Satz des Programms wird das ganze facettenreiche, zwischen Nähe und Ferne, Konkretem und Allgemeinem, Wirklichkeit und Norm vermittelnde Konzept eindrucksvoll zusammengefaßt: „Wir behandeln die Denkmale einer jeden nationalen Vergangenheit als Denkmale der Menschheit.“

Natürlich hätte sich das Projekt Borussia nie in Allenstein realisieren lassen ohne die erstaunlichen Umwälzungen unserer Tage — den Zusammenbruch des Sowjetkommunismus, das Ende des Ost-West-Konflikts, die Öffnung der Grenzen. Nicht minder wichtig ist aber, daß die vorangegangenen 40 Jahre im östlichen Europa auch Tatsachen geschaffen und Traditionen begründet haben, die den Umbruch überstanden und jedenfalls verdienen, festgehalten zu werden. Dazu gehört vor allem, daß es, länger als eine volle Generation, Jahre ohne Krieg und mit stabilen Grenzen gewesen sind. Die Gründer Borussias sind tief von dieser Erfahrung geprägt worden. Geboren in den sechziger, siebziger Jahren, waren sie jung genug, um die Erschütterungen der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit nur noch als entferntes Beben wahrzunehmen. Leichter als ihre Eltern, die meist als Fremde nach Ermland und Masuren gekommen waren, konnten sie hier heimisch werden und Zutrauen fassen zu ihrer Umgebung, zu ihrem Dasein, zu sich selbst. Aus dieser elementaren Sicherheit ziehen sie die Hoffnung, daß man „auf dem Weg in ein versöhntes und freies Europa der Vaterländer“ sei, in Allenstein wie anderswo. Diese Sicherheit gibt ihnen auch den Mut, sich unbefangen der regionalen Vergangenheit zuzuwenden und sie frei von den Klischees und Suggestionen früherer Jahrzehnte zu betrachten.

Ohne Widerstände ließ und läßt sich ein Vorhaben, das so neu ist, vermutlich nicht verwirklichen. Immerhin fanden die jungen Leute der Borussia außer in der Gunst der allgemeinen Zeitumstände auch Förderung, Verständnis oder doch Duldung von anderer Seite. Von großer Bedeutung war, daß das Kętrzyński-Institut sich nicht gegen sie gestellt hat. Nach dem Krieg begründet, war der Óródek Badan Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego (Wojciech-Kętrzyński-Institut für wissenschaftliche Forschung) lange Zeit der Mittelpunkt polonozentrischer Studien und Interpretationen der Allensteiner Region. Heute sind Vorsitzender und Geschäftsführer der Borussia, die Historiker Robert Traba und Grzegorz Jasiński, beide Mitarbeiter des Instituts und haben offenbar keine Mühe, Spannungen zwischen dienstlichen Verpflichtungen und privatem Engagement zu vermeiden. Auch staatliche Stellen haben gegenüber der Vereinigung sichtbare Zeichen gesetzt. Die Tagung im November 1991 wurde zwar ermöglicht von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland, finanzielle Beiträge leisteten aber zusätzlich das Ministerium für Kultur und Kunst in Warschau und die Woiwodschaft. Der Allensteiner Woiwode war bei Eröffnung der Konferenz persönlich an-

wesend und begrüßte sie mit Worten nachdrücklicher Ermunterung.

Mit dem Programm bekräftigte Borussia ihren Anspruch, daß sie weder Fachverein noch ein Club antiquarischer Liebhaberei, sondern „Kulturgemeinschaft“ sein will, ein Ausdruck und Förderer gegenwärtigen Lebens, zugänglich für jedermann und offen für alle Regungen geistiger Produktivität und Empfänglichkeit im Allensteiner Land. So sah man auf einer Vernissage Spiegelungen Masurens und Ermlands im malerischen Werk von Grażyna Dłużniewska (Lodz) und Andrzej Brakoniecki (Vancouver). So sprach Kazimierz Brakoniecki, Schriftsteller aus Allenstein, temperamentvoll über den schwierigen Weg der Heimatliteratur zwischen Bodennähe und dem Himmel der Universalien. So las und kommentierte eigene Texte Leszek Szaruga, Dichter, Publizist und Übersetzer, gegenwärtig beim Institut für polnische Kultur in Berlin. Im Mittelpunkt stand aber der Versuch einer historisch-politischen Bestandsaufnahme, dem die Konferenz ihren Titel verdankte: Ostpreußen/Prusy Wschodnie — Erbe und neue Identität. Eingangs skizzierte Robert Traba betont sachlich Hauptstadien der Landesgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Zwei verbreitete Lesarten dieser Geschichte, eine deutsche, die Ostpreußen zum Symbol des „Kulturträgers“, eine polnische, die es zum Symbol aller „Germanisierungsoffer“ erklärt, stellte Traba vor, um sie beide als Zerrgestalten zurückzuweisen. Sechs Referate, die Masse der Tagungsbeiträge, behandelten eigens Ermland und Masuren, mit dem Schwerpunkt im späten neunzehnten und im zwanzigsten Jahrhundert, jener Periode, in denen Nationalismus auf beiden Seiten das deutsch-polnische Verhältnis zum Schlüsselproblem dieser Landschaften erhoben hat. Um so wichtiger war, daß polnische und deutsche Referenten sich der Aufgabe gemeinsam stellen konnten. Ulrich Fox (Paderborn) erzählte die bewegende Geschichte von Alt-Wartenburg/Barczewko, seinem Heimatdorf im Ermland. Zur Masurenfrage sprachen Joachim Rogall (Mainz) und Heinrich Mrowka (Marburg), auch er hervorgegangen aus der Bevölkerungsgruppe, über die er als Historiker referierte. Während die deutschen Beiträge ihren Akzent in den Jahrzehnten bis zum Zweiten Weltkrieg hatten, wandten die polnischen sich der Zeit seit dem Kriege zu. Zwei Soziologen, Bożena Domagała (Allessstein) und Andrzej Sakson (Posen), erörterten, wann und warum Ermländer und Masuren, die 1945 als „Autochthone“ von den polnischen Behörden zunächst im Lande festgehalten worden waren, in ihrer Masse dann doch den Weg nach Deutschland angetreten haben. Tadeusz Wilan, Journalist und Gründer des jüngst entstande-

nen „Masurischen Kulturverein Allenstein“, verteidigte die These, noch gebe es, wenn auch nur in Resten, ein Masurentum im Land, und Polen wie Deutsche sollten ihr Interesse darin finden, die Gruppe als ein Bindeglied zwischen sich zu erhalten und zu pflegen.

Den Vorträgen wie den Diskussionen, die ihnen folgten, war anzumerken, daß hier neuralgische Punkte der regionalen Zeitgeschichte berührt wurden, Wunden, die noch schmerzen. Hier entschied sich am Ende auch Scheitern und Gelingen der Konferenz. Die Veranstalter hatten gehofft, daß die polnisch-deutsche Mischung von Themen und Referenten unter den Teilnehmern ihre Entsprechung finden werde. Tatsächlich war von den rund 60 Zuhörern ein rundes Drittel aus Deutschland angereist, Historiker vom Fach und interessierte Laien in bunter Streuung. So kam das kritische Experiment zustande, wie Borussia es gewünscht hatte. Das Ergebnis? An Meinungsverschiedenheiten, auch mit Erregung vorgebracht, war kein Mangel unter Referenten wie Diskutanten. War die preußische Schulpolitik in Masuren vorgreifend auf Germanisierung gerichtet oder Antwort auf eine polnische Herausforderung? Sind die Masuren im 20. Jahrhundert noch „schwebendes Volkstum“ gewesen oder schon eindeutig in Deutsche und Polen geschieden? Ist das Masurentum heute noch eine Wirklichkeit oder längst schon Legende? So deutlich aber in diesen und anderen Fragen Meinung gegen Meinung stand, viel auffallender war, was ihnen an Gemeinsamkeit vorausging oder zu folgen vermochte. Niemand bestritt, daß in Regionen, die ethnisch, sprachlich, konfessionell, im gesamten historischen Schicksal so verquer gefügt waren, der Einbruch des Nationalismus Bedrängnis und Mißbrauch von beiden Seiten über die Menschen gebracht hat. Niemand bestritt, daß die Pressionen von polnischer Seite nach dem Zweiten Weltkrieg härter gewesen sind als je zuvor von deutscher. Und niemand bestritt, daß Polen mit dieser Politik gescheitert ist und den Massenexodus der Ermländer und Masuren seit den fünfziger Jahren in der Hauptsache selbst zu verantworten hat. Streit blieb hier aus, weil kein Teilnehmer an der Diskussion ein Bedürfnis zeigte, mit historischen Argumenten die Gegenwart oder mit politischen Argumenten die Vergangenheit zu rechtfertigen oder zu verwerfen. Es überwog das Bemühen um Sachlichkeit und Gerechtigkeit, ein gleicher Anspruch an alle, der freilich von einer Seite ein deutlich größeres Maß an Selbstkritik verlangte als von der anderen. Den Deutschen ist nicht entgangen, daß ihre polnischen Mitstreiter sich auch der härteren Zumutung nicht entzogen haben.

Wenngleich das polnisch-deutsche Thema die Tagung beherrschte, hat Borussia, getreu ihrem Vorsatz auf Öffnung des Horizonts, dafür gesorgt, daß auch andere Gruppen, denen Ostpreußen zur Heimat und zum Problem geworden ist, im Programm vertreten waren. Miroslaw Czech (Warschau) berichtete über die Opfer der „Aktion Weichsel“, Polens ukrainische Bevölkerung, die 1947, unter bürgerkriegsähnlichen Umständen, aus den westlichen Grenzgebieten deportiert, in kleine Gruppen aufgesplittet und, damit sie sich rasch polonisiere, auf die neuen Territorien im Westen und Norden verteilt wurde, auch auf das südliche Ostpreußen. Wie weit die Überlebenden noch den Willen und eine Chance haben, ihre nationale Identität zu erhalten, konnte Czech nicht entscheiden. Eindrücke vom schwierigen Dasein der russischen Bevölkerung im nördlichen Ostpreußen vermittelte Kazimir K. Lavrinovič, Mathematiker an der Universität Kaliningrad, der es jahrzehntelang verwehrt gewesen sei, an die Universität Königsberg und die Traditionen akademischer Freiheit anzuknüpfen. Heute sieht man, wie Lavrinovič berichtete, die Möglichkeit und sucht nach Wegen, die sowjetische Hinterlassenschaft abzustreifen. „Ostpreußen — Erbe und neue Identität“: die Bestandsaufnahme wäre in der Tat unvollständig geblieben ohne den ukrainischen und russischen Akzent. Daß er nicht fehlte, trug viel zum Gelingen der Tagung bei und war ein Beleg mehr für den Willen des Veranstalters, sich von keinem Tabu und Vorurteil schrecken zu lassen.

Borussia plant weitere Konferenzen und besitzt offenkundig die Energie zur Verwirklichung. Obwohl erst zwei Jahre alt, hat sie schon eine Publikationsreihe und eine Zeitschrift begründet. Die „Biblioteka Borussii (sic)“ weist bereits zwei Titel auf, beide erschienen Olsztyn 1991: Mieczysław Orłowic, *Ilustrowany przewodnik po Masurach Pruskich i Warmii* (Illustrierter Führer durch Preußisch-Masuren und Ermland), die Neuausgabe eines polnischen Reiseführers aus dem Jahre 1923, vor dessen nationalen Voreingenommenheiten die Herausgeber den Leser warnen, den sie ihm dennoch als farbigen und instruktiven Spiegel einer halbversunkenen Wirklichkeit empfehlen können. Und die — erste — polnische Übersetzung eines Jugendwerks von Ferdinand Gregorovius: *Idea polskości — Die Idee des Polentum's*. Zwei Bücher Polnischer Leidensgeschichte, Königsberg 1848. Gregorovius, 1821 in Neidenburg geboren, ein Nachfahr masovischer Bauern, die im 16. Jahrhundert nach Masuren gekommen waren, fühlte sich als Deutscher, blieb immer ein Freund Polens und hat in seiner „Geschichte der Stadt Rom“ (1859–1872) ein Thema von europäischer

Reichweite behandelt. In Gregorovius entdeckte Borussia mithin einen Eidhelfer. Was er in Person war, verfolgt sie als Programm. Sie hat es beharrlich auch ihrer Zeitschrift „Borussia“ vorangestellt, „gewidmet der Kultur, Geschichte und Literatur des nördlichen Polen und Europas“. Zwei Nummern sind davon 1991 erschienen. Der erste Beitrag im ersten Heft stammt von Christian Moser und Roman Polskiewicz, einem Deutschen und einem Polen: „Die Idee als politische Kraft. Immanuel Kants Projekt ‚Zum ewigen Frieden‘ — Zwischen Utopie und Wirklichkeit“.

Rex Rexheuser, Lüneburg

Zur Errichtung des Forschungszentrums für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der Universität Klaipeda/Memel

In der Übersicht „Vier Jahrzehnte baltische Geschichtsforschung“ zieht die Baltische Historische Kommission 1987 Bilanz eines bemerkenswerten Abschnittes deutscher Geschichtswissenschaft, die den baltischen Ländern gewidmet ist. „Nimmt man den 1. Baltischen Historikertag von 1908 zum Ausgangspunkt vergleichbarer zusammenfassender Bemühungen“, schreibt Gert von Pistohlkors einleitend, „so ist der deutschbaltischen Regionalforschung noch niemals eine ähnliche Kontinuität vergönnt gewesen...“¹ Diese auf den Zeitraum 1947–1986 bezogene Feststellung ist nicht nur personell wie institutionell von Gewicht, sondern kann auch auf die thematischen und regionalen Schwerpunkte bezogen werden, welche nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland die historische Beschäftigung mit den baltischen Ländern in Lehre und Forschung bestimmten. Historische Baltikumsforschung blieb in diesem Zeitabschnitt fast ausschließlich bezogen auf Estland und Lettland. Nur am Rande und in Einzelfällen wurde Litauen zum Forschungsschwerpunkt gewählt oder in übergreifende Fragestellungen einbezogen. Der ausdrückliche Hinweis auf die Forschungen Manfred Hellmans als „die große Ausnahme“² relativiert diese Beobachtung nicht, sondern bestätigt sie eher, indem er für die zukünftige Erforschung der deutschen Historiographie zum Baltikum die Frage aufwirft, welches die Gründe für diese auffallende Seite in der Kontinuität baltischer Regionalforschung in Deutschland gewesen sind.

Bevor diese Frage beantwortet werden kann, wird die deutsche Forschung nun durch die aktuellen strukturellen und institutionellen Veränderungen der Geschichtswissenschaft in den baltischen Ländern selbst mit dem beschriebenen Sachverhalt neu konfrontiert. Beiträge wie ein Vortrag des litauischen Historikers Vytautas Žalys 1992 in

¹ Vier Jahrzehnte baltische Geschichtsforschung. Die Baltischen Historikertreffen in Göttingen 1947–1986 und die Baltische Historische Kommission. Vorträge, Veröffentlichungen, Mitglieder. Verzeichnet im Auftrag der Baltischen Historischen Kommission von Paul Kaegbein und Wilhelm Lenz. Göttingen 1987, S. 5.

² Vgl. Gert von Pistohlkors in seinem Beitrag in diesem Heft „Die Stellung der Deutschen in der Geschichte der Esten, Letten und Litauer“.

Travemünde über „die litauische Außenpolitik in bezug auf das Memelgebiet zwischen 1923 und 1939“³ geben Hinweise darauf, wo die deutsche Geschichtswissenschaft zukünftig Ansätze für die beide Länder gleichermaßen interessierende Forschung aufgreifen könnte. Wer werden die Partner dieser in Litauen und Deutschland neu beginnenden Forschung sein?

Im Zusammenhang dieser Frage ist die Errichtung des Forschungszentrums von besonderem Interesse, das Anfang 1992 auf Beschluß des Senats der Universität Klaipeda gegründet wurde. Es hat sich die Erforschung der Geschichte der deutsch-litauischen Beziehungen in Westlitauen und Preußen zum Ziel gesetzt, wird sich also den Fragen des Zusammenlebens der Deutschen und Litauer hauptsächlich im Memelgebiet und Preußen zuwenden.

Nicht nur im Blick auf die allgemeine Begründung dieses neuen Institutes, das seine Arbeit unter der Leitung seines Direktors Dr. Alvydas Nikžentaitis aufgenommen hat, sondern auch und besonders wegen des beispielhaften Ansatzes, einen Neubeginn der Erforschung interethnischer Beziehungen dieser Region zu setzen, verdient das Forschungszentrum höchste Aufmerksamkeit. Aus der Intention seiner Begründer heraus erfüllt es eine nicht allein Litauen berührende, vielmehr Deutschland, Polen, Skandinavien und Rußland gleichermaßen einbeziehende Aufgabe. Es ist von Anfang an auf internationale Kooperation angelegt. Damit stellt es auch an die historische Forschung in Deutschland die Frage nach Stand und Perspektive wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Litauer und Deutsche verbindenden gemeinsamen Geschichte.⁴

Der institutionelle Rahmen des Forschungszentrums, das bis Ende 1992 bereits zehn wissenschaftliche Mitarbeiter beschäftigen soll, wird durch eine enge Anbindung an die Universität Klaipeda gesichert. Über diese Verknüpfung ist die direkte Verbindung zwischen Forschung und Lehre gewährleistet, da die Mitarbeiter des Forschungszentrums verpflichtet sind, Lehrveranstaltungen an der Universität zu

³ Vortrag anlässlich der Zweiten deutsch-litauischen Historikerkonferenz in Lübeck-Travemünde (23.-25. März 1992). Vgl. hierzu den Bericht von Joachim Tauber in diesem Heft „Zweite deutsch-litauische Historikerkonferenz in Lübeck-Travemünde, 23.-25. März 1992“.

⁴ Mit dem Ziel, eine Bestandsaufnahme deutscher Litauenforschung einzuleiten, findet vom 16.-18. 10. 1992 in Lüneburg eine Tagung statt, die das Institut Nordost-deutsches Kulturwerk gemeinsam mit dem Historischen Seminar der Universität Hamburg zu dem Thema veranstaltet: „Deutschland und Litauen. Bestandsaufnahmen und Aufgaben historischer Forschung“.

halten. Damit sind sie an der universitären Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses beteiligt. Die Akzente der Forschung werden im wissenschaftlichen Beirat abgestimmt, in den neben den Mitarbeitern des Forschungszentrums, Vertretern anderer Universitätsinstitute der Universität Klaipeda und Vertretern verschiedener wissenschaftlicher Einrichtungen in Litauen auch Wissenschaftler aus dem Ausland berufen werden.

Die Tätigkeit des Forschungszentrums wird verbunden mit dem Aufbau und der Unterhaltung eines Archives und einer Bibliothek. Während der Bibliotheksbestand von Beginn an in die Universitätsbibliothek der Universität Klaipeda eingegliedert wird, hat das Forschungszentrum die Aufgabe übernommen, „in Klaipeda ein Archiv aufzubauen, das im Schwerpunkt Materialien zur Geschichte der Stadt, des Memelgebietes und der deutsch-litauischen Beziehungen zusammenführen soll“. Dies sei „um so notwendiger, als der Stadt Klaipeda und den wissenschaftlichen Institutionen der Stadt keinerlei Archivmaterialien zur Verfügung stehen, die mit der deutschen Vergangenheit der Region und der Geschichte der deutsch-litauischen Beziehungen in Verbindung stehen“.⁵ Bei dem Aufbau dieses Archives wird eine enge Kooperation mit Polen und Deutschland angestrebt, die auf deutscher Seite über das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk in Lüneburg koordiniert wird.

Grundlagenarbeit als Unterstützung zukünftiger Forschung wird auch auf anderen Feldern angestrebt und ist bereits begonnen worden. So wird besonders die Übersetzung wissenschaftlicher Literatur ins Litauische und umgekehrt aus dem Litauischen ins Deutsche gefördert, um die Annäherung an die internationale Forschung zu beschleunigen. In Arbeit befindet sich die Übertragung eines Werkes von Hartmut Boockmann (Göttingen). Vorbereitet wird die Übersetzung einer Arbeit von Werner Paravicini (Kiel). Bereits erschienen ist die litauische Fassung der „Banderia Prutenorum“ von Sven Ekdahl (Berlin).

Einen besonderen Platz nimmt in der Planung die Herausgabe wissenschaftlicher Periodika und Monographien ein. In einem ersten Vorhaben wird eine Gruppe von Wissenschaftlern an der zweibändi-

⁵ Aus einem Schreiben an das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk vom 4. 3. 1992, mit dem der Oberbürgermeister der Stadt Klaipeda, der Rektor der Universität Klaipeda und der Direktor des Forschungszentrums gemeinsam die Zielsetzung des vorgesehenen Archives darstellen und eine enge Zusammenarbeit bei dessen Aufbau vorschlagen.

gen Ausgabe der „Grundzüge der Geschichte Žemaitens“ beschäftigt, die bereits in etwa zwei Jahren vorliegen soll. Folgen wird eine Geschichte der Kuren. In gemeinsamer Arbeit eines deutschen und eines litauischen Historikers wird weiterhin die Geschichte der Stadt Memel/Klaipeda entstehen.

Im gleichen Sinne gehören die Veranstaltungen wissenschaftlicher Konferenzen, die Durchführung wissenschaftlicher Exkursionen, besonders auf dem Gebiet der Archäologie, und die konzeptionelle Betreuung von Ausstellungsprojekten zu den Zielsetzungen des Forschungszentrums.

Die Intention, die Arbeit des Forschungszentrums in den Rahmen internationaler Forschung hineinzuführen, wird neben den beschriebenen Ansätzen der Kooperation zusätzlich durch zwei Voraussetzungen abgestützt. Das Kollegium setzt sich aus Wissenschaftlern zusammen, die zum Teil bereits umfangreiche Erfahrungen aus dem Ausland mitbringen. Dazu wird für die Zukunft angestrebt, die Archivare des Forschungszentrums für einen Teil ihrer Ausbildung nach Deutschland zu entsenden. Vor allem aber ist der Austausch von Wissenschaftlern geplant, der litauische Historiker des Forschungszentrums für langfristige Forschungsaufenthalte nach Deutschland und umgekehrt deutsche Kollegen nach Litauen führen soll, um dort an Forschung und Lehre teilzunehmen.

Internationale Kooperation sucht das Forschungszentrum schließlich besonders im Bemühen, eine deutsch-litauische Kommission von Historikern zu gründen, die Empfehlungen und Orientierung für Verfasser und Herausgeber von Schulbüchern in Litauen erarbeiten soll. Das mit jeweils drei Vertretern jeder Seite besetzte Gremium soll sich im Herbst 1992 konstituieren.

Internationale Arbeitskontakte des Forschungszentrums bestehen bereits zu den Universitäten in Odense und Göteborg, zum Staatlichen Museum in Stockholm, zur Universität in Toruń sowie zur Universität in Kaliningrad.

Das Zentrum wird in Deutschland zukünftig vor allem mit der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung in Bonn sowie mit dem Institut Nordostdeutsches Kulturwerk in Lüneburg zusammenarbeiten, zu dessen Arbeitsbereichen ein Forschungsschwerpunkt Memel/Litauen gehört. Weitere Kooperationspartner für das Forschungszentrum in Lehre, Forschung und wissenschaftlichen Praxisbereichen könnten in Deutschland dazu beitragen, das Defizit in der Litauenforschung zu überwinden. Hierfür geht das

Forschungszentrum in der allgemeinen Begründung seiner Arbeitsbeschreibung mit folgenden Worten auf seine zukünftigen Partner zu:

„Die politischen Feindseligkeiten der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeiten haben das Verhältnis zwischen den ehemaligen Nachbarn empfindlich gestört. Das vornehmste kulturpolitische Ziel im Selbstverständnis der Mitarbeiter des Forschungszentrums für die Geschichte Westlitauens und Preußens ist es, an den positiven Traditionen der gemeinsamen Geschichte anknüpfend, zur Wiederherstellung jener vielfältigen guten Beziehungen beizutragen, die für unsere Völker so segensreich waren.

Dazu sind Land, Stadt und Universität Klaipeda, das auf deutsch Memel heißt, der geeignete Ort. Das Land wird zum wichtigsten Fenster des unabhängigen Litauen nach Westen hin, die Stadtbevölkerung und ihre gewählten Vertreter sind heute offen und aufgeschlossen für die Belange der nicht durch ihre Schuld vertriebenen Memelländer, die Universität beweist mit der Gründung des Forschungszentrums und einer Abteilung für evangelische Theologie, daß sie ebenfalls die Traditionen des Landes ehrt. Der Wunsch, die eigenen kulturellen, wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen wieder zu beleben, kann somit Wirklichkeit werden.“⁶

Eckhard Matthes, Lüneburg

⁶ Forschungszentrum der Universität Klaipeda/Memel für die Geschichte Westlitauens und Preußens, Entwurf des Arbeitsprojekts Geschichte der deutsch-litauischen Beziehungen in Westlitauen und Preußen (Stand 27. 2. 1992), S. 1-2. Der Entwurf des Arbeitsprojektes kann angefordert werden über das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk, Conventstraße 1, D-2120 Lüneburg.

Zweite Deutsch-Litauische Historikerkonferenz in Lübeck-Travemünde, 23. bis 25. März 1992

Vom 23. bis 25. März 1992 trafen sich in der Ostsee-Akademie in Lübeck-Travemünde litauische und deutsche Historiker zu einer zweiten gemeinsamen Tagung. Die Begegnung stellte die Fortsetzung einer ersten Konferenz dar, die im November 1990 in Vilnius stattgefunden hatte, bei der von deutscher Seite an die damals beteiligten litauischen Kollegen eine Gegeneinladung ausgesprochen wurde. Ein- einhalb Jahre stellen in einer Phase rapiden und grundlegenden Umbruchs, wie sie derzeit in ganz Osteuropa stattfindet, eine bedeutende Zeitspanne dar. So stellte sich besonders für einen Teil der deutschen Teilnehmer vor Beginn der Tagung die Frage: Welche Veränderungen sind zwischen dem Zeitpunkt der Einladung und dem Termin dieser Tagung im Bereich der litauischen Geschichtswissenschaft wirksam oder zumindest sichtbar geworden? Mit Spannung wurden die Beiträge der litauischen Kollegen erwartet, dies umso mehr, als die Forschung zur Geschichte Litauens und der deutsch-litauischen Beziehungen in Deutschland dringend neuer Anregungen bedarf.

Auf dem zeitlich dicht ausgefüllten Vortragsprogramm standen zunächst Probleme der deutsch-litauischen Beziehungen bis zum 19. Jahrhundert im Mittelpunkt: Zigmas Zinkevičius (Vilnius) behandelte „Die Ethnogenese der Westbalten. Sprachliche Probleme im historischen Zusammenhang“, Romas Batura (Vilnius) widmete sich „Litauen zwischen dem Deutschen Orden und der Goldenen Horde (13. bis 15. Jahrhundert)“, Algirdas Matulevičius (Vilnius) sprach über die „Nationalität und Zahl der bäuerlichen Bevölkerung im Kreis Tilze Anfang des 18. Jahrhunderts“, Rimantas Vebra (Vilnius) stellte seinen Beitrag unter das Thema „Die nationale Wiedergeburt des litauischen Volkes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und Deutschland“. Alle Vorträge zeigten die starken terminologischen und methodischen Beharrungskräfte der bisherigen Geschichtsauffassung: Welche Kenntnisse lassen sich aus Analogien wie der eines „internationalen Kampfes gegen die Kräfte der Aggression“ im 13. Jahrhundert (Batura) ziehen? Auch eine emotionale *damnatio memoriae* der „herrschenden Kreise“, deren alleiniges Ziel die Unterdrückung des litauischen Volkes gewesen sei (Vebra), bringt für den historischen Klärungsprozeß, so verständlich sie aus dem aktuellen persönlichen Erle-

ben sein mag, wenig Fortschritte für zukünftige Forschungsfragen. So boten die angesprochenen Referate zwar durchaus interessante Informationen im Detail, aber es mangelte ihnen an Ansätzen, die einen neuen Zugang zu und Umgang mit der Geschichte Litauens auch für deutsche Kollegen eröffnet hätten.

Hervorzuheben bleibt der Beitrag von Arthur Hermann, Heidelberg. Er beschäftigte sich mit dem „litauischsprachigen Unterricht in Ostpreußen“. Dem Autor gelang nicht nur ein faktenreiches Referat, sondern auch eine überzeugende Periodisierung der preußischen Schulpolitik gegenüber der litauischsprachigen Minorität zwischen dem Reformationszeitalter und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Der Referent zeigte, wie die preußische Bildungspolitik nach der Reichsgründung in ein nationalistisches Fahrwasser geriet und die Schule zu politischen Zwecken mißbrauchte. Differenziert analysierte er die Unterschiede dieser Politik gegenüber Litauern und Polen und wies auf Meinungsverschiedenheiten zwischen der Berliner Zentrale und der lokalen Verwaltung hin. Abgerundet wurde der gelungene Vortrag durch einen Forschungsbericht, der sowohl die deutsche als auch die litauische Geschichtsschreibung kritisch behandelte.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren die deutsch-litauischen Beziehungen besonderen Belastungen ausgesetzt. Ihnen galten die Referate des zweiten Tages. Arno Jenkis (Elmshorn) widmete sich in seinem Vortrag „Die Memelländer — ein ‚schwebendes Volkstum?‘“ der Geschichte des Memelgebiets, jenes Teils des nördlichen Ostpreußen, der 1919 durch den Versailler Vertrag vom Deutschen Reich abgetrennt und im Januar 1923 von Litauen besetzt wurde. Jenkis reflektierte in seinem deskriptiv angelegten Beitrag die von der deutschen Forschung in den 50er und 60er Jahren entwickelte Linie. Für den Referenten reduziert sich die Geschichte des Memelgebietes auf die vorgebliche *causa causans* des Versailler Vertrags. Der folgende nationale Antagonismus zwischen Deutschen und Litauern ist für Jenkis eine mehr oder weniger zwangsläufige Folge der Abtrennung des Memelgebietes vom Deutschen Reich, die *a priori* ungerechtfertigt gewesen sei, da sich die in der Region lebenden Litauer (immerhin etwa 50 % der Bevölkerung des Memellandes) als Deutsche verstanden hätten. Zur Begründung der letzten These führte der Referent wiederum und ausführlich die Wahlergebnisse des Memelgebietes in der Zwischenkriegszeit an, die in der Tat belegen, daß etwa 4/5 der Wähler der deutschen Einheitsliste ihre Stimme gaben. Ob sich damit, wie Jenkis meint, ein klares nationales Bekenntnis zu Deutschland ver-

band, könnte Gegenstand künftiger gemeinsamer Forschungsvorhaben sein.

Von litauischer Seite erläuterte Vytaūtas Žalys (Vilnius) die litauische Außenpolitik in bezug auf das Memelgebiet zwischen 1923 und 1939. Sein auf Archivistudien aufbauender Vortrag zählte zu den anregendsten der Tagung. Erstmals wurde der aus den Quellen verifizierte Nachweis geführt, daß die deutsche Reichsregierung von Kaunas über das litauische Vorgehen informiert worden war und die Besetzung billigte. Bestimmt wurde das Verhalten Berlins vor allem durch die „negative Polenpolitik“ (Klaus Zernack) des Deutschen Reiches. Auch die Sowjetunion signalisierte den litauischen Politikern ihr Einverständnis zu einem Eingreifen in Memel. Aufgrund dieser diplomatischen Abklärung entschloß sich Kaunas zum Lancieren eines „Aufstandes“ im Memelgebiet. Der Referent zeigte schlüssig auf, wie Litauen in den 30er Jahren immer mehr in eine, so Žalys, „splendid isolation“ geriet, bis schließlich im März 1939 jeder politische Spielraum verspielt war und man sich gezwungen sah, den deutschen Pressionen nachzugeben. Insgesamt bot der Vortrag eine Fülle von Anregungen für die weiterführende Forschung. Unter ganz anderen Gesichtspunkten standen Ausführungen des Ingenieurs Vytautas Šylas (Vilnius), der über „Perspektiven des Andenkens an die prominenten Persönlichkeiten Kleinlitauens im Lichte der litauisch-deutschen Kontakte“ sprach. Ihn bestimmten offensichtlich weniger historische Fragestellungen als vielmehr seine aktuellen politischen Anliegen auf den Problemkomplex des „Königsberger Gebietes“.

Harry Stossun (Ratzeburg) und Nastazija Kairukštyte (Vilnius) wandten sich wieder dem Ziel der Tagung zu, in eine deutsch-litauische Diskussion und Zusammenarbeit unter Historikern einzutreten. Während der deutsche Historiker den „Schicksalsweg einer nationalen Minderheit“, nämlich den der Litauendeutschen in der Zwischenkriegszeit, schilderte, stand der Beitrag der litauischen Kollegin unter dem Thema „Die Lage der ehemaligen litauischen Angehörigen des Deutschen Reiches und der Deutschen in Litauen, 1945–1960“. Beide Vorträge basierten auf umfangreichen Quellenstudien und behandelten ein bisher kaum oder gar nicht beachtetes Feld. Stossun, dessen Dissertation zum gleichen Themenkomplex sich im Druck befindet, zeigte die einzigartige Geschichte der Litauendeutschen auf, die aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes und seiner Folgeabmachungen zunächst in das von Deutschland beherrschte Gebiet umgesiedelt und nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 wieder

„rückgesiedelt“ wurden. Kairukštyte bot einen fakten- und facettenreichen Überblick zu einem bisher in Litauen und der Sowjetunion aus politischen Gründen totgeschwiegenen Thema. Erstmals wurden in ihrem Vortrag Ergebnisse vorgelegt, die auf Material aus litauischen und sowjetischen Archiven zurückgehen. Sie griff damit ein Thema auf, das von deutscher Seite, fußend auf Ergebnissen von Umfragen unter Betroffenen, erstmals von Arthur Hermann behandelt wurde. Das Schicksal dieses sich aus so unterschiedlichen Gruppen zusammensetzenden Bevölkerungsteiles (aus Ostpreußen geflohene deutsche Zivilisten; deutsche Kriegsgefangene, die aus dem Memelgebiet stammten; in Litauen 1945 zurückgebliebene oder zurückgekehrte Zivilisten; Litauer, die im März 1939 wieder die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hatten; „rückgesiedelte“ Litauendeutsche) wurde als ein möglicher und wichtiger Schwerpunkt zukünftiger deutsch-litauischer Zusammenarbeit erkennbar.

Zum Abschluß referierte Karl-Heinz Ruffmann (Universität Erlangen-Nürnberg), selbst 1922 in Memel geboren und aufgewachsen, über die „Geschichte des Memelgebietes im 20. Jahrhundert: Was kann man daraus lernen?“. Sein Vortrag hatte eine Doppelfunktion: Bilanzierend griff er Einzelheiten der bisherigen Diskussion auf und sprach sich gegen nationalistisch ausgerichtete historische Ansätze jedweder Provenienz aus. Eine seiner zentralen Fragen stellte dieses Problem zur Diskussion: Ist der Historiker in der Retrospektive berechtigt, moderne Begriffe der nationalen und politischen Entwicklung auf andere, frühere Epochen anzuwenden? Zum anderen eröffnete er die Diskussion darüber, wie zukünftig Deutsche und Litauer gemeinsam an die Erforschung ihrer sie verbindenden Geschichte gehen könnten. Er konstatierte in historisch fundierter Weise die „Nichtbereitschaft beider Seiten, sich an die Memelkonvention zu halten“. Von den Memeldeutschen sei der in der Konvention verankerte Minderheitenschutz von Anfang an und in zunehmenden Maße instrumentalisiert worden, um „Heim ins Reich“ zu kommen. Dieser Auffassung habe in negativer Spiegelung die litauische Politik entsprochen. Aufgrund einer solchen „Gemeinsamkeit“ sei eine Chance verspielt worden, und statt eines Miteinander habe sich die „Wirksamkeit des Nationalismus“ in einem Gegeneinander manifestiert. Zukunftsorientiert postulierte Ruffmann, die Nationsidee des frühen europäischen Bürgertums aufzugreifen, das Nation als „Inbegriff politischer und sozialer Organisation freier Bürger“ verstand. Unter diesen Voraussetzungen könne „nationale Selbstbestimmung“ nur und ausschließ-

lich als „demokratische Selbstbestimmung“ definiert werden.

Neben den historischen Themen setzte der Leiter der Ostsee-Akademie, Dietmar Albrecht, in seinem Lichtbildervortrag „Litauische Geschichten. Eine Reise an die Memel“ bewußt subjektive Akzente. Die Spannweite des Vortrages, der eine Symbiose zwischen literarischem Bild und aktueller Photographie — zwischen Literaturzitat und persönlichem Erlebnis — zu erreichen suchte, erstreckte sich von Simon Dach zu Bert Brecht, von dem Berliner Domizil eines Johannes Bobrowski zum Niddener Landhaus von Thomas Mann.

Eine abschließende Wertung der Tagung hat ein zwiespältiges Fazit zu ziehen. Was die litauische Seite angeht, so zeigte das Treffen deutlich verschiedene Tendenzen innerhalb der litauischen Historiographie. Neben dem Fortsetzen alter, stark national bestimmter Positionen zeichneten sich methodisch und thematisch neue Ansätze ab, auf die eine zukünftige gemeinsame Forschung aufbauen kann. Eine ähnliche Unterscheidung läßt sich für die deutschen Teilnehmer festhalten: Auch hier standen national geprägte Ansichten neben historischen Wertungen, die nicht einem Legitimationszwang für die eine oder andere Seite unterliegen. Dies wurde besonders in Teilen der Diskussion deutlich. So stellte die Zweite Deutsch-Litauische Historikerkonferenz einen wichtigen, wenn auch nur einen Zwischenschritt auf dem richtigen Weg dar: Dank gilt dem Leiter der Ostsee-Akademie, Dietmar Albrecht, und seinen Mitarbeitern für die perfekte Organisation und Planung, für den Mut, einen doch sehr heterogenen Teilnehmerkreis einzuladen, und für das Engagement, die Tagung zu initiieren und zu leiten. Daß eine Verständigung überhaupt möglich war, ist das alleinige Verdienst von Irena Tumavičiute (Vilnius), die in nie ermüdender Anstrengung und mit großer Sachkenntnis die Kommunikation zwischen litauischen und deutschen Gästen herstellte. Ihr sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt.

Joachim Tauber, Lüneburg

**Baltische Bibliotheksgeschichte.
Ein internationales Symposium in Riga,
29. April bis 2. Mai 1992**

Zusammenkünfte der baltischen Bibliothekare haben eine Tradition. Ein erster Kongreß fand 1930 in Lettland statt, ein zweiter 1935 in Estland und ein dritter 1938 in Litauen. Der vierte Kongreß war für das Jahr 1941 geplant. „Er wurde aber wegen der bekannten Ereignisse für ein halbes Jahrhundert verschoben“, wie Klemensas Sinkevičius (Litauische Nationalbibliothek M. Mažvydas, Vilnius/Wilna) in seinem Referat über „Die litauischen Bibliotheken und ihre Beziehungen zum internationalen Bibliothekswesen 1920–1940“ allzu lapidar formulierte. Genau dieser Hintergrund ist es jedoch, der in ganz unterschiedlicher Brechung Vorträge, Diskussionen und Atmosphäre der diesjährigen Tagung prägte.

Da gab es die engagierte, emotional vorgetragene Abrechnung mit der sowjetischen Bibliotheksideologie. Der russische Bibliothekar W. Charlamow (Russische Staatsbibliothek, Moskau) machte eben diese Ideologie und die Bibliothekare, die sie lange mitgetragen haben, für den von ihm diagnostizierten rapiden Kulturzerfall in Rußland verantwortlich. Wenn es denn jetzt zu einem Neubeginn des kulturellen Lebens in Rußland kommen sollte, dann nicht, weil Widerstand von den Bibliothekaren ausgegangen sei, sondern von den Büchern, insbesondere den russischen Klassikern.

Die Referenten aus den baltischen Ländern, die natürlich ebenfalls lange durch sowjetische Vorgaben eingeengt waren, akzentuierten in anderer Weise. Nicht Abrechnung, sondern Anknüpfung stand bei ihnen im Vordergrund. Dieser wieder mögliche, neue Umgang mit eigenen nationalen Forschungstraditionen wurde jeweils deutlich in dem Referat von Vytautas Rimša (Litauische Nationalbibliothek M. Mažvydas, Vilnius/Wilna) zur Leseforschung in Litauen in der Zeit von 1918 bis 1940 und insbesondere in den Ausführungen von Nijolė Bliūdžiuvienė (Litauische Nationalbibliothek M. Mažvydas, Vilnius/Wilna) zu historischen Aspekten der Terminologieentwicklung und -forschung im litauischen Bibliothekswesen. Die Grundthese von Bliūdžiuvienė ist dabei, daß die Fachsprache im Bibliothekswesen „nicht in Ordnung ist, daß es hier viele Übersetzungen, Entlehnungen aus dem Russischen und sogar Termini gibt, die gar nicht zu gebrauchen sind“. Insofern gilt es als vorrangiges Ziel der bibliothekarischen

Arbeit nicht nur in Litauen, sondern auch in Lettland und Estland, eine auf der jeweiligen Nationalsprache basierende bibliothekarische Fachterminologie zu entwickeln und zu kodifizieren. Weder russische Entlehnungen noch Amerikanismen sollten nach diesem Konzept, das hier nicht zu bewerten ist, in einem litauischen, lettischen oder estnischen Handbuch des Bibliothekswesens vorkommen.

Zwei Beiträge von estnischen Bibliothekaren sind von besonderer Bedeutung, weil sie jeweils auf bisher unbekanntem Archivmaterial beruhen. Piret Lotman (Estnische Nationalbibliothek, Tallinn/Reval) hat präzise Daten zusammengestellt, die jetzt ein genaueres Bild der Auswirkungen der deutschen Besatzungspolitik auf die Situation der estnischen Bibliotheken in den Jahren 1941 bis 1944 ermöglichen. Daneben konnte Hain Tankler (Universität Tartu/Dorpat) in seinen Ausführungen zur Geschichte der Dorpater Universitätsbibliothek mit einer ungemeinen Fülle hochinteressanter Details insbesondere zur Bestandsgeschichte dieser Bibliothek aufwarten.

Bestandsgeschichte war auch das Thema der beiden Referenten aus Deutschland. Standen bei Gennadi Wasilewitsch (Staatsbibliothek zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz) die *Lettonica* seines Hauses im Vordergrund, so gab Horst von Chmielewski (Johann-Gottfried-Herder-Institut, Marburg) einen knappen Überblick über die baltischen Bestände in deutschen und polnischen Bibliotheken, wobei er sich besonders auf die *Baltica*-Sammlungen konzentrierte, die im Zuge der Umsiedlung der Deutsch-Balten über die Sammelstelle für baltendeutsches Kulturgut nach Posen und Thorn gelangt sind.

Es waren jedoch nicht nur die Forschungsergebnisse, Thesen und Überlegungen der insgesamt zehn Vorträge, die den Erfolg der Tagung ausmachten. Das fachliche Gespräch am Rande, der persönliche Kontakt, eben die gesamte Atmosphäre spielten eine entscheidende Rolle. Und genau an dieser Stelle ist allen an der Planung und Durchführung der Konferenz Beteiligten, besonders den Mitarbeitern der Lettischen Nationalbibliothek in Riga, ein uneingeschränktes Lob auszusprechen. Ist es doch gelungen, effektive Organisation — alle Referate lagen bereits während der Tagung schriftlich in russischer und deutscher Sprache vor, wobei die mündlichen Beiträge jeweils simultan übersetzt wurden — mit herzlicher Gastfreundschaft zu verbinden. Wahrscheinlich werden alle 81 Tagungsteilnehmer auch das lettische Bier und prasselnde Feuerstellen in guter Erinnerung behalten.

Dabei hat man sich zu vergegenwärtigen, daß die Vorbereitungen

für dieses Symposium, die von der Lettischen Nationalbibliothek, dem lettischen Bibliotheksverband und dem Arbeitskreis Bibliotheksgeschichte innerhalb der IFLA (International Federation of Library Associations) koordiniert wurden und deren Anfänge in das Jahr 1989 zurückreichen, mit zunehmend inflationären wirtschaftlichen Verhältnissen in Lettland konfrontiert waren. Das hervorragende Ergebnis dieser Vorbereitungen ist daher um so höher zu bewerten. Schließlich und endlich ist das Zustandekommen und der Verlauf der Tagung untrennbar verbunden mit dem Namen des langjährigen Leiters des IFLA-Arbeitskreises Bibliotheksgeschichte, Paul Kaegbein. Ihm oblag der Tagungsvorsitz, und ein großer Teil der anregenden Diskussionen und Gespräche ist nicht zuletzt seiner behutsamen und immer sachlich stringenten Moderation zu verdanken.

Ulrich Ribbert, Lüneburg

REZENSIONEN

MANFRED ALEXANDER, FRANK KÄMPFER, ANDREAS KAPPELER (Hrsg.): Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas. Festschrift für Günther Stökl zum 75. Geburtstag. Stuttgart: Franz Steiner 1991, 158 S. (Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Beiheft 5).

Günther Stökl, dem Doyen der deutschsprachigen historischen Osteuropaforschung, war es stets ein besonderes Anliegen, in Forschung und Lehre auf Geschichte und Gegenwart der sogenannten kleinen Völker Osteuropas hinzuweisen, die in Großreiche oder multinationale Staaten integriert aus dem Bewußtsein der westeuropäischen Öffentlichkeit weitgehend entschwunden schienen. Heute sehen wir uns in der Osthälfte unseres Kontinents — für die meisten völlig unerwartet — mit einer Vielfalt „kleiner Völker“ konfrontiert, deren höchstes Ziel die Gründung eines eigenen Nationalstaats zu sein scheint, was viele westliche Beobachter als ausgesprochen anachronistisch empfinden. Historische Orientierungshilfe ist also dringend gefragt. Der vorliegende Band bietet dazu eine Fülle wertvoller Informationen und Anregungen.

Den Ukrainern, die soeben erstmals in der neueren Geschichte ein allseits anerkanntes eigenes Staatswesen erlangt haben, sind drei Beiträge gewidmet, die zentrale Aspekte ihrer „verspäteten“ Nationalbewegung behandeln. Andreas Kappeler wendet das von dem Tschechen Miroslav Hroch entwickelte Konzept des „kleinen Volkes“ auf die Ukrainer um 1900 an, als sie noch 25 Millionen (heute 45 Millionen) zählten. Er macht deutlich, daß Hrochs Kriterien — Fehlen einer eigenen Oberschicht in der Epoche der Nationsbildung, eines eigenen Staates und der kontinuierlichen Tradition einer eigenen Literatursprache — allein nicht ausreichen, die Ukrainer als qualitativ „kleines Volk“ zu charakterisieren, daß vielmehr erst zusätzliche Kriterien wie der politische Kontext des Russischen Reiches, der Assimilationsdruck auf die Ukrainer und ihre Fragmentierung die starke Verzögerung ihrer Nationsbildung verständlich machen. Hier schließt auch Frank Golczewskis Beitrag an, der die Bezeichnung „kleines Volk“ nur hinsichtlich des äußerst geringen Handlungsspielraums ukrainischer Politiker gelten läßt. So habe man in dem übermächtigen Verlangen, aus der Rolle des Objekts der Großmächte auszubrechen, immer wie-

der krampfhaft nach Partnern im Kampf um die staatliche Unabhängigkeit gesucht, dabei aber deren Eigeninteressen in geradezu illusorischer Weise übersehen, wie das Beispiel der deutschen Ukrainepolitik der Jahre 1918 bis 1926 klar beweise. Jerzy Kozenski wiederum zeigt das hohe Maß der Fremdbestimmung am Schicksal der Karpaten-Ukraine 1938 auf, als die Nachbarvölker die nationalen Bestrebungen der dort lebenden Ukrainer ohne Rücksicht auf die Betroffenen im Sinne ihrer eigenen politischen Zielsetzungen instrumentalisierten: Polen, Ungarn und Rumänien wollten die — sicher auch damals mit einem Fragezeichen zu versehen — Selbständigkeit der Karpaten-Ukraine und damit eine Art ukrainisches Piemont unbedingt verhindern, während das Deutsche Reich die Möglichkeit eines selbständigen Staates zu dem Versuch benutzte, alle jene Staaten zu erpressen, in deren Grenzen Ukrainer lebten.

Im Gegensatz zu den Ukrainern gelang es den Finnen während der sogen. Autonomiezeit im Russischen Reich (1809–1917), ihren Sonderstatus bis zu „einer weitgehenden Abkoppelung von den inner-russischen Entwicklungen“ auszubauen. Edgar Hösch macht in seinem äußerst informativen Beitrag zur finnischen Diskussion um Nationswerdung und Staat auf neue Forschungen der zeitgenössischen finnischen Historiographie aufmerksam, die diesen finnischen Sonderweg nicht mehr in erster Linie auf eine permanente Konfrontation mit der russischen Administration, sondern vor allem auf positive Vorbilder und Anregungen im russischen Herrschafts- und Verwaltungssystem zurückführen. Wie schnell sich dann die Finnen nach der Unabhängigkeit die „Normen“ zwischenstaatlicher Beziehungen zu eigen gemacht haben, zeigt Kalervo Hovi am Beispiel der finnisch-estnischen Beziehungen im Jahre 1919/20. Auch gegenüber den mit den Finnen eng verwandten Esten sei die finnische Politik ausschließlich von den finnischen Sicherheitsinteressen bestimmt gewesen, das Verhältnis zu den Großmächten habe stets Vorrang vor dem Hilfsbegehren der südlichen Nachbarn gehabt. Walter Leitschs Betrachtungen über „Die Esten und das Problem der Kleinen“ lassen jedoch erkennen, wie auch „Kleinvolkbewußtsein“ in ideelle Zielsetzungen umgesetzt werden kann, die „kleinen Völkern“ die Kraft geben, selbst härteste Kämpfe um ihr nationales Überleben zu bestehen.

Vom Herrschaftssystem eines größeren Volkes wollten sich auch die Slowaken und Slowenen emanzipieren, deren nationale Bewegung Manfred Alexander und Janko Prunk in einer vergleichenden Studie untersuchen. Auch hier erscheinen neben vielen anderen Faktoren die

unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen im ungarischen und im cisleithanischen Reichsteil der Habsburgermonarchie, nach 1918 in der Tschechoslowakischen Republik bzw. im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen als ein ganz entscheidender Faktor, der die nationale, soziale und ökonomische Entwicklung dieser Völker prägte. Ihre Untersuchung erweist den geringen Aussagewert von Kategorien wie „historische“ oder „unhistorische“ Völker — je nachdem, ob diese sich auf eigene staatliche Traditionen berufen können oder nicht. Daß andererseits gerade eine bis auf das Mittelalter zurückgehende Eigenstaatlichkeit konstitutive Bedeutung für das nationale Selbstverständnis hat, unterstreicht Ilona Tarnoky-Reinert am Beispiel der Ungarn.

Daß „kleine Völker“ zuweilen auch durch philologische Irrtümer für Jahrhunderte aus dem Blickfeld Europas eliminiert werden können, weist Frank Kämpfer unter Vorlage der entscheidenden Textstellen am Beispiel der Tscherkessen nach. Uwe Halbach verfolgt die Wahrnehmung der in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts in unzähligen Feldzügen unterworfenen Bergvölker des Nordkavkasus in der russischen Ethnographie, Publizistik und Literatur des 19. Jahrhunderts, die neben Feindbildern und Klischees auch das Bemühen um Verstehen der Betroffenen bis hin zur Kritik an der russischen Kolonialpolitik erkennen läßt. Fairy von Lilienfeld nimmt die im Sommer 1987 noch als sensationell empfundene Heiligsprechung des georgischen Dichters und Politikers Ilja Čavčavadze (1837–1907) als „Ilja der Gerechte“ durch die Georgisch-Orthodoxe Kirche zum Anlaß, die besondere Stellung Čavčavadzes in der nationalen Wiedergeburt des georgischen Volkes herauszuarbeiten, wobei insbesondere der national-religiösen Sphäre hervorragende Bedeutung zukam. Ihr nachdrückliches Plädoyer für eine intensivere Beschäftigung mit georgischen Veröffentlichungen und Archivmaterial weist einmal mehr darauf hin, daß die wissenschaftliche Beschäftigung mit Geschichte und Gegenwart auch nur einiger der „kleinen Völker“ Osteuropas die Kenntnis einer Vielzahl von Sprachen voraussetzt.

Jacob Goldbergs wichtiger Artikel über die jüdischen Gutspächter in Polen-Litauen im 17. und 18. Jahrhundert erinnert an die stets besondere Lage der Juden in Osteuropa, an die sich aus ihrem Status als Juden ergebenden rechtlichen Beschränkungen gegenüber den Angehörigen der jeweiligen Staatsvölker, hier den polnischen Gutsbesitzern und Bürgern. Mechthild Golczewski widmet ihren Beitrag „Grenzbüchereien im ‚Volkstumskampf‘ gegen Polen 1900 bis 1939“

dem Problem der nationalen Minderheiten im Nachbarland und deren Beeinflussung im Rahmen eines „Volkstumskampfes“, den es ja nicht nur zwischen Deutschen und Polen gegeben hat. In diesem Sinne enthalten alle Beiträge zu dieser Festschrift den eindringlichen Appell, den hier angesprochenen Fragen in vergleichender Forschung weiter nachzugehen und so auch zum verständnisvollen Umgang mit den brennenden Problemen der Gegenwart beizutragen.

Erwin Oberländer, Mainz

MADS OLE BALLING: Von Reval bis Bukarest. Statistisch-Biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1945. Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Slowakei, Karpaten-Ukraine, Kroatien. (Phil. Diss. Dortmund 1991). 2 Bände. Kopenhagen: Dokumentations-Verlag 1991. 42, 987 S. m. Karten u. Tabellen.

Sehr richtig bemerkt der Verfasser der vorliegenden Dissertation, daß seit den beiden Auflagen (1927 und 1930) des in Berlin erschienenen Buches von Fritz Wertheimer, des Begründers des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart, „Von deutschen Parteien und Parteiführern im Ausland“, keine umfassende biographische Darstellung der deutschen Minderheitenparlamentarier oder -politiker der Zwischenkriegszeit erarbeitet wurde. Dieses Desiderat wurde um so dringlicher, als durch die problematische Quellenlage für die Minderheitenforschung in Osteuropa, die durch eine Zerstreutheit oder gar ein fast völliges Fehlen von Materialien bedingt ist, die biographische Faßbarkeit von Personen zum Teil höchster politischer Wirksamkeit in ihrer regionalen oder staatlichen Umgebung äußerst unbefriedigend ist. Auch die Öffnung der Archive in der einstigen DDR und in den nunmehr demokratischen Staaten Ostmitteleuropas helfen dieser Situation nicht ab. Die Quantität der Quellen als solche steigt zwar, die Erschließung nach biographischen Gesichtspunkten ist jedoch durch die jahrzehntelange Handhabung der Bestände als Verschlusssache (z. B.: Archiv des Deutschen Volksbundes für Oberschlesien im Staatsarchiv in Brzeg/Brieg) erst noch in der Zukunft zu leisten. Nur für Teile der deutschen Minderheiten im östlichen Europa sind biographische Lexika bereits vorhanden (Deutschbalten) oder in Vorbereitung (Deutsche in Polen).

Daher wird der Leser — sei er nun ein aus persönlicher Betroffenheit interessierter Laie oder ein Wissenschaftler — mit großer Freude das Erscheinen dieses zweibändigen Handbuches im Selbstverlag begrüßen. Die inhaltliche Strukturierung der Bände verspricht Information und Arbeitsgrundlage — gleichsam eine Forschungsbasis, von der aus die Geschichte der Deutschen in Ostmitteleuropa in zukünftigen Einzeldarstellungen ergründet werden kann. Gleiches tut das vom Verfasser doch etwas mit zu selbstbewußtem Eigenlob verfaßte, einem wiederholenden Klappentext in diversen Passagen nicht unähnliche Vorwort. Die wiederholte Betonung der Unzuverlässigkeiten, mit denen bereits vorliegende Untersuchungen den geneigten Leser in die Irre biographischer Untiefen geführt hätten, verstärkt, gemeinsam mit der Versicherung des Autors, „ein ungeheures empirisches Datenmaterial zum Personenkreis gesammelt“ zu haben (S. XXIX), die Hoffnungen auf die Schließung der empfindlichen Lücke. Bedauerlicherweise erfüllt der Autor diese Hoffnungen nicht.

Schon die mannigfaltigen Register und Verzeichnisse (Parlamentarier, sonstige Personen, Orte, Abkürzungen, Quellen, Korrespondenzpartner) sowie das als Strukturgrundlage entwickelte Mandatschlüsselsystem enthalten eine Vielzahl von Ungereimtheiten. Vor allem das Mandatschlüsselsystem und die Angaben zu den verwendeten Materialien, seien es Archivalien, Korrespondenz oder auch gedruckte Publikationen, können den Leser, der den Basischarakter des Handbuches für sich nutzbar machen will, nicht zufriedenstellen.

Die Mandatschlüssel sind sechsstellige Zahlen, die in ihren ersten beiden Ziffern einen Code für den Staat, dessen parlamentarischen Organ (Organen) der Parlamentarier angehörte, enthalten, und an dritter Stelle einen Regionalschlüssel, der bezeichnet, ob es sich um ein regional begrenztes Parlament (Memelländischer Landtag oder Oberschlesischer Sejm) handelt oder um eine gesamtstaatliche parlamentarische Vertretung. Als vierte Ziffer folgt eine Kammerzuordnung, also ob der Abgeordnete Senator oder Abgeordneter der ersten Kammer war (wobei sowohl die 0 als auch die 1 unverständlichlicherweise der Numerierung der Zugehörigkeit zur ersten Kammer dienen, die 2 hingegen als Bezeichnung der Senatorenposition; eine Definition durch 0 oder 1, ob es sich in der allgemeinen Struktur der parlamentarischen Vertretung um ein Einkammer- oder ein Zweikammersystem handelt, erfolgt nicht). An fünfter und sechster Stelle des Mandatschlüssels vergibt Balling Nummern mit sog. „Zählungsfunktion“, wobei die Systematik der Vergabe nicht erläutert wird.

Sobald eine Person mehrere Funktionen im Laufe eines politischen Lebens innehatte, erhält sie verschiedene — nicht miteinander in Beziehung zu setzende — Mandatnummern; die Schlüsselung erfolgt nicht auf der Basis der Biographie — der Person —, sondern auf der Basis des Sitzes in einer parlamentarischen Vertretung. Der Leser muß also, um eine Person aufzufinden, die Systematik der Mandatschlüssel ausreichend aktiv beherrschen — oder er greift bequemerweise auf das Register der Parlamentarier zurück.

Dieses Mandatschlüsselsystem ist für eine Handhabung der Datensätze innerhalb einer computergestützten Datenbank eine sinnvolle Strukturierungshilfe, falls der Benutzer die Datenbank auch mit Teilm Informationen des Schlüssels abfragen kann und sodann möglicherweise Listen oder zumindest eine Auswahl an Namen erhält, aus denen er sich den Gesuchten auswählen und in einem weiteren Schritt dessen speziellen biographischen Datensatz erhalten könnte. Im klassischen Gebrauch des Nachschlagewerkes — und um diesen muß es sich hier handeln, da dem Leser keine Disketten, sondern Bücher vorliegen — nützt das System in keiner Weise, außer mit der erwähnten Voraussetzung: der Interessent an einer Person lernt vorher die Benutzung des gesamten Schlüsselsystems.

Balling neigt mit dem Mandatschlüsselsystem wie auch in einigen anderen Bereichen des Handbuches dazu, Nebensächlichkeiten aufzublähen und Angaben vielfach zu wiederholen, was nicht zuletzt den Umfang des Handbuches enorm gesteigert haben dürfte. So findet man bereits in der Einleitung eine große Zahl von Wiederholungen, sowie z. B. die Auflistung sämtlicher Korrespondenzpartner des Autors mit Datum des Briefwechsels im Kapitel „Privatarchiv des Verfassers“; und so erfolgt auch die durch die genannte Vorgehensweise vom Parlamentssitz als Grundordnungselement notwendige Mehrfachnennung der Persönlichkeiten, die Inhaber verschiedener Sitze in Parlamenten gewesen sind, nicht nur mit Namen, entsprechender Mandatsnummer und -periode und Verweis auf die Biographie, sondern immer mit den „Grunddaten“ Beruf, Wohnsitz, Partei, Lebensdaten.

Im Vergleich zu der wie ein Zettelkasten anmutenden Auflistung des Inhaltes des Privatarchivs des Verfassers, das nunmehr im Institut für Zeitgeschichte in München zur Benutzung der Öffentlichkeit zur Verfügung steht, muten die Fundstellen der in anderen Archiven benutzten Materialien seltsam unvollständig an. Diese mangelhafte Erfassung und Präsentation der archivalischen Materialien verhindert

eine klare Nachvollziehbarkeit seiner Angaben. Es werden wesentliche Stücke nicht ausreichend beachtet und zitiert. So nennt er vom Nachlaß Kurt Graebes im Bundesarchiv Koblenz weder die Signatur (NL 127), noch führt er die in Bd. 1 vorhandenen handschriftlichen Aufzeichnungen und Briefentwürfe Graebes aus der Haft als Quellen an (S. 888). Für die Charakteristik einer Persönlichkeit — und um ansatzweise Darstellung derselben bemüht sich der Verfasser bei aller Problematik, die dies im Rahmen eines Handbuches für den Autor birgt — ist autobiographisches Material doch wesentlich. Zum mindesten sollte es dem Leser als weiterführend zur Kenntnis gegeben werden.

Ebenso verfährt Balling mit der Angabe gedruckter Werke. So nennt er den biographischen Aufsatz Peter Krügers zu Wilhelm von Medingers 50. Todestag, erschienen in der „Bohemia“ im Jahr 1985, S. 257–276, genauso wenig wie die Biographie von Hedwig Schwind zu Jakob Bleyer, erschienen in den Veröffentlichungen des Südostdeutschen Kulturwerkes 1960, obwohl zumindest die „Bohemia“ im Literaturverzeichnis genannt ist.

Solche Versäumnisse wären bei der Masse der angefallenen Informationen noch verschmerzbar; auch die fehlende Angabe zur Herkunft der Abbildung des deutschen Wahlaufufes in der Karpatho-Ukraine 1939 (S. 672) wäre als Marginalie nicht unbedingt zu kritisieren (vor allem weil sich die Angabe aus einem handschriftlichen Vermerk in der Reproduktion ablesen läßt). In höchstem Maße unerfreulich sind für den Leser jedoch unklare oder falsche Angaben zu Personen und Organisationen. Die große Zahl dieser Fehler wird dadurch verstärkt, daß Balling einen hohen Anspruch an seine Publikation stellt: die „problematisch(en...) und gefährlich(en...)“ Fehlinformationen in der wissenschaftlichen Sekundärliteratur sollten eigentlich beseitigt werden (S. 97). Dieser Vorsatz und die gebotene Wirklichkeit klaffen jedoch erheblich auseinander.

So bezeichnet Balling Rudolf Brandsch (S. 614 f.), den wohl profiliertesten Vertreter der Siebenbürger Sachsen, für die Jahre 1927–1933 als Mitherausgeber von „Nation und Staat“, der Zeitschrift des Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa; seine Nachfolger seien von 1933 bis 1939 Baron Uexküll-Güldenband und 1939 bis 1945 der Deutschbalte Werner Hasselblatt gewesen. Bereits bei einem Blick auf das Impressum von „Nation und Staat“ stellen sich diese Angaben als fehlerhaft heraus: „Nation und Staat“ erschien nur bis 1944 und wurde 1927/28 bis 1932/33 herausgegeben von Jakob Bleyer, Rudolf Brandsch, Paul Schiemann und Johannes Schmidt-Wodder, sodann

vom Jahrgang 1933/34 bis 1936/37 von Baron Ferdinand von Uexküll-Güldenband und 1937/38 bis zum Ende 1944 von Werner Hasselblatt. Auf S. 125 korrigiert Balling seine eigenen falschen Daten z. T. in der Biographie Hasselblatt: dieser sei bis 1944 Herausgeber der Zeitschrift gewesen.

Doch genau in diesem biographischen Abriss zu Hasselblatt findet sich eine weitere Ungenauigkeit: Werner Hasselblatt war, wie Balling richtig bemerkt, einer der „Mitbegründer“ des Kongresses der Organisierten Nationalen Gruppen in den Staaten Europas (des sog. Europäischen Nationalitätenkongresses) im Jahre 1925. Dieser jedoch tagte mitnichten nur in Genf (S. 124), sondern ebendort nur 1925–1932, 1935 und 1936, des weiteren aber auch in Bern 1933 und 1934, in London 1937 und in Stockholm 1938.

Wenn wir bei diesem Europäischen Nationalitätenkongress verweilen, finden sich weitere kaum haltbare oder zumindest unbelegte Angaben: Ewald Ammende wird (S. XXXIV, Anm. 30) als der Generalsekretär des Europäischen Nationalitätenkongresses bezeichnet; dies war er zweifellos, jedoch nur bis zu seinem Tode 1936 (der Kongress existierte zumindest bis 1939) und außerdem ist er, und nicht Rudolf Brandsch wie Balling (S. 614 f.) behauptet, der „wesentliche Initiator“ bei der Gründung des Europäischen Nationalitätenkongresses gewesen.

An gleicher Stelle beschreibt Balling Josip Vilfan, den Präsidenten des Europäischen Nationalitätenkongresses bis 1939, als „Kärntner Slowene“, was er keineswegs war; vielmehr gehörte Wilfan der slowenischen Minderheit in Italien an, war jahrelang Abgeordneter in Rom, Rechtsanwalt in Triest und siedelte aufgrund der sich stetig steigern den Repressalien des italienischen Faschismus schließlich im Verlauf der dreißiger Jahre nach Wien um.

Ein weiteres Beispiel sei erläutert. In der Biographie des Senators Eduard Pant aus Oberschlesien (S. 756) schreibt Balling Pant eine Gesinnung zu, die „gefühlsmäßig preußenfeindlich und slawophil“ sowie österreichisch-katholisch geprägt gewesen sei, aus der heraus er sich gegen die Subventionierung der Deutschen in Polen durch Deutschland gewandt und damit seine Ämter in der Minderheit verloren habe. Mitnichten ist ein derartiges Urteil angebracht. Pant als einer der konsequenten Verfechter des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten und nationalsozialistischen Bestrebungen im Auslandsdeutschtum wurde eben wegen dieser politischen Haltung mit aus dem Reich gesteuerten Kampagnen gegen seine Person überzogen.

Dieses findet sich im Bestand „Deutsche Stiftung“ im Bundesarchiv, Abteilung Potsdam, Band 699 (Titel „Bekämpfung des Senators Dr. Pant“ November 1933 bis Oktober 1938) belegt, und ebendort finden sich wörtliche Berichte der Deutschen Botschaft Warschau an das Auswärtige Amt, die die angebliche preußenfeindliche und polenfreundliche Haltung Pants aus seinem Widerstand gegen die Nationalsozialisten und einer toleranten Menschenführung in einer vor allem mit Polen besetzten militärischen Einheit im Ersten Weltkrieg konstruieren.

Nur zwei weitere Unklarheiten, die vor allem die Einleitung kennzeichnen, seien kurz angerissen. So schreibt Balling (S. XXXIX), die „reichsdeutsche Kreditgewährung und Finanzierung *noch* [!] in der Weimarer Zeit“ habe „zweifellos im deutschen Minderheitenparlamentarismus (...) eine erhebliche Rolle“ gespielt. Dabei verkennt Balling, daß gerade in Weimar die Subventionierung der Deutschen vor allem in Polen mit größter Akribie und Geheimhaltung am Reichstag und der Öffentlichkeit vorbei ausgeführt wurde und daß gerade diese Politik, die Teile der politischen Administration der Weimarer Republik zu voller Blüte entwickelt hatten, erst durch die Verträge von Versailles ihre scheinbare Begründung fand und dabei nach 1933 die abhängigen deutschen Minderheiten im Ausland den nationalsozialistischen Organisationen vollends auslieferten.

Zuletzt sei nach der Konsequenz des Kriteriums gefragt, welches Balling zur Definition der Bezeichnung „deutsch“ anwendet. Er diskutiert diesen Begriff und damit seine Auswahl der Parlamentarier nicht, vielmehr liefert er dem Leser an verschiedenen Stellen eine verwirrende Fülle von Möglichkeiten einer Sinngebung, die er aber nicht einmal als solche benennt. Hier liegt die wohl folgenreichste Unterlassung des Werkes. In der Einleitung (S. XXVIII) bezeichnet Balling es als sein Ziel, „die deutsch gesinnten Parlamentsvertretung[en]“ zu biographieren, verunsichert dann aber den Leser durch seinen Rekurs auf die Deutschen als ethnische Gruppe (S. XXXIX). An anderer Stelle bezeichnet er die Parlamentarier als relevant für das Handbuch, „die sich öffentlich zum Deutschtum bekannt haben oder als Deutsche eingestuft wurden“ (S. XXXII). Der Leser bemerkt die Unsicherheit im Umgang mit diesem zweifellos höchst vielschichtigen Terminus Deutschtum für die Zwischenkriegszeit, der daraus entstehende Widerspruch wird nicht aufgelöst und der Autor baut auf diesem von ihm nicht geklärten Begriff ein zweibändiges Werk auf.

Auch am Beispiel wird diese Unklarheit deutlich: Ernst Barczewski,

1928 bis 1930 Senator in Warschau, habe es, selbst „in fast allen deutschen Organisationen tätig“, vermocht — *trotz* „masurischer Abstammung und angeblich masurischer Nationalität — bei den Wahlen auch die masurische Bevölkerung in großer Zahl zur Stimmabgabe für die deutsche Liste zu veranlassen“ (S. 216). Balling stellt hier die Begriffe Abstammung und Nationalität wiederum ungeklärt wie Gegensätze nebeneinander und verkennt dann noch die mittlerweile auch in Polen unbestrittene Tatsache des prodeutschen Wahlverhaltens und staatlichen Bekenntnisses der masurischen Bevölkerung, das nach dem Zweiten Weltkrieg während der sog. Verifikation in heftigen Repressalien der polnischen Behörden gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe seinen Gegenpol fand.

Insgesamt füllt Ballings Handbuch als Ganzes betrachtet eine schmerzliche Lücke, doch es hinterläßt und schafft eine Vielzahl von Unsicherheiten, setzt also einen äußerst kenntnisreichen Leser voraus, der die Daten mit eigenen Recherchen zu kontrollieren weiß.

Sabine Bamberger, Lüneburg

WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI: Tradition und Zukunft im Denken von Polen und Deutschen. Einige Bemerkungen zur Lage. Hrsg. vom Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Kevelaer: Butzon & Bercker 1986, 31 S.

Die kleine Broschüre enthält eine Rede des bekannten polnischen Historikers und Publizisten Władysław Bartoszewski, die dieser am 11. November 1983 vor der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gehalten hat und die dann vom Generalsekretariat derselben Institution aus Anlaß der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Bartoszewski im Jahre 1986 als Einzelschrift veröffentlicht worden ist. Diese Umstände sind deshalb erwähnenswert, weil sie vielleicht verständlich machen, warum gerade dieser Beitrag aus dem reichen wissenschaftlichen und publizistischen Werk des Autors für eine gesonderte Publikation ausgesucht worden ist.

Generalthema ist das Problem der deutsch-polnischen Versöhnung unter allgemein ethisch-moralischen, unter christlichen, genauer: unter katholischen Gesichtspunkten. Die Frage von Schuld und Vergeltung steht dabei im Mittelpunkt der Betrachtung. Insofern ist der Titel irreführend. Denn wer aus diesem Text etwas über divergierende

Einstellungen in der polnischen und in der deutschen Gesellschaft zu Geschichte, Tradition und Zukunft zu erfahren hofft, wird sich eher enttäuscht sehen. Statt dessen wird dem Leser ein Ensemble liebenswerter und jedem Polenfreund wohlvertrauter Redewendungen vom Freiheitsdrang und von der Friedensliebe der Polen präsentiert — teils vom Autor selbst formuliert, teils in Zitatform wiedergegeben. Historischer Maßstab ist die jüngste Vergangenheit. Wer Bartoszewskis Lebensweg kennt, der weiß, daß dieser aufrechte polnische Intellektuelle unbestritten das Recht und die Autorität hat, alle diese Attribute für sich in Anspruch zu nehmen.

Wenn aber Bartoszewski ganz allgemein und apodiktisch zugleich behauptet: „Der Frieden gehört für die Polen ohne Zweifel zu den kostbarsten Gütern der Menschheit“, dann stellt man sich doch unwillkürlich die Frage, für welches Volk dies eigentlich keine Gültigkeit haben sollte. Auch an anderer Stelle finden sich universal gültige Wertvorstellungen in exklusiven Charakteristika des polnischen Volkes ausgedrückt. Dabei irritiert nicht nur der überzogene Anspruch solcher Umwidmungen, sondern zugleich auch ihre mangelnde Aussagekraft. Kritik an polnischen Positionen taucht demgegenüber nur indirekt in einem allerdings ausführlichen Zitat von Józef Lipski auf. Am undeutlichsten bleibt bei alledem die Beurteilung der deutschen Seite.

Es ist erstaunlich, wie umstandslos der gelernte Historiker Bartoszewski Ausdrücke wie „der deutsche Charakter“ oder „die Psyche der Polen“ übernimmt, und wenn er von den Patrioten beider Länder spricht, dann ist das nicht wesentlich präziser. Auch wenn Bartoszewski derlei Pauschalisierungen ausschließlich im Geiste der Völkerverständigung vornimmt, bleibt doch der ungute Eindruck, daß hier Denkschemata zugrunde liegen, gegen deren Mißbrauch der Autor doch eigentlich zu Felde zieht. Es reicht einfach nicht aus, negative Klischees durch positive zu ersetzen, um die Verständigung zwischen Polen und Deutschen voranzutreiben.

Zusammenfassend kann man den vorliegenden Text als eine repräsentative historische Quelle bezeichnen, durch die eine bestimmte Etappe im Prozeß der deutsch-polnischen Wiederannäherung seit 1945 dokumentiert wird. Diese Perspektive bedarf aber insofern einer notwendigen Ergänzung, als mittlerweile allen Beteiligten am deutsch-polnischen Dialog klar geworden ist, daß die wechselseitige Versöhnungsbereitschaft zwar auch weiterhin eine wichtige Voraussetzung für das Aufeinanderzugehen von Polen und Deutschen bleiben wird,

daß aber eine praktische und zukunftsorientierte Gestaltung des beiderseitigen Verhältnisses weit darüber hinausgehen hat.

Rudolf Jaworski, Kiel

MARIAN BISKUP / GERARD LABUDA, Dzieje Zakonu Krzyżackiego w Prusach. Gospodarka — społeczeństwo — państwo — ideologia (Die Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen. Wirtschaft — Gesellschaft — Staat — Ideologie.) Gdańsk: Wydawnictwo Morskie 1986, 624 S., 84 Abb., 20 Karten.

Die Geschichte des Deutschen Ordens im mittelalterlichen Preußen hat sich seit ihrer Benutzung als Traditionsträger einer preußischen Staatsideologie im 19. Jahrhundert — nach 1871 zur deutschen Ideologie geworden —, die entsprechende Reaktionen auf polnischer Seite hervorrief, zu einem Reizthema der deutsch-polnischen Historiographie-Beziehungen entwickelt. Solange die politischen Umstände ein deutliches Gegeneinander beider Länder hervorriefen, mußte dieses Reizthema stets erneut als Nebenschauplatz politisch-ideologischer Auseinandersetzungen erhalten und trieb dabei oft seltsame Blüten (vgl. den Ausstellungskatalog „800 Jahre Deutscher Orden“, hg. v. G. Bott und U. Arnold, München 1990, Abt. VII). Dabei läßt sich feststellen, daß das Thema nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland nur noch eine untergeordnete Rolle spielte, da Preußen nicht mehr Teil dieser Bundesrepublik war und dessen Geschichte überwiegend den von dort stammenden Historikern überlassen blieb, jedenfalls im bundesdeutschen Geschichtsbewußtsein, das sich *eo ipso* in Krise und Wandel befand (und wieder befindet), bis heute als überlebte Marginalie angesehen wird, oftmals gar als Störfaktor einer Aussöhnungspolitik mit Polen. In der DDR blieb dieses Thema tabuisiert und wurde den polnischen Kollegen überlassen; im allgemeinen Bewußtsein verkümmerte es noch mehr als in der Bundesrepublik. In Polen hingegen spielte es gerade im Hinblick auf die „wiedergewonnenen Nord- und Westgebiete“ und in der Frontstellung gegen die Bundesregierung eine unvermindert wichtige Rolle im politischen Bewußtsein, die infolge der fortdauernden Unfreiheit Polens im Verein mit den Jubiläen von 1960 (550 Jahre Schlacht bei Tannenberg/Grunwald) und 1966 (500 Jahre Zweiter Thorner Friede), das Ganze auf dem Hintergrund des polnischen Milleniums, eher noch gesteigert wurde. Das Ergebnis war eine wechselseitige Herabsetzung

der jeweils anderen Forschungsleistungen, die grundsätzlich als ideologisch verseucht betrachtet wurden; auf deutscher Seite kam zusätzlich die Sprachbarriere hinzu.

Dabei hatte die polnische Seite aufgrund der politisch bedingten intensiven Förderung der Thematik eine beachtliche Publikationstätigkeit aufzuweisen, mit der die bundesdeutsche Seite aufgrund minimaler oder überhaupt nicht stattfindender Förderung absolut nicht Schritt halten konnte. An dieser Grundsituation hat sich bis in die Gegenwart kaum etwas geändert. Obwohl in der Bundesrepublik aufgrund privater Initiative die Deutschordensforschung belebt werden konnte, sind deren Ergebnisse — auch in der Kooperation mit Polen — im öffentlichen und politischen Raum kaum zur Kenntnis genommen worden, die alten Klischees leben munter weiter.

In Polen ist die Entwicklung anders verlaufen. Die letzten zwei Jahrzehnte, vor allem die letzten Jahre, haben radikale Brüche mit sich gebracht. Dies hat, wie jüngste Untersuchungen belegen, bereits deutliche Auswirkungen auf das Geschichtsbewußtsein der polnischen Jugend, in dem die „Krzyżacy“ ihre bedeutende Rolle mehr und mehr verlieren werden. Doch bereits vorher hatte im Zuge einer gegenseitigen politischen Öffnung nach dem Warschauer Vertrag 1970 sich die Behandlung jenes Reizthemas versachlicht. Das lag nicht zuletzt am nun endlich begonnenen verbalen Dialog.

Die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche ermöglichten 1974 in Thorn die erste gemeinsame Konferenz zu jener Thematik. Als Etappen folgten ständige Begegnungen auf der organisatorischen Ebene der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung seit 1977, eine thematische Konferenz des Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte 1977/78, die zweijährige Konferenzserie der „Ordines militares“ an der Nicolaus Copernicus-Universität zu Thorn seit 1981, die Gründung der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens 1985 mit einer ebenfalls zweijährlichen Konferenzserie sowie schließlich die gemeinsam geplanten und realisierten Ausstellungen „800 Jahre Deutscher Orden“ im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg 1990, „Kreuz und Schwert. Der Deutsche Orden in Südwestdeutschland, in der Schweiz und im Elsaß“ auf der Insel Mainau 1991 und „Ridders en Priesters. Acht eeuwen Duitse Orde in Noordwest-Europa“ in Alden Biesen/Belgien 1992. Die Deutschordensforschung hat sich — rascher als alle übrigen Problemthemen deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte, wie die deutsch-polnische Schulbuchkonferenz vor einigen

Jahren in Posen erstaunt feststellte — mit einem selbst von Kennern kaum für möglich gehaltenen, rasanten Tempo aus den Fesseln der nationalistischen Forschungsumstände befreit. Aufgrund dieses Tempos ist verständlich, wenn auch bedauerlich, daß im allgemeinen — auch publizistischen — öffentlichen Bewußtsein die Ergebnisse der deutsch-polnischen Kooperation in der Deutschordenshistoriographie nicht nachvollzogen werden. Hier steht in beiden Ländern, nunmehr unter Einschluß der ehemaligen DDR und der baltischen Staaten, noch ein erheblicher Lernprozeß bevor.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung ist das vorliegende Buch von Biskup und Labuda zu sehen. Beide sind nicht nur über die Grenzen Polens hinaus hochangesehene Wissenschaftler, sondern an jenem Kooperationsprozeß innerhalb der Deutschordensforschung seit 1974 maßgeblich beteiligt. Entstanden ist das Buch etwa auf halbem Wege dieses Prozesses. Es verdient somit aus verschiedenen Gründen unsere Aufmerksamkeit: Zum einen zieht es eine Summe polnischer und teils auch deutscher Forschung im Rahmen der zurzeit allseits beliebten Form der handbuchartigen Synthese; zum zweiten kennzeichnet es den Bewußtseinsstand führender polnischer Kollegen, vielleicht also gar „der“ polnischen Wissenschaft im Kooperationsprozeß, zum dritten wirkt es aufgrund der hohen Auflage (Startauflage 20 000 Exemplare, 2. Auflage 1988 30 000 Exemplare) innerhalb der polnischen Intelligenz in hohem Maße meinungsbildend.

Für Vorwort, Einleitung und die Teile I und II, d. h. bis 1310, zeichnet Gerard Labuda verantwortlich, für die Teile III bis V, d. h. 1310 bis 1525, und den Epilog Marian Biskup. Bereits das Vorwort setzt Akzente. Es trennt deutlich zwischen dem Orden und der Gesellschaft seines Staates und fragt dementsprechend nach negativen wie positiven Traditionen. Es will bewußt eine Summe von vier Jahrzehnten wählender Forschungsarbeit der Autoren bieten. Damit steht es in der Entwicklungsreihe polnischer Wissenschaft und benutzt auch deren Terminologie — *Krzyżacy* (Kreuzritter), nicht *Zakon Niemiecki* (Deutscher Orden) —, betont jedoch, daß mit der Terminologie nur polnischer Usus, jedoch keine Wertung aufgenommen werde. Das Werk sieht sich als ersten Versuch und hofft auf den Dialog vor allem mit deutschen Historikern, für die die Autoren ein teilweises Abrücken von traditionellen Aussagen konstatieren.

Die Einleitung zeigt das historiographische Beurteilungsproblem auf. Als Schwierigkeiten werden die Diskrepanz zwischen Ritter- und Hospitalorden — „die grundsätzliche Unvereinbarkeit zwischen dem

Austeilen von Wunden und dem Heilen“ — sowie zwischen Armutsgelübde und dem „Streben nach Sicherung der materiellen Grundlagen für die Institution“ genannt. Hier lagen bereits im Mittelalter Bewußtseinsprobleme. Die erste Diskrepanz war jedoch schon vor der Gründung des Deutschen Ordens zugunsten der Vereinbarkeit von Kampf und Pflege geklärt, und auch die zweite wurde nicht erst vom Deutschen Orden einer Klärung zugeführt. Zwar zeigt gerade die Person des Zeitgenossen Franz von Assisi im Vergleich zu den Ritterorden die Spannbreite der mittelalterlichen Kirche, doch müssen wir diese als gegeben akzeptieren und uns hüten, daraus einen Vorwurf im Rahmen moderner Beurteilung zu gestalten. Ritterorden — und das gilt für alle, nicht nur den Deutschen Orden — sind grundsätzlich keine Missionare gewesen, sie schufen die Rahmenbedingungen für die Mission, sofern sie sich auf friedlichem Weg nicht durchführen ließ. Hier scheint mir das entscheidende Beurteilungsproblem zu liegen. Wenn man — wie es die Forschung lange getan hat und wie es auch in diesem Buch geschieht — den Ritterorden als Missionsorden ansieht, dann kommt man in der Beurteilung des Deutschen Ordens in Preußen (aber nicht nur dort) zu erheblichen Verrenkungen im Versuch einer Positivierung seines Wirkens oder zu einer deutlichen Ablehnung desselben. In dieser Beurteilungs*prämisse* liegt m. E. ein erheblicher Teil der Beurteilungs*probleme* der Vergangenheit begründet.

Anschließend wird in einem interessanten Überblick die Historiographie über den Deutschen Orden in Preußen beleuchtet, jeweils auf dem Hintergrund der politischen Rahmenbedingungen. Dabei steht im Zentrum das Referat über das Recht des Ordens an Preußen. Doch ist es eigentlich auch kein rechter Literaturbericht, eher eine Abfolge von Schlaglichtern auf Ideologie und besonders Ideologisierung der Deutschordensvergangenheit, bei dem die Darstellung der polnischen Entwicklungslinie zu kurz kommt. Erst anschließend folgt eine wissenschaftlich-historiographische Entwicklungsdarstellung, einsetzend mit der Edition der „*Scriptores rerum Prussicarum*“ (ab 1861). Überwiegend geht es auch hier um eine Auseinandersetzung mit der deutschen Forschung. Als Legitimationsbasis wird schließlich der entsprechende Passus der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche zitiert, bevor Forschungspostulate aufgestellt werden. Auf dem Hintergrund jener Empfehlungen bemühen sich die Autoren denn auch um Gerechtigkeit, nicht im Sinne eines juristischen Prozesses von Anklage, Verteidigung und Urteil, sondern im Sinne einer ideologiebefreiten, quellenbezogenen Darstellung der „historischen Wahrheit“.

Der erste Teil widmet sich dem Preußenland und seinen Bewohnern vom 6. bis zum 12. Jahrhundert mit einer Zäsur um das Jahr 1000. Landschaft, Oberflächengestalt und Bodenschätze, Vorzeit der Prußen, Stammes- und Ethniengrenzen in Preußen an der Schwelle zum Mittelalter, Die wirtschaftlich-soziale und politische Ordnung der Prußenstämme, Sprachkundliche Charakteristik Preußens. Die sprachlichen Beziehungen zwischen Slawen und Preußen sowie Die Religion der heidnischen Prußen lauten die Kapitelüberschriften für die Zeit vor dem Jahr 1000. Hierbei geht es Labuda vor allem um die ethnische Problematik der Bewohner Preußens und die balto-slawischen Zusammenhänge. In diesem Teil ist besonders auffällig, daß die deutsche Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg absolut keine Rolle mehr spielt, mit Ausnahme eines Titels fehlt sie völlig. Das ist nicht nur, aber auch der Pendelrückschlag nach der vor 1945 stark ideologisch belasteten vor- und frühgeschichtlichen Forschung im deutsch-polnischen Überschneidungsraum, der nicht nur wegen mangelnder Grabungsmöglichkeiten zur völligen Abstinenz der deutschen Archäologen geführt hat.

Anschließend wendet Labuda sich den Prußen zu, doch es scheint wenig sinnvoll, in gleicher Intensität den Inhalt des Werkes weiter zu referieren. Vielmehr sollte gezeigt werden, wie breit die Autoren ihr Thema angehen: Allein ein Achtel des gesamten Umfangs ist der „Vorzeit“ Preußens vor Ankunft des Ordens gewidmet. Diese Breite bringt aber eine gewisse Akzentverschiebung mit sich, fort von der im Titel angezeigten Geschichte des Ordens in Preußen hin zu einer Geschichte Preußens zur Zeit des Deutschen Ordens. Nicht Geschichte der Korporation, sondern Landesgeschichte wird letztlich geboten. Hier macht sich das Vorbild der „Historia Pomorza“ (2 Bände, 1969–1976) bemerkbar, zu der keineswegs nur in der Anlage Parallelen bestehen. Vielmehr sind etliche Teile aus jener älteren Darstellung übernommen. Das muß nicht grundsätzlich negativ sein, doch hatte man eigentlich anderes erwartet. Andererseits ist verständlich, wenn die Autoren hoffen, nachdem die *Historia Pomorza* in Deutschland ohne Echo blieb, nun mit Hilfe eines Teilbereiches einen neuen Anlauf zur Diskussion starten zu können und im eigenen Land gleichzeitig einem Bedürfnis nach intensiverer Information nachzukommen, als sie beispielsweise zuletzt Karol Górski 1977 bot (*Zakon Krzyżacki a powstanie państwa pruskiego*, nach der italienischen Ausgabe *L'Ordine teutonico*, 1971).

So soll im Folgenden nur eine Auswahl von Fragen beleuchtet wer-

den. Labuda sieht erneut die Tradition des Akkoner Deutschen Hospitals von 1190 zum älteren Deutschen Hospital von Jerusalem als gegeben an, greift dabei allerdings nur wenige Argumente der Diskussion auf. Er meint: „Die These von der institutionellen Verbindung zwischen beiden besprochenen Hospitälern erscheint trotz allem besser begründet, was in Zukunft bewiesen werden muß“ (S. 100, Anm. 5). Dem Nachsatz kann ich zustimmen. Biskup rückt in seinem Schlußkapitel im übrigen von Labudas Vorstellungen ab.

Das Problem der frühen Urkunden für den Ansatz des Ordens in Preußen, zu dem Labuda sich auch in mehreren Einzeluntersuchungen geäußert hat, soll hier nicht aufgegriffen werden. Wichtig ist jedenfalls seine Feststellung, häufig wiederkehrend, daß das Kulmer Land stets Teil des polnischen Gesamtstaats geblieben sei und das *dominium directum* dem Herzog von Masowien zugestanden habe. Ohne in Detailfragen zu gehen, sei nur festgehalten, daß der geographische Vergleich in Zukunft sicher breiter angelegt werden muß als nur mit Blick auf das Burzenland, und insgesamt wird die Diskussion wesentlich belebt werden durch die entstehenden Untersuchungen von Tomasz Jasiński.

Die nächste Abteilung widmet sich der Eroberung Preußens, der Ordensverfassung und der kirchlichen wie weltlichen Verwaltungsorganisation des Landes bis hin zu den Litauerreisen. Bevölkerungs-, Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung erhalten ebenso einen eigenen Abschnitt wie Verwaltung, Territorialverfassung, Finanzwesen, Rechtsentwicklung. Doch zeigen gerade diese Abschnitte deutlich den bereits genannten Ansatz der Landesgeschichte, der Orden steht nicht im Zentrum der Überlegungen. Ideologie, Geisteskultur, Kunst und Sitten ist ein weiterer Abschnitt betitelt. Hier geht es immer wieder um das eingangs angesprochene Problem des Deutschen Ordens als Missionsorden und die Verstöße gegen jene Grundaufgabe. Man muß keineswegs die Position Erich Weises vertreten, die ich wie Labuda ablehne, doch sei erneut die Frage erlaubt, ob wir hier nicht nach dem Selbstverständnis des Ordens fragen sollten, ohne ihm eine Aufgabenstellung in unserem (und unhinterfragten) Sinn zu geben. Vollends abzulehnen ist die Differenzierung in verschiedene Ordensrittertypen: den palästinensisch-syrischen, italienischen, spanischen, französischen, kernig deutschen, kurzfristig den ungarischen und natürlich den preußisch-livländischen. Solche Kategorien sind alles andere als hilfreich, gehen sie doch an der Realität des 13. Jahrhunderts absolut vorbei.

Ein gravierender Punkt unterschiedlicher Beurteilung war stets die

Eroberung Pommerellens durch den Deutschen Orden 1308/09. Trotz literaturgesättigter Darstellung ist der Blickwinkel doch einseitig geblieben, nicht frei von jüngeren geopolitischen Ansichten, wenn Danzig als „Regionalhafen“ des Ordens, jedoch als „Gesamtstaatshafen“ Polens gesehen wird. Zweifel sind angebracht, ob damit der eigentlichen Themenstellung des Buches Gerechtigkeit widerfährt, auch wenn die älteren Attacken in der polnischen Literatur gegen den Orden sich hinter die Floskel vom „bekannten Blutbad“ zurückziehen, und wie sehr letztlich das Werk dem Land und nicht dem Orden gewidmet ist, zeigt die Zusammenfassung Labudas für seinen Teil.

Teil III, nunmehr wie der Rest des Bandes von Marian Biskup, widmet sich dem Staat des Ordens im 14. Jahrhundert. Während anfangs der Blick intensiver auf den Orden gerichtet ist, wendet er sich mit der zweiten Abteilung über das Dorf im Ordensstaat wie auch über Stadt und Handel erneut primär dem Land zu — trotz des Autorenwechsels bleibt die Zugriffsweise auf das Thema erhalten, um schließlich sogar eine polnische Sichtrichtung zu bekommen: „Polens Kampf um die Rückgewinnung Pommerellens mit Hilfe Litauens“ heißt die erste Abteilung im das 15. Jahrhundert betreffenden Teil. Trotzdem lassen sich Unterschiede feststellen. So meint Biskup beispielsweise, die „ideelle Grundlage“ des Ordens sei gewesen, „daß er als militärische Basis zum Kampf gegen die Heiden an der Ostsee diene und die Missionsbedingungen sichere“ (S. 379), womit er sich eindeutig gegen den eingangs aufgezeigten Ansatz Labudas abhebt.

In voller Breite schildert Biskup die preußische Entwicklung des 15. Jahrhunderts, wobei die Interpretation des Zweiten Thorner Friedens mit der Unterstellung des Hochmeisters unter den polnischen Herrscher als „Lehnsmann“ sicher umstritten bleiben wird, auch wenn das Kapitel für die Zeit von 1466 bis 1525 plakativ mit „Der Lehnsstaat des Deutschen Ordens“ überschrieben ist. Daß offenbar Lehen nicht gleich Lehen ist, akzeptiert Biskup irgendwie auch selber, wenn er beispielsweise dem Krakauer Vertrag von 1525 eine erheblich intensivere Bindung des ehemaligen Ordensgebietes an Polen attestiert als dem Zweiten Thorner Frieden.

Doch nicht weitere Einzelheiten gilt es aufzuzeigen. Wesentlich ist, daß es sich hier um eine Synthese der Geschichte Preußens von der Urzeit bis 1525 handelt, die quellennah entstand von hervorragenden Kennern. Sie ist allerdings für polnische Leser geschrieben mit überwiegend polnischen Literaturverweisen und auch deutlich polnischen Urteilskriterien. Denn ob man Biskups Schlußsatz zustimmen kann,

bleibt doch sehr fraglich: Der Ordensstaat „verzerrte den Verlauf der Geschichte an der Ostsee, wobei er die freie Entwicklung störte, insbesondere den Prozeß des freien und natürlichen Zusammenwachsens der Länder Pommerellens und Preußens mit dem Staat und der Gesellschaft Polens bzw. der Länder Litauens und Schamaitens mit der Küstenregion“ (S. 506).

Aber genau an diesem Punkt wird deutlich, daß das Werk von Bisкуп/Labuda über eine wissenschaftliche Diskussion in Polen hinausgehoben werden sollte und nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen Ostseestaaten zu einer — am besten gemeinsamen — Diskussion des Phänomens Deutscher Orden führen sollte, dabei auch über den preußischen Ordensstaat hinausgehend und noch stärker die Institution Orden in ihrer europäischen Gesamtheit einschließend. Die Bereitschaft der Autoren dazu ist jedenfalls deutlich zu spüren, die Geschichte des Deutschen Ordens stellt kein deutsch-polnisches „Schlachtfeld“ mehr dar.

Udo Arnold, Bonn

LOTHAR DRALLE: Die Deutschen in Ostmitteleuropa. Ein Jahrtausend europäischer Geschichte. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1991, 9, 305 S.

Die Geschichte der Deutschen oder der deutschen Siedlungen im Osten Europas zu schreiben, ist kein leichtes Unternehmen. Die Historiographie zu diesem Thema war und ist durch nationale oder nationalistische Scheuklappen auf allen beteiligten Seiten, durch Deutsche, Polen, Slowaken, Tschechen, Russen etc., eingeschränkt und verkürzt worden. Um solchen Problemen nationaler Sichtweise auszuweichen, greift Dralle bei seiner Darstellung auf Oskar Haleckis Konzept von Alt- und Neuropa zurück. Alteuropa sei jenes Gebiet des Kontinents, das ehemals zum Imperium Romanum gehörte oder von ihm geprägt wurde. Neuropa sei jener Teil, der östlich bzw. nördlich der Linie Elbe, Saale, Böhmerwald und Donau liege. Die Geschichte Neuropas sei gekennzeichnet durch einen Prozeß der kulturellen Angleichung, der Akkulturation, an Alteuropa. Wie immer man dazu stehen mag, für den Verfasser ist die deutsche Ostsiedlung ein Teil dieses Prozesses der Entwicklung Neuropas.

Die ersten knapp neunzig Seiten sind der mittelalterlichen Wanderungsbewegung ins östliche Europa gewidmet, die fakten- und facet-

tenreich geschildert wird. Hier kann sich Dralle auch auf eigene Forschungen und auf ein überreiches Angebot an Literatur aus allen beteiligten Ländern stützen. Sein Fazit lautet, daß es sich dabei nicht um einen planmäßigen, unter nationalen Gesichtspunkten ablaufenden Vorgang gehandelt habe, sondern um „einen Prozeß struktureller Angleichung Neueuropas an Alteuropa“ (S. 89). Er zeigt die primär ökonomische Motivation der Siedlung von beiden Seiten: von seiten der „Rufer“ und der „Gerufenen“.

Dieser erste Teil des Buches bereitet die wenigsten Probleme. Schwieriger wird es bei der Darstellung der Kolonisation nach 1500, die Dralle mit Walter Kuhn (Ostsiedlung in der Neuzeit) in drei Phasen unterteilt: einer ersten zwischen 1500 und 1683 (Sieg über die Türken), einer Hochphase unter dem Absolutismus von 1700 bis 1815 und einer Spätphase bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Für Dralle macht es keinen Unterschied, ob es sich um mennonitische, hugenotische oder schweizerische Siedler handelt. Sie alle werden unter dem Begriff „deutsch“ subsumiert, obwohl keine der drei Gruppen aus dem Reichsgebiet kam. Hier wird eines der Defizite der ganzen Arbeit deutlich: es gibt keine Definition der verwendeten Begriffe. Was deutsch ist oder darunter verstanden wird, muß der Leser zwischen den Zeilen lesen. Benutzt wird augenscheinlich der Begriff der Kulturation im Sinne der Romantik. Aber dies wird nirgendwo expliziert. Es wird besonders klar in der heftigen Polemik des Verfassers gegen den Nationalstaat des 19. und 20. Jahrhunderts, der, etwas überspitzt formuliert, im Verständnis Dralles alles Unheil in die Welt gebracht hat.

Im Sinne jenes Begriffs des kulturellen Erbes wird dann auch der Abschnitt über die Leistungen der deutschen Siedler im östlichen Europa verständlich. Dralle versucht die Integrationskraft und -fähigkeit in den Mittelpunkt zu stellen, den gegenseitigen Austausch, die Durchdringung und Befruchtung zwischen Alt- und Neuropa — Kulturleistungen im übergreifenden Sinne, nicht im Sinne einer Nationalstaatsidee oder als Grundlage für Ansprüche jedweder Art. Dies ist verdienstvoll, aber es leidet, wie große Teile des ganzen Buches, an dem deutlich erhobenen pädagogischen Zeigefinger. Mit Notengebung und Urteilen ist der Verfasser überraschend schnell zur Hand. Es gibt für ihn Gutes und Schlechtes. Das Gute müsse man bewahren und ausbauen, das Schlechte eliminieren. In diesem Sinne sind besonders die Abschnitte über die Polenpolitik Preußens bzw. des Deutschen Reiches und über die Politik des wiedererstandenen Polen nach

1918 geschrieben, ebenso wie der Teil über den Versailler Vertrag und die Pariser Vorortverträge. So einfach, wie der Verfasser es sich macht, war es eben nicht, und das Wissen um die negativen Folgen der Verträge enthebt den Historiker nicht der Notwendigkeit, die Handlungen und deren Motivationen in ihrer Intentionalität zu verstehen zu versuchen, statt Zensuren zu verteilen.

Schwierig auch erscheint mir das einseitige Beharren Dralles auf der Andersartigkeit der Russen, auf ihrer anderen Mentalität, die auf anderen geistigen Wurzeln beruhe. Zwar sei Rußland ein Teil Europas, aber eben anders als Mitteleuropa oder überhaupt das übrige Europa. Erneut stellt sich die Frage nach der Begrifflichkeit, danach, was denn Europa ausmacht. Wer einmal die enge Begrenzung des Blicks des Osteuropahistorikers verläßt, der wird wohl feststellen, ja feststellen müssen, daß auch die anderen europäischen Randstaaten ein eigenes Bewußtsein und ein ganz spezifisches Verhältnis zu Europa, dem Kontinent, dem sie unwiderruflich nicht nur geographisch angehören, entwickelten. Dies gilt z. B. für die südlichen Randstaaten Spanien und Portugal ebenso wie für England. Nicht nur die Russen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts führen von Rußland nach Europa, wie der Verfasser (S. 258) schreibt, auch die Engländer reisen noch heute auf den Kontinent, der von ihrem Inselreich als grundsätzlich verschieden empfunden wird, so wie auch Spanier und Portugiesen ihre ja in weit stärkerem Maße als Rußland von Alteuropa, dem römischen Imperium, geprägte Kultur als durchaus eigenständig und vom Rest Europas als völlig geschieden auffassen. Wenn der Blick einmal über ganz Europa schweift, so relativiert sich das Postulat von der so eigenen Mentalität der Russen im „europäischen Haus“ ganz entscheidend.

Noch eine abschließende Bemerkung zu den nicht nur von Dralle stets hervorgehobenen deutschen Kulturleistungen im Osten. Ich kann mich dabei des Eindrucks nicht erwehren, daß sie deshalb so oft in den Vordergrund gerückt werden, weil ansonsten die Deutschen kaum eine kolonisatorische Leistung in welchem Sinne auch immer vollbracht haben. Anders als die großen imperialistischen Mächte, die Kontinente und Länder in allen Erdteilen eroberten, sind die Deutschen bei der Verteilung der Welt seit dem 15. Jahrhundert im wesentlichen leer ausgegangen. Dies brachte auch etliche Vorteile mit sich. Bis 1933 war imperialistische Herrschaft großen Stils mit allen damit verbundenen negativen Auswirkungen kein Teil deutscher Geschichte. Erst danach übersteigerte sich die Idee der Eroberung von „Le-

bensraum“ zum Wahn. An sozusagen kolonisatorischer positiver Leistung, wenn wir denn so sagen wollen, sind wir auf die sog. Ostkolonisation und die deutschen Siedler in Rußland und den anderen Ländern des östlichen Europas verwiesen. Dies war gewiß nicht wenig, aber großartig war es auch nicht, und vor allem deshalb nicht, weil die Deutschen selbst spätestens nach 1933 auch deren Zerstörer gewesen sind.

Dittmar Dahlmann, Freiburg/Br.

HANS HECKER/SILKE SPIELER (Hrsg.): Deutsche, Slawen und Balten. Aspekte des Zusammenlebens im Osten des Deutschen Reiches und in Ostmitteleuropa. Bonn: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen 1989. 180 S., 2 farb. Karten.

Es handelt sich um Vorträge, die auf zwei Fachtagungen der Kulturstiftung in den Jahren 1986 und 1987 zur umfassenden Problematik des Zusammenlebens der Deutschen mit ihren Nachbarn im östlichen Mitteleuropa gehalten worden sind. Wenn auch nicht alle Tagungsbeiträge erfaßt werden konnten, so zeigen die hier publizierten doch eine „beachtliche und lohnende Fülle an differenzierenden Materialien, Aspekten und Fragestellungen“, wie der Mitherausgeber Hans Hecker in seiner Einführung mit Recht bemerkt. Mit seinem ersten Beitrag über „Das Besondere und das Allgemeine bei Minderheiten und Mehrheiten im Osten des Deutschen Reiches vor dem Ersten Weltkrieg und im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit“ gibt Hecker über einführende Informationen hinaus eine wertende Zusammenfassung jedes Beitrages mit Betonung der behandelten Schwerpunkte und offenen Fragen. Nicht zuletzt sein begriffliches Ringen um die „echten Gründe“ oder „tatsächlichen Wirkungen“ von Interessen und Entwicklungen verweist auf die oft nur schwer zu entwirrenden Sachverhalte, die Überlagerungen und die Vielschichtigkeit der Problemstellungen.

Die folgenden Beiträge lassen sich in Übersichten und Detailstudien gliedern, von denen wiederum einige als Extrakte größerer Arbeiten deren Lektüre geradezu herausfordern. Das gilt insbesondere für Norbert Reiters Überlegungen über „Deutschlands sprachgeographische Situation und seine Nationalideologie“, mit denen er in komprimierter Form an sein wichtiges Werk „Gruppe, Sprache, Nation“ (Berlin 1984) anknüpft und u. a. am Beispiel Oberschlesiens aufzuzei-

gen versucht, daß nicht die Sprache oder eine davon abgeleitete ‚geistige Gemeinschaft‘ oder gar ein ‚Volkscharakter‘, sondern „daß gruppenkonstitutiv allein die Interaktion ist“. Auch der Beitrag von Bastiaan Schot über „Nationale Autonomie und demokratischer Einheitsstaat. Das Dilemma der deutschen Minderheitenpolitik der Weimarer Ära“ beruht auf einem größeren Werk des Verfassers (Nation oder Staat? Zur Völkerbundspolitik der Stresemann-Ära. Marburg/Lahn 1988). Das Dilemma bestand demnach einerseits in der Unvereinbarkeit zweier Staatsvorstellungen — wobei die Minderheiten am frühmodernen Personenverbandsstaat, das Deutsche Reich dagegen am Rousseau’schen Staatsbegriff einer Identität von Staat, Territorium und Bevölkerung orientiert gewesen seien — andererseits darin, daß die Forderungen nach Finanzierung und politischer Unterstützung die Verständigungspolitik Stresemanns durchkreuzten. So habe die Minderheitenpolitik des Völkerbundes den Interessen des Deutschen Reiches weit mehr entsprochen, als es die Historiographie bislang „aufgrund der von den Minderheitenverbänden entwickelten ideologischen Voraussetzungen“ habe zugeben wollen. Auch Friedrich Scholz kann mit seinem Beitrag über „Die Entstehung eines einheimischen Schrifttums und die Anfänge einer schönen Literatur in der Region des Baltikums als Resultat der Symbiose zwischen Balten und Deutschen“ auf sein jüngstes umfassendes Werk (Die baltischen Literaturen. Opladen 1990) verweisen, wobei sich dieser Beitrag weniger durch provokante Thesen als durch solide und verständliche Grundinformationen auszeichnet. Einen ähnlich übergreifenden Charakter weist auch Hans-Bernd Harders Übersicht über „Slawen und Balten in Deutschland“ auf, in der das Verhältnis dieser Völker im Sinne von Einbeziehung und Abgrenzung für die Entwicklung des deutschen Volkes und seiner Kultur erörtert wird.

Mehrere Autoren liefern Detailstudien zu einzelnen Aspekten des Zusammenlebens, wie Jochen D. Range mit seiner ausführliche Zitate enthaltenden Abhandlung über „Preußen-Litauen in kulturhistorischer Sicht“; in Ulrich Obsts Beitrag „Zur Geschichte der Kaschuben bis zum Ersten Weltkrieg“ hätten mehrere längere polnisch- oder russischsprachige Zitate wohl übersetzt werden müssen, wenn man mit diesem Sammelband einen breiteren Leserkreis erreichen will; Gerald Stone behandelt gleichsam eine „Minderheit in einer Minderheit“ in seinem Beitrag über „Die katholischen Sorben und die Anfänge ihrer Schriftsprache“; Norbert Reiters Analyse „Die soziale Funktion des Wasserpólnischen in Oberschlesien“ führt zu dem überraschenden

Ergebnis, daß es wohl eine „soziale Differenzierung nach Beruf, Bildung und Benehmen“ sowie eine konfessionelle gegeben habe, nicht aber eine nationale, die „von außen herangetragen“ worden sei. Heinrich Mrowka untersucht die von ihren Nachbarregionen abweichenden „Anfänge einer polnischen politischen Bewegung in Masuren. Die polnische Presse, die ‚Masurische Volkspartei‘ und die Wahlen zum Reichstag“ mit dem Ergebnis, daß nicht etwa völkische Argumente, sondern konkret wirtschafts- und sozialpolitische letztlich ausschlaggebend gewesen seien. Richard Breyer schließlich betont in seinem Beitrag über „Nationalstaatliche Tradition und volksdeutsche Erfahrung der Deutschen in Polen zwischen den Kriegen“ das unterschiedliche „historisch-politische Selbstverständnis“ jener Deutschen, die in Posen, Pommerellen und Oberschlesien die Entwicklung des preußisch-deutschen Nationalstaates miterlebt hatten, was für die Deutschen in anderen Teilen Polens nicht gelte. Er behandelt vordringlich deren Zusammenwachsen zur Volksgruppe, ihre „Behauptung gegen die polnische Minderheitenpolitik“ und die Situation „im Sog der deutsch-polnischen Beziehungen“.

Ein kombiniertes Orts-, Namen- und Sachregister sowie zwei farbige Karten, die leider zu vieles zu klein gedruckt enthalten, schließen den nicht durchgehend druckfehlerfreien Band ab. Nach der anregenden Lektüre läßt man sich gern noch einmal von Heckers einleitendem Fragenaufriß leiten, indem man seinen differenzierenden Ansätzen folgt und die in den Einzelbeiträgen teilweise gegensätzlichen Antworten reflektiert; so. z. B. inwieweit sich eine aktuelle politische Argumentation auf Vorgänge im Mittelalter stützen kann oder die Frage nach dem Sinn des Nationalen als Unterscheidungskriterium in Ostmitteleuropa. Einführung und Variationsbreite der Beiträge laden ein zur weiteren Beschäftigung mit den Themen des keineswegs zu umfangreichen Sammelbandes — und damit dürfte die eigentliche Aufgabe dieser Publikationsart gut erfüllt sein.

Michael Garleff, Oldenburg

ANDREAS LAWATY: Das Ende Preußens in polnischer Sicht. Zur Kontinuität negativer Wirkungen der preußischen Geschichte auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Berlin: de Gruyter 1986, 8, 299 S. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. 63.).

Andreas Lawaty, ein Schüler Klaus Zernacks, unternimmt in seiner Gießener Dissertation von 1982 eine Engführung von Rezeptionsgeschichte und politischer Geschichte, indem er über die realhistorische Strecke von 1871 bis 1947 die polnischen Vorstellungen von Preußen untersucht. Die Rezeptionsgeschichte liefert ihm dafür das Untersuchungsmaterial, das auf den beiden Schultern Historiographie und Publizistik trägt. Die politische Geschichte Preußens leitet seine Gliederung an, und zwar mit einer interessanten Asymmetrie in der Chronologie: Der erste Teil erstreckt sich über die Periode 1871 bis 1945 und reflektiert Preußen als Problem im politischen Denken Polens; der zweite Teil reicht von 1945 bis 1947 und thematisiert die Auflösung Preußens und die Deutschland-Diskussion in Polen.

Die Studie überzeugt nicht nur durch eine beeindruckende Kenntnis polnischer Literatur, die zudem subtil gewichtet und mit großer formaler Sicherheit zusammengefügt wird, sondern auch deshalb, weil sie zu annähernd gleichen Teilen dem politischen Impuls, Verständigung, Zusammenleben und Kooperationsfähigkeit zwischen Polen und Deutschen zu fördern, und dem heuristischen Impuls verpflichtet ist, durch die Offenlegung von Geschichtsbewußtsein dessen perspektivische Verengung aufzubrechen. Daß sich Lawaty damit auf eine Zentralkategorie der Geschichtsdidaktik bezieht und diese einem strengen wissenschaftlichen Untersuchungsgang unterwirft, entspricht völlig der heutigen Forderung nach Kooperation zwischen Fachdidaktik und Fachwissenschaft. Denn wir haben ja, wenn wir Geschichte schreiben oder über sie reden, keine maßstäbliche Rekonstruktion vor uns, sondern eine Schichtung aus einander widersprechenden Interpretationen. Und gegenüber dieser Situation besteht nur die eine Hoffnung, nämlich daß wir solchen Deutungsangeboten nicht hilflos ausgesetzt bleiben müssen, sondern sie mit Vernunftgründen überprüfen können. Auf diesem Wege hat die Untersuchung von Andreas Lawaty uns ein gehöriges Stück vorangebracht.

Die Studie unternimmt es nicht nur, die mehrdimensionale Betrachtungsweise Preußens, wie sie Otto Büsch seit langem fordert, materialiter zu bereichern, sondern es gelingt ihr auch, die Fruchtbarkeit eines

solchen Ansatzes nachzuweisen. Beide Historiographien, die deutsche (zumal die „borussische“) wie die polnische, haben ja in der Tat wechselseitig verzerrte Bilder vom jeweiligen Gegenüber entwickelt, die von der beschleunigt katastrophalen Verlaufstypik der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte zwischen 1871 und 1945 akzentuiert und mediatisiert wurden. Wenn Andreas Lawaty sich dafür entscheidet, hier nur die eine Seite (die polnische Perspektive) zu untersuchen, so hat das nicht nur arbeitsökonomische Gründe, sondern auch den Grund, daß die polnische Rezeption von „Preußen“ als Inbegriff anti-polnischer Tradition in der deutschen Geschichte durch ein höheres Maß an Intensivierung und Verdichtung geprägt ist, als sich dies bei der insgesamt relativ stabilen deutschen Rezeption von „Polen“ als dem Inbegriff des Zweitrangigen wohl würde nachzeichnen lassen. Immerhin läßt sich aus dem insgesamt wie im einzelnen eindrucksvollen Ergebnis dieser Studie der Schluß ziehen, daß eine differenzierte, materialreiche Untersuchung der Stellung Polens im deutschen politischen Denken nunmehr dringlich ist.

Der Gedankengang der Studie läßt sich auf die folgende Weise knapp zusammenfassen: Während seit 1815 Rußland wegen seiner Herrschaft über zentralpolnische Gebiete in der polnischen Perspektive als der Nationalfeind erschien, avancierte Preußen mit der Reichsgründung von 1871 auf die gleiche Ebene. Die Reichsgründung wird auf polnischer Seite als „Epochenwende“ aufgefaßt (Kap. 1). Im Kaiserreich mißlang die reichsnationale Integration der Polen. Die Preußen-Interpretationen der Fraktionen des modernisierten polnischen Nationalismus mögen in ihren politischen Optionen auseinanderdriften — in ihrer Substanz stimmen sie überein: Preußen verkörperte Brutalität, Hochmut, Intoleranz und Dummheit, war das kardinale Unglück der polnischen Nationalgeschichte (Kap. 2). Die versteinert wirkende Indolenz der Weimarer Republik gegenüber der Zweiten Polnischen Republik verdinglichte die polnische Preußen-Rezeption in der Territorialfrage und ideologisierte zugleich das Gegnerbild, indem unter „Preußen“ die gesamten negativen Erfahrungen der Beziehungsgeschichte subsumiert wurden und „Preußen“ von einem dynastischen Verständnis in ein national umfassendes erweitert wurde. Nach dem Tag von Potsdam (21. 3. 1933) stellte sich eine merkwürdige Dichotomie insofern ein, als die polnische Öffentlichkeit sich in weit geringerem Maße Illusionen über Hitler hingab, als es die Regierung der „Sanacja“ tat. (Kap. 3). Die Katastrophe der deutsch-polnischen Beziehungen des Zweiten Weltkriegs ließ dann für ein differen-

ziertes polnisches Deutschlandbild keinen Spielraum mehr. Der „Preuße“, der „Hitlerist“, der „Deutsche“ verschmolzen (Kap. 4).

Der Mai 1945 bot Polen realpolitisch erstmals neue Perspektiven an. Die territoriale „reduction“ (Potsdam) und die staatliche „destruction“ (1947) Preußens wurden in Polen aus dem Erlebnis der Okkupationspolitik wahrgenommen, wurden aber als „Deutschlandpolitik“ auf die realpolitischen Konditionen von Sicherheitsbedürfnis und Ostbindung des neuen Staates geheftet. Die Auflösung Preußens hatte demgegenüber ephemeren Rang und war nicht kontrovers (Kap. 5). Im 6. Kapitel analysiert Lawaty die innerpolnischen Deutungsmuster, sowohl der Historiographie wie auch der historisch argumentierenden Publizistik, des deutschen Sonderweges von Preußen zum Nationalsozialismus. Auf beiden Feldern wurden überwiegend stimmige, bisweilen „gesetzmäßige“ und darum problematische Muster einer Kontinuität entwickelt. Das 7. Kapitel intensiviert die Fragestellung des 5. Kapitels, während das 8. Kapitel Ausblick zu geben und eine Summe zu ziehen versucht unter den Aspekten von „Kontinuität und Wandel des Preußenbildes nach 1947“.

Insgesamt liegt eine grundlegende, systematisch beobachtende, verlässlich urteilende Untersuchung vor, die in die Aufforderung mündet, sich eingefahrenen Denkmustern nicht auszuliefern, sondern sie zugunsten von Qualität und Dauerhaftigkeit einer polnisch-deutschen Verständigung rationaler Prüfung auszusetzen. In diesem Postulat verschmelzen politische Intentionalität und wissenschaftliches Ethos in einer Weise, die zukunftsweisend ist.

Wolfgang Jacobmeyer, Münster

PETER NITSCHKE (Hrsg.): Preußen in der Provinz. Beiträge zum 1. deutsch-polnischen Historikerkolloquium im Rahmen des Kooperationsvertrages zwischen der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel unter Mitarbeit von Ekkehard Klug. Frankfurt/M.: Peter Lang 1991, 140 S. m. Abb. (Kieler Werkstücke. Reihe F: Beiträge zur osteuropäischen Geschichte. 1.).

Das Buch enthält sieben Studien, die verschiedene Aspekte der Geschichte Schleswig-Holsteins und Großpolens in den Jahren 1772—1918 analysieren. Lech Trzeciakowski zeigt in seiner Analyse der preußischen Nationalitätenpolitik in polnischen Gebieten die Rolle

solcher Faktoren wie der preußischen politischen Ideologie, der Steigerung des Nationalismus bei der deutschen Bevölkerung im Teilungsgebiet sowie der Ostflucht und folglich auch der Repolonisierungsprozesse auf die antipolnische Richtung u. a. der Politik von Bismarck und Leo Caprivi. Das verschärfte umgekehrt die Reaktion der Polen und vertiefte bei ihnen Nationalbewußtsein und Nationalismus. Der Autor behauptet, daß alles in allem die preußische Nationalitätenpolitik erfolgreich war. Doch auf die Dauer trug sie dazu bei, „zwischen zwei Nationen . . . eine Mauer von Vorurteilen und sogar Feindseligkeit zu errichten“ (S. 21).

Marian Drozdowski zeigt in einer stärker analytischen Untersuchung, wie sich in den Jahren 1772—1806 der Zusammenstoß des preußischen Verwaltungssystems mit den polnischen Verwaltungstraditionen darstellte. Angesichts des starken preußischen Staates verlor der Adel seine ehemalige politische Stellung, ohne jedoch seine dominierende Rolle in der Gesellschaft einzubüßen, und zwar dank der preußischen Politik, die eigentlich die Ständeunterschiede vertiefte. Der Adel behielt sein Recht auf Grundbesitz, hatte dagegen keinen Zugang in die Reihen der zentral geleiteten preußischen Bürokratie. Es verbesserte sich die rechtliche Situation der Bauern, und es bestand eine ziemlich große rechtliche Vielfalt, aber stufenweise wurde das Allgemeine Landrecht zur Rechtsgrundlage des Lebens. Wesentlich veränderte sich das Steuersystem, was eine erhöhte Steuerbelastung zugunsten des Staates bedeutete. Die Rechtslage der Städte verbesserte sich. Als Resultat aller dieser Faktoren wurde „die preußische Gesellschaftsordnung in polnischen Territorien relativ schnell und konfliktlos eingeführt“ (S. 34).

Dem Referat von Trzeciakowski ist zu entnehmen, daß die Situation in preußischen Teilungsgebieten sich nach 1815 wesentlich und negativ für die Polen änderte.

Das Referat von Hans Hattenhauer studiert ausführlich eine Justizbeamtenkarriere in den preußischen Provinzen: Otto Mittelstädt (1834—1899), der als Gegenstand der Analyse dient, ist das Beispiel eines preußischen Beamten, der den Voraussetzungen des preußischen Beamtensystems und des preußischen Staatsdienstes gemäß kein Provinzbewußtsein, sondern ein Bewußtsein des preußischen Staates besitzen sollte, was nur durch ständigen Wechsel der Dienststelle zu erreichen war.

Witold Molik befaßt sich mit der Untersuchung des Einflusses der preußischen Politik auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Struktur

im Großherzogtum Posen (1815—1914), vorwiegend mit dem Schicksal der polnischen Intelligenz, deren Entwicklung erschwert war. Die preußischen Behörden bemühten sich nicht um die Entwicklung polnischer Oberschulen und erlaubten nicht die Gründung einer Universität; gleichzeitig machten sie jedoch Anstrengungen, den Analphabetismus aus der Welt zu schaffen (hauptsächlich aus militärischen Gründen). Der Autor schreibt, daß trotz aller Schwierigkeiten „die polnische Intelligenz des Großherzogtums Posen eine innerlich stark integrierte gesellschaftliche Schicht“ bildete (S. 78).

Ulrich Lange beschäftigte sich in einem vollendeten, eingehenden Aufsatz mit der Frage der Einführung der Gewerbefreiheit in Schleswig-Holstein in den Jahren 1867/69.

Ein beinahe vollständiges Novum gegenüber den Diskussionen über den Einfluß des preußischen Staates auf das Leben in seinen Provinzen war während des Kolloquiums die Frage nach den äußerlich sichtbaren Merkmalen der preußischen Herrschaft — der Repräsentationsarchitektur. Die Referate von Jan Skuratowicz und Lars Olof Larsson machen uns bekannt mit den Ergebnissen ihrer neuesten Forschungen. Jan Skuratowicz zeigt auf dem Hintergrund der Urbanisierungsprozesse in der Stadt Posen am Ende des 19. Jahrhunderts, wie nach der Beseitigung der Festungsgürtel und der Eingliederung des entsprechenden Geländes in die Stadt sowie nach den Überschwemmungen der Jahre 1888 und 1889, die die Aufmerksamkeit der Behörden auf die Bedürfnisse der Stadt lenkten, die Verwandlung des architektonischen Gesichts der Stadt bewerkstelligt wurde. Besonders interessiert sich der Autor für den Standort des wichtigsten Urbanisierungselements im Programm von J. Stüben: für den Platz des Schlosses, d. h. der Kaiserresidenz.

Welche Veränderungen im architektonischen Gesicht Schleswig-Holsteins die Eingliederung dieser Provinz in den preußischen Staat im Jahre 1864 brachte, stellt Professor Larsson umfassend dar. Ähnlich wie in Posen vollzogen sich in Kiel enorme Wandlungen, auch in der Provinz verbanden sich mehrere neue Gebäude mit den neuen politischen Verhältnissen. Wie der Autor feststellt: „Dem Schlagwort entsprechend, der preußische Staat ruhe auf dem Wehr- und Lehrstand, trugen Schulgebäude und Kasernen viel dazu bei, das neue Gesicht Schleswig-Holsteins zu prägen“ (S. 121).

Insgesamt ist das Buch wissenschaftlich sehr hoch zu stellen und die Originalität seiner Studien zu unterstreichen.

Jerzy Topolski, Posen

GERT v. PISTOHLKORS / TOIVO U. RAUN / PAUL KAEGBEIN (Hrsg.): Die Universitäten Dorpat/Tartu, Riga und Wilna/Vilnius 1579–1979. Beiträge zu ihrer Geschichte und ihrer Wirkung im Grenzbereich zwischen West und Ost. The Universities in Dorpat/ Tartu, Riga and Wilna/Vilnius 1579–1979. Papers on Their History and Impact on the Borderland Between West and East. Köln/Wien: Böhlau 1987, XVIII, 404 S. (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 9.).

Der vorliegende Band enthält 24 teils deutsch-, teils englischsprachige Aufsätze, die überwiegend auf Vorträge eines Symposiums zurückgehen, das 1981 in Marburg/Lahn als Gemeinschaftsveranstaltung der Baltischen Historischen Kommission, Göttingen, und der Association for the Advancement of Baltic Studies, USA, stattgefunden hatte. Diesem „Zweiten Internationalen Marburger Symposium zu Problemen der baltischen Sozial- und Kulturgeschichte“ war 1979 ein erstes vorangegangen (vgl. den Aufsatzband „Die baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917“, 1982), und ihm ist 1985 ein drittes gefolgt. Ein Novum dieser Tagungen stellte die inzwischen selbstverständlich gewordene Teilnahme von Historikern aus den einstigen baltischen Sowjetrepubliken dar.

Wenn die Tagung von 1981 den Universitäten der drei Baltischen Länder gewidmet wurde, so boten nahe Jubiläen dafür einen geeigneten Anlaß. 1979 jährte sich zum 400. Mal die Gründung der Universität Wilna, die 1579–1773 als Jesuitenakademie existierte, seit 1832 geschlossen war und nach dem Ersten Weltkrieg, als Wilna mit seiner neu gegründeten Alma mater zu Polen gehörte, in der provisorischen litauischen Hauptstadt Kaunas eine Parallel-Universität besaß. Ferner konnte man 1982 die 350-Jahr-Feier der Universität Dorpat begehen, und gleichzeitig waren 120 Jahre seit der Eröffnung des Rigaer Polytechnikums vergangen, auf dessen Grundlage 1919 die lettische Landesuniversität entstand.

Da die Aufsätze des Bandes weitgehend in chronologischer Folge plaziert sind, gelangt zunächst Wilna in das Blickfeld. Stasys Goštautas beleuchtet westliche und östliche Verbindungen der frühen Akademie, wobei der oft vernachlässigte Anteil von Spaniern — nicht nur von spanischen Jesuiten — an ihrer Vorgeschichte und anfänglichen Entwicklung besonders gewürdigt wird. In die Blütezeit der Wilnaer Universität führt ein Beitrag von Ramunas Kondratas über Reformen auf dem Gebiet der Medizin zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Im Kon-

text der gesamteuropäischen medizinischen Entwicklung wird hier sachkundig über die bahnbrechende Neuordnung des Medizinstudiums und über die Gründung von medizinischen Institutionen in Wilna durch den deutschen Arzt Johann Peter Frank und seinen Sohn Joseph gesprochen. Außerdem informiert Povilas Reklaitis über die polnischen und litauischen 400-Jahr-Feiern zur Gründung der Universität, wobei er auch über neue Ergebnisse und Akzentuierungen der reichen Jubiläumsliteratur berichtet. Da es ansonsten an jedem Beitrag über die litauischen und polnischen Studenten und Professoren in Wilna oder Kaunas fehlt, ist man besonders dankbar dafür, daß Klaus Meyer in zwei Aufsätzen umfassender Art Litauen mitberücksichtigt; und zwar behandelt er zum einen Probleme der Universitäten des Russischen Reiches in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, und zum anderen geht er auf die baltischen Universitäten in der Sowjetzeit ein, wobei er nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden ihrer Entwicklung fragt. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß auch ein Beitrag von Manfred Hagen, gewidmet dem Verhältnis zwischen Regierungspolitik und Hochschulunruhen im Russischen Reich vor 1914, über einzelne Universitäten hinausblickt.

Im übrigen steht die Dorpater Lehr- und Forschungsstätte im Mittelpunkt des Bandes, was durch ihren internationalen Rang im 19. Jahrhundert weitgehend gerechtfertigt ist. Einen ungewöhnlich ansprechenden, wenn auch nichts Neues vermittelnden Überblick über „350 Jahre Universität Dorpat“ bietet deren einstiger Student Heinrich Seesemann. Georg von Rauch urteilt über die Universität in ihrer ersten Phase (1632—1656) nüchtern, sie sei „eine staatliche Anstalt ohne bemerkenswertes geistiges Profil“ gewesen (S. 12); für die zweite Phase (1690—1710) stellt er jedoch die Rezeption von Elementen der Frühaufklärung fest. Hubertus Neuschäffer behandelt Pläne zur Wiedereröffnung einer Hochschule in den baltischen Provinzen während des 18. Jahrhunderts. Über Grundfragen der Geschichte der 1802 neu gegründeten Universität, ihre Leistungen und Versäumnisse im 19. Jahrhundert reflektiert Michael Garleff. Beachtenswert ist auch der materialreiche Beitrag von Karl Siilivask (Tallinn) „Über die Rolle der Universität Tartu bei der Entwicklung der inländischen und internationalen Wissenschaft“. Festgehalten sei daraus, daß Dorpat im 19. Jahrhundert ca. 100 Professoren an andere Hochschulen Rußlands und etwa 50 an ausländische Universitäten abgab. Ausgehend von der Zusammensetzung des Lehrkörpers und vor allem der Studentenschaft, verdeutlicht Erik Amburger die Relevanz der Universität spe-

ziell für Osteuropa. In bezug auf die Dorpater Absolventen wird hier gesagt: „... unübersehbar ist die Schar der Ärzte, Apotheker und Gymnasiallehrer, die überall in Rußland Stellungen erhalten haben“ (S. 169).

Sozialen und kulturellen Impulsen, die 1860—1914 von der Universität Dorpat auf die Esten ausgingen, wird von Toivo U. Raun nachgespürt. Der Autor fragt dabei nach der Zahl, der Herkunft, den Organisationen und Auffassungen der estnischen Studenten, nach Dorpat als Stätte estnischer kultureller Aktivität und nach der zunehmenden Rolle der Universitätsabsolventen im estnischen öffentlichen Leben. Zur lettischen Studentenschaft Dorpats und anderer Universitäten des Russischen Reiches legt Andrejs Plakans für das spätere 19. und frühe 20. Jahrhundert eine sorgsame, Fragen der Quantifizierung erörternde Studie vor. Und Heinz von zur Mühlen behandelt die Geschichte der deutschbaltischen Korporationen in Dorpat. Vernachlässigt bleibt wie üblich die russische Studenten- und Professorenschaft.

Für das 19. Jahrhundert ist noch ein auf ungedrucktes Material gestützter Beitrag von Kristin Schwamm über Beziehungen zwischen den Universitäten Göttingen und Dorpat zu erwähnen. Hinsichtlich der Zwischenkriegszeit kennzeichnen Sirje und Jüri Kivimäe (Tallinn) speziell die estnische Geschichtsforschung in Dorpat. Sie heben die Leistungen des aus Helsinki berufenen Professors Arno Rafael Cederberg beim Aufbau der estnischen Geschichtswissenschaft hervor und verzeichnen die 27 Magister- und 5 Doktorarbeiten, die zwischen 1921 und 1944 auf dem Gebiet der Geschichte an der Universität fertiggestellt worden sind. Neben diesem Beitrag stehen Darlegungen von Heinz von zur Mühlen über die deutschbaltische Geschichtsforschung in Estland nach dem Ersten Weltkrieg. Für die jetzt nicht mehr an der Universität betriebene, sondern von den Archiven Revals und Dorpats sowie von akademischen Gesellschaften getragene deutsche Forschung waren neben einer großen Tradition neue Anstöße maßgebend. Als heute bester Kenner der Geschichte Estlands in der Bundesrepublik vermag der Autor die damals erbrachten Leistungen besonders treffend zu kennzeichnen.

Einen Übergang zur Entwicklung in Riga bieten wertvolle Beiträge von Elmar Järvesoo und Eugen Leimanis, die einerseits für den Bereich der Agronomie, andererseits für den der Mathematik sowohl Leistungen der Universität Dorpat als auch Erfolge ihrer seit den 1860er Jahren am Rigaer Polytechnikum tätigen Absolventen würdigen. Cla-

ra Redlich bietet sodann eine allgemeine Charakterisierung des Polytechnikums, an dem bis 1918 außer Agronomen auch Maschinenbauer, Ingenieure, Chemiker, Kaufleute und Architekten ausgebildet wurden. Daran anschließend schildert Andrejs Johansons die Anfänge der Lettländischen Universität in Riga und die Leistungen speziell ihrer Philologisch-philosophischen Fakultät zwischen 1919 und 1940. Der nach dem Ersten Weltkrieg einsetzende Rückgang deutschsprachiger Veranstaltungen an den baltischen Hochschulen führte im übrigen dazu, daß für die Bedürfnisse deutscher Studierender und Wissenschaftler neben den Universitäten in Riga das Herder-Institut und in Dorpat das Institut für wissenschaftliche Heimatforschung sowie die Luther-Akademie entstanden. Diese Einrichtungen stellt Jürgen von Hehn vor. Schließlich äußert sich Maksim M. Duchanov (Riga) über den Lebensweg und das Wirken des Historikers Jānis Zutis, der 1945 aus Moskau nach Riga kam und die sowjetlettische Geschichtsschreibung wesentlich mitformte. Auf die Probleme der stalinistischen Vergewaltigung der Geschichte läßt sich dieser Beitrag noch mit keinem Wort ein. Unter den heutigen Bedingungen sollte nun aber die Möglichkeit genutzt werden, die „Marburger Symposien“ mit offener, intensiver Diskussion fortzusetzen. Zunächst dürfen wir uns jedoch über den vorliegenden Band, der dem Leser sehr viel Neues bietet, freuen.

Norbert Angermann, Hamburg

HANS ROTHE (Hrsg.): Deutsche im Nordosten Europas. Köln/Wien: Böhlau 1991, 6, 287 S. (Studien zum Deutschtum im Osten. 22.).

Der im folgenden vorzustellende Sammelband sollte der ungeteilten Aufmerksamkeit jedes am Anteil der Deutschen an der Geschichte des nordöstlichen Europa Interessierten sicher sein.

Mit einem knappen Überblick über „Die Deutschen im europäischen Nordosten“ eröffnet Manfred Hellmann die Reihe der Beiträge. Gleich eingangs wird mit Nachdruck auf die zeitliche Gliederung des Erscheinens der Deutschen in diesem Raum aufmerksam gemacht: Die drei nordischen Erzbistümer bestanden schon, als die ersten deutschen Fernhändler von Lübeck aus auf der Ostsee erschienen. Ostseefinnen und Balten waren noch Heiden, so daß sich der westlichen Mission an der südlichen Ostseeküste ein willkommenes Betätigungsfeld eröffne-

te. Die zunächst friedlichen Bekehrungsbestrebungen gingen unter dem Einfluß des von den Zisterziensern propagierten Kreuzzugsgedankens bald zur gewaltsamen „Schwertmission“ über. Im Gefolge der Kreuzfahrerheere kam als dritter Bischof von Livland Albert von Buxhoeveden an die Düna und begann mit Hilfe der Vasallen des Erzbistums Bremen ein geistliches Territorium zu errichten. Während seiner vorübergehenden Abwesenheit wurde 1202 der Schwertbrüderorden gegründet, der zusammen mit der Stadt Riga — besonders nach seiner Inkorporation in den Deutschen Orden nach 1237 — in ein ständiges Rivalitätsverhältnis zu den Bischöfen bzw. seit 1245/46 Erzbischöfen von Riga trat, das den Verlauf der Geschichte Altlivlands bis zu dessen Ende prägen sollte.

In einem zweiten Teil werden die — in Überblicksdarstellungen nicht selten übersehenen — Deutschen in Litauen behandelt, die sich den Großfürsten seit ca. 1300 als Kaufleute, Missionare und Kanzlisten zur Verfügung stellten. Franziskaner aus Riga verfaßten in seinem Namen 1323 Werbebriefe, in denen der Großfürst allen Geistlichen, Rittern, Handwerkern und Bauern, die in sein Land zu kommen beabsichtigten, die freie Ausübung ihres Glaubens zusicherte. Infolge der Vereinigung Polens mit dem Großfürstentum Litauen (1386) verstärkte sich der deutsche Einfluß noch; schon 1387 erhielt die litauische Hauptstadt Wilna Magdeburger Stadtrecht, und 1408 wurde Kauen (Kaunas) als Stadt mit deutschen Bürgern gegründet. Anders aber als in Liv-, Est- und Kurland entstand in Litauen keine deutsche Oberschicht.

In schlechthin meisterhafter Manier behandelt Erik Amburger das Thema: „Die Deutschen im Russischen Reich und in der Sowjetunion“. Drei Gruppen werden dabei unterschieden: die sog. Deutschbalten, die sich lange vor ihrer Eingliederung in den russischen Staatsverband an der südöstlichen Ostseeküste niedergelassen hatten, die Deutschen in den russischen Städten, die dort seit dem späten 16. Jahrhundert ansässig wurden, und schließlich die bäuerlichen Siedler, die seit dem Einladungsprivileg Katharinas II. von 1763 in immer neuen Wellen ins Land kamen. Erstere wurden erst mit der Eroberung des Gebiets durch Peter den Großen russische Untertanen, bewahrten aber bis in unser Jahrhundert ihre ständische Selbstverwaltung und die lutherische Landesreligion. Sie blieben dem Russischen Reich und seinem Monarchen loyal verbunden und haben im 18. und 19. Jahrhundert in Verwaltung, Diplomatie und im Heerwesen höchste Posten bekleidet. Vor allem die als deutsche Hochschule 1802 neugegründete Universi-

tät Dorpat wirkte weit in das eigentliche Rußland hinein und versorgte das Reich vornehmlich mit Ärzten, Apothekern und Lehrern. Manche ihrer Absolventen haben sich als Entdecker, Wissenschaftler und Vermittler russischer Literatur einen Namen gemacht.

Die „Diaspora-Deutschen“ kamen seit der Zeit Ivans IV. meist als handwerkliche Spezialisten zunächst nach Moskau, wurden anfänglich aber in der sog. „Ausländervorstadt“ von der einheimischen Bevölkerung getrennt gehalten. Einen tiefgreifenden Wandel brachte erst die Regierungszeit Peters des Großen, der sein Land ausländischen Fachleuten öffnete und vor allem zum Aufbau seiner Hauptstadt St. Petersburg Künstler und Baumeister aus Frankreich, Italien und Deutschland herbeiholte. Deutsche Gelehrte bekleideten hohe Stellungen in der 1724 gegründeten Petersburger Akademie der Wissenschaften. In der Regierungszeit der Kaiserin Anna konnte mit Biron, Ostermann und Münnich eine deutsche Gruppe sogar die Führung im Staat an sich reißen. Der Staatsstreich Elisabeths setzte 1741 diesen Zuständen ein Ende und zog einen gewissen Rückschlag bei der Aufnahme von Ausländern in den russischen Staatsdienst nach sich, der aber unter Katharina II. schon wieder ausgeglichen wurde. Von nun an boten sich vor allem dem deutschen Bürgertum in den größeren Städten mannigfache Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten; allerdings witterten auch zahlreiche Schwindler und Glücksritter ihre Chance. Mit der spät einsetzenden Industrialisierung wurden im Wirtschaftsleben steile Karrieren möglich, von denen der Verfasser eine stolze Reihe anführt.

Für die Anlage deutscher Bauernsiedlungen im südlichen Rußland seit 1763 waren ökonomische und militärische Gesichtspunkte gleichermaßen ausschlaggebend. Wirtschaftliche Not, Steuerdruck, Land- und Arbeitsmangel veranlaßten zahlreiche Deutsche vor allem aus den kleinen Territorien des deutschen Westens und Südwestens zur Auswanderung nach Rußland. In mehreren Schüben gelangten Siedlergruppen in den Raum von Saratov beiderseits der Wolga, in die den Türken abgenommenen Gebiete an Bug und Dnepr, an die Nordküste des Schwarzen Meeres, auf die Krim und in den Kaukasus, nach Bessarabien, Wolhynien und Podolien und schließlich auch nach Sibirien. Katharina II. versprach sich von diesen Siedlungen auch eine erzieherische Wirkung auf deren russische Umgebung, die aber wohl kaum eingetreten sein dürfte. Sehr zutreffend heißt es dazu: „Hier wie auch anderswo im Zusammenleben der beiden Völker entstand aber jene Mischung von Hochachtung und Abneigung vor Eigenschaften, die

vielen Russen fremd oder unbequem waren: Arbeitseifer, Drang nach Verbesserung des Lebensstandards, Freude am Besitz und dessen Mehrung, allzu viel Korrektheit auch im Umgang mit Gesetzen“ (S. 43).

Das im ganzen dennoch konfliktfreie Neben- und Miteinander von Deutschen und Russen erfuhr seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entscheidende Veränderungen zum Schlechteren, als letztere im Zeichen von Panslawismus und russischem Nationalismus die Sonderstellung der deutschen Kolonisten zunächst publizistisch bekämpften und anschließend administrativ einzuengen begannen. Beide Weltkriege haben schließlich das beiderseitige Verhältnis gründlich zerrüttet und die Deutschen in der Sowjetunion nach 1941 zu rechtlosen „Verrätern und Saboteuren“ gestempelt. Jüngste Rehabilitationsbestrebungen haben den Ausreisewillen der übergroßen Mehrheit der Rußlanddeutschen bisher jedenfalls kaum zu brechen vermocht! — Amburgers engagierter, aber gleichwohl ohne Schuldzuweisung resümierender Überblick stellt zweifellos ein Glanzstück vorliegenden Bandes dar und sollte für alle diejenigen, die sich mit dem Rußlanddeutschtum beschäftigen, zur Pflichtlektüre gehören. Diesen beiden zusammenfassenden Darstellungen aus der Feder zweier „Altmeister“ gesellen sich neun weitere Beiträge hinzu, die einzelne Aspekte des Themas „Deutsche im Nordosten“ in lockerer zeitlicher Reihenfolge beleuchten.

Deren Reihe eröffnet Norbert Angermann mit seinem Bericht über „Deutsche Kaufleute im mittelalterlichen Novgorod und Pleskau“. Als vielfach ausgewiesener Sachkenner vermag er manchen in der Forschung bislang gängigen Vorstellungen einige weiterführende Beobachtungen hinzuzufügen, nicht zuletzt aufgrund einer Auswertung der russischen „Gotenhofgrabungen“ der Jahre 1968—1970. So bedeutete die Schließung des Hansekontors in Novgorod durch Ivan III. kein Ende der russisch-hansischen Handelsbeziehungen, sondern eher deren Verlagerung in die sicheren livländischen Städte. Auch lebten die Hansekaufleute nicht nur in ihrem palisadenbewehrten Peterhof, sondern wohnten auch nicht selten bei russischen Bojarenfamilien, woraus sich mannigfache persönliche und kulturelle Kontakte ergaben. Die „Beistadt Novgorods“ Pleskau (Pskov) fungierte vor allem als Vermittlungszentrum der livländischen Städte in ihrem Verkehr mit Novgorod, doch kam es dort nicht zur Eröffnung eines Hansekontors. Auch im Falle Pleskaus wartet die internationale Forschung auf die Ergebnisse archäologischer Untersuchungen

der letzten Jahre, die aber leider nur schleppend veröffentlicht werden.

Einen deutscherseits selten behandelten Gegenstand stellt Georg Dencker in seinem Beitrag „Das deutsche Bürgertum im mittelalterlichen Finnland“ vor. Trotz der außerordentlichen Quellenarmut des finnischen Mittelalters und einer entsprechend lückenhaften Forschungslage gelingt es dem Verfasser, den seit 1188 belegten Anteil Deutscher an der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung Finnlands bis zum Jahre 1471, als die Deutschen durch ein Dekret der schwedischen Krone von der Teilhabe an der Verwaltung der finnischen Städte ausgeschlossen wurden, an zahlreichen geschickt ausgewählten Beispielen deutlich zu machen. In den meisten finnischen Städten bis nach Karelien hinein war danach das deutsche Element oft führend an deren Entwicklung beteiligt und sorgte nicht zuletzt durch seine Aktivitäten dafür, daß Finnland „auch in seinen kulturellen Lebensformen zu einem Gliede im großen hanseatischen Zusammenhang“ (S. 107) wurde.

In seinem sehr quellennah gestalteten Beitrag behandelt Klaus Neitmann eine besonders dramatische Episode aus dem „Dauerbrenner“ (S. 109) der Geschichte Alt-Livlands, dem Ringen zwischen Erzbischöfen und Deutschem Orden um die politische Vorherrschaft. „Der Griff des Ordensmeisters Bernd von der Borch nach dem Erzstift Riga“ bedeutete einen Höhepunkt unter den zahlreichen Versuchen des Ordens, den Konkurrenten um die Macht im Lande auf die Dauer auszuschalten. Nachdem seine Absicht, das Erzstift durch die Besetzung des erzbischöflichen Stuhls durch einen Ordensbruder auf kaltem Wege zu inkorporieren, fehlgeschlagen war, versuchte der Orden — wiederum vergeblich — über Kaiser Friedrich III. den Erzbischof unter Hinweis auf die von Moskau drohende Gefahr und seine Verdienste um die „deutsche Nation“ zum Verzicht auf seine Herrschaftsrechte zu zwingen. Die Gegenkräfte erwiesen sich jedoch als stärker, so daß die „Livländische Konföderation“ bis zum Untergang Alt-Livlands bestehen blieb.

Unter minutiöser Auswertung der im Stadtarchiv Reval (jetzt im Bundesarchiv Koblenz) aufbewahrten Ratsprotokolle beschreibt Stefan Hartmann „Reval zwischen dem Nordischen und Siebenjährigen Krieg (1722—1755)“ als eine Stadt, die trotz der von Peter dem Großen erneuerten und mühsam verteidigten Privilegien eine Zeit des Niedergangs erlebte und unter wiederholten Eingriffen der russischen Administration und ständigen Einquartierungen von Militär zu Lasten der Stadt schwer zu leiden hatte, deren finanziell ruinöse Folgen

sie durch wiederholte nach St. Petersburg entsandte Deputationen vergeblich zu mildern versuchte. Es ergibt sich insgesamt „das Bild eines Gemeinwesens, dessen frühere Größe und Blüte man nur noch erahnen konnte“ (S. 164).

Anschließend berichtet Wilhelm Kahle „Über den Pietismus in den baltischen Ländern“. Nach einer knappen Einführung in die Geschichte des Begriffs „Pietismus“ und seine von Halle aus weit in das östliche Europa und bis in die Kriegsgefangenenlager Sibiriens ausstrahlende Wirkung konzentriert sich die Darstellung ganz auf das „Livländische Werk“ Zinzendorfs und seiner Anhänger, das anders als der Halle'sche Pietismus in der Mitte des 18. Jahrhunderts auch die estnische und lettische bäuerliche Bevölkerung erfaßte. Von der Amtskirche argwöhnisch beobachtet und mannigfachen Repressionen ausgesetzt, mußten die Herrnhuter nach anfänglichen spektakulären Aktionen „den stillen Weg“ wählen, ehe sie nach dem „Gnadenmanifest“ Alexanders I. von 1817, das sie von allen Restriktionen befreite, zu einer Massenbewegung anwuchsen. In den estnischen und lettischen Sozietäten entwickelte sich allmählich eine ländliche Intelligenz, die zur Entstehung eines — freilich noch vornationalen — ethnischen Selbstbewußtseins entscheidend beitrug. Als allerdings die Kräfte Herrnhuts in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu schwinden begannen, „bedurfte (man) nicht mehr der religiösen Gewandung . . . , um seinen Anspruch auf nationale Identität deutlich zu machen“ (S. 183).

„Die Zeit der Aufklärung und ihre Bedeutung in den baltischen Provinzen“ analysiert Hubertus Neuschäffer. Das Ende des Nordischen Krieges im Jahre 1721 sah die baltischen Lande infolge der Kriegereignisse und der Pest in einem Zustand völliger demographischer und ökonomischer Erschöpfung. In das auf weite Strecken menschenleere Land kamen in einer neuen Siedlungswelle Kolonisten vor allem aus Mitteldeutschland, aus denen sich bald der „Literatenstand“ formierte, dessen Angehörige in den baltischen Ländern — von den Alteingewessenen mentalitätsmäßig verschieden — zu den Trägern der Aufklärung wurden. Zu deren herausragenden Vertretern, denen — anders als bei Hamann und Herder — „Livland zum Blivland“ wurde, gehörte u. a. der Buchhändler und Verleger Johann Friedrich Hartknoch aus Königsberg, dessen 1765 in Riga eröffnete Buchhandlung zum „Umschlagplatz des geistigen Warenaustausches und zum Angelpunkt deutsch-russischer Wechselseitigkeit“ (S. 198) avancierte. Aus Thüringen kam August Wilhelm Hupel, ein leidenschaftlicher Gegner der Leibeigenschaft, dessen 1774 erschienene „Topographi-

sche Nachrichten von Est- und Liefland“ eine unschätzbare Quelle darstellen; aus Franken stammte Johann Georg Eisen, Propagator und Förderer der Kräuterheilkunde, der sich wie Hupel publizistisch für die Abschaffung der auf der bäuerlichen Bevölkerung lastenden Fronwirtschaft engagierte, und schließlich der vielumstrittene Garlieb Merkel, dessen 1796 in Leipzig erschienenenes Pamphlet „Die Letten, vorzüglich in Liefland, am Ende des philosophischen Jahrhunderts“ noch heute die Gemüter erregt und von Neuschäffer wohl zu Recht als ein Werk bezeichnet wird, das „über eine unhaltbare Polemik nicht hinausreicht und einer historisch-wissenschaftlichen Analyse in keiner Weise standhält“ (S. 205). Andererseits erstaunt es nicht, daß gerade Merkel dem modernen Lettentum als „Altvater“ des nationalen Gedankens gilt.

Wilfried Schlaus Beitrag „Die Deutschbalten im 20. Jahrhundert“ setzt mit der Umsiedlung dieser Volksgruppe in den Jahren 1939/40 und der „Nachumsiedlung“ von 1941 ein, die das Ende der Deutschbalten in ihrer angestammten Heimat bedeuteten. Nach einem summarischen Überblick über die soziale Schichtung des baltischen „Neustammes“ wird die schwierige Lage des zur nationalen Minderheit gewordenen Deutschtums in den Freistaaten Estland und Lettland vor 1939 in den Mittelpunkt der Darstellung gerückt. Danach bestimmten „Vergreisung“ und als Folge der Abwanderung vieler junger Männer ins Reich ein erheblicher Frauenüberschuß das Erscheinungsbild einer „schrumpfenden“ Volksgruppe, die sich zudem infolge ihrer Verdrängung vom flachen Lande „in den Anlandehäfen der Zeit der Eroberung und Einwanderung vor 700 Jahren“ (S. 226) sammelndrängte. Lähmende Hoffnungslosigkeit habe zusammen mit der lettischen deutschfeindlichen Politik zum nahezu hundertprozentigen Abzug der Deutschbalten geführt, deren „westpreußisch-wartheländische Idylle“ (S. 231) im Winter 1944/45 abrupt zu Ende ging. Nach Flucht und Vertreibung gelangten die meisten von ihnen in das westliche Deutschland. 1963 zählte man noch 82 200 Deutschbalten, das waren genau 19 000 weniger als in den Jahren 1939—1942 ihre Heimat verlassen hatten.

Die beiden letzten der in dem hier vorzustellenden Band vereinigten Aufsätze sind kunsthistorischen Themen gewidmet. In beiden Fällen handelt es sich um Persönlichkeiten, die zwar aus dem Baltikum stammen, deren Werk und Wirkung sich aber erst im Reich entfalten. Der Beitrag „Der Deutschbalte Gerhard von Reutern und die europäische Kunst des 19. Jahrhunderts“ aus der Feder von Günter

Krüger erinnert an einen Maler, dessen Leben sich stets zwischen seiner baltischen Heimat und den Kunstzentren Deutschlands bewegte und der mit allen Großen seiner Zeit in Verbindung stand. Der in russischen Diensten stehende, in der Völkerschlacht von Leipzig schwer verwundete Offizier wandte sich nach 1819 der Malerei zu und erreichte seine künstlerische Reife mit Landschaftsdarstellungen und Aquarellen in der Schweiz und in Italien. In der deutschen Kunstgeschichte ist er wegen seiner „Schwälmers Trachtenbilder“ zu einiger Bedeutung gelangt.

Wesentlich bekannter wurde „Der Architekturhistoriker Georg Dehio“, dessen Lebensweg und wissenschaftliche Laufbahn von Erich Hubala geschildert werden. Zentrales Thema des aus Reval gebürtigen Dehio wurden die „Baudenkmäler als Geschichtsquelle“. In zahlreichen monumentalen Arbeiten, unter denen vor allem das „Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler“ in fünf Bänden (1905—1912) und die dreibändige „Geschichte der deutschen Kunst“ (1919—1925) zu nennen sind, hinterließ er ein Lebenswerk, das bei aller Zeitgebundenheit auch in Zukunft seinen Rang behaupten dürfte. Dies gilt insonderheit auch hinsichtlich seines lebenslangen Einsatzes für die Denkmalpflege. Dehio war davon überzeugt, daß ein Kunstwerk erhalten zu werden verdiene, „nicht weil wir es für schön halten, sondern weil es ein Stück unseres nationalen Daseins ist“. Indem er Romantik und Rationalismus in seiner Person vereinigte, „begründete und entfaltete er seine Kunstgeschichte der Architektur“ (S. 267). Bedauerlich an diesem sehr sachkundigen Beitrag ist allein der Umstand, daß das Todesjahr Georg Dehios in Text und Inhaltsverzeichnis durchgehend mit 1934 angegeben wird, Dehio starb jedoch schon 1932.

Hans-Werner Rautenberg, Marburg/Lahn

ANDRZEJ SAKSON: Mazurzy — społeczność pogranicza (Die Masuren — Gemeinschaft eines Grenzlandes). Poznań: Instytut Zachodni 1990, 342 S. (Ziemie Zachodnie. Studia i Materiały. 15.).

Andrzej Sakson, Soziologe und derzeit stellvertretender Leiter des Westinstituts in Posen, stand vor einer schwierigen Aufgabe, als er sich entschied, die Nachkriegsgeschichte der Bevölkerung Masurens zu bearbeiten. Mit der Beschreibung von Ereignissen der Jahre 1945—1986 betrat er in historischer wie soziologischer Hinsicht unerforschtes Gebiet. Ausschließlich auf soziologische Feldstudien gestützt, hät-

te er sein Buch nicht schreiben können. Er war gezwungen, stellvertretend für die Historiker selbst Archivuntersuchungen anzustellen.

Die Arbeit besteht aus einem Einleitungskapitel, das äußerst lakonisch die Geschichte der Masuren bis 1945 darstellt, und zwei Hauptteilen: einem historischen, der die Zeitspanne von der Besetzung des südlichen Ostpreußen durch die Rote Armee bis zum Ende der siebziger Jahre umfaßt, und einem soziologischen, der das Bild der masurischen Gemeinschaft entwirft. Der historische Teil umfaßt zwei Kapitel: „Probleme der sozialen Adaption der Masuren nach 1945“ und „Prozesse der sozialen Desintegration“. Das erste Kapitel, das mit der Zäsur der Einführung des vollen Stalinismus in Polen (1949) schließt, behandelt die Lage der Masuren zur Zeit der sowjetischen Administration, die Konflikte mit der polnischen Bevölkerung sowie deren ökonomischen, konfessionellen und kulturellen Hintergrund und die Politik der polnischen Behörden, darunter auch die Voraussetzungen, den Verlauf und die Folgen der sogenannten Verifikation. Sakson ist der Meinung, daß die Jahre 1945—1949, trotz der anfänglich negativen, mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen (und der Polen) verbundenen Erfahrungen, auch Positives brachten, weil die Masuren allmählich zu der neuen Wirklichkeit Vertrauen gewannen. Dies war kein geringes Verdienst einer die Masuren vertretenden Führungselite, die aus dem Soldauer Gebiet stammte und bemüht war, die Masuren für Polen zu gewinnen, indem sie auf einer lokalen Tradition, dem von ihnen wiedererweckten Masurentum, als einer Übergangsphase auf dem Wege vom Deutschtum zum Polentum beharrte und eine direkte, zwangsweise Polonisierung ablehnte.

Der Ansatz scheiterte jedoch schnell. Die Wende von den vierziger zu den fünfziger Jahren war, wie der Autor klar beweist, die wichtigste Periode für die Herausbildung der allgemein negativen Haltung der Bevölkerung gegenüber Polen. Totale Verwerfung bisheriger Regionaltraditionen; Repressionen gegen die Gesamtheit der Masuren (Paß-Aktion 1951—1952) wie gegen jene Gruppe der regierungstreuen masurischen Aktivisten; schließlich wirtschaftliche Stagnation in Polen und rasche Entwicklung im Westen haben zur Ablehnung der unter den Masuren keimenden propolnischen Tendenzen geführt. Zugleich zeigte sich auch eine Neigung zur Ausreise. Diese Stimmungen erreichten ihren Höhepunkt in den siebziger Jahren. 1986 wohnten in Polen noch ca. 10.000 Masuren, gegenüber 80.000 im Jahre 1947. Diesem in Polen gebliebenen Rest widmet Andrzej Sakson das letzte Kapitel seines Buches „Gegenwärtige Wandlungen der masurischen

Gemeinschaft. Der Trend des Ausharrens“, das aufgrund von Feldstudien in den Jahren 1982—1986, die ca. 150 Masuren aus verschiedenen Milieus erfaßten, geschrieben wurde. Der Autor bestimmte deren räumliche Verteilung und die Ebenen, auf denen sich aktuell die gesellschaftliche Integration und Stabilisierung vollzieht, die Sprachprobleme, schließlich die Rolle, die heute die Evangelisch-Augsburgische Kirche und andere evangelische Denominationen spielen. Er verschweigt dabei nicht die anhaltenden Konflikte zwischen Katholiken und Evangelischen.

Das Schlußkapitel des Buches behandelt das Problem des Nationalbewußtseins des masurischen Bevölkerungsrestes. Nach Sakson identifizieren sich ca. 60 % mit Polen, 25 % fühlen sich als Deutsche und 15 %, vorwiegend ältere Menschen, halten sich für Masuren. Das Kapitel hat besonderes Gewicht. Es versucht, eine Antwort auf die zentrale Frage des Buches zu geben: warum der Prozeß der Gewinnung der Masuren für Polen so schwierig war und letzten Endes erfolglos verlaufen ist. Die Frage war bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts aufgeworfen und ist nach 1945 mit voller Kraft wiedergekehrt, als es den Polen schien, daß ethnische Gemeinschaft und gleiche Staatsangehörigkeit ausreichend seien, um die Masuren dem polnischen Volke einzugliedern. Diese Vorstellung nahm die schon auf das 19. Jahrhundert zurückgehende Ansicht auf, daß sogenannte objektive Kriterien die Nation definierten.

Danach bildeten Masuren und Polen nach Herkunft, Sprache, Tradition eine Gemeinschaft, die der Gemeinschaft des geschichtlich-staatlichen Schicksals und dem aktuellen Bewußtsein der masurischen Gesellschaft, also den subjektiven Kriterien von Selbstverständnis und erklärtem Willen übergeordnet seien. Die Masuren aber besaßen noch zur Mitte des 20. Jahrhunderts ein modernes Bewußtsein, das diese Werteskala nicht akzeptierte. Es war ein deutsches Bewußtsein. Andrzej Sakson erwähnt wohl mehrmals Verbindungen der Masuren mit ihrem deutschen Vaterland, vertritt aber den Standpunkt, daß objektive Kriterien die übergeordneten seien. Daher wird diese Tatsache von ihm nicht berücksichtigt, daß man nicht von Maßnahmen der Adaptation gegenüber den Masuren sprechen darf (S. 67), sondern einfach von Entnationalisierungsmaßnahmen sprechen muß. Und daher verwendet er eine unklare Einteilung in Deutsche, Masuren und deutsche oder polnische Masuren. Welche Kriterien die Grenze zwischen diesen Gruppen bestimmen sollen, ist unerfindlich. Das sprachliche, ethnische, sogar das religiöse Kriterium erweist sich hier als

unsicher. Was bleibt also, wenn man das Prinzip der Selbstbestimmung ablehnt?

Mir scheint, daß Andrzej Sakson ziemlich unkritisch Meinungen über die masurische Bevölkerung übernommen hat, die von Mitgliedern der bereits erwähnten, bis in die vierziger Jahre tätigen Gruppe masurischer Aktivisten vertreten worden sind. Der Autor hatte zu ihnen enge Kontakte; sie haben ihm den Zugang zu der mißtrauisch gesinnten Bevölkerung erleichtert. Zweifellos überschätzt Sakson auch deren Rolle und Einfluß auf die masurische Gemeinschaft.

Bei der Besprechung von Saksons Buch habe ich den Akzent nicht auf die Tatsachen, sondern auf ihre Deutung gelegt. Meiner Meinung nach ist es am Ende nicht gelungen, von einer traditionellen und ziemlich einseitigen Betrachtungsweise der masurischen Frage loszukommen. Trotz meiner Einwände möchte ich aber betonen, daß uns eine wertvolle, an Tatsachen und Kommentaren reiche Arbeit vorliegt, die viele Ereignisse aufklärt und Impulse zur Diskussion gibt. Ich bin sicher, daß sie von niemandem, der sich mit der Geschichte des südlichen Ostpreußen befaßt, übersehen werden darf und daß sie für längere Zeit ein Hauptkompendium des Wissens vom Nachkriegsschicksal der Masuren bleibt.

Grzegorz Jasiński, Allenstein

KARL SCHLÖGEL: Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa. 2. Aufl. Berlin: Siedler 1989, 126 S.

Wer das Büchlein vor sechs Jahren, als es in erster Auflage erschien, in die Hand nahm, wird irritiert gewesen sein. „Die Mitte liegt ostwärts“, behauptet sein Titel kühn. Die „Mitte“ wovon? Und „ostwärts“ gibt nur eine Richtung an, keinen genauen Ort. Auch die darunter stehende Ergänzung half dem Leser kaum weiter: „Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa“. Welche „Deutschen“, die aus Ost oder West? Inwiefern ist der besagte „Osten“ dann „verloren“? Und was soll in diesem Zusammenhang „Mitteleuropa“? Mit solchen Fragen war der Leser bereits beim Thema. Denn der Autor wollte zeigen, daß uns Deutschen, den West- wie den Ostdeutschen, jede Vorstellung von „Mitteleuropa“ fehlt; eine Vorstellung von dem, was „Mitteleuropa“ einmal war, bevor es zur bloßen Geographie degenerierte. Er tat es zu einem Zeitpunkt, da man sich — „in Prag,

Warschau, Budapest und in der osteuropäischen Provinz, in Wien, Paris, New York und Canberra“ — „Mitteleuropas“ zu erinnern begann und die damit verbundenen Vorstellungen zu neuen Hoffnungen wurden (S. 7).

Die Mitte, so führt Schlögel dem Leser eindringlich vor Augen, hatte seit 1945 ihre Rolle als Zentrum und Durchgangsland verloren. Die Straßen und Eisenbahnen, die den Raum als Einheit zwischen Berlin und Warschau, Frankfurt und Leipzig, Nürnberg und Prag, Wien und Lemberg, Triest und Krakau, Amsterdam und Budapest einst „erfahrbar“ gemacht hatten, demonstrierten nun das Trennende. Die Touristenströme folgten neuen Routen; wer aus dem Westen Deutschlands kam, fuhr nach Italien, Spanien, Nordafrika oder in die Karibik, der aus dem Osten ebenso selbstverständlich nach Ungarn oder an die Schwarzmeerküste. Das einstige Zentrum war nun doppelte Peripherie. Neue Begriffe und Vorstellungen überdeckten alte Zugehörigkeiten und Grenzen. Begriffe wie „Ostblock“ oder „kapitalistischer Westen“ räumten mit Erinnerungen gründlich auf und spiegelten die neue, dichotomische Weltordnung wider.

Wer interessierte sich schon noch für die alten Gemeinsamkeiten, die auf jedem Bild von Reval, Riga, Wilna, Warschau, Krakau, Prag, Preßburg, Lemberg, Budapest, Zagreb, Laibach noch erkennbar waren; die den Städten ein hansisches, spezifisch-barockes, k. u. k. österreichisches Aussehen gaben; Bilder, die ahnen ließen, daß Mitteleuropa „ein Agglomerat (war), erweitert durch die segensreichen Heiraten unserer Dynastien, vermindert im Falle von Unglück oder Erlöschen der Dynastie“ (S. 51); Bilder, die vom grenzüberschreitenden Wirken der Mönche, Humanisten, Reformatoren und Gegenreformatoren zeugten; Bilder, die Wegstrecken gemeinsamer Geschichte dokumentierten. Sie machten die Vielsprachigkeit und Multikonfessionalität zum Signum der Region: das Neben- und Miteinander von polnisch, tschechisch, slowakisch, ungarisch, ruthenisch, rumänisch, kroatisch, deutsch und jiddisch (um nur einige zu nennen), überlagert von den Unterschieden zwischen Katholizismus, Protestantismus, Orthodoxie und Judentum in ihren verschiedenen Ausprägungen, was eindeutige „nationale“ Grenzziehungen von vorneherein ausschloß.

Daß die Deutschen diese Erinnerung besonders schnell und gründlich verdrängten — die Westdeutschen, indem sie sich „manisch“ international und transatlantisch gaben, die Ostdeutschen, indem sie ein „unterdrücktes und darum um so sichtbarer Überlegenheitsgefühl“ zeigten (S. 25) — hatte, so Schlögel, seine Gründe: Wer die Haupt-

schuld trägt an der Katastrophe, versucht einen Schlußstrich zu ziehen, fragt nicht, wie es vorher war, vor dem großen Brand, meidet jede Auseinandersetzung mit dem Thema. Wer es trotzdem aufgreift, gerät leicht in Gefahr, zu den Revanchisten oder Ewig-Gestrigen gezählt zu werden. Das gilt insbesondere für alle Fragen zur Rolle der „Deutschen im Osten“ und zum „deutschen Osten“. Das Terrain ist voller Unsicherheiten, die Wunden sind kaum vernarbt. War die deutsche Siedlungsbewegung des Mittelalters nur eine Vorform des „Drangs nach Osten“? Die „Zeit der Siedler“ nur die Vorgeschichte zur „Zeit der Wehrmacht“? Ist es noch möglich, über die Entsendung Magdeburger und Bamberger Mönche zu sprechen, ohne an die späteren Stäbe der Sonderkommandos zu denken? Von „deutschem Können“ zu reden, nachdem es sich in der „Kunst des Tötens“ bewies? Die Siedlungsbewegung wurde rückgängig gemacht durch Maßnahmen der Vertreibung und Aussiedlung. Na und? Wer könnte und wollte daran etwas ändern?

Selbstverständlich will auch Schlögel daran nichts ändern. Seine Erinnerung versucht vielmehr ein Gefühl dafür zu wecken, was mit diesem Osten, mit diesem alten Mitteleuropa verloren ging: an Farben, Tönen und Gerüchen, an kulturellen und geistigen Traditionen, an Lebensformen und Lebenswelten. Sofern für ihn von diesem Verlust etwas „wettzumachen“ ist, so nicht „in der Revanche, sondern im Vollzug einer Bewegung, die das Wissen um den zerstörten Lebensraum Osten zurückholt in den Westen Deutschlands. Die Bewegung wäre geglückt, wenn auf dem Gesicht, das sich dem verlorenen Osten zuwendet, die Züge eines ebenso teilnehmenden wie entspannten Interesses an die Stelle von Desinteresse und Verbissenheit getreten sind“ (S. 87 f.). So ist Schlögels Resumé ein emphatischer Appell des Auf-einander-Hörens und Auf-einander-Zugehens in der Kunst und Literatur, der „Wiederherstellung von Zusammenhängen, die fragmentarisch oder blaß geworden sind“ (S. 113), für „vergleichende Feldstudien über Zerstörungen, die der Krieg, und solche, die der Nachkrieg angerichtet hat“ (S. 117).

Schlögels Büchlein enthält essayistische Annäherungen an ein Thema, von dem er weiß, daß es nur ungenau in seiner Vielfalt und Komplexität zu bestimmen ist; es hat mit den Deutschen, dem verlorenen Osten und Mitteleuropa zu tun. Während Eckpfosten der Nachkriegsordnung ins Wanken geraten, Denkgewohnheiten fraglich werden, erinnert er an verdrängte Vergangenheit und öffnet den Blick auf eine Wirklichkeit, auf geschichtliche Räume, die älter sind als die Grenzen,

die sie seit 1945 zerschneiden. Er beschwört die Vision eines Mitteleuropa der offenen Grenzen, an deren humanistische, urbane und multikulturelle Tradition es anzuknüpfen gilt.

Seit der Entstehung des Büchleins sind sechs Jahre vergangen. Sie haben die Entwicklung vorangetrieben, viel, viel weiter, als es damals absehbar war. Die äußeren Grenzen zwischen Ost und West, die Mitteleuropa teilten, sind gefallen, aus der Denkmöglichkeit der Wiederherstellung von abgerissenen Kontakten, des Sich-gemeinsam-Erinnerns, des Neu-Zusammenwachsens ist eine politische Chance geworden. Doch mit den Chancen sind auch die Probleme, Schwierigkeiten und Risiken der neuen Entwicklung sichtbar geworden, viel konkreter als noch vor sechs Jahren. Zwar ist der Ostblock zerfallen, und nur Unverbesserliche und Unbelehrbare werden ihm nachtrauern. Doch der Zerfall setzt sich fort, bezog die Sowjetunion als Staatenverband mit ein, eine Entwicklung, von der niemand zu sagen vermag, welche Folgen sie noch für die neue europäische „Mitte“ haben wird. Neue Wanderungsströme, diesmal in umgekehrter Richtung, neue Konflikte? Der Zerfall der Nachkriegsordnung hat schließlich auch ganz andere, nationale, ja nationalistische Kräfte und Emotionen freigesetzt. Nicht nur im fernen Kaukasus oder in Sowjetisch-Zentralasien; Hoyerswerda und die Krain liegen im „alten“ Mitteleuropa. Sie zeigen, daß die von Schlögel beschworene multikulturelle Toleranz und welt-offene Urbanität nur eine der mitteleuropäischen Traditionslinien ist. Mit dem Fall der Grenzen sind auch die Dimensionen des Trennenden, des Sich-auseinander-Lebens deutlich geworden, man betrachte nur die Verwerfungen im eigenen Land; ob sie durch Erinnerung überwunden werden können, bleibt abzuwarten.

So liest man das Büchlein über die Deutschen, den verlorenen Osten und Mitteleuropa heute vermutlich anders als noch vor sechs Jahren, und in die spontane, nachdrückliche Zustimmung mischt sich hartnäckig zurückhaltende Skepsis.

Helmut Altrichter, Erlangen

KRASUSKI / LABUDA / WALCZAK (Hrsg.): Stosunki polsko-niemieckie w historiografii. Studia z dziejów historiografii polskiej i niemieckiej pod redakcją Jerzego Krasuskiego, Gerarda Labudy i Antoniego Walczaka (Polnisch-deutsche Beziehungen in der Historiographie. Studien zur Geschichte der polnischen und deutschen Historiographie, hrsg. v. J. Krasuski, G. Labuda und A. Walczak). 2 Bände, Poznań: Instytut Zachodni 1974–1984, 532 u. 475 S. (Studium Niemcoznawcze Instytutu Zachodniego. 25 und 41.).

Eine historiographische Behandlung der Historiographie ist häufig ein ambivalentes Unternehmen: Auf der einen Seite schwebt sie, je nach dem, wie stark sich der jeweilige Autor mit der historiographischen Tradition identifiziert, ständig in der Gefahr apologetischer Selbstbeweihräucherung, andererseits aber beweist sich der intellektuelle Rand einer Historiographie gerade in der Fähigkeit zur Selbstreflexion. In jedem Fall geht es um eine Standortbestimmung.

Wenn man — und dafür gibt es gute Gründe — für das neuzeitliche Europa Beziehungsgeschichte als einen „Wirkungsfaktor sui generis“ erachtet,¹ dann ergibt sich zwingend auch die Notwendigkeit einer kritischen Reflexion, deren Gegenstand die historiographische Behandlung von Beziehungsgeschichte ist. Das gilt vor allem für die deutsche und polnische Historiographie, die sich beide lange Zeit vor allem als Nationalhistoriographien verstanden haben und sich z. T. noch heute so begreifen.

Daß der Entwicklungsprozeß der Geschichte als Wissenschaft und die Verbreitung des modernen Nationsverständnisses (als der angeblich naturgegebenen menschlichen Großgruppe, der unbedingt die stärkste Loyalität gebührt) fast gleichzeitig erfolgt sind, hat zu einer gewissen Nationalisierung des Geschichtsbildes insgesamt geführt, indem die nationalen Kategorien des 19. und 20. Jahrhunderts fast dem gesamten Geschichtsverlauf übergestülpt wurden. Diese Art historischer Selbstvergewisserung (mit oft allzu durchsichtiger aktueller Legitimierungsfunktion) wurde in vielen europäischen Ländern von Historikern und Publizisten als eine kollektive Notwendigkeit empfunden. Der Mißbrauch der Geschichtswissenschaft als Legitimationswissenschaft ist insofern auch kein Monopol totalitärer Regime; kein Nationalstaat und keine Nationalbewegung ist ohne dies angekommen, und es hat auch meist dazu keines staatlichen Drucks bedürft. Der Prozeß einer wachsenden nationalen Funktionalisierung

von Geschichte ist in dem gleichen Zeitraum vonstatten gegangen, in dem sich das deutsch-polnische Verhältnis immer mehr zu einem fast unüberbrückbaren Antagonismus bis hin zur totalen Konfrontation entwickelte. Diese Gleichzeitigkeit ist unausgesprochen das eigentliche Thema der hier vorzustellenden beiden Bände, in denen zehn Autoren einen beziehungsgeschichtlich-historiographischen Vergleich von der Frühgeschichte bis zum Ersten Weltkrieg unternehmen.

In seiner Abhandlung „Slaven und Germanen in der polnischen und deutschen Frühgeschichte (I, S. 21–149) betont der Posener Prähistoriker Jan Żak die Rolle der Frühgeschichtsforschung für nationale Bewußtseinsinhalte in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts (allerdings erwähnt er nirgends ihre zumindest partielle Legitimationsfunktion in Polen nach 1945). Żak zeigt allerdings nicht nur die heute offenkundige Abhängigkeit der kontroversen Aussagen über Urheimat und Ethnogenese der Slaven, die historische Situierung der Germanen im Weichsel- und Odergebiet sowie die slavisch-germanischen Beziehungen in der Frühgeschichte von der politisch-ideologischen Entwicklung der letzten 200 Jahre, sondern ordnet diesen deutsch-polnischen Diskussionsprozeß gleichzeitig in die methodische Entwicklung seines Faches ein. In seiner detaillierten Darstellung, bei der die deutsche Historiographie als häufig arrogant, aggressiv und zunehmend mit rassistischen Elementen operierend (vor allem G. Kossinna und seine Schule) geschildert wird, flicht er häufig methodische Überlegungen über Möglichkeiten und Grenzen der Prähistorie sowie das weitgehend ungelöste Problem der ethnischen Identifizierung archäologischer Kulturen ein.

Der Posener Mediävist Gerard Labuda befaßt sich in seinem Beitrag „Die Anfänge des polnischen Staates in der polnischen und deutschen Historiographie“ (I, S. 150–217) mit den Auseinandersetzungen um die Entstehung polnischer Staatlichkeit im 9./10. Jahrhundert, wobei es, hervorgerufen durch die heute als widerlegt geltende „Überschüttungstheorie“ (Eroberung und Staatsgründung durch Normannen), gleichzeitig um die Genese der mittelalterlichen polnischen Gesellschaft ging.

Labuda gibt keinen chronologischen Abriß der historiographischen Entwicklung, sondern gruppiert seine Darstellung in vier Problemkomplexe. Zum einen geht es um den Staatswerdungsprozeß im 9./10. Jahrhundert und die eventuelle Rolle germanischer Elemente dabei. Die Auseinandersetzungen um die Christianisierung und die Anfänge der Kirchenorganisation Polens entzündeten sich vor allem an der

Frage der „Echtheit“ einiger Quellen, wobei es darum ging, inwieweit die polnische Kirchenprovinz von Anfang an unabhängig von Magdeburg gewesen ist. Dieser Schwerpunkt in Labudas Darstellung erklärt sich aus seinem starken Engagement in der diesbezüglichen Kontroverse (in den 1950er und 60er Jahren mit W. Schlesinger und H. Beumann), aus der er ein faires Resumé zu ziehen sich bemüht. Bei der Problematik der staats- bzw. völkerrechtlichen Beziehungen zwischen Reich und Polen dreht sich die Diskussion um die Bedeutung von Huldigung und Lehnseid, deren Rechts- und Symbolcharakter sowie instrumentale Rolle in den internationalen Beziehungen des Mittelalters. Schließlich werden noch die unterschiedlichen Interpretationen der frühen Geschichte Pommerns und Schlesiens umrissen.

Labuda betont ständig den vorwiegend wissenschaftlichen Charakter der historiographischen Auseinandersetzungen, vermeidet jegliche Invektiven und hebt hervor, wieviel Fortschritte die deutsch-polnische Historikerdiskussion bisher gebracht habe (Berichtszeitraum bis 1973).

Daß es einen Zusammenhang gibt zwischen dem programmatischen Ost-Imperialismus der wilhelminischen Epoche, Ostmissionsphantasmagorien sowie den verschiedenen Spielarten des deutschen Revisionismus von 1918 bis in die 1960er Jahre und der Behandlung der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung durch die deutsche Historiographie, läßt sich wohl kaum leugnen. Wenige Themen sind historiographisch in solchem Maße „nationalisiert“ bzw. in nationalem Sinne funktionalisiert worden. Generationen deutscher Historiker haben die mit dem Begriff Ostkolonisation etwas plakativ subsumierten komplizierten sozial-, wirtschafts- und kulturgeschichtlichen Prozesse zum Anlaß genommen, um daraus auf eine naturgemäße Überlegenheit der deutschen Nation zu schließen und für die jeweilige Gegenwart entsprechende politische Anliegen zu legitimieren.

Der deutschen Arroganz entsprach dabei, das wird indirekt bei der Lektüre des ausführlichen Beitrags „Deutsche Kolonisation und Kolonisation nach deutschem Recht im mittelalterlichen Polen“ (I, S. 218–316) von Zdzisław Kaczmarczyk deutlich, ein polnischer Komplex, nämlich der von der eigenen Rückständigkeit. Dieser Komplex ist verständlich, denn es ging um das nationale Selbstwertempfinden, das sich von der als bedrohlich überlegen erachteten deutschen Seite angegriffen, ja in Frage gestellt fühlte.

Daß dabei sowohl Deutsche wie Polen ein mediävistisches Thema in unzulässiger Weise nationalisierten, stellt Kaczmarczyk an sich nicht

in Frage, denn für ihn ist es „eine vollkommen natürliche Sache, daß jede Wissenschaft, und d. h. auch die Geschichtswissenschaft, ihrer Nation, deren kulturellen und auch politischen Zielen zu dienen strebt“ (S. 318). So fällt auch seine Darstellung der historiographischen Auseinandersetzungen etwas eindimensional aus, und zwar weniger in der zu Recht sehr kritischen Schilderung der deutschen Historiographie als vielmehr in der durchweg apologetischen Behandlung der polnischen Seite, die, aus einer Defensivposition heraus operierend, im Grunde immer recht gehabt habe. Er konstatiert einen Emanzipationsprozeß der polnischen Historiographie vom übermäßigen deutschen Einfluß und attestiert ihr, sie habe nach 1945 dank der marxistischen Doktrin einen „vom Nationalismus freien vollkommen eigenständigen Weg“ gefunden. Die inhaltlich unterschiedlichen Standpunkte (u. a. deutsche Kolonisation oder Kolonisation nach deutschem Recht, Ursprung des ostmitteleuropäischen Städtewesens, Kulturträgertheorie und Rolle endogener Triebkräfte) werden zwar erwähnt, aber nicht als wissenschaftliche Forschungskontroversen behandelt. Durch die Benutzung eindeutig qualifizierender Adjektive zeigt der Autor, daß er stets weiß, wer recht und wer unrecht hat. Da sein Berichtszeitraum 1968 endet, hat er neue Forschungs- und Diskussionsansätze seit dem Beginn der 1970er Jahre, abzulesen z. B. an den Reichenau-Tagungen oder an der Forschungen Benedykt Zientaras sowie an dem seitdem recht fruchtbaren deutsch-polnischen historiographischen Dialog, nicht mehr berücksichtigen können.²

Ähnlich wie bei der sog. Ostkolonisation ist auch die Rolle des Deutschen Ordens und seines Staates stets eines der kontroversesten Themen zwischen polnischen und deutschen Historikern gewesen. In beiden Nationalhistoriographien wurde sie glorifiziert bzw. dämonisiert. Der Thorner Historiker Marian Biskup schildert in seinem Beitrag „Die Rolle des Kreuzritterordens 13.-16. Jahrhundert“ (I, S. 327-361) die jeweils aktuellen Hintergründe der Auseinandersetzungen, so z. B. die Übernahme der Ordenstradition durch Preußen und dann Deutschland im 19. Jahrhundert. Er vergleicht sowohl die Gesamtbeurteilung der Ordensgeschichte in beiden Historiographien als auch die unterschiedlichen Interpretationen strittiger Einzelfragen, so die Kontroversen um die Ansiedlung des Ordens und die Echtheitsfrage des Privilegs von Kruschwitz, die Umstände der Annexion PommereLLens und Danzigs 1308/09, den Aufstand des Preußischen Bundes 1440 und die Tragweite des 2. Thorner Friedens von 1466. Mit der deutschen Historiographie geht der Autor, selbst einer der

prominentesten polnischen Forscher zur Geschichte des Deutschen Ordens, hart, aber in recht sachlichem Ton ins Gericht und läßt im Grunde nur die Arbeiten Manfred Hellmanns und seiner Schüler gelten. Seinen die Literatur bis 1972 berücksichtigenden Ausführungen ist noch kaum abzulesen, daß gerade auf seinem Gebiet sich die Fruchtbarkeit eines deutsch-polnischen Historikerdialogs und der wissenschaftlichen Kooperation erwiesen hat, ein Annäherungsprozeß, an dem M. Biskup maßgeblich beteiligt war.³

Marceli Kosman weist in seinem Beitrag „Reformation und Gegenreformation“ (I, S. 362–409) auf den sowohl konfessionellen als auch nationalen Hintergrund der unterschiedlichen Interpretationen hin. Eine ausschlaggebende Rolle spielte dabei die sich vor allem im 19. Jahrhundert vollziehende Identifizierung von Polentum und Katholizismus (polak-katolik als Auto- und Heterostereotyp) und von Protestantismus und Deutschtum. Nach einem chronologischen historiographischen Abriß beschäftigt sich Kosman etwas detaillierter mit der Behandlung zweier Schlüsselprobleme: zum einen der Frage der konfessionellen Toleranz und religiöser Verfolgungen in der Adelsrepublik (in diesem Zusammenhang auch der Einschätzung der Rolle der Jesuiten), zum anderen der Problematik eines zugeschriebenen nationalen Charakters der Reformation; letztere fand sowohl in den konfessionellen Auseinandersetzungen der Gegenreformation als auch in der späteren Historiographie ihren Niederschlag.

Kosman stellt — für seinen Berichtszeitraum (bis 1973) zu Recht — fest, daß mit Ausnahme der großen Arbeit von G. Schramm (1965) die deutsche Forschung weitgehend in einer deutschumgeschichtlichen Perspektive steckengeblieben ist und sich weniger mit der nationenübergreifenden und beziehungsgeschichtlichen Dimension der Reformation in Polen auseinandergesetzt hat. Letzteres ist allerdings in den letzten zwei Jahrzehnten immer stärker in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt.⁴

Als Beispiel eines historiographischen „Aneinander-vorbei-Redens“ könnten lange Zeit die unterschiedlichen Sichtweisen hinsichtlich der Teilungen Polens gelten. Der Posener Geschichtstheoretiker Jerzy Topolski weist in seinen „Ansichten über die Teilungen Polens“ (I, S. 410–515) auf die unterschiedlichen Fragestellungen hin, die den Ausgangspunkt beider Historiographien bildeten. Während polnische Historiker sich mit den einzelnen zum Untergang polnischer Staatlichkeit im 18. Jahrhundert führenden Faktoren und ihrer Gewichtung beschäftigten, d. h. mit meritorischen Fragen, wobei die Verdäm-

mungswürdigkeit des Ergebnisses selbstverständlich war, ging es in der deutschen Historiographie weitgehend um eine Rechtfertigung des Vorgangs und vor allem des Ergebnisses, d. h. darum, den faktischen Hergang mit einem bestimmten Wertesystem in Übereinstimmung zu bringen. Dabei wurden von deutschen Historikern verschiedene, sich nicht unbedingt ausschließende Argumentationsmuster benutzt; es ging vor allem um die Beteiligung Preußens und die Rolle Friedrichs II. an der 1. Teilung: Kriegsverhinderung, Wahrung des europäischen Gleichgewichts, Verhinderung einer übermäßigen Expansion Rußlands, wohlverstandene preußische Staatsraison (= moderne Staatsethik) oder den Hinweis, die Initiative sei von Petersburg oder Wien ausgegangen. Dazu kam das bis heute beliebte Motiv des polnischen Selbstmords: Polen sei an seinem Untergang selbst schuld wegen seiner inneren Anarchie und seiner anachronistischen Verfassung sowie der zivilisatorischen Rückständigkeit, wobei die Reformperiode zwischen 1. und 2. Teilung übersehen wurde. Schließlich mußten auch die Befreiung der Nicht-Katholiken und, vor allem seit Ende des 19. Jahrhunderts, das ethnische Argument der „Heimholung“ eigentlich deutscher Gebiete zur Rechtfertigung dienen.

Der Streit in der polnischen Historiographie verlief lange Zeit an der Scheidelinie Pessimisten — Optimisten; unter Pessimismus verstand man die vor allem von der Krakauer Schule im 19. Jahrhundert (und abgeschwächt von der Lemberger Schule) in den Vordergrund gestellte Rückständigkeit der Adelsrepublik und ihren Mangel an staatlicher Exekutive, d. h. also innere Faktoren,⁵ während die Optimisten (vor allem die Warschauer Schule) die äußeren Faktoren betonten. Den heutigen Diskussionsstand bezeichnet Topolski als das Vorherrschen eines „gemäßigten Optimismus“. Mit der deutschen Historiographie, die er weitgehend als borussisch bzw. nachborussisch charakterisiert, geht er, z. T. etwas schematisch, sehr scharf ins Gericht; jeden Zweifel an einer direkten Kontinuität vom Preußen Friedrichs II. zu Hitler findet er kritikwürdig und läßt im Grunde nur die DDR-Historiographie gelten; lediglich die Preußenkritik der Fischer-Schule und M. Broszat finden Gnade vor seinem Urteil. Allerdings stammt sein Beitrag aus dem Jahr 1969, so daß er die neuere Entwicklung der bundesrepublikanischen Historiographie nicht mehr berücksichtigen konnte (H. Roos, J. Hoensch, K. Zernack, M. G. Müller u. a.).

Die inzwischen verstorbene Krakauer Historikerin Anna Owsńska formuliert zu Beginn ihres Beitrages über „Die Polenpolitik Österreichs 1772–1914 im Lichte der polnischen und österreichisch-deut-

schen Historiographie“ (II, 9–133) als Leitfrage der historiographischen Reflexion, „ob das Habsburgerreich zur feindlichen germanischen Welt gezählt werden müsse und seine Polenpolitik einen Bestandteil des deutschen Drangs nach Osten“ darstelle. Diese polnische Variante der allgemeinen Frage nach dem deutschen Charakter Österreichs im 19. Jahrhundert wurde zwar im allgemeinen in der polnischen Historiographie fast übereinstimmend negativ beantwortet; jedoch weist die Autorin in ihrer sehr detaillierten Schilderung (Berichtzeitraum bis 1967) darauf hin, daß in Einzelfragen höchst unterschiedliche Urteile gefällt wurden — so über die josephinische Politik in Galizien, die Frage der Verantwortlichkeit Wiens für die Rückständigkeit Galiziens und die österreichische Politik gegenüber dem November-(1830) und dem Januaraufstand (1863). Weitgehend einheitlich werde die inspirierende Rolle der österreichischen Politik für die Ereignisse von 1846 gesehen (prominente Ausnahme: S. Kieniewicz), und im ganzen positiv wurde die Bedeutung der Autonomie Galiziens seit 1867 beurteilt. Während hinsichtlich der österreichischen Galizienpolitik die kritischen bzw. negativ urteilenden Interpretationen überwogen, wurde die Haltung der österreichischen Außenpolitik gegenüber der polnischen Frage höchst unterschiedlich gedeutet — hier halten sich negative und positive Urteile die Waage.

Die österreichische und deutsche Historiographie hat die Autorin für ihre Fragen nur sehr selektiv ausgewertet; erhebliche Unterschiede zwischen beiden Historiographien stellt sie in der Beurteilung der Ereignisse von 1846 und der österreichischen Wirtschafts- und Agrarpolitik fest, während bei der Frage der germanisierenden Tendenzen des Josephinismus und der österreichischen Verantwortlichkeit für die Teilungen sowie die Metternich'sche Polenpolitik ähnliche Auffassungen vertreten wurden. Für die historiographischen Unterschiede macht die Autorin einerseits „instinktiven Widerwillen gegen das Polentum bei den Deutschösterreichern“ sowie bei den Polen „ein stark verwurzelttes Bewußtsein von der Gefährlichkeit all dessen, was irgendeine Verbindung mit dem Deutschtum hat“ sowie die Verschiedenheit von herrschender und unterdrückter Nation verantwortlich — dies sagt wohl einiges über den Reflexionsgrad dieser Analyse aus.⁶

In seiner Darstellung der „Politik Preußens in den polnischen Westgebieten im 19. Jahrhundert in der polnischen und deutschen Historiographie“ (II, S. 134–324) geht der Posener Historiker Lech Trzeciakowski detailliert und mit beachtenswerter Vollständigkeit

darauf ein, wie die Geschichte Posens und Pommerellens der Jahre 1815 bis 1914 von beiden Seiten interpretiert wurde. Daß bei seiner chronologischen Vorgehensweise der vergleichende Aspekt etwas zu kurz kommt, liegt an der Konstruktion seines Beitrags, daß er nämlich in den 3 Epochen (bis 1918, 1918–1945, nach 1945) jeweils gesondert die deutsche und die polnische Historiographie behandelt. Erst zum Schluß skizziert er auf fünf Seiten Unterschiede und Ähnlichkeiten in den Interpretationen. Besonderer Ausführlichkeit befließigt er sich bei der Behandlung der Nachkriegshistoriographie sowohl in Polen als auch in beiden Teilen Deutschlands. In sachlichem Ton setzt er sich kritisch mit den noch im Geiste von Vorkriegstraditionen geschriebenen Arbeiten auseinander und geht dann ausführlich und weitgehend anerkennend darauf ein, wie seit den 1960er Jahren eine neue Sichtweise auf die preußische Polenpolitik Platz gegriffen habe (Berichtszeitraum bis 1983). Kritisch anzumerken bleibt die Beschränkung auf die Problematik der preußischen Polenpolitik im engeren Sinne; solche Phänomene wie die vormärzliche deutsche Polenfreundschaft bleiben leider außen vor — und gerade da haben sich die Interpretationsparadigmata in der deutschen Historiographie inzwischen erheblich verändert.⁷

Der Warschauer Historiker Jerzy Holzer steuert eine problemorientierte Studie über die historiographischen Interpretationen (unter betonter Ausschließung von Publizistik und Memoiren) der deutsch-polnischen Beziehungen während des Ersten Weltkriegs bei (II, S. 325–363). Seine Analyse (Berichtszeitraum bis 1978) beginnt mit dem polnischen Aspekt der Kriegszieldebatte, wobei es sowohl um die Frage nach eventuellen polenpolitischen Vorstellungen der deutschen Politik bei Kriegsbeginn als auch um die diesbezügliche Entwicklung während des Krieges ging. Ein weiteres Thema sind die Motive und Hintergründe der Ausrufung eines Königreichs Polen durch die Mittelmächte am 5. 11. 1916 sowie die darauffolgende Entwicklung, wobei die Rolle des Generalgouverneurs Beseler unterschiedliche Beurteilungen fand. Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1914–18 wurde ausführlich in einem mehrbändigen Werk zahlreicher polnischer Autoren in den 1930er Jahren behandelt, während ihr nach 1945 seltsamerweise von polnischer Seite kaum und von deutscher Seite überhaupt keine wissenschaftliche Aufmerksamkeit mehr geschenkt wurde.

Holzer weist darauf hin, daß von einem deutsch-polnischen historiographischen Antagonismus in der Frage der deutschen Polenpolitik

während des Ersten Weltkriegs höchstens für die Zwischenkriegszeit gesprochen werden kann, während nach 1945 die unterschiedlichen Interpretationen nicht mehr an der nationalen Zugehörigkeit festzumachen sind — eine wohl optimistisch stimmende Feststellung.

Jerzy Marczewskis Beitrag über „Die Frage des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs und der Kriegsziele Deutschlands in der Historiographie“ (II, S. 364–463) behandelt vor allem die Diskussion um Fritz Fischers „Griff nach der Weltmacht“ in aller Ausführlichkeit und läßt sich ansonsten lobend über die marxistische Historiographie der DDR und Polens aus. Da diese Darstellung kaum die deutsch-polnischen Beziehungen thematisiert (dort, wo sie es tut, kann sie das Reflexionsniveau Holzers nicht erreichen), kann wohl auf eine eingehende Vorstellung hier verzichtet werden.

Der Charakter der Standortbestimmung historiographischer Untersuchungen und Forschungsberichte läßt eine Besprechung aus einem größeren zeitlichen Abstand immer als mißlich empfinden. Das 1968 im Posener Westinstitut ausgearbeitete Konzept beider Bände stieß offensichtlich bei der Verwirklichung auf erhebliche Schwierigkeiten, wie sich schon aus den Erscheinungsdaten (1974 und 1984) und den unterschiedlichen Berichtszeiträumen der einzelnen Beiträge ablesen läßt. Abgesehen von deren recht unterschiedlichem qualitativen Gewicht darf der Leser nicht den Fehler begehen, aus ihnen den heutigen historiographischen Diskussionsstand entnehmen zu wollen. Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft hat inzwischen in beiden Ländern zu einigen erheblichen Veränderungen und Fortschritten geführt; darüber hinaus hat aber insbesondere der deutsch-polnische Historikerdialog in den vergangenen zwei Jahrzehnten, nicht zuletzt dank der vom Braunschweiger Georg-Eckert-Institut durchgeführten deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen der Historiker, eine gewaltige Etappe hinter sich gebracht. Aus in vielen Themenbereichen noch als Schlagabtausch verlaufenden Auseinandersetzungen ist ein fruchtbarer wissenschaftlicher Diskurs entstanden. Dies ist ein indirektes, aber um so erfreulicherer Ergebnis der Lektüre der hier vorgestellten Arbeiten.

Hans Henning Hahn, Köln

Anmerkungen

- ¹ Grundlegende methodische Überlegungen dazu bei Klaus Zernack, Das Jahrtausend deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte als geschichtswissenschaftliches Problemfeld und Forschungsaufgabe, in: Grundfragen der geschichtlichen Beziehungen zwischen Deutschen, Polaben und Polen, hrsg. v. Wolfgang H. Fritze und Klaus Zernack. Berlin 1976, S. 3–46 (nachgedruckt in: Klaus Zernack, Preußen — Deutschland — Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen. Berlin 1991, S. 3–42).
- ² Siehe dazu Klaus Zernacks Vortrag „Der hochmittelalterliche Landesausbau als Problem der Entwicklung Ostmitteleuropas“ auf dem Internationalen Historikerkongreß in Bukarest 1980, zuletzt veröffentlicht in: ders., Preußen — Deutschland — Polen ... (vgl. Anm. 1), S. 185–202, sowie ebenda, S. 203–224: Deutschlands Osten — Polens Westen. Zum Lebenswerk des polnischen Mediävisten Benedykt Zientara (1928–1983) (ursprünglich 1984); kennzeichnend für den atmosphärischen Wandel ist es, daß in Bukarest die Thesen Zernacks von polnischen Historikern (M. Biskup) gegen die Angriffe und Vorwürfe der Kollegen aus der Sowjetunion und der DDR verteidigt wurden.
- ³ Siehe dazu Hartmut Boockmann, in: Zum wissenschaftlichen Ertrag der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen der Historiker 1972–1987. Braunschweig 1988, S. 29–34. Vgl. auch Wolfgang Wippermann, Der Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des Deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik. Berlin 1979.
- ⁴ Siehe dazu Michael G. Müller, in: Zum wissenschaftlichen Ertrag ... (vgl. Anm. 3), S. 35–45, hier S. 36–38.
- ⁵ Diese Richtung ging allerdings nie, wie ein großer Teil der deutschen Historiographie, von der Modernisierungsunfähigkeit der Adelsrepublik aus — darauf hat zu Recht Michael G. Müller hingewiesen (M. G. Müller, Die Teilungen Polens 1772 — 1793 — 1795. München 1984, S. 71 f., dort auch passim eine glänzende Zusammenfassung des derzeitigen Forschungsstandes).
- ⁶ Zur Problematik der österreichischen Polenpolitik im 19. Jahrhundert siehe zuletzt den ergiebigen, von Historikern beider Nationen verfaßten Band: Polen — Österreich. Aus der Geschichte einer Nachbarschaft, hrsg. von Walter Leitsch und Maria Wawrykowa. Wien/Warszawa 1988.
- ⁷ Siehe meinen kurzen Abriss in: Zum wissenschaftlichen Ertrag ... (vgl. Anm. 3), S. 65–74.

ECKART THURICH (Hrsg.): Schwierige Nachbarschaften. Deutsche und Polen — Deutsche und Tschechen im 20. Jahrhundert. Eine Darstellung in Dokumenten. Stuttgart: Kohlhammer 1990, 204 S. m. Abb. u. Karten.

Die kleinen Umschlagfotos des vorliegenden Taschenbuchs (Kohl und Mazowiecki umarmen sich, Havel legt seine Hand auf die Weizsäcker) weisen auf den versöhnlichen Grundakzent dieser Auswahl von Quellenstücken hin, die, etwa auf die Länge von Quellen für den Geschichtsunterricht zusammengestellt, von dem bewährten Pädagogen Eckart Thurich präsentiert werden. Die Nachweise zeigen, daß die Quellenstücke oft schon anderen Dokumentationen und Quellensammlungen entnommen sind; das ist durchaus legitim, birgt aber gewisse Gefahren der Perpetuierung von Übertragungsfehlern und allzustarken Kürzungen.

Der Herausgeber räumt in der Einleitung ein, daß jede solche Sammlung subjektive und daher kritisierbare Schwerpunkte setzt. Geht man nach der Quantität, dann sind die gewichtigsten der mit Quellen belegten Abschnitte der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg und den Abschnitten „Ausgleich“ (seit den sechziger Jahren) und „Chance der Aussöhnung“ (in der Gegenwart) gewidmet. Gleichwohl werden Quellen in einer Streuung vorgelegt, die viele Bereiche betrifft, die von der Verteilung der Deutschen im östlichen Europa, über Idee und Wirklichkeit des Selbstbestimmungsrechtes um 1919, die Rolle der Deutschen als Minderheiten in Polen und der Tschechoslowakei und Hitlers Einwirkung auf diese, die „Deutsche Politik in Polen und der Tschechoslowakei 1939 - 1945 — von der Forderung nach Selbstbestimmung zur Unterdrückung und Ausrottung fremder Völker“ bis zu den alliierten Nachkriegsplanungen und „Potsdam“ und zu der Oder-Neiße-Frage und dem sudeten-deutschen Problem nach 1945 die meisten wesentlichen Faktoren berücksichtigt, die auf die heutigen Chancen und Hindernisse einer Versöhnung der Deutschen und ihrer östlichen Nachbarn einwirken.

Man würde wünschen, daß diese Chancen so positiv wären, wie es aus den für die letzten Jahre ausgewählten, sehr versöhnlichen Quellenstücken hervorzugehen scheint. Diese sind in der Tat der propagatio würdig — allerdings würde das Bild erst dann vollständig, wenn man auch die allerdings unschönen Relikte der vergangenen Belastungen, die vielfach (noch) eine Aussöhnung behindern, beleuchtete. Die Berücksichtigung der Eingliederung der Vertriebenen durch

eine Reihe von Quellen könnte man für überflüssig halten; andererseits ist auch dieses Phänomen eine der Voraussetzungen für ein neues, anderes Nachbarschaftsverhältnis an der deutschen Ostgrenze.

Die nützlichen, teils erklärenden, teils zusätzlich informierenden, kenntnisreichen Texte des Herausgebers zwischen den Quellenstücken sind leider typographisch nicht von diesen unterschieden, so daß man nur mit einiger Mühe und anhand der deutlichen Marginalnummern Quellen und Zwischentexte auseinanderhalten kann. Das Buch enthält einige wenige Illustrationen, die ihrerseits Quellenwert haben; bei den beiden Kärtchen hätte, wenn schon Vierfarbendruck investiert worden ist, vor allem die Nationalitätenkarte außerhalb des deutsch-polnischen Bereichs weniger monoton und dadurch informativer ausfallen können.

Gerade für die Weiterarbeit und die Feststellung des Kontextes, in den die Dokumentationen das betreffende Quellenstück gestellt haben, wäre für die nächste Auflage eine zusammenfassende Liste der jeweils unter den Quellen abgekürzt vermerkten Titel — oder gar ausgewählter weiterführender Literatur zum Thema — nützlich. Solche Hinweise fehlen leider ganz, ebenso wie ein Verzeichnis der Quellenstücke, ein Register oder eine Zeittafel; das Taschenbuch hört nach dem Abdruck der Quelle Nr. 144 ganz unvermittelt auf.

So wird sich die vorliegende Sammlung von Quellenstücken nicht so sehr für den Gebrauch in Universitätsseminaren anbieten, sondern eher — wofür sie wohl eigentlich intendiert ist — als Hilfsmittel für den Unterricht in der gymnasialen Oberstufe und für die Erwachsenenbildung im Dienste der Erzielung eines besseren Verständnisses zwischen den Deutschen und ihren beiden unmittelbaren östlichen Nachbarn. In dieser Funktion und vor allem als Lesebuch für denjenigen, der sich quellennah über die „schwierigen Nachbarschaften“ im 20. Jahrhundert und ihre mit vorsichtigem Optimismus angedeuteten Zukunftsperspektiven informieren möchte, kann das Taschenbuch sehr nützlich sein.

Hans Lemberg, Marburg/Lahn

WOJCIECH WRZESIŃSKI: *Warmia i Mazury w polskiej myśli politycznej 1864–1945 (Ermland und Masuren im polnischen politischen Denken)*. Warszawa: Państwowe Wydawnictwo Naukowe 1984, 455 S. (Rozprawy i Materiały Ośrodka Badań Naukowych im. W. Kętrzyńskiego w Olsztynie [Abhandlungen und Materialien des W.-Kętrzyński-Forschungszentrums in Allenstein]. 90.).

Wojciech Wrzesiński, Professor an der Universität in Breslau, richtet in seinen Forschungen die Aufmerksamkeit auf das Problem Ostpreußen, insbesondere auf dessen südlichen Teil — Ermland und Masuren. Zu diesem Interessengebiet gehört auch das zu rezensierende Buch. Die Einführung formuliert als sein Thema den „Prozeß einer Überwindung der Hindernisse, die in der ersten Periode die Präsenz der ermländischen und masurischen Thematik im Bewußtsein der Polen und später das Verständnis und die Unterstützung der Forderungen, die in dieser Angelegenheit gestellt wurden, bis zur allgemeinen Akzeptanz in den Jahren des Zweiten Weltkrieges, erschwert hatten“ (S. 9). Quellengrundlage des Buches bilden Erklärungen und Veröffentlichungen von politischen Gruppierungen und einzelnen, mit ihnen verbundenen Personen in Buchform wie in der Presse. Das Buch hat einen etwas irreführenden Titel. Die meisten darin beschriebenen Programme und Projekte betreffen Ostpreußen im ganzen; dessen südliche Teile erfahren nur eine größere Berücksichtigung. Die Arbeit ist chronologisch angelegt.

Die Jahre 1864–1890 sind nach Wrzesiński eine Zeitspanne, während der nur einzelne Personen bemüht waren, übrigens ohne positive Ergebnisse, das Interesse der polnischen Gesellschaft an Ermland und Masuren zu wecken, indem sie auf die ethnische, historische, kulturelle und geographische Gemeinschaft dieser Region mit Polen verwiesen.

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entstand in dem noch geteilten Polen ein politisches System, das in seinem grundsätzlichen Rahmen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges überdauerte. Beinahe alle damals gegründeten und während der nächstfolgenden Jahre aktiven Parteien mußten in ihren, den Wiederaufbau Polens voraussetzenden Programmen Stellung zur Frage Ostpreußen nehmen. Man betrachtete das Problem hauptsächlich unter geopolitischen Gesichtspunkten. Im Kampf um die Wiedergeburt des polnischen Staates und in den Territorialforderungen, die man erhob, wurde

Ostpreußen (Ermland und Masuren) anders bewertet als die übrigen preußischen Gebiete, die Polen beanspruchte. Während man Westpreußen geschichtlich wie ethnisch als polnischen Boden ansah, der auch einen Zugang zum Meer ermöglichte, begründete man den Anspruch auf Ostpreußens Zugehörigkeit zu Polen mit der Sicherung dieses Zugangs. Als Vorkämpfer dieser Idee gilt das nationaldemokratische Lager, das auf das deutsch-polnische Grenzgebiet von allen Parteien die meiste Aufmerksamkeit wandte.

In einer Anfangsphase des Ersten Weltkrieges plädierte nur die Nationaldemokratie für eine Angliederung Ostpreußens an Polen, dann aber verbreitete sich diese Überzeugung an den Sieg Polens über andere politische Gruppierungen.

In der Zwischenkriegszeit (1920–1939) wurde in Polen die Überzeugung vertreten, daß die ostpreußische Frage weiterhin offenbleibe. Allerdings handelte es sich um keine unkomplizierte Angelegenheit — Wrzesiński verweist treffend auf den „fundamentalen Widerspruch zwischen einer Billigung der These von der Notwendigkeit, den Besitzstand von Versailles zu verteidigen, und der Überzeugung von einer Bedrohung der Unabhängigkeit Polens, die sich aus der deutschen Staatsgewalt in Ostpreußen ergab“. Aus diesem Grunde war das seit 1926 regierende Piłsudski-Lager irgendwelchen Änderungen der Grenze mit Deutschland ostentativ abgeneigt. Die oppositionellen Parteien und hauptsächlich das rechte Lager sprachen sich dafür aus, eine politische Offensive gegenüber Ostpreußen einzuleiten, ihrer Meinung nach die beste Verteidigung gegen deutsche Angriffe auf den „Korridor“.

Es soll hinzugefügt werden, daß zu dieser Zeit nur die Posener Konservativen politische Hoffnungen auf ein polnisches Nationalbewußtsein unter den Masuren und Ermländern gesetzt haben. Irreale Pläne der Gewinnung Ostpreußens durch territoriale Änderungen wurden von den Sozialisten entworfen; die Kommunisten dagegen verkündeten die Losung: „Weg mit der Intervention und Annexion Ostpreußens“, weil sie der Meinung waren, diese Frage werde sich nach einer gesamteuropäischen Revolution lösen. Während des Zweiten Weltkrieges fällt dagegen die Übereinstimmung der Ansichten (auch unter den Kommunisten) über die Notwendigkeit der Liquidierung des deutschen Staatswesens in Ostpreußen auf; Meinungsverschiedenheiten betrafen nur den Umfang der polnischen Revendikationen. In dieser Periode griff man, um das geopolitische Argument zu unterbauen, auch wieder zu den Argumenten ethnischer, historischer

und kultureller Natur. Wojciech Wrzesiński's Buch endet mit einer Erörterung der konkreten Maßnahmen, die man in Ostpreußen nach einem Anschluß an Polen zu ergreifen gedachte.

Das Buch von Wrzesiński ist eine quellen- und faktenreiche Arbeit, die viele neue, bisher unbekannte Informationen und Materialien in den wissenschaftlichen Verkehr einführt. Sie hat einen übersichtlichen und klaren Aufbau. Während der Lektüre drängt sich jedoch eine grundsätzliche Bemerkung auf — der Autor präzisiert nirgendwo, was er unter dem Begriff „politisches Denken“ (*myśl polityczna*) versteht. Der Einleitung (S. 9) ist zu entnehmen, daß es ihm um ein Gesamtbild geht, also um eine Darstellung dessen, was die politischen Eliten über Ostpreußen gedacht haben und die Gesellschaft insgesamt davon akzeptiert hat. Mit Ausnahme des Kapitels über die Jahre 1864–1890 beschränkt er sich aber ausschließlich auf eine Beschreibung der Ansichten politischer Gruppierungen und Parteien, was dazu führt, daß wir nur einen schmalen Ausschnitt der Wirklichkeit zu Gesicht bekommen. Dahinter verbirgt sich ein äußerst wichtiges Problem. Nach 1945 zeigte sich, daß die polnische Gesellschaft wenig von dem Problem Ermland und Masuren wußte. Der Umstand hatte viele negative Folgen, sowohl für die einheimische Bevölkerung wie für den Prozeß der Integration dieser Gebiete in das übrige Polen. Wrzesiński beantwortet die Frage nicht, wie es sich erklärt, daß die Interessen der politischen Eliten und der Gesellschaft im ganzen so weit auseinandergelassen sind. Vielleicht sollte dieses Thema Gegenstand einer eigenen Abhandlung werden.

Grzegorz Jasiński, Allenstein

KLAUS ZERNACK: Preußen — Deutschland — Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, hrsg. v. Wolfram Fischer u. Michael G. Müller. Berlin: Duncker & Humblot 1991, 7, 287 S. (Historische Forschungen. 44.).

Der 60. Geburtstag von Klaus Zernack war der Anlaß für seine Schüler Wolfram Fischer und Michael G. Müller, dem an der Freien Universität Berlin lehrenden Historiker einen Sammelband zu widmen, der „die Erkenntnisse vieler Jahre systematischen Forschens und konzentrierten Nachdenkens über das deutsch-polnische Verhältnis als historische Frage“ (Vorwort) in Aufsätzen niederlegt. Das Anliegen der Herausgeber besteht darin, „in der Summe zugleich den pro-

grammatischen Entwurf zu einer modernen Neuinterpretation dieses schwierigen Nachbarschaftsproblems“ sichtbar zu machen. Vorab sei schon verraten, daß dies den Herausgebern — vor allem aber doch dem Autor der hier gesammelten Aufsätze — überzeugend gelungen ist.

Die Beiträge des Berliner Historikers werden unter vier thematischen Aspekten vorgestellt. Die zwölf für den Wiederabdruck in diesem Band in ihrer äußerlichen Gestalt redaktionell vereinheitlichten Aufsätze und zwei erstmals publizierte Aufsätze (Brandenburg und Polen im Mittelalter und Der große Nordische Krieg und das europäische Staatensystem. Zu den Grundlagen der preußisch-polnischen Beziehungen im 18. Jahrhundert) befassen sich mit I. den deutsch-polnischen Beziehungen als geschichtswissenschaftlicher Aufgabe, II. Preußen als beziehungsgeschichtlichem Problem, III. Landesausbau und mittelalterlicher Nationsbildung im östlichen Mitteleuropa und IV. den deutsch-polnischen Beziehungen und dem Staatensystem der frühen Neuzeit.

Die wissenschaftliche Leidenschaft, die die gedankliche und sprachliche Disziplin nicht aufgibt, sich durchgängig zur Nachvollziehbarkeit des eigenen Wissenschaftsverständnisses bekennt, das dialogische Prinzip in der historischen Forschung hochhält und insbesondere der polnischen Geschichtswissenschaft den ihr gebührenden, aber im ganzen Deutschland bisher nicht eingeräumten Platz zuweist, verbindet alle Aspekte von Klaus Zernacks Forschungsertrag über das Beziehungsgewebe im östlichen Teil (Mittel-)Europas.

In dieser Besprechung können die Beiträge nicht im einzelnen gewürdigt werden. Erlaubt seien exemplarische Hinweise, die die Botschaft des Historikers „herüberbringen“ sollten.

Die Geschichte Preußens, Deutschlands und Polens ist je verständlich nur aus der Beziehungsgeschichte zwischen ihnen, das ist eine Hauptthese Zernacks. Von der historiographischen Synthese des polnischen Historikers Oskar Halecki ausgehend, die das nationale Element als formendes Prinzip bei der Ausbildung des historischen Europa anerkennt, und mit Bezug auf den wissenschaftlich fruchtbaren Ausgangspunkt der Konstatierung eines kulturregionalen Gegensatzes von Alteuropa („das Gebiet des antiken Imperium Romanum und seine[r] von römischen Einflüssen stark geprägten Randbereiche“) und Neuropa („alles, was niemals zum Römischen Reich gehört hat“), sieht Zernack die „Europäisierung Europas“ im Sinne seiner historischen Strukturierung als Geschichte christlicher Nationen — mithin

auch Deutschlands, Preußens, Polens — als den Inhalt der Geschichte des letzten Jahrtausends.

In diesem historischen Prozeß, und das arbeitet Zernack überzeugend heraus, erreichen die christlichen Nationen „ihre spezifische nationale Individualität erst unter der Einwirkung ihrer Beziehungen zu anderen Nationen“ (S. 15). Als Grundlagenwissenschaft verstandene Geschichtswissenschaft bereitet den Weg zu methodischen Konzepten, die historische Selbstfindung/Selbstidentifikation in der Abgrenzung von dem anderen zum Thema macht — und damit zugleich das Beziehungsstiftende in dem Individualisierungsprozeß.

Beziehungsgeschichte ist denn auch das verbindende Thema der hier gesammelten Beiträge — sei es als geschichtsmethodologisches Problem, sei es als Thema der Geschichte. Zum Thema Zernacks werden damit zugleich die Defizite der Forschung, die Defizite bei einer Entwicklung methodologischer Konzepte in der polnischen, sehr viel mehr aber in der deutschen Historiographie, vor allem in der historischen Landeskunde Ostdeutschlands, die beispielsweise die Bedeutung des beziehungsgeschichtlichen Aspekts für die Entwicklung der spezifischen Identität Preußens und seine Geschichte mit einem vorherrschenden Borussozentrismus nicht erkennen kann. Eine fatale Folge der Binnenorientierung ist die Nichtbeachtung der Erträge der polnischen Historiographie („*Polonica non leguntur*“).

Klaus Zernacks historisch-hermeneutische Forderung — an Ranke orientiert — aber lautet: „Die Subjektivität wird als objektiv wirkender Impuls anerkannt, und in der wissenschaftlichen Fragestellung wird das objektive Wirken der nationalen Subjektivitäten objektiviert“ (S. 24). Diese Forderung holt der Berliner Historiker in seinen Beiträgen ein, in denen die deutsch-polnischen Beziehungen als „Fall besonderer subjektiver Prioritätensetzung durch einen beziehungsgeschichtlichen Partner“ dargestellt werden, wobei auf der einen Seite Nicht(be)achtung von Forschungsergebnissen der polnischen Historiographie vor allem in der Landeskunde der ehemaligen preußischen Provinzen, die nunmehr Teil Polens sind, auffällt, auf polnischer Seite aber die unvergleichliche Intensität der Wahrnehmung des westlichen Nachbarn und Bezugspunkts. Dem Ertrag und den Defiziten polnischer Darstellungen zur deutsch-preußisch-polnischen Beziehungsgeschichte (polnische Westexpansion, hochmittelalterliche Kolonisation, Geschichte des Deutschen Ordens und des Preußenlandes usw.) ist der erste und umfangreichste Beitrag in der Aufsatz-Sammlung gewidmet.

Die Belastungen der Wissenschaft durch die Inanspruchnahme der historischen Probleme für die aktuelle Politik seien „horrend“ gewesen. Wenn der Historiker den Begriff „horrend“ benutzt, hat er sich bei aller fachlicher und sachlicher Leidenschaft verbal bereits weit hervorgewagt. Die Wägung jedes Wortes zu einem Thema wie dem deutsch-polnischen, das nicht reflektierte und objektivierte fachfremde Emotionen deutscher und polnischer Historiker ungeachtet beachtlicher Einzelergebnisse so lange und so bevorzugt zerwühlt haben, ist bei aller Herbheit erfrischend.

So sind denn die methodologischen Themen von Klaus Zernack: Kooperative (dialogische) und nicht mehr einzel nationale Darstellung des Beziehungsablaufs, Syntheseprinzip, Beziehungsprobleme als gegenseitiges Konstituierungspotential, Beziehungen als Gegenstand und als Basis der Synthese, argumentative Gegenüberstellung kontroverser Selbstdarstellungen, ständige Überprüfung methodologischer Überlegungen, geschichtswissenschaftliche Problematisierung der Beziehungsgeschichte als Wirkungsfaktor sui generis: „Das führt uns folgerichtig zur Traditionskritik, das heißt unserer historiographiekritischen Konzeption im ganzen...“ (S. 50).

Preußen fasziniert Zernack sichtlich — von den Anfängen bis zu seinem Untergang — als „Staat zwischen den Nationen, vor allem zwischen Deutschen und Polen“, die Konstituante seiner Existenz. Die Nichtrespektierung dieser historischen Existenzform, der Wille zum Aufgehen in Deutschland und der Antagonismus zu Polen haben Preußen zerstört, so die nicht neue, aber von Zernack durch zahlreiche Studien über die einzelnen Epochen überzeugend dargestellte These, die wie bei keinem anderen deutschen Historiker seiner Generation aus der Verarbeitung und kritischen Würdigung der polnischen historischen Studien ihre Fundierung erfährt. Denn so Zernacks Urteil — schon im Vorgriff auf das Ende Preußens 1945: „... ist die wichtigste Folge von Preußens Auflösung seit 1945 darin zu sehen, daß die Erforschung der ostdeutschen Geschichte ... zu einer Domäne der polnischen Geschichtswissenschaft geworden ist“ (S. 65).

Der Historiker wendet sich gegen jede Legende, jedes historiographische Tabu. Hier setzt bei ihm die Kritik an einer polnischen Historiographie an, die das ganze Jahrtausend preußisch-deutsch-polnischer Beziehungen „einem durchgehend negativen Urteil über den Charakter der preußischen Einwirkung auf die polnische Geschichte“ aussetzt, wobei Zernack sich wiederum gegen eine andere — deutsche — Legende wendet, die gesamte polnische Historiographie habe sich dem

Verdikt eines Zygmunt Wojciechowski über den konstitutiven und unveränderlichen deutsch- bzw. preußisch-polnischen Gegensatz gebeugt. Auch einzelne polnische Studien haben herausgearbeitet, daß sich „negative Polenpolitik“ mit dem Durchbruch des Absolutismus in Brandenburg-Preußen vorbereitete, der gemeinsam mit dem neuen kontinentalen Machtfaktor Rußland und dem zu besänftigenden Österreich der „nichtabsolutistischen Modernisierung aus altrepublikanischer Tradition“ Polens keine Chance gab. Der „funktionale und emanzipatorische Nationalismus“ der geteilten polnischen Nation und der „imperiale und integrale Nationalismus“ der Teilungsmächte bildeten im 19. Jahrhundert einen unüberwindlichen Antagonismus, der mit Blick auf preußisch-deutsch-polnische Beziehungen lautete: „Die Nichteinlösung der polnischen Frage wurde in Preußen mehr und mehr als eine Bedingung für die Lösung der deutschen Frage verstanden“ (S. 58).

Preußen selbst verlor im preußisch-deutschen Einigungsprozeß seinen „deutsch-polnischen Mischungscharakter“, den es als „Staat zwischen den Nationen“ besaß, es fiel dem „Bismarckschen Entweder-Oder, dem ‚Amboß oder Hammer sein‘, zum Opfer“ (S. 67). Zernack weist darauf hin, daß Preußen/Deutschland in den folgenden Jahrzehnten der ständig steigenden Intensität dieser Auseinandersetzung nicht gewachsen gewesen ist. In dem „Katastrophengeschehen des Weltkriegszeitalters“ ist „durch Preußens Auflösung aus Deutschlands Osten (wieder) Polens Westen geworden, dort, wo in einem Jahrhundert währenden historischen Werdeprozeß auf altem westslavischem, polnischem und baltischem Siedlungsboden durch die West-Ost-Ausbreitung der deutschen Geschichte Ostdeutschland entstanden war“ (S. 67).

Zernack sieht einen historischen Ausgangspunkt für den „einzigartigen Tiefpunkt in dem Jahrtausendprozeß der deutsch-polnischen Beziehungen“ in dem fast gleichzeitigen Untergang der beiden „ständisch geformten politischen Nationen der großen Reichsrepubliken Deutschland und Polen“ als starken Kontinuitätsträgern alteuropäischer Nationsvorstellungen: „... erst mit den Teilungen Polens und der Auflösung des Reiches hat der absolutistische Machtstaat den alten republikanischen Reichsnationen die Lebensbasis entzogen und die modernen Nationen der Deutschen und der Polen auf verschiedene Seiten der Barrikaden gestellt“ (S. 69).

Nach Klaus Zernacks kein Geheimnis verbergendem Wissenschafts- und Humanismusverständnis hat im Bereich der historischen Aufar-

beitung der ostdeutschen und deutsch-polnischen Probleme „der Mangel an Traditionskritik den Anfang der Schadensbilanz markiert, vor der wir heute in der Geschichtsforschung in bezug auf Ostdeutschland stehen“ (S. 77). Wohlmeinender „wissenschaftspublizistischer Dilettantismus“ (S. 3) kann sie nicht beheben. Zernack fordert „die methodische Erneuerung der historischen Ostmitteleuropa-Forschung durch Beziehungsgeschichte und Komparatistik“ (S. 79).

„Die Gattungsgeschichte also mit der nationalen Geschichte zu versöhnen könnte mithin als die Programmatik der modernen Geschichtswissenschaft verstanden werden . . . Dann kann die nationale Geschichte, menschheitlich so vermittelt, daß sich eine Nation auch in der anderen wiedererkennen kann, den Zugang zu der einen Welt eröffnen“ (S. 83) — so Klaus Zernack in einem Vortrag aus dem Jahr 1989. Daß sein Humanismus nicht mit dem wissenschaftlichen Credo in Konflikt gerät, ist vielleicht der einen oder anderen preußischen Tugend zuzuschreiben, die in Berlin gedeihen kann.

Dieter Bingen, Köln

KLAUS ZERNACK: Preußens Ende und die ostdeutsche Geschichte. Braunschweig: Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung 1989, 24 S.

Die Skizze des Berliner Historikers geht von der historischen Dimension des 1945 (oder 1932) untergegangenen Preußen aus. Nachdem der Hohenzollernstaat vom 17. bis 19. Jahrhundert sich über die Oder bis an Weichsel und Memel ausgedehnt hatte, schob sich sein Osten in einen Raum hinein, der bis dahin Polens Westen war oder (in Pommern) im historischen Bewußtsein der Polen als „altpolnisch“ galt. Die Dritte Teilung Polens und das Ende des Heiligen Römischen Reiches haben fast zur gleichen Zeit — 1795 und 1806 — zwei hochtraditionelle Gemeinwesen von der europäischen Bühne gefegt: mit dem Ergebnis, daß spätestens seit 1848 der Weg in Deutschland und Polen nationalstaatlichen Zielen zustrebte, die zwei Völker, die so lange Zeit im großen und ganzen friedlich miteinander gelebt hatten, in einen Gegensatz von gänzlich neuer Schärfe treiben mußten. Eine mit den Teilungen begonnene preußische Politik, ohne Hemmungen den Vorteil auf Kosten des Nachbarn zu suchen, hat schließlich ihre Antwort in der Grenzverschiebung von 1945 gefunden, mit der die Ostausdehnung Deutschlands um ein Jahrtausend zurückgespult erschien.

Die alte (und lange Zeit fruchtbare) Verstrickung und Vermengung der nationalen Traditionen setzt sich, darauf kommt es Zernack besonders an, mittlerweile in einer von Polen wie Deutschen betriebenen Erforschung der Vergangenheit jener Gebiete fort, die länger oder kürzer zu Deutschland gehört haben. Dabei wird die meiste Arbeit mittlerweile in Polen geleistet. Denn in Westdeutschland hat sich für die verlorenen Provinzen nie eine landesgeschichtliche Forschung institutionalisieren lassen, wie sie früher — mit den Universitäten Königsberg und Breslau als Hauptstützpunkten — bestanden hatte. Und in der DDR ist das Thema aus durchsichtigen Gründen weitgehend ausgeklammert geblieben. Für die polnische Forschung konstatiert Zernack eine Verwissenschaftlichung, die auch die deutschen Traditionen der „wiedergewonnenen Gebiete“ mit steigender Unbefangenheit berücksichtigt. Immer enger und herzlicher sind die Kontakte mit deutschen Kollegen geworden. Benedykt Zientaras Biographie Heinrichs des Bärtigen von Schlesien und die Ordensgeschichte aus der Feder Gerard Labudas und Marian Biskups werden als gelungene Beispiele für eine Denkweise genannt, die aus simplifizierenden Verfremdungen, wie sie das 19. Jahrhundert in den Gemütern verankert hatte, wieder zur komplexen Wirklichkeit des Mittelalters durchstoßen. Auch auf deutscher Seite hat es einige Mühe gekostet, zu europäisch offenen, die Einzigartigkeit der deutschen Ostsiedlung relativierenden Perspektiven zu finden. Ein Bahnbrecher war dabei Walter Schlesinger.

Auch bei uns gibt es noch Rückstände, die aufgeholt werden müssen. Manch einer glaubt noch immer, über ostdeutsche Themen schreiben zu können, ohne die polnische Sprache zu beherrschen. Namentlich für Schlesien würde man sich, obwohl auch hier Brücken längst geschlagen sind, eine noch engere Zusammenarbeit mit den polnischen Sachkennern wünschen.

Zernacks Vortrag bezeichnet einen Reflexionsstand am Vorabend des Umbruchs in Deutschland. Wie können wir seine Skizze bis zur Gegenwart auszeichnen? Wenn die Bundesrepublik nunmehr unmittelbar an Polen angrenzt, so kann sie jetzt nutzen, daß die Beziehungen zum Nachbarvolk in einem Zwischenzustand heilsamer Distanz auf neue Grundlagen gestellt worden sind. Auf dem bereiteten Boden läßt sich jetzt, wo die Distanz weggefallen ist, weiterbauen.

Forschungskapazitäten, wie sie nunmehr mit den — selbst nach allen Abbauanstrengungen noch übergroßen — Wissenschaftspotentialen aus DDR-Erbe neu angefallen sind, mögen sich auch für

die Erforschung des Überlappungsraumes deutscher und polnischer Geschichte nutzen lassen. Nimmt man die gewiß noch lange andauernde Verknappung der Mittel für Wissenschaft auf der polnischen Seite dazu, so scheint es mir nicht ausgeschlossen, daß die — von Zernack registrierte — Disproportion im Gewicht des deutschen und polnischen Beitrages zu der im Grunde gemeinsamen Sache sich abflachen wird. Mit dem Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte in Oldenburg, das neben das Johann-Gottfried-Herder-Institut in Marburg und das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk in Lüneburg getreten ist, hat sich auf deutscher Seite die Zahl der Institutionen vermehrt, die sich dieser Sache widmen. Wir haben also Grund zu einem gedämpften Optimismus.

Gottfried Schramm, Freiburg/Br.

KLAUS ZERNACK (Hrsg.): Zum Verständnis der polnischen Frage in Deutschland 1772-1871. Referate einer deutsch-polnischen Historiker-Tagung vom 14.-16. Januar 1986 in Berlin-Nikolassee. Mit Beiträgen von Hans Henning Hahn, Maria Warykowa, Jan Kosim, Andrzej F. Grabski, Lech Trzeciakowski, Luise Schorn-Schütte, Otto Dann, Sven Ekdahl. Berlin: Colloquium-Verlag 1987, 218 S. (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. 59.).

Heute muß nicht mehr eigens betont werden, daß Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Historikern seit den 70er Jahren zur Selbstverständlichkeit geworden ist, daß wissenschaftliche Kontroversen in diesem Kreis immer weniger nach Nationalparteien geführt werden und immer häufiger quer durch die Sprachgruppen laufen. Hervorhebung verdient aber, welche ausnehmende Rolle auf deutscher Seite die Historische Kommission zu Berlin bei diesen Veränderungen gespielt hat. An der Kritik überkommener Vorstellungen und dem Entwurf neuer Bilder der polnisch-deutschen Geschichte, an der Anregung, Förderung und Publikation historischer Forschungen, am Austausch des wissenschaftlichen Nachwuchses, an der Organisation gemeinsamer Tagungen ist zwar eine Vielzahl von Personen und Institutionen in beiden deutschen Staaten beteiligt gewesen; nach Dauer und Planmäßigkeit der Anstrengungen wie nach der Breite des Ertrages hält aber die Berliner Kommission einen Standard, den keine andere Einrichtung als einzelne erreicht. Daß Berlins geographische Lage

und sein Reichtum an einschlägigen Archiven, Bibliotheken, Forschungsstätten deutsch-polnische Projekte begünstigte, liegt auf der Hand. Indes mußte der Standortvorteil, damit er sich geltend machte, auch genutzt werden. Das Verdienst daran teilen sich viele Kräfte. An erster Stelle ist dennoch Klaus Zernack zu nennen, über längere Jahre Vorsitzender der Kommission, der konzeptionell und organisatorisch, als Forscher und Anreger überall seine Wirkung hinterlassen hat.

Zernack zeichnet auch als Herausgeber des angezeigten Bandes — Niederschlag einer deutsch-polnischen Tagung in Berlin, zu der im Januar 1986 die Kommission und das Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften eingeladen hatten. Die beiden Institutionen sind durch ein Kooperationsabkommen miteinander verbunden.

Thema der Tagung waren deutsche Stellungnahmen zur polnischen Frage von Polens erster Teilung 1772 bis zur Gründung des Deutschen Reiches 1871. Wie anderswo in Europa veränderte sich während dieses Jahrhunderts in Deutschland die Struktur der Politik von Grund auf. Anfangs noch kaum gestörtes Reservat des Obrigkeitsstaates, wurde sie aufgebrochen von Nationalismus, Liberalismus, Demokratie, gesellschaftlichen Bewegungen, die wenn nicht die Ausübung, so doch die Legitimation aller politischen Gewalt im Namen der Regierten beanspruchten. Auch die polnische Frage hörte in diesem Umbruch auf, eine Berliner Kabinettsfrage zu sein. Die deutsche Gesellschaft bemächtigte sich des Themas und beeinflusste mit ihren Stellungnahmen das polnisch-deutsche Verhältnis wie die Regierungspolitik. Man weiß, welche Zäsur hier die Jahre 1848/49 bedeuteten.

Solange die deutsche Nationalbewegung, sie mochte demokratisch gefärbt sein oder liberal, in der Opposition stand, hatte sie erwartet, die Vereinigung Deutschlands werde nur bei gleichzeitiger Wiederherstellung Polens gelingen, weil beide nur durchsetzbar schienen gegen denselben Gegner — das Staatensystem des Ancien Régime, das Deutschland wie Polen geteilt hielt. Der deutsch-polnische Konflikt in Posen 1848, die Niederlage der Revolution 1849, die preußische Wendung des Liberalismus, die nationale Wendung Preußens haben diese Klammer aufgelöst und schrittweise auf das ganz andere Arrangement von 1871 hingeführt: eine deutsche Einigung, die Polens Teilung nicht nur fortbestehen ließ, sondern zu ihren Voraussetzungen zählte und die vormärzliche Solidarität der Nachbarnationen in einen langdauernden Antagonismus verkehrt hat.

Die Berliner Referate mustern einzelne Phasen und Aspekte dieser

Entwicklung, meist indem sie Forschungsergebnisse der letzten Jahrzehnte bilanzieren und vorstellen, teils auch mit neuen Ansätzen und Materialien.

Drei polnische Beiträge sind den vielfältigen Berührungen zwischen polnischer Emigration und deutscher Opposition im Vormärz gewidmet. Unter dem Titel „Das Polen-Motiv in der Ideologie der deutschen Oppositionsbewegung in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts“ untersucht Maria Wawrykowa Stellungnahmen der studentischen Burschenschaften. Jan Kosim beschäftigt „Der polnische Aufstand von 1830 im Spiegel der deutschen Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Demokraten“. Gestützt auf eine Forschung, die hier besonders breit und ergiebig war, kann er zeigen, wie folgenreich Polenbegeisterung und Polenvereine für die Mobilisierung und Selbstorganisation der bürgerlichen Gesellschaft im Vorfeld der Revolution gewesen sind. Daß in Abstufungen der propolnischen Parteinahme sich schon damals der spätere Stimmungswechsel andeutete, belegt Andrzej F. Grabskis Beitrag „Zwischen Liberalismus und Revolutionismus. Bemerkungen über die Einstellungen zur polnischen Frage in Deutschland zwischen 1830 und 1848“. Den ganzen, gebrochenen Weg des Liberalismus zwischen Napoleonischen Kriegen und Reichsgründung zeichnet dann Lech Trzeciakowski nach. Seinen Beitrag „Die polnische Frage in Ideologie und Politik der deutschen Liberalen vor 1870“ ergänzt nach einer wichtigen Seite Otto Dann, der unter dem Titel „Das alte Reich und die junge Nation“ nach der „Bedeutung des Reiches für die nationale Bewegung in Deutschland“ fragt. Er bewertet sie, sicher zu Recht, als hoch und problematisch zugleich, weil der Reichsgedanke politische Grenzen implizierte, die über deutsches Siedlungsgebiet hinausgriffen und zum Konflikt mit anderen Nationalbewegungen führen mußten. Hinzuzufügen ist nur, daß die Komplikation fast überall auftrat, wo moderne Nationalismen sich auf alte Herrschaft und Herrlichkeit zu stützen suchten. Tschechen oder Ungarn, auch die Polen waren keine Reichserben und überwarfen sich doch mit ihren Nachbarn, weil sie aus Traditionsgründen Staatsgrenzen beanspruchten, die mit Volksgrenzen nicht zusammenfielen.

Drei Beiträge dürfen aus verschiedenen Gründen besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Unter dem Stichwort „Denkmal und Geschichtsideologie im polnisch-preußischen Spannungsfeld“ beschäftigt sich Sven Ekdahl mit einem Typus von Quellen, den alle Nationalbewegungen hervorgebracht und mit Leidenschaft gepflegt haben: das

gegenständliche, öffentlich zugängliche und weithin sichtbare Monumentalsymbol, in dem eine Nation ihre Helden, ihre Taten und immer sich selber feiern sollte. Originell und weiterführend an Ekdahls Vorgehen ist, daß er deutsche und polnische Nationalsymbole nebeneinanderstellt und im Ansatz auch miteinander vergleicht. Auf deutscher Seite schildert er knapp die Entstehung von Christian Rauchs Reisterstandbild Friedrichs des Großen (1851) und ausführlich die frühe Restauration der Marienburg, ein viel behandeltes Thema, das er mit neuem Material bereichert. Polnisches Gegenstück ist die Goldene Kapelle mit den Statuen von Mieszko I. und Bolesław Chrobry im Dom zu Posen, geplant und ausgeführt in den Jahren 1815–1841, zu gleicher Zeit mit der Wiederherstellung der Marienburg, im gleichen Preußen und unter demselben König. Die Zeit kannte, so schroff die Gegensätze sich schon zuspitzten, noch Übergänge und Verträglichkeiten, die erst später unmöglich wurden. Rauch, der Vater des Friedrich-Denkmal in Berlin, modellierte auch die Polenfürsten in Posen. Friedrich Wilhelm III., der das Projekt Marienburg förderte, erlaubte es nicht nur, daß polnische Patrioten die Goldene Kapelle einrichteten. Er war sogar der erste, der ihrem Aufruf, dafür zu spenden, gefolgt ist.

Ähnlich Ekdahl erweitert Luise Schorn-Schütte eine geläufige Problemstellung. Sie begrenzt das Thema „Polnische Fragen und deutsche Geschichtsschreibung“ nicht, wie gewöhnlich, auf kleindeutsch-protestantische Historiker nach 1848, sondern prüft überdies, wie altliberale Historiker vor und großdeutsch-katholische nach der Revolution über die polnischen Teilungen geurteilt haben. Während aber Ekdahl anderen die Entscheidung überläßt, wie Fakten, die er mitteilt, „ausgelegt und gedeutet werden sollen“ (S. 185), nimmt Schorn-Schütte dieses Geschäft energisch selbst in die Hand. Angeregt von der geschichtstheoretischen Diskussion in jüngster Zeit (Jörn Rüsen, Karl-Georg Faber u. a.), fragt sie nach wissenschaftsinternen und -externen Entstehungsbedingungen der Teilungsbilder und lokalisiert diese auf vier Ebenen: dem zeitgeschichtlichen Milieu, das die urteilenden Historiker zwischen Vormärz und Reichsgründung umschloß; den Positionen, die sie in der Verfassungsfrage und gegenüber dem Problem der deutschen Einheit einnahmen; der Staatstheorie, die diesen Positionen zugrundelag; und den geschichtstheoretischen Annahmen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, von denen die Historiker ausgingen. Der mehrstufige Ansatz ist nicht ganz leicht zu überschauen, in der Ausführung auch nicht immer streng durchge-

halten. Dennoch bewährt er sich, weil er erlaubt, Übereinstimmung und Dissens zwischen Schulen und einzelnen Autoren nicht nur bis in die Schattierung nachzuzeichnen, sondern auch die Ebenen zu bestimmen, auf denen sie entsprungen sind. Der Befund ist einigermaßen überraschend. Nach Schorn-Schütte herrschte Dissens kaum auf den Ebenen der Theorie. Von Friedrich von Raumer über Onno Klopp bis Treitschke waren die vorgestellten Historiker sämtlich Anhänger des Historismus und Vertreter der sog. organischen Staatsauffassung. Erst auf der Ebene tagespolitischer Entscheidungen spalteten sich die Ansichten und schlugen von dort aus unvermittelt durch auf Bejahung, Verneinung oder zögernde Hinnahme der polnischen Teilungen. Einen Vorsprung an wissenschaftlicher Objektivität vermag Schorn-Schütte in keiner dieser Varianten zu entdecken.

Zum Schluß sei Hans-Henning Hahn genannt, dessen Beitrag am Anfang des Bandes steht. Er kreist um den Plan des Außenministers von Achim im Frühjahr 1848, Preußen an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung zu setzen und zur Absicherung dieses Zieles gegen Rußland die Wiederherstellung Polens zu betreiben. Aus der Frage, warum das Vorhaben scheiterte und Episode blieb, versucht Hahn aber in großen Linien und mit pointierten Formulierungen zu entwickeln, welchen Platz „Polen im Horizont preußischer und deutscher Politik im 19. Jahrhundert“ eingenommen hat. Das Bild einer in der Bilanz „negativen Polenpolitik“ mag manchem Betrachter überdüster scheinen. Der Rezensent findet es überzeugend und sieht hier ein gelungenes Beispiel dafür, wie sich Detailfragen und weite Perspektiven miteinander verbinden und zu wechselseitiger Erhellung nutzen lassen.

Rex Rexheuser, Lüneburg

Ziemie zachodnie i północne Polski 992–1945. Katalog wystawy archiwalnej (Die West- und Nordgebiete Polens 992–1945. Katalog einer archivalischen Ausstellung). (Ed.: Naczelna dyrekcja Archiwów państwowych). Warszawa 1985, 84 S. u. 35 Taf.

Im Königlichen Schloß in Warschau, im Schloß der pommerschen Herzöge in Stettin und im Historischen Museum in Breslau fand im Jahr 1985 eine Archivalienausstellung statt, die vom Königlichen Schloß in Warschau und dem Staatsarchiv (Archiwum Państwowe) in Stettin unter Mitwirkung des Hauptarchivs Alter Akten (Archiwum

Główny Akt Dawnych) in Warschau organisiert worden war. Wie Marian Wojciechowski, Erster Direktor der polnischen Archive, im Vorwort des hier zu besprechenden Ausstellungskatalogs hervorhebt, war die Wahl der Orte im Hinblick auf ihren Symbolwert getroffen worden, sollte doch die Ausstellung das 40jährige Bestehen der Volksrepublik Polen und „die Rückkehr der westlichen und nördlichen Gebiete nach Polen“ würdigen. Die Exponate sollten demnach nicht die ganze Geschichte dieser Gebiete (d. h. der ehemaligen deutschen Ostgebiete) beleuchten, sondern nur ihre historischen Beziehungen mit Polen und die dauernden Spuren des Polentums dort aufzeigen (S. 5).

Die politische Zielsetzung der Ausstellung war somit von Anfang an klar umrissen. Es ging nicht um eine allseitige, abwägende Darstellung der Geschichte Schlesiens, Pommerns und Ostpreußens, sondern darum, die Rechtmäßigkeit der Oder-Neiße-Grenze historisch abzusichern und die polnischen Ansprüche mit Hilfe ausgewählter Archivalien zu untermauern. Eine ähnliche „Oder-Neiße-fixierte“ Funktion hat in Polen die nach dem Zweiten Weltkrieg und bis zur Regelung der Grenzfrage 1990/1991 gewaltig hochstilisierte sog. „Grunwald-Tradition“ gehabt (vgl. *Journal of Baltic Studies* XXII, 1991, Heft 4). Der Katalog ist deshalb im Grunde als nationale Propagandaschrift für die polnische Bevölkerung zu betrachten. Mit Schwung wird ein direkter Bogen zwischen dem frühmittelalterlichen Territorium Mieszko und dem Abschluß der Grenzverträge Polens mit den beiden deutschen Staaten geschlagen: Die Oder-Neiße-Grenze sei demnach von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs im Einklang mit einer tausendjährigen Tradition gezogen worden. Durch diese extreme Betrachtungsweise geht vieles an historischer Substanz verloren, was zu einem differenzierteren Geschichtsbild gehört hätte.

Die insgesamt 220 Ausstellungsobjekte — Urkunden, Siegel, Briefe, Karten, Proklamationen, Plakate etc. — umspannen den Zeitraum vom Tod des Piastenfürsten Mieszko I. (992) bis zum Jahr 1945, als die genannten Gebiete nach Polen „zurückkehrten“. Die Stücke stammen vornehmlich aus Archiven in Allenstein, Breslau, Danzig, Kattowitz, Köslin, Oppeln, Stettin, Thorn und Warschau. Um sie in einen historischen Kontext einzufügen, wurde eine längere Einführung „Die West- und Nordgebiete in der tausendjährigen Geschichte der polnischen Grenze“ von Gerard Labuda vorangestellt (S. 7–36), die in zehn Kapiteln das wechselvolle Schicksal dieser Territorien seit dem 10. Jahrhundert bis zur „Anerkennung der Westgrenze durch die beiden deutschen Staaten“ (Kap. 10) schildert. Gemeint sind die Jahre

1950 (DDR) und 1970 (Bundesrepublik Deutschland). Labuda hat diese Einführung ohne Bezugnahme auf die Ausstellungsgegenstände und die Gliederung der Ausstellung geschrieben, denn seine Kapitelüberschriften decken sich nicht mit den 18 Abteilungen derselben und in keinem Fall werden die Exponate erwähnt. Diese beiden Teile des Katalogs hätten mehr aufeinander abgestimmt werden können.

Mit Wojciechowski (Vorwort, S. 5) muß man dankbar sein, daß es trotz der hohen Kriegsverluste möglich gewesen ist, so viele wertvolle Archivalien ausfindig zu machen und auszustellen. Die ersten hundert Exponate sind Schlesien und dem Lebuser Gebiet gewidmet, die dann folgenden dem Küstengebiet („Pomorze“), Ermland und Masuren. Daran schließt sich als letzte Abteilung mit 20 Exponaten „Die Rückkehr Polens zur Oder, Neiße und zur Ostsee“ an.

Im einzelnen sieht die Gliederung wie folgt aus: I. Zur Zeit der ersten Piasten (Anzahl der Exponate: 2); II. Die schlesischen Piastenerzöge im XII. und XIII. Jh. (11); III. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen Schlesien und Polen im XIV.-XV. Jh. (19); IV. Schlesien und das Lebuser Gebiet in guter Nachbarschaft mit der Republik im XVI.-XVIII. Jh. (17); V. Schlesien unter dem preußischen Joch. Der Kampf um die Identität des polnischen Volkes (15); VI. Vom Anschluß bis zur Unabhängigkeit Polens (16); VII. Die Treue der Schlesier zu Polen in den Jahren 1918-1939 (14); VIII. Der Krieg und der Hitler-Terror (5); IX. Die pommerschen Herzogtümer im XII.-XIV. Jh. (9); X. Der gemeinsame Kampf gegen den Deutschen Orden und Brandenburg im XV. Jh. (10); XI. Die Beziehungen zwischen dem Küstengebiet (Pomorze) und dem jagiellonischen Polen (9); XII. Die Wiedererlangung Pommerellens (Pomorze Gdańskie) und Ermlands. Die Hohenzollern als polnische Vasallen (10); XIII. Die westpommerschen Herzöge als Vasallen Polens für Lauenburg und Bütow (11); XIV. Die polnische Sprache im Gebiet Lauenburg-Bütow (10); XV. Pommerellen (Pomorze Gdańskie) als Teil Polens (11); XVI. Die Polen in der Freien Stadt Danzig, in Ermland und Masuren bis 1939 (21); XVII. Der Zweite Weltkrieg im Küstengebiet (Pomorze) und Masuren (9); XVIII. Die Rückkehr Polens zur Oder, Neiße und zur Ostsee (21). — In einem Illustrationsteil am Ende des Katalogs sind 34 der interessantesten Ausstellungsstücke abgebildet.

Seit der Ausstellung im Jahre 1985 hat sich die politische Landschaft in Mittel- und Osteuropa sehr verändert. Der Kommunismus ist gegangen, der Nationalismus aber geblieben. Es bleibt zu hoffen,

daß der Grenzvertrag vom 14. November 1990 und der Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 (beide am 17. Oktober 1991 vom Deutschen Bundestag und einen Tag später vom polnischen Sejm ratifiziert) dazu beitragen werden, das deutsch-polnische Verhältnis von noch vorhandenen Emotionen zu befreien und damit eine der Grundvoraussetzungen für spannungsfreie gutnachbarliche Beziehungen zu schaffen. Einseitig national ausgerichtete Ausstellungen und Kataloge würden dann bald der Vergangenheit angehören.

Sven Ekdahl, Göteborg/Berlin

Die Autoren der Abhandlungen:

Professor Dr. Hartmut Boockmann, Universität Göttingen, Seminar für mittlere und neuere Geschichte, Nikolausberger Weg 9c, D-3400 Göttingen

Dr. habil. Alfonsas Eidintas, Stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte Litauens, 30 T. Kosciuškos, 232600 Vilnius/Litauen

Dr. Rein Helme, Direktor des Instituts für Geschichte der Estnischen Akademie der Wissenschaften, Estonia Blv. 7, Tallinn/Estland

Professor Dr. Henryk Olszewski, Direktor des Rechtshistorischen Instituts der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań, ul. Bonin 6 m. 24, PL-60 658 Poznań

Dr. Gert von Pistohlkors, Vorsitzender der Baltischen Historischen Kommission, Münchhausenstr. 12, D-3400 Göttingen

Professor Dr. Jānis Stradiņš, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften Lettlands, Turgenevstr. 19, Riga/Lettland

Professor Dr. Klaus Zernack, Freie Universität Berlin, Fachbereich Geschichtswissenschaften, Friedrich-Meinecke-Institut, Habelschwerdter Allee 45, D-1000 Berlin 33.

Die Autoren der Abhandlungen:

Professor Dr. Hartmut Boockmann, Universität Göttingen, Seminar für mittlere und neuere Geschichte, Nikolausberger Weg 9c, D-3400 Göttingen

Dr. habil. Alfonsas Eidintas, Stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte Litauens, 30 T. Kosciuškos, 232600 Vilnius/Litauen

Dr. Rein Helme, Direktor des Instituts für Geschichte der Estnischen Akademie der Wissenschaften, Estonia Blv. 7, Tallinn/Estland

Professor Dr. Henryk Olszewski, Direktor des Rechtshistorischen Instituts der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań, ul. Bonin 6 m. 24, PL-60 658 Poznań

Dr. Gert von Pistohlkors, Vorsitzender der Baltischen Historischen Kommission, Münchhausenstr. 12, D-3400 Göttingen

Professor Dr. Jānis Stradiņš, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften Lettlands, Turgenevstr. 19, Riga/Lettland

Professor Dr. Klaus Zernack, Freie Universität Berlin, Fachbereich Geschichtswissenschaften, Friedrich-Meinecke-Institut, Habelschwerdter Allee 45, D-1000 Berlin 33.